

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern 10 Pf. für die übrigen 5 Pf. für die politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichtsungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Schloßfellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der internationale Kongreß und die französische Politik.

Paris, 15. September. (Fig. Ver.)

Der Stuttgarter Kongreß hat in der französischen bürgerlichen Presse eine unübersehbare Flut von kritischen und polemischen Artikeln entfesselt. Diese Erörterung bietet man zwar ein ständiges Schauspiel intellektueller Armfestsitzigkeit und moralischen Verfalls, aber in politischer Hinsicht ist sie durchaus nicht bedeutungslos. Was sich die großen Bourgeoisblätter diesmal an „Berichterstattung“ geleistet haben, ist ungläublich. Am tollsten trieb's das nationalistische „Echo de Paris“, dessen Schmod an den Läuren der Kommissionsäle und bei Privatgesprächen bekannter Delegierter beträchtliche Wanzentalente vergeblich ausboten hatte und durch dreiste Erfindungen seine Rache sowie die nötige Zeilenzahl zu erlangen suchte. Aber auch Blätter, die traditionell auf bürgerliche Wohlstandigkeit halten, trieben es nicht viel besser. Die Tonart wechselt, die Weise bleibt im Wesen immer die gleiche: die deutsche Sozialdemokratie habe sich zum Patriotismus, Jaurès zum Heroismus bekant; die französische Partei, die in Nancy den Heroismus akzeptiert habe, sei in Stuttgart desavouiert worden usw. Die ganze Polemik dreht sich charakteristischerweise nur um den einen Punkt, als ob sich der Stuttgarter Kongreß mit nichts anderem als eben mit dem „Patriotismus“ beschäftigt hätte. Allerdings um über die anderen Probleme und Beschlüsse zu sprechen, dazu gehört schon ein Minimum von Wissen, über den „Hochverrat“ der französischen Sozialisten dagegen kann man aus der Fülle einer ungetriebenen Ignoranz heraus bellamieren.

Aber hinter den Lügen, Verleumdungen und Entstellungen steht nicht nur die Gewohnheit des bürgerlichen Preßhandwerks, sondern eine Reihe bedeutender aktueller Interessen. Die Leute, die den Stuttgarter Beschluß einmal als offizielle Brandmarkung der Resolution von Vinogues und Nancy, das andere Mal als ein zweideutiges Verlegenheitsprodukt hinstellen, wissen sehr wohl, daß er in Wirklichkeit eine für die weitere Entwicklung der modernen Gesellschaft wichtige lebendige Kraft hat. Die Erklärung des Proletariats, sich einem nicht durch das Interesse der nationalen Selbsterhaltung notwendigen Kriege mit allen geeigneten Mitteln zu widerlegen, ohne Rücksicht auf die vorgeschobene nationalpatriotische Solidaritätshypothese, diese Erklärung erschreckt die Bourgeoisie, deren raublustigste Fraktion wieder einmal die Nation in das marokkanische Abenteuer zu verstricken sucht. Daneben aber wirkt zugunsten einer bürgerlichen Kongregation gegen das Proletariat die Angst vor der gesteigerten Aktionskraft des Sozialismus. Die Furcht vor einer Erneuerung der Völkerrückbildung unter anderen, dem fortschreitenden Zerlegungsprozeß entsprechenden Bedingungen beunruhigt die großkapitalistischen Kreise schon lange. Seit einem Jahre richtet der „Temps“ tagtäglich wütende Angriffe gegen Jaurès, den Mann, in dem sich für ihn die Gefahr eines Zusammenstoßes der bürgerlichen Demokratie mit dem sozialistischen Proletariat verkörpert. Das städtische Kleinbürgertum ist unter der Führung der Roujan und Konsorten schon zu der antisozialistischen Koalition übergegangen. Es handelt sich jetzt darum, ihr auch das radikale Bauerntum zuzutreiben und jene antisozialistische Koalition so zu einer rücksichtslosen Diktatur fähig zu machen. In diesem Sinne ist nun auch der größte Teil der radikalen Presse tätig. Zwischen der sich unter anderem auch „sozialistisch“ nennenden „Action“ des korrupten „Freidenters“ Berenger und dem nationalistischen Sensationsblatt „Echo de Paris“ ist ein Unterschied der politischen Tendenz wie der polemischen Manieren kaum mehr zu finden. Und der vornehmste „Temps“ steht ebenbürtig neben dem Erpresserblatt „Matin“. Daß „Jaurès der Leutnant Herbés“ ist, daß die französischen Sozialisten das Vaterland verraten usw., das liest man da wie dort. Und ebenso die Schlussfolgerung, daß die Radikale jede Gemeinschaft mit den Sozialisten endgültig auflösen, d. h. daß sie eine proletarische Kampfpolitik treiben müssen! Die Aera Clemenceau, die immerhin die Fiktion eines reformerischen Radikalismus als Beweis hatte, ist damit tatsächlich abgeschlossen, und eine neue beginnt, die man nach dem Geiste, der ihr seinen Stempel aufdrückt, schon die Aera Briand nennen darf.

Ohne Zweifel ist der französische Sozialismus heute in keiner angenehmen Situation. Eine schlau und rücksichtslose Bourgeoisie und ein politisch verwildertes Kleinbürgertum stehen ihm gegenüber. Und die liberale Reaktion sieht vergnügt dem kommenden Kampf entgegen, von dem sie sich die Möglichkeit stiller Nebanchen erhofft. Noch niemals ist die Notwendigkeit der einheitlichen Organisationsarbeit so offenbar und so dringend gewesen. Glücklicherweise schreitet diese Erkenntnis in der französischen Arbeiterschaft rasch vorwärts. Ein polemischer Geplänkel, das Genosse Rouanet, der Provokation der Gegner nachgebend, durch den wenig glücklichen Versuch hervorgerufen hatte, den Beschluß von Stuttgart im Sinne einer speziellen Richtung innerhalb der Partei zu interpretieren, ging rasch vorüber. Eine umfassende Darstellung der Bedeutung des Stuttgarter Kongresses für den So-

zialismus und für die französische Politik hat Jaurès in einer großen Rede gegeben, die er vor 5000 Pariser Arbeitern hielt. Seine Ausführungen, die unmittelbar den Widerspruch eiliger Anhänger Herbés und nachher neue unredliche Polemiken der bürgerlichen Presse hervorgerufen haben, sollen hier in ihren entscheidenden Stellen wiedergegeben werden.

Jaurès konstatiert zunächst gegenüber den Herbésisten, daß der internationale Sozialismus die Freiheit und Selbstbestimmung aller Völker und Länder verkündet hat. Aber er hat auch eine Politik der Aktion gegen den Militarismus, gegen die Vorherrschaft der militärischen Klasse und gegen den Krieg beschlossen. In der Resolution von Stuttgart findet der Redner drei wesentliche Punkte: Vor allem habe der internationale Sozialismus erklärt, daß es schon jetzt — mitten im kapitalistischen Chaos — den Proletariern möglich sei, den Krieg zu verhindern:

„Sicherlich erinnert die Resolution daran, daß der Krieg im Kapitalismus wurzelt und daß er erst mit dem Kapitalismus selbst entwirrt werden kann. Jawohl, das ist die große sozialistische Wahrheit. Aber die Internationale will nicht, daß wir passiv, auf dem Pfahl der Doctrin den Fall des Kapitalismus erwarten, um den Krieg zu bekämpfen. . . . Selbst heute, in der Welt des Kapitalismus und der Unordnung, selbst in der Welt der Könige, Kaiser, Generalfeldherren und großen Bourgeois kann man den Krieg verhindern. Der Krieg entspringt aus dem Kapitalismus. Aber der Kapitalismus versucht auch die Ausbeutung der Arbeiter bis zu einem Maximum zu treiben. Er bemüht sich, die Arbeitszeit möglichst auszudehnen, die Löhne möglichst herabzudrücken. Und dennoch, um einen kürzeren Arbeitstag zu verlangen und höhere Löhne zu fordern, erwartet Ihr nicht das Ende, den Fall des Kapitalismus. Ihr könnt schon heute auf den Gang der Ereignisse, auf die Entschlüsse der Menschen einwirken. Außerhalb des Proletariats sind die Interessen trotz des gemeinsamen Bandes der Klasse geteilt: In diesem Augenblick, da ich zu Euch spreche, träumen Filibustier, Beutejournalisten und Börsenjobber, zynische Kapitalisten, von einer großen, einträglichem Expedition nach Marokko. Aber während dieser Abschau der oberen Klassen nach den marokkanischen Gestaden strömt, gibt es in der mittleren und kleineren Bourgeoisie, ja selbst in der bürgerlichen Demokratie, die noch nicht zum reinen Sozialismus vorgebrungen ist, Millionen von Menschen, die nicht wollen, daß das Gold und das Blut Frankreichs in unfruchtbaren und verbrecherischen Abenteuern verstreut und schwandend sind. Wie mächtig würden sie werden, wenn sie ein organisiertes und klares Zentrum des Friedenswillens fänden! Nun wohl, dieses Zentrum des Friedenswillens, das seid Ihr, die organisierten Arbeiter!“

Alte Taktik, neuer Kampf.

Essen, den 18. September.

Der heutige Vormittag brachte eine interessante und lebhaft fortgeführte der gestrigen Kolonialdebatte. Die Reihe der Redner wies mehrere der besten Namen der Partei auf. Der sachliche Vortrag blieb freilich trotzdem gering, da die Vertreter der „sozialistischen“ Kolonialpolitik trotz aller Herausforderungen sich sehr zurückhielten. Auch hier soll nach ihren Versicherungen wieder alles auf das nachgerade schon zum Ueberdruß angerufene große Mißverständnis hinauslaufen. Immerhin ist es erfreulich, daß unter den Rednern die Zahl der Verteidiger der Mehrheitseresolution der Stuttgarter Kolonialkommission gering ist und daß der Parteitag einstimmig die Beschlüsse von Stuttgart, also auch die im Plenum angenommene Resolution zur Kolonialfrage, gebilligt hat.

Zur Wiederholung unserer Stellung in dieser Frage war offenbar keine günstige Gelegenheit, deshalb hatten die Vertreter der „sozialistischen“ Kolonialpolitik gar kein Bedürfnis nach einer klärenden Aussprache. So erklärt es sich, daß nach Singers Referat keinerlei Wortmeldungen vorlagen. Erst durch Ledebours schnelles Eingreifen wurde eine Debatte herbeigeführt.

Das Referat Singers über die Reiseerträge, daß eine Quote für die Verteilung der Unterstützungspflicht zwischen Partei und Gewerkschaften erst noch in weiteren Verhandlungen gefunden werden soll. In der Debatte, die durch die Mittagspause unterbrochen wurde, traten überwiegend Redner auf, die an der Arbeiterschaft festhalten und weitere Förderung dieser würdigen Form der Feiler forderten.

Auch in der Nachmittagsitzung herrschte die Stimmung vor, daß an irgend welche Abschwächung der Reiseerträge nicht gedacht werden dürfe, und daß der Bremserlaß des Vorstandes in der Form als verfehlt und verwirrend erachtet werden müsse. Andererseits wollte niemand ein blindes und unüberlegtes Wagnis, so daß schließlich die Rammbeimer und Jener Resolution bekräftigt und betreffs der Unterstützungsfrage das weitere den gemeinsamen Verhandlungen des Parteivorstandes und der Generalkommission überlassen wurde.

Um 5 Uhr begann dann unter allseitiger Spannung Webel sein Referat über die letzten Reichstagswahlen. Zugänglich frisch von Beginn bis zum Ende hielt Webel eine tüchtige Rede voll revolutionären Feuers, voll herzerfrischenden Optimismus, voll auf-

peitschender Kampfbegeisterung. Es war eine entschiedene Ablehnung jener vorläufigen Kritiker, die aus dem Ergebnis der Wahlen die Notwendigkeit einer Aenderung unserer Taktik folgern wollten, eine kräftige Unterstreichung der Dresdener Resolution.

Lauter Applaus bröhte durch den Saal, als der Redner auf die Pflicht der Arbeiterschaft hinwies, das Wahlrecht bis zum äußersten zu verteidigen. Mit ägender Satire behandelte Webel den Bloch. Zum Schluß gab er eine treffende Skizze der unsicheren Weltlage. Unter donnerndem Beifall, in den die Besucher der Galerien einstimmten, schloß die Sitzung.

Der Ausgleich.

Aus Wien wird uns vom 17. September geschrieben:

Nachdem die österreichischen und die ungarischen Minister seit Monaten über den Ausgleich verhandelt und nachdem die Verhandlungen durch das ganze Didiel der zahllosen Fragen fast bis zum Abschluß gebracht waren, sind sie nun an einen toten Punkt gelangt, und die ungarischen Minister, die seit Wochen mehr in Wien als in Budapest waren, sind heute ohne Ergebnis abgereist! Abgebrochen sind zwar die Verhandlungen noch nicht, und sie werden es vermutlich auch nicht werden; immerhin steht die Situation nach einer regelrechten Ausgleichskrise aus. Allerdings, der Ausgleich ist nun nicht bloß eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine kalendarische Notwendigkeit — laufen doch alle Verträge Ende des Jahres ab —, so daß die rechtzeitige Erledigung der großen Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten doch noch immer das Wahrscheinlichste ist.

Bei dem, was man den „Ausgleich“ nennt, handelt es sich um die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn, um den Umfang und Grad dieser Beziehungen. Trotzdem nämlich beide Staaten in dem staatsrechtlichen Dualismus, der in der Einheit des Monarchen und der Gemeinsamkeit der Armeesowie der Vertretung nach außen besteht, als die österreichisch-ungarische Monarchie erscheinen, sind sie wirtschaftlich vollkommen frei und selbständig, und das, was sie wirtschaftlich gemeinsam haben, was ihre wirtschaftliche Einheit begründet, ist nur das Ergebnis von Verträgen, ist nur, weil es von ihnen vereinbart ist. Daß zwischen Oesterreich und Ungarn keine Zoll-Linie besteht, daß sie zusammen gegenüber dem Auslande ein gemeinschaftliches Zollgebiet bilden, das ist also keine Folge des dualistischen Bundes, welches nur staatsrechtliche Wirkungen hervorbringt, das ist nur insoweit, als es von den beiden Staaten durch einen Vertrag herbeigeführt wird. Nicht anders steht es mit den übrigen wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten: sie alle sind nur und sind es bloß in dem Umfange und dem Inhalt, als sie durch Abkommen begründet werden. Die Gemeinsamkeit des Münzfußes und der Notenbank, die Gleichheit gewisser indirekter Steuern und mannigfacher kommerzieller Angelegenheiten, die Einheitlichkeit der Eisenbahntarife — all das muß durch Verträge sichergestellt werden und würde ohne sie nicht sein. Man begreift also, welche Summe von Fragen und Schwierigkeiten ein solcher Ausgleich — der Ausgleich von wirtschaftlichen Interessen — hervorruft, und wie unständig sich die Angleichung von so vielen Gegensätzen anläßt: so unständig, daß die Verhandlungen über den neuen Ausgleich nunmehr zwischen den unterschiedlichen Regierungen beider Staaten an die zehn Jahre währen! Der Ausgleich, der zum erstenmal nach dem „Friedensschluß“ zwischen König und Nation“ im Jahre 1867, dem Geburtsjahre des Dualismus geschlossen wurde, ist seither alle zehn Jahre erneuert worden, bis im Jahre 1897 die Erneuerung an der Spitze des österreichischen Abgeordnetenhauses scheiterte. Von da an behalt man sich mit Provisorien und Verfassungsüberläufen: Das ganze letzte Jahrzehnt ist erfüllt von vergeblichen Versuchen, zu dem Verträge zu gelangen, ohne den die gemeinsame Monarchie, auf den schmalen Rain des staatsrechtlichen Dualismus gedrängt, auf die brüchige Grundlage der Gemeinsamkeit des Monarchen und der Soldaten reduziert wäre.

Unmittelbare Folgen würden sich allerdings auch dann nicht einstellen, wenn kein Vertrag geschlossen wird. Das wichtigste in der Gesamtheit der wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten ist natürlich die Einheit des Zollgebietes: daß zwischen den zwei Staaten keine Zollschranken bestehen und daß sie, dem Auslande zugewendet, ein einheitliches Zollgebiet darstellen. Das ist aber auf indirektem Wege bis Ende 1917 verbürgt durch die internationalen Handelsverträge, die noch von Oesterreich-Ungarn für beide Staaten geschlossen sind, beide Staaten also auch ohne direkten Vertrag auf ihre ganze Dauer binden. Auch das Übereinkommen über die Gemeinsamkeit der Notenbank (Oesterreichisch-ungarische Bank) gilt bis Ende 1910, ebenso der Münzvertrag; hier würde also eine Lücke nicht entstehen. Der neue Ausgleich erscheint aber deshalb notwendig, weil die Bestimmungen über den Handelsverkehr Ende dieses Jahres erlöschen, also formell eine Leere entstehen, wenn nicht neue Bestimmungen erlassen würden. Diese Bestimmungen sind übrigens staatsrechtlich ein wahres Nonstrum; denn sie stellen, obwohl sie eine Vereinbarung sind und sein müssen, dennoch der Form nach keinen Vertrag dar. Als nämlich in den Jahren 1897 bis 1900 das österreichische Abgeordnetenhause dauernd obstruierte, also arbeitsunfähig war und die österreichische Gesetzgebung fast ohne Unterlaß durch den berückichtigten § 14 besorgt wurde, wendete Ungarn ein, daß es nach seinem Staatsrechte „nur mit der konstitutionellen Vertretung“ Oesterreichs „in Vertretung treten kann“, als welche Vertretung der Verfassungsbruch natürlich nicht angesehen werden dürfe. Um nun den österreichischen Re-

gleitungen den Mißbrauch des § 14, das Regieren mit „kaiserlichen Verordnungen“, zu ermöglichen, wurde an Stelle des Bündnisses der beiden Staaten die selbständige Regelung durch jeden der beiden Staaten gesetzt, welche Selbständigkeit natürlich nur formaler Art blieb, weil jede Regierung das „selbständig“ verfaßte, was beide Regierungen miteinander vereinbart hatten und ihre Befugung mit der Bedingung ausstattete, daß die gleiche in dem anderen Staate erlassen werden und gültig bleiben müsse — was man die „Negiprozität“ nennt. Diese selbständige Regelung mit Negiprozität, die in Ungarn durch ein regelrechtes Gesetz, in Oesterreich durch eine § 14-Verordnung erfolgte, läuft nun Ende dieses Jahres ab, und ihr Ablauf bedingt eine neue Regelung, einen neuen Ausgleich. Dieser Teil des Ausgleichs ist in den Verhandlungen der Regierungen auch antwort gebracht worden: Es wird fortan kein Bündnis, aber auch keine selbständige Regelung, es soll ein Handelsvertrag sein, der die Gemeinsamkeit des Zollgebietes zwar einschließt, aber dennoch im Inhalte loser ist als die früheren Bündnisverträge. Auch die vielen anderen schwebenden Fragen sollen in den nun durch Monate fortgesetzten Verhandlungen vereinigt und für die legislative Erledigung fertiggestellt worden sein.

Die besondere Schwierigkeit, die sich der Vollenkung des Ausgleichs nun in den Weg stellt, liegt auf anderem Gebiete. Die österreichische Regierung erhebt nämlich die Forderung, daß in den Ausgleich auch die Dankfrage und die Quote einbezogen werden. Zwar ist die Gemeinsamkeit der Notenbank bis Ende 1910 sicher gestellt, aber es ist begreiflich, daß sich die Regierung bei nicht darauf einlassen will, dem Parlamente einen Ausgleich vorzulegen, der auf eine der wichtigsten Fragen keine Antwort gibt, und der in ein, zwei Jahren neue Verhandlungen nötig machen würde. Zwar ist es ganz ausgeschlossen, daß Ungarn, obwohl dort das handwerkliche Schlagwort die ruhige Ueberlegung allzu oft dergewaltigt, die Torheit begehen könnte, die Verlängerung der Dankgemeinschaft zu unermesslichen Vorteilen schafft; dagegen ist es mehr als wahrscheinlich, daß die ungarische Regierung mit der „Drohung“, sich die eigene Zettelbank zu erschließen, die Aufnahme der Barzahlungen erzwingen will (die gesetzliche Pflicht der Notenbank zur Einlösung ihrer Banknoten, die jetzt in der Dankfrage suspendiert ist), welchem Wunsche die österreichische Regierung aus triftigen ökonomischen Gründen widerstehen muß.

Was die Quote betrifft, so bedeutet das Verlangen, sie im Rahmen der Ausgleichsverhandlungen zu ordnen, natürlich auch, daß die Quote der Ungarn erhöht werde. Mit dem Worte „Quote“ wird im Sprachgebrauch des Dualismus das Verhältnis benannt, in welchem beide Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben (den Kosten von Armeen und Marine und der auswärtigen Vertretung) beitragen; dieses Verhältnis ist heute: daß Oesterreich 65,6 Proz., Ungarn 34,4 Proz. beiträgt. Es wird gleichfalls durch ein Uebereinkommen bestimmt, zu dessen Herbeiführung von beiden Parlamenten Deputationen entsandt werden; kommt es zu einem solchen nicht, so bestimmt das Verhältnis der Kaiser (jedoch nur für die Dauer eines Jahres, wonach wieder neue Verhandlungen nötig sind). Seit dem Jahre 1897, wo das letzte zehnjährige Uebereinkommen abließ, gibt es nur eine Festsetzung durch die Krone; die jetzt in Kraft stehende läuft nun gleichfalls Ende des Jahres ab. Ursprünglich hatte sich die ungarische Regierung gegen das „Junktim“, (das heißt gegen die Einbeziehung der Quote in die Ausgleichsverhandlungen) gewehrt; nun geht aber der Streit, wenn er sich auch in den Kabinetten der Minister abspielt, um eine Erhöhung der ungarischen Quote. Die österreichische Regierung scheint in den eigentlichen Verhandlungen so viel konzediert zu haben, daß sie zur Bilanzierung des Ausgleichs die Verminderung der österreichischen Quote braucht. Obwohl die Erhöhung der ungarischen Beitragsleistung nicht mehr beitragen würde als ein paar Millionen Kronen, so lehnen die Ungarn dieses „Jugendsündnis“ vorläufig mit aller Energie ab. Die Quote spielt im Ausgleich aber — was auch der begreift, der sich in dem Labyrinth der sachlichen Fragen nicht zurechtfindet — die Hauptrolle; deshalb das Bedenken, an dem Punkte nachzugeben, der, wenn gleich mit Unrecht, bei der Beurteilung der Qualität des Ausgleichs am meisten ins Gewicht fällt.

Die politische Schwierigkeit des Ausgleichs besteht darin, daß sich die Sachlage in Oesterreich durch die Wahlreform bedeutsam geändert hat. Bisher war der Inhalt jedes Ausgleichs die Frucht der Schwäche Oesterreichs; nun muß einer abgeschlossen werden, in dem auch die Stärke Oesterreichs sichtbar wird. Dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts kann ein Ausgleich nicht vorgelegt werden, wie er den bestehenden Kurienparlamenten geboten werden konnte. Die österreichische Regierung, die sonst bei Ausgleichen nur an die Krone dachte, muß nun vor allem an das Parlament denken. Auch hier ist also zu erkennen, weshalb unschätzbaren Segen die Wahlreform die eine Volksvertretung schuf, für den Staat ist.

Die Telegramme des Tages lauten:
Budapest, 18. September. Die Blätter besprechen die durch den Abbruch der Ausgleichsverhandlungen geschaffene Situation. Es wird betont, die ungarische Regierung habe eine mäßige Erhöhung der Quote angenommen, doch seien von Seiten Oesterreichs Gegenkonzeptionen gefordert worden, die die österreichische Regierung nicht bewilligen wollte. Jedenfalls wird der Versuch eines Kompromisses gemacht werden, doch ist noch gänzlich unbekannt auf welcher Grundlage. Die auswärtigen Handelsverträge bleiben bis zum Jahre 1917 unberührt, neue Handelsverträge mit den Balkanstaaten können jedoch vor Ordnung des Verhältnisses zwischen Ungarn und Oesterreich kaum geschlossen werden. Schlimmstenfalls, so melden einige Blätter, wird die Erhaltung des Status quo bis auf weiteres vereinbart werden. Die Minister erklärten auf Befragen, von ihrem Rücktritt sei keine Rede.

Wien, 18. September. Wie von ungarischer Seite gemeldet wird, werden die Ausgleichsverhandlungen Anfang Oktober fortgesetzt werden. Der in Wien verbliebene Minister Andrássy wird heute vormittag 11 Uhr vom Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Audienz empfangen werden. Bei dieser Audienz handelt es sich um die Ausgleichsfrage sowie um die Reform des ungarischen Wahlrechts.

Marokko.

Die Unterwerfung der Casablanca benachbarten Stämme scheint doch nicht so sicher zu sein, wie das die französischen Telegramme gestern darstellten.

General Druce teilte nämlich der Regierung in Vorkündigung einer Anfrage mit, daß er, falls die Unterwerfung der Stämme sich nicht verwirklichen werde, hinsichtlich seiner weiteren Tätigkeit mit der Regierung durchaus übereinstimme.

General Druce hat nach einer Pariser Meldung vom 18. September einen Streifzug in das Gebiet der Redi Unas unternommen, um die Annahme seiner Bedingungen durch jene Stämme zu erzwingen, die keine Vertreter nach Casablanca entsenden wollten.

Englische Angriffe gegen Frankreich.

Aus Tanger wird gemeldet:

Hier macht unter der nichtfranzösischen Bevölkerung eine kleine englische Flugschrift die Runde. Der Verfasser ist unbekannt, der Drudort ist Gibraltar. Sie legt gegen die Franzosen in einer Weise los, die alles übertrifft, was bereits in unabhängigen deutschen Zeitungen über die Ereignisse von Casablanca gesagt worden ist. Nachfolgend einige Auszüge daraus:
„Die ganze nichtfranzösische Bevölkerung von Tanger ist mit Schrecken und Enttäuschung erfüllt über die Schenlichkeiten, die die Franzosen in Casablanca begangen haben. Diese bisher blühende Seestadt mit einigen 80 000 Einwohnern ist bombardiert, geplündert, ausgeraubt und niedergebrannt worden im Namen der Zivilisation durch Truppen einer europäischen Macht, die sich selbst zivilisiert nennt. Von den 80 000 Einwohnern sind, nach Angabe von Augenzeugen, die während des Gemetwels dort waren, nur ungefähr 200 Personen übrig. Von den anderen sind Tausende und Abertausende unschuldiger Männer, Frauen und kleiner Kinder (Juden und Araber gleichermaßen) in Stücke gerissen worden von Melinitgranaten, auf der Flucht auf Bajonetten aufgetrieben und niedergeschossen worden oder, nachdem das Bombardement das Schlimmste getan hatte, aus ihren Verstecken herabgezogen und schließlich ermordet worden durch die Wörder von der Fremdenlegation, die losgelassen worden waren auf die verurteilte Stadt, um das blutige Werk, das die Melinitgranaten unvollständig gelassen hatten, zu Ende zu führen. Als Entschuldigung für all dieses Teufelswerk dient die Erinnerung von 7 oder 8 Angehörigen der französischen Unternehmer durch unbekannte Araber, die sehr wahrscheinlich alle von weither gekommen waren und für deren Handlungen die Stadtbewohner nicht verantwortlich sind als die Einwohner von Clapham oder Bayswater.“

Die Richtigkeit dieser Darstellung vermögen wir nicht zu beurteilen. Sie ist offenbar übertrieben; wieviel Prozent Wahrheit in ihr enthalten ist, entzieht sich unserer Beurteilung.

Ein uns aus Casablanca vom 12. September zugegangener Brief eines deutschen Fremdenlegationsrats bestreitet entschieden alle aus englischer Quelle stammenden Nachrichten über in Casablanca durch die französische Soldateska begangene Missetaten, Vergewaltigungen und Plünderungen. Er behauptet, daß unter den französischen Truppen strenge Disziplin geherrscht habe und vereinzelte kleine Ausschreitungen streng bestraft worden seien. Er führt die Schilderungen über die angeblich begangenen Gräueltaten auf die Erfindungen englischer Missionare zurück, denen er die der französischen Besatzungstruppe gewidmeten Liebenswürdigkeiten mit Jinsen juridisch. Da uns der Verfasser des Briefes völlig unbekannt ist, vermögen wir für die Richtigkeit seiner Darstellung ebenso wenig Bürgschaft zu übernehmen, wie für die aus englischer Quelle stammenden Meldungen. Möglicherweise haben beide Teile Recht!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. September 1907.

Wenn die Tante Voss schäkert!

Die Tante Voss, die unlängst einen so durchschlagenden Beweis dafür erbracht hat, daß sie von den „gelehrten Sachen“, die sie den Lesern vorzuführen verspricht, so wenig versteht wie der Esel vom Lautenschlagen, erbringt heute den Beweis, daß sie auch von den ebenfalls verheißenen „Staats-Sachen“ nicht das mindeste versteht.

In einem Leitartikel „Sozialdemokratie und Militarismus“ stellt sie — hier den Tatsachen gemäß — fest, daß die Sozialdemokratie geschlossen den Militarismus, dies Werkzeug des Klassenstaates bekämpft. Sie stellt ferner ganz richtig fest, daß in Bezug auf die Stellung zum Militarismus und Krieg „eine tiefe Kluft“ zwischen der Sozialdemokratie und allen bürgerlichen Parteien gähnt. Doch komisch aber wird die „Voss. Ztg.“, wenn sie den Barth, Naumann und Genossen folgendermaßen die Leviten liest:

„Diese Debatte über den Militarismus und den Krieg ist geeignet, auch denjenigen Phantasten im Bürgerum, die sich, wie ehemals geräuschvoll, so neuerdings im Stillen für ein Bündnis mit der Sozialdemokratie erwärmen, deren Kandidaten auch ganz gern den Sieg über den der freisinnigen Volkspartei wünschen, die Augen zu öffnen. Es sind dieselben Imperialisten, die sich für uferlose Flottenpläne und rücksichtslose Weltpolitik, für die Niedermegehung von Chinesen und Schwarzen erheben und Herrn Peters für einen Rationalhelden ansehen. Und sie bilden sich immer noch ein, mit der Sozialdemokratie Arm in Arm das Jahrhundert in die Schranken fordern zu können? Ob sie an diesem Wahn auch nach den Verhandlungen von Stuttgart und Essen festhalten werden?“

Die „Voss. Ztg.“ hätte ein Recht zu solchen Spott, wenn die freisinnige Volkspartei noch dieselbe wäre, die sie vor 1 1/2 bis 2 Jahren war! Damals bekämpfte sie noch die „uferlosen Flottenpläne und rücksichtslose Weltpolitik“. Aber inzwischen hat sie sich imperialistisch und marinistisch derart gemaufert, daß zwischen ihr und den Raumännern nicht der geringste Unterschied mehr besteht! Alles was die „Vossin“ also über „uferlose Flottenpläne und rücksichtslose Weltpolitik“, über „Niedermegehung von Chinesen und Schwarzen“ sagt, kommt auch auf das Konto der freisinnigen Volkspartei, die jeder Flottenvorlage und jedem Kolonialabenteuer zugestimmen entschlossen ist.

Auf ihr Spezialkonto kommt außerdem noch der schmachvolle Wahlrechtsverrat, der Kuhhandel mit den Agrariern, den wenigstens einige freisinnige Vereinigte zeitweilig bekämpften! Sie waren trotz aller Flotten- und Kolonialtolles immerhin der Ansicht, daß auch das Reichstagswahlrecht für Preußen eine prinzipielle Forderung des Freisinn und nicht bloß ein Schacherobjekt für einige der Börse gemachte Konzessionen sei!

Der „männliche“ Freisinn kennt nicht einmal solch gelinde Bewußtseinsstrüpel. Er schließt den Imperialismus, die Kolonialpolitik, den Marinismus und Militarismus, dazu den Brot- und Fleischwucher ohne jenes Kompensationsobjekt, das doch wenigstens einige „Phantasten“ des weiblichen Freisinn — sei es auch nur vorübergehend — für unerlässlich hielten!

Man sieht: die Schäkerei der Tante Voss ist im Grunde blutigste Selbstverhöhnung. Sie spottet ihrer selbst und weiß nicht wie!

Vom Schlachtfelde der Großindustrie.

Auf dem Parteitage in Essen haben mehrere Redner auf die Notwendigkeit eines besseren Schutzes für die Hütten- und Walz-

werkerarbeiter hingewiesen. Sie haben damit einen wunden Punkt berührt.

Im Gebiete der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die etwas näher kennen zu lernen die Parteitagebesorgerten Gelegenheit haben, geht alles ins Grobartige, Massenhafte, Gigantische. Zu Hunderttausenden sind hier die aus aller Herren Länder herbeigeströmten Proletarier auf kleinem Raum zusammengewürfelt. Beinahe zwanzig und mehr Tausend Arbeiter fronden in einem einzigen Unternehmen. Riesenbetriebe gibt es hier, die mehr Untertanen haben als einzelne Kleinstaaten Einwohner. Und die Fron des Riesenproletariats ist der Quell eines breiten, gewaltigen Goldstromes, der sich in die Taschen der Unternehmer ergießt. Der Profit einzelner Unternehmer zählt nach Millionen mit zweistelligen Ziffern. Ghimborassomäßig streben die Produktionsziffern empor und lawinenartig wachsen die Umsatzzahlen. Für die Unternehmer tiefenhafte Gewinne, Berge von Gold, für die Arbeiter ein Meer von Blut, Legionen von Krüppeln und Pyramiden von Leichen. Der letzte Bericht der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft gibt von der ungeheuerlichen Vernichtung von Mensch und Leben wieder ein schauerliches Bild. Von den 163 507 versicherten Personen erlitten im letzten Jahre 32 441 einen Unfall. Jeder fünfte Arbeiter wurde demnach verletzt! Unter den Unfällen waren 2635 entschuldigungslos und 201 mit tödlichem Ausgang. In welcher Weise die Unfälle relativ und absolut zu genommen haben, zeigt diese Zusammenstellung:

	Zahl aller Unfälle		Entschuldigungs-pflichtige Unfälle		Tödliche Unfälle
	Aberhaupt	pro 1000 Versicherter	Aberhaupt	pro 1000 Unfälle	
1890	23 351	179,6	1584	12	145
1902	23 187	183,8	1767	14	142
1904	23 238	191,5	2129	16,5	149
1906	32 441	199	2635	16	201

Das sind unheimlich hohe Unfallziffern. Ueber den Durchschnitt für die gesamte deutsche Eisen- und Stahlindustrie gehen bei der Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft die schweren Unfälle um über 50 Proz., die Unfälle überhaupt um 100 bis 200 Proz. hinaus. Seit dem Jahre 1885 haben in dieser Vereinsgenossenschaft 26 643 Personen entschuldigungslos Unfälle erlitten; Unfälle überhaupt wurden allein in den letzten acht Jahren über 200 000 gemeldet und 1100 Arbeiter erlitten den Tod infolge Unfalls auf dem Schlachtfelde der rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerke.

Schon oft hat die Sozialdemokratie die Massenmorde in der Großindustrie im Parlament zur Sprache gebracht und Schutzmaßnahmen verlangt. Vergeblich! Die bürgerlichen Parteien hatten Wichtigeres zu tun, sie begnügten sich damit, der Sozialdemokratie sozialpolitische Unfruchtbarkeit vorzuwerfen. So erledigen die Quiraparteien Arbeiterfragen!

Herr Naumanns Ende.

Herr Naumann, der nach einem sächtigen Aufstammen seines demokratischen Bewußtseins unter den Keulen schlägen der „subalternen Geister“ jählings wieder aufzukommen, vollzieht nunmehr in wahrhaft mitleiderregender Form seine Selbstauspeitschung. Während das „Berl. Tageblatt“ doch wenigstens den Beschlüssen des Parteitages der freisinnigen Volkspartei noch mit einer gewissen Reserve begegnet, bringt es Herr Naumann fertig, in der neuesten Nummer der „Nisse“ zu schreiben:

„Als Mitglied der freisinnigen Vereinigung glaube ich sagen zu können, daß alle wesentlicheren Beschlüsse dieses Parteitages auch bei uns hätten gefaßt werden können und vielfach bereits ähnlich gefaßt worden sind. Insbesondere gilt das von den Beschlüssen über Blockpolitik, Vereinsrechte und Landtagswahlrecht, also über die Gesamtrichtung der linksliberalen Politik.“

Wie unrecht taten die im Wahlrechtsverrat „Unentwegten“ der „Freis. Ztg.“ und der „Voss. Ztg.“ Herr Naumann, als sie ihn als „nationalsozialen Eiferer“ brandmarkten! Einen harmloseren, wankelmütigeren Konzeptionschulzen als Herr Naumann hat die Welt bisher noch nicht gesehen!

Zu allem Ueberflus macht Herr Naumann noch folgende „Feststellung“:

„Der Satz „alles oder nichts“ ist von mir nicht geschrieben, im Gegenteil ist er von mir schon vor dem Auslass im „Berliner Tageblatt“ abgelehnt worden. Das konnten die Herren Redner wissen! Ich bin für möglichst kräftige Agitation für das Reichstagswahlrecht in Preußen genau in dem Sinne, wie es Abgeordneter Fischel im Zirkus Voss ausgeführt hat. Er sagt dort, daß wir alles, was in unseren Kräften steht, aufbieten sollen, die Zwangsburg niederzuzwingen. Daß dieses vom Liberalismus nicht mit Straßendemonstrationen geschehen kann, habe ich meinstens schon früher ausgeführt.“

Der biedere Herr Naumann! Er will die Lösung „alles oder nichts“ niemals ausgegeben haben! Nun schrieb er aber am 31. Juli im „Berl. Tagebl.“:

„Gute muß ein sach gefordert werden: Das Reichstagswahlrecht für Preußen! ... Die preussische Wahlrechtsfrage kann schon heute als die Lebensfrage des Blocks ... bezeichnet werden. ... Wenn der Herbst kommt, dann muß Fanfare geblasen werden für die Erlangung des Reichstagswahlrechts in Preußen.“

Wenn damit nicht die Parole „alles oder nichts“, ohne Reichstagswahlrecht keine Blockpolitik ausgegeben werden soll, dann müssen wir Herrn Naumann schon für einen bloßen Schwächer erklären, der pomphefte Worte macht, ohne sich dabei etwas zu denken!

Nun hat sich allerdings Herr Naumann nicht nur gegen Straßendemonstrationen, sondern auch gegen einen Wahlrechtssturm überhaupt ausgesprochen und dem Kuhhandel das Wort geredet! Aber das geschah am 14. und 21. Juli, vor Herrn Naumanns Wandlung, die dann den Entrüstungsturm aller freisinnigen Auhändler hervorrief! Wie kann Herr Naumann also seine ganz heterogenen Auslassungen aus dieser Zeit mit seiner radikalen Periode Ende Juli und Anfang August einfach durcheinanderwerfen!

Aber darüber mag sich Herr Naumann mit seinen freisinnigen Freunden auseinandersetzen. Für uns ist er abgetan. Ein solcher Verwandlungskünstler wie er, der seine Wankfertigkeit noch obendrein durch jesuitische Kniffe zu leugen versucht, scheidet einfach aus der Zahl der ernsthaften Politiker endgültig aus!

Reichsvereinsgesetz.

Der angekündigte Entwurf eines Reichsvereins- und Vereinsvereinsgesetzes ist im Reichamt des Innern fertiggestellt. Wie der „Berl. Lokalanz.“ wissen will — auf welchem Wege er zu diesem Wissen gelangt ist, verrät er nicht — enthält der Entwurf die Bestimmung, daß nur Schüler und Lehrlinge fortan von der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen

ausgeschlossen bleiben, alle anderen bisherigen Beschränkungen dagegen wegfällen sollen.

Bezüglich der Gründung neuer Vereine, auch der politischen, bleibt für den Vorstand lediglich die Verpflichtung bestehen, die Tatsache der Gründung bei der zuständigen Behörde anzuzeigen und gleichzeitig die Statuten einzureichen. Den politischen Vereinen nicht zugerechnet werden sollen die Verbände und Vereine, die unter den § 152 der Gewerbeordnung fallen, also Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, doch bleibt vorbehalten, deren vermögensrechtliche Verhältnisse, vor allem die Erlangung der Rechtsfähigkeit durch Eintragung in ein amtliches Register, nötigenfalls durch eine entsprechende Ergänzung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu ordnen. Die polizeiliche Überwachung der Versammlungen bleibt bestehen. Der Vertreter der Polizei soll aber künftig nur dann eine Versammlung schließen und auflösen dürfen, wenn der Vorsitzende selbst es wiederholt unterlassen hat, bei Aufforderungen eines Redners zu geschwiegenen Handlungen einzuschreiten und ihm das Wort zu entziehen. Auch dürfte das Recht der vorläufigen Schließung von Vereinen der Polizei genommen und den ordentlichen Richtern übertragen werden.

Demnach entspricht — vorausgesetzt, daß die Angaben richtig sind — der Entwurf ungefähre den Vereins- und Versammlungs-gesetzen, die schon heute in süddeutschen Staaten bestehen. Viel weniger wird das Gesetz auch trotz aller Vorliebe der Regierung für die Erhaltung der sogen. berechtigten preussischen Eigenheiten kaum bieten können, wenn er die Zustimmung dieser Staaten erlangen soll. —

Zentrums-Terrorismus. Die ultramontane Presse liebt es, ihre Leser mit allerlei Erzählungen über sozialdemokratischen Terrorismus zu unterhalten, obgleich die politische und religiöse Unzulässigkeit nirgends besser gedeiht, als in den Herrschaftskreisen des Zentrums. Ein neues Beispiel dafür liefert eine Meldung der „Voss. Zig.“ aus Bamberg. Danach wurde in Kronach eine Versammlung des Verbandes staatlicher Forstarbeiter, in der der bekannte liberale Renommierparrer Brandinger sprechen wollte, vom katholischen Arbeiterverein unter der Führung eines Kaplans und des ultramontanen Landtagsabgeordneten Schwarz gesperrt. Brandinger wurde dabei schwer bedrängt. —

„Alles oder nichts!“

Unter den vielen „Fehlern“, die das Zentrum an der Sozialdemokratie zu tabeln wußte, stand von jeher in erster Reihe der „unpolitische Sinn“, der nicht verstand, sich mit dem Erreichbaren zu begnügen, der sich immer auf das Ganze versteifte, anstatt vorläufig mit einem Teil vorlieb zu nehmen — zum Unterschied vom Zentrum, das auch mit wenigem zufrieden war, wenn es nicht alles erreichen konnte und das auf diese Weise durch viele kleine Erfolge zu „Großes“ erreicht hat. So haben wir es unendlich oft in Zentrumsklättern gelesen und von Zentrumsoagitatoren gehört. Gegenwärtig nun stellt sich in der preussischen Wahlrechtsfrage der Freisinn auf den Standpunkt des Zentrums. Genau wie es bisher die Zentrumskräfte in der Sozialpolitik unserer Partei gegenüber taten, halten die Freisinnsmänner eifernde Reden gegen die „Alles oder nichts“-Politik, und danken bereits im voraus für ein Reformchen, wenn die Regierung eine gründliche Reform nicht bewilligen will. Da nun aber das Zentrum gegenwärtig dem Freisinn wegen seiner Blaupolitik großtut, so bekommt der Freisinn von der Zentrumspresse recht bittere Worte zu hören, weil er in der preussischen Wahlrechtsfrage so operieren will, wie das Zentrum bisher stets operiert hat. So heißt es z. B. in einem Artikel, der sich in einer Anzahl ultramontaner Blätter findet:

„Was die Formel „alles oder nichts“ angeht, so muß man unterscheiden zwischen ihrer sachlichen und ihrer praktischen Bedeutung. Im Interesse der Sache liegt es in der Regel, Abschlagszahlungen anzunehmen und den Fortschritt Schritt für Schritt, von Stufe zu Stufe zu betreiben. Es können aber auch Fälle vorkommen, in denen der guten Sache mit einer Abschlagsreform nicht gedient ist, weil durch diese kleinen Zugeständnisse die wirkliche Reform auf lange Zeit hinausgeschoben wird.“

Und weiter belehrt die Zentrumspresse die Freisinnigen, „daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob man als ohnmächtige Minderheitspartei sich Abschlagszahlungen gefallen läßt oder ob man als ausschlaggebender Teil der Regierungsmehrheit „tapfer zurückweicht.“

Man mag nun den Einfluß des Freisinns als ausschlaggebenden Teil der Regierungsmehrheit noch so hoch einschätzen, jedenfalls reicht er bei weitem nicht heran an den Einfluß, den das Zentrum ein Jahrzehnt als ausschlaggebende Partei im Reichstag gehabt hat. Und während dieser Zeit ist das Zentrum so oft „tapfer zurückgewichen“ vor der Regierung, hat es sich so oft mit Abschlagszahlungen begnügt und auf diese Weise manche „wirkliche Reform auf lange Zeit hinausgeschoben“ helfen. —

Selbstverständlich bekämpfen auch wir die Haltung des Freisinns, der seine Feigheit hinter „staatsmännische“ Erwägungen über die Verwerflichkeit der „Alles oder nichts“-Politik zu verbergen sucht. Aber ebenso wie er hat es das Zentrum von jeher getrieben und der Sozialdemokratie gegenüber als den Inbegriff wahrer Volkspolitik gepriesen.

Amerika.

Zum Prozeß in Idaho.

Es erscheint jetzt sehr zweifelhaft, ob nach dem Ausgange des Prozesses gegen Gaywood die Verhandlungen gegen Pettibone, der zunächst an der Reihe wäre, und dann gegen Royer überhaupt eröffnet werden! Die 100 000 Dollar, die der Staat für die gesamten Anklagen bewilligt hat, sind schon durch den Fall Gaywood allein zum allergrößten Teil ausgezehrt. Wie dieses Geld verbracht wurde, darüber sind allerlei Enthüllungen gemacht worden, die große Entrüstung hervorriefen. Die Geheimagenten haben sich nämlich viele gute Tage gemacht und lange Rechnungen eingereicht über Extratouren mit reichen Vergütungen, um „auf der Spur“ zu bleiben. — Ob der Staat neue Mittel bewilligen wird, ist fraglich.

Gegen die Ankläger in dem Prozeß gegen Gaywood, den Senator Borah, ist jetzt die Anklage wegen Beteiligung an einer Verschwörung zum Landdiebstahl, die ihn schon längst bedrohte, formell erhoben worden! Mit ihm werden noch eine Reihe anderer „großer Männer“ im Staate beschuldigt, im September 1901 sich zu dem Zweck verbunden zu haben, auf ungesetzliche Weise große Wälder im Distrikt Boise in ihren Besitz zu bringen, also Holzdiebstahl im großen begangen zu haben. —

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahre umfaßte nach dem amtlichen Bericht, der am Sonnabend herausgegeben wurde, 1 400 000 Personen. Der Bericht läßt erkennen, daß die Westströme, den Einwandererstrom stärker als bisher nach den Südstaaten abzulenen, zum Teil erfolgreich waren. —

Australien.

Die Arbeiterpartei hat nach den endgültigen Resultaten bei den letzten Wahlen zum Staatsparlament in Neu-Süd-Wales sieben Sitze gewonnen. —

Roeren kontra Geo Schmidt.

Köln, den 18. September. (Telegr. Ber.)

2. Verhandlungstag.

Bei Beginn der heutigen Sitzung, zu der sich ein starker Andrang des Publikums bemerkbar macht, wird nochmals Zeuge Rechtsanwalt Court aufgerufen. Die Verteidigung hat an ihn eine Reihe von Fragen zu stellen. Rechtsanwalt Bredered: Der Zeuge hat gestern vier schwarze Zeugen aufgeführt, welche zumgunsten Schmidts ausgesagt hatten. Ich möchte ihn fragen, ob nicht auch vier bis fünf Zeugen vernommen worden sind, welche zugunsten Schmidts ausgesagt? — Zeuge: Das muß ich erst in meinen Handakten nachsehen. — Rechtsanwalt Bredered (zum Zeugen, der in seinen Aktenbüchern herumblättert): Nun, das werden Sie doch wohl wissen müssen, ohne nachzusehen, daß noch mehrere Zeugen vernommen wurden. — Zeuge Court: Das muß mir doch wohl überlassen bleiben. Ich will meine Aussagen jedenfalls genau machen. Ich habe hier notiert, daß der Dolmetscher der Station vernommen worden ist. Dieser sagte, es sei wie gewöhnlich geprügelt worden, Schmidt habe an einem Tisch gesessen und Uneshagen habe die Diebe abgezählt. Nicht alle hätten die Hiebe erhalten. Der Zeuge habe sich nicht erinnert, ob die Haut bei den Leuten heruntergeschlagen worden sei. — Rechtsanwalt Bredered: Ist nicht der schwarze Polizist auch vernommen worden? — Zeuge Court: Das war der Gefreite, den ich gestern schon anführte. — Rechtsanwalt Bredered: Nein, es ist noch ein schwarzer Polizist, der Sohn eines Häuptlings vernommen worden. — Vors.: Ist es nicht möglich, daß Sie nur das notiert haben, was zugunsten ihres Klienten war, weil das natürlich allein für Sie Interesse hatte? — Zeuge: Nein, ich habe alles notiert. — Rechtsanwalt Bredered: Nach unserer Darstellung sind noch 4 bis fünf Zeugen vernommen worden, welche entlastende Aussagen für Schmidt machten. Davon sagte der Zeuge gestern nichts. — Zeuge Court: Auch nach dem Gerichtsprotokoll, von dem ich Abschrift genommen habe, ist sonst niemand vernommen. — Der Verteidiger spricht nochmals Zweifel aus, daß die vom Zeugen photographierten Karten von der 2 bis 3 Jahre zurückliegenden Prügelexekution hergerührt haben könnten. Auf die Frage, in welcher Weise er seiner Entrüstung Ausdruck gegeben habe, erwidert Zeuge Court, daß er das sowohl durch Mienen als auch durch Worte kundgegeben habe. Zeuge Oberleutnant Smeend war in der Verhandlung gegen Vater Müller am 28. Januar 1906 wegen Verleumdung des Privatbesagten Schmidt in Rom als Zuhörer anwesend. Der einzelnen Zeugenaussagen und Vorgänge erinnert sich Zeuge nicht mehr genau. Dolmetscher und der Polizeipolizist hätten aber ausgesagt, daß milde geprügelt worden sei. Die Reihenzahl der Zeugen habe jedenfalls den Eindruck gehabt, daß Schmidt bei der Exekution keine Robheit bewiesen habe. Zeuge hat von der Entrüstung der Richter nichts bemerkt oder gehört. — Zeuge Court: Ich stand unmittelbar neben den Richtern. — Zeuge Smeend: Ich befand mich im Zuhörerraum und hatte den Eindruck, daß Vater Müller deturteilt worden wäre, wenn nicht Court die nochmalige Vernehmung des Herrn Uneshagen mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Aussage für Vater Müller beantragt hätte und wenn nicht deshalb Vertagung eingetreten wäre. Der Zeuge bemerkt noch, es sei in Europa vielfach die Ansicht verbreitet, als ob die Beamten aus reinem Vergnügen die Prügelexekution ausübten. Er könne erklären, daß es nichts Unangenehmeres und Ekelhafteres gäbe, als die Prügelexekution zu vollziehen. Keinem Beamten macht es Vergnügen, wenn sie dennoch verhängt wird. Das geschehe in der Erkenntnis,

daß die Prügelexekution unbedingt notwendig sei.

Er würde für die Sache kein Wort sprechen, wenn er nicht die feste sittliche Überzeugung hätte, daß Schmidt Unrecht geschehen sei. Wir müssen die Prügelexekution nicht vom Standpunkt des Europäers betrachten. Der Regier ist nicht so empfindlich, er empfindet die Prügelexekution nicht so schwer.

Bei einem Afrikaner erregt es keine Verwunderung, daß Wunden geschnitten werden. Es ist das keine Ausnahme.

(Bewegung im Publikum.) Aber das ist ja gar nicht so schlimm. (Lachen im Publikum. Der Vorsitzende droht mit Räumung des Saales.) Das ist nicht so schlimm, weil die Wunden nur leicht sind. Der Stoch ist weniger gefährlich als das eigentlich vorgeschriebene Zauende. — Vors.: Hat in der Verhandlung nicht ein Stoch vorgelegen? — Zeuge Smeend: Ich erinnere mich nicht. — Rechtsanwalt Bredered: Die Gegenpartei habe erklärt, daß Müller den Ausdruck nicht gebraucht habe, es seien die Fäden herunter geflogen. Dann müsse man sich wundern, daß Herr Roeren diesen Ausdruck im Reichstag gebrauchen konnte. — Rechtsanwalt Schreiber: Vater Müller hat diesen Ausdruck selbst nicht gebraucht, sondern von einem Epidermisverlust gesprochen. In der Beurteilung der Sache selbst hat Vater Müller aber dieselbe Ansicht, wie sie der Abgeordnete Roeren im Reichstag vorgetragen hat. Die Gegenpartei hat wieder Bemerkungen gemacht, die in das Nähere gehören. — Der Vorsitzende unterbricht den Verteidiger und ersucht die Parteien, diese Ausführungen zu unterlassen. — Justizrat Gammersbach (auffringend): Ich bitte, einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, ob es den Parteien gestattet werden soll, über die Aussagen der Zeugen Bemerkungen und Auslassungen zu machen, oder ob sie sich auf die Fragestellung beschränken sollen. Wenn das erstere gestattet werden sollte, so beantrage ich, daß das nicht nur bei einer, sondern bei beiden Parteien in gleichem Maße geschieht. — Rechtsanwalt Schreiber: Ich stelle fest, daß von der Gegenpartei wiederholt Bemerkungen gemacht wurden, und mir, wenn ich erwidern wollte, das Wort abgeknippt worden ist. — Der Vorsitzende erklärt, daß beide Parteien gleiche Rechte haben. — Amisoberichter Meyer aus Togo, gegenwärtig auf Urlaub in Deutschland, sagt als Zeuge aus, daß er den Fall nur flüchtig aus den Akten kennt. Er habe nicht den Eindruck gewonnen, daß Schmidt über das erlaubte Maß hinausgegangen sei. Unter großer Spannung wird der Missionsvorstand, Vater Müller als Zeuge aufgerufen. Er bekundet, daß bei den vom Zeugen Arendt vorgenommenen Arbeiten drei bis vier

12 frische, handtellergroße Wunden hatten.

Das Fleisch war bloßgelegt. Bei einem war die Wunde sogar zwei Handtellerrflächen groß. Schon durch einen Brief des Lehrers Bergmann aus Avete sei er auf die Verhandlungen aufmerksam gemacht worden. Die Leute selbst sagten, daß die Wunden von den Büchtigungen herrührten. Er habe keinen Zweifel gehabt, daß dies der Fall sei. Auf die Frage des Rechtsanwalts Schreiber erklärt er, daß er die Leute nicht näher untersucht habe.

Das rohe Fleisch sei zu sehen gewesen.

Vors.: Sie selbst haben Schwarze nicht beeinflusst? — Zeuge Müller (mit großer Bestimmtheit): Ich nehme es auf meinen Eid, daß von mir niemals Zeugen beeinflusst worden sind. — Angell. Schmidt: Haben Sie den Angaben des Lehrers geglaubt? Er war doch wegen Unterschlagungen und Sittlichkeitsvergehens von der Mission entlassen worden. Außerdem soll er syphilitisch gewesen sein. — Zeuge Müller: Von alledem weiß ich nichts. Ich weiß nur, daß er Schulden hatte. — Justizrat Gammersbach: Ist von der Mission auf die Eingeborenen gewirkt worden, daß die Leute die Umzäunungsarbeiten unterlassen sollten? — Zeuge: Ich habe

nicht auf die Leute eingewirkt. Ich erhielt erst nachher von den Vorgängen Kenntnis. — Vors.: Sie nicht, aber auch kein anderer? — Zeuge: Ich glaube, auch dies auf meinen Eid nehmen zu können, daß es kein anderer war. — Rechtsanwalt Bredered: Können Sie es auf Ihren Eid nehmen, daß die Leute niemals von der Mission zu Ungehörigkeiten gegen die Gesetze aufgefordert wurden? — Zeuge: Jawohl. Verteidiger: Ist nicht direkt von der Mission eine Aufforderung erlassen worden, einer Regierungsverordnung den Gehorsam zu versagen? — Zeuge: Ich habe die Pflicht, die Leute zum Gehorsam gegen die göttlichen und menschlichen Gesetze aufzufordern. Wenn ein Bezerkleiter eine Verordnung erläßt, wie die der nächstlichen Tanzordnung Verfügung, die gegen die göttlichen und menschlichen Gesetze verstößt, so ist es meine Pflicht, den Leuten zu sagen, daß das nicht gesetzlich sei. — Rechtsanwalt Bredered: Sie sind mit dem Angeklagten scharf verfeindet? — Zeuge: Nicht persönlich, sondern nur sachlich. — Vors.: Hat der Zeuge nicht den Versuch gemacht, Schmidt aus dem Amte zu bringen? — Zeuge: Nein. — Vors.: Haben Sie nicht Uneshagen gesagt, Schmidt müsse entfernt werden und wenn es Tausende kostet? — Zeuge: Nein. — Zeuge Uneshagen (vortretend):

Jawohl, das hat er gesagt.

Es war nach der Verhaftung der Missionsleute gewesen. Da sagte er weiter noch: Wenn man so behandelt und eingesperrt wird, dann darf man sich nicht wundern, wenn man sich mit allen Mitteln wehrt. — Rechtsanwalt Schreiber: War jemand bei dem Gespräch zugegen? — Zeuge Uneshagen: Nein, wir waren allein. — Zeuge Müller: Erstens weiß ich, daß ich das nicht gesagt habe, dann aber bitte ich die Akten durchzusehen. Man wird dort finden, daß Uneshagen schon vor einigen Jahren diese Worte dem Herrn Präfeldt Biding in den Mund gelegt hat. — Zeuge Uneshagen: Ich erinnere mich nicht, daß ich das getan habe. Wenn das aber wirklich der Fall sein sollte, so habe ich mich natürlich nur geirrt. Herr Präfeldt Biding war immer sehr gemüht. (Lachen im Publikum.) Der Vorsitzende läßt deshalb das im Vorraum immer stärker versammelte

Publikum aus dem Saale entfernen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung bittet Rechtsanwalt Bredered um das Wort. Der Zeuge Vater Müller hat angegeben, daß er medizinisch vorgebildet sei. Er hat gesagt, die Epidermis sei verletzt gewesen, die Cutis sei aber noch vorhanden gewesen. Nun ist mir von medizinischer Seite die Bedeutung der beiden Ausdrücke erklärt worden und danach kann von einem Durchschlagen keine Rede sein. Andererseits hat der Zeuge Müller aber auf die Frage der Gegenpartei erklärt: Ja, es war das rohe Fleisch zu sehen. Wie erklärt der Zeuge diesen Widerspruch? — Zeuge Müller: Wenn die Epidermis weg ist und es dann blutet, so sagt man vulgär „das ist das rohe Fleisch“ und „es hängen die Fäden herunter“. Ob die Cutis durchgeschlagen war, habe ich nicht feststellen können, denn ich habe die Leute nicht näher untersucht. — Rechtsanwalt Schreiber: Ich erlaube Ihnen, daß ein Aktenstück besteht, das Uneshagen noch einem dritten Herrn, dem Missionsbruder Robus, dieselbe Aeußerung, die Müller getan haben soll, in den Mund gelegt hat. — Die Zeugen Vater Müller, Schneider (Bruder Damasus) und Kaplan Schmidt (früherer Missionspater in Togo) bestätigen die Angaben des Vater Müller von blutigen Wunden. Sie bestreiten, daß von der Mission Leute beeinflusst worden seien.

Darauf wird zunächst der Fall des Häuptlings Kufowina er behandelt. Der Abg. Roeren hatte Schmidt im Reichstage vorgeworfen, daß er Zeugen direkt und offen beeinflusst habe. Einer der ältesten und geachteten Leute in Rom, so führte Herr Roeren am 3. Dezember v. J. aus, brachte für sich und im Auftrage einer großen Zahl von Mitbewohnern beim Gouverneur eine Beschwerde über den Bezerkleiter Schmidt vor. Es wurde dann auch ein Verfahren gegen Schmidt eingeleitet. Die Schmidt davon hörte, ließ er — also der Angeklagte! — die Beschwerdeführer vor sich laden. Er spielte Kufowina als Lügner an und forderte ihn auf, seine Aussagen zu widerrufen. Er ließ ihn dann verhaften und in das Gefängnis werfen, wo der alte Mann 14 Tage sitzen mußte, bis er bald nach der Entlassung durch die Angell. Schmidt: Ich will beweisen, daß Kufowina durch die Mission aufgehetzt war. Er hatte direkt eine Verschwörung gegen mich angezettelt, an der der Lehrer der katholischen Mission und die katholischen Händler beteiligt waren. Ich ließ eine Anzahl Leute kommen und stellte fest, daß Kufowina mit Hilfe der Mission die Leute aufgehetzt hatte. Ich ließ ihn deshalb in Haft nehmen. Der Abg. Roeren stellte die Sache so hin, daß ich den Mann mißhandelt hätte und daß der Mann bald darnach gestorben sei. Das ist nicht wahr. Kufowina war auch kein alter Mann, sondern ein Mann von 40 bis 45 Jahren, ein baumlanger, harter Kerl. Das ließ ich auch aus den Akten nicht herauslesen, das kann kein Laie herauslesen, viel weniger aber ein Oberlandesgerichtsrat. — Der Vorsitzende ersucht den Angeklagten, derartige persönliche Bemerkungen zu unterlassen. — Kammergerichtsrat Winkel: Schmidt habe angegeben, daß er Kufowina wegen Verleumdung und Mordverdachts in Haft genommen habe. Nach den Zeugenaussagen hat der Tod des Kufowina mit der Verhaftung keinen Zusammenhang. Es liegen zwei Protokolle vor; das eine ist vom Vertreter Schmidt ausgenommen worden und stellt fest, daß Schmidt eine Pression nicht ausgeübt und die Leute nicht unwürdig behandelt habe. Das zweite gegenwärtige Protokoll stammt von der Mission, wo ebenfalls Leute vernommen worden sind. Die Kommission sei zu einem non liquet gekommen. — Vors.: Was sagen Sie dazu, daß die Mission Zeugen vernommen hat? — Zeuge Winkel: Das wäre ein Urteil, dazu halte ich mich nicht berechtigt. — Zeuge Müller: Herr Schmidt habe die Mission beschuldigt, sie sei der Urheber der Kufowinasache. Wir haben aber vorher von der Beschwerde gar nichts gewußt. Kufowina habe nur die allgemeine Volkstimmung in Akafame wiedergegeben. Kufowina war sehr angesehen und ein sehr vermöglicher Mann. — Rechtsanwalt Bredered: Haben Sie nicht über jeden Beamten Notizen gemacht? — Zeuge Müller: Ich habe nur das notiert, was für die Berichte an meine Vorgesetzten mir notwendig erschien. — Vors.: Haben Sie nicht auch versucht, Uneshagen auf Ihre Seite zu ziehen? Haben Sie ihm nicht geraten, wenn ein Auffstand ausbricht, nicht Schmidt, sondern dem Gouverneur Anzeile zu machen? — Zeuge Uneshagen: Jawohl, das wurde mir gesagt. — Rechtsanwalt Schreiber: Kann nicht eine Verwechselung mit einem anderen Missionspater vorliegen? — Zeuge Uneshagen: Nein, das ist ausgeschlossen. — Der Zeuge Müller erklärt weiter, daß die Leute bei den Vernehmungen durch die Beamten aus Furcht zurückhaltend seien und bei den Vernehmungen durch die Missionen viel glaubhafter erschienen.

Zeuge Müller: Von dem Onkel des Kufowina wurde mir mitgeteilt, daß Kufowina bei der Vernehmung in der Zeit von 8 bis 2 Uhr barhäuptig in der brennenden Sonne stehen mußte und daß, als er bat, wie die anderen in den Schatten treten und sich setzen zu dürfen, Schmidt ihm gesagt habe: Nein,

damit Dir die Luft vergeht, Dich zu beschweren.

Der Zeuge hat keinen Zweifel an der Wahrheit dieser Aussage gehabt, weil der Onkel des Kufowina gar keinen Anlaß gehabt habe, die Unwahrheit zu sagen. — Rechtsanwalt Bredered: Dann berufen wir uns auf das Zeugnis eines in Deutschland weilenden weissen Zeugen, den der Zeuge Müller selbst als glaubwürdig bezeichnet hat. —

Die nächste Sache betrifft die Verfügung des nächstlichen Landtages. Der Abgeordnete Roeren hatte gesagt, das Non plus ultra an Willkür, Ungehörigkeit usw. trete in dem Verfahren hervor, das auf Veranlassung dieses Stationsleiters Schmidt gegen die Mission in Togo stattgefunden hat. Der Stationsleiter führte sich in seiner Stellung damit ein, daß er am 28. April 1903 durch den amtlichen Ausrufer Kufowina bekannt machen ließ: Der

Welche bezieht, daß alle Mädchen heute Abend zur Station zu kommen haben und sich nicht durch Regen abhalten lassen dürfen. Im Weigerungsfalle sind von den Müttern der betreffenden Mädchen 20 Mark Strafe zu zahlen. Der Abgeordnete Noeren führte weiter aus, daß da man wüßte, was es mit diesem nächtlichen Tanz auf sich habe, großer Unwille unter der christlichen Bevölkerung entstand. Der Präses hat einen Erlaß veröffentlicht, daß kein Christ an diesen Tänzen teilnehmen dürfe. Die Mütter seien nicht verpflichtet, eine Strafe zu zahlen. Abg. Noeren erklärt heute, daß er sich geirrt habe, der Erlaß war nicht zur Einführung Schmidts bestimmt, sondern zur Einführung des Richters. Es sei ihm aus dem Auswärtigen Amt mitgeteilt worden, daß der Ausrufer die Strafbühne aus sich selbst heraus gesagt habe. Er habe aber nicht annehmen können, daß der Ausrufer das von selbst getan habe. Sodann wendet sich die Debatte auf dem Falle der

Konfubine Schmidts

zu. Abg. Noeren hat im Reichstage gesagt: „Meine Herren, wie weit die Selbstherrlichkeit und das Nachtgefühl des Herrn Schmidt geht, zeigt ein anderer Vorfall, der geradezu märchenhaft klingt, aber auf Tatsachen beruht. Am 7. März 1906 proklamierte Herr Schmidt seine schwarze Konfubine Sifisage, die zugleich den Beruf hatte, für die Besucher der Station schwarze Weiber zu besorgen, formell und amtlich zur „Jenufia“, d. h. zur Königin. Er befahl den Leuten, ihr Gehorsam zu erweisen. Zugleich verlieh er ihr — und das ist das Tollste — die Gerichtsbarkeit. Als Zeichen der königlichen Würde erhielt sie einen Degen. — Angekl. Schmidt: Soweit die Angaben für mich ungünstig sind, sind sie unwar und wider besseres Wissen gemacht. Diese Sifisage war eine kluge, einflussreiche Frau, sie hatte die Aufgabe, die vielen kleinen Weiberpalaver zu schlichten. Sie wurde von den versammelten Ältesten von Atapane gewählt und von mir bestätigt. Daß sie eine Kupplerin sei, war mir nicht bekannt. — Vors.: Datten Sie ihr auch die Gerichtsbarkeit über die Männer übertragen? — Angekl.: Nein, wenn sie das getan haben sollte, hat sie es sich angemaßt, ich glaube es aber nicht. — Vors.: War die Sifisage Ihre Konfubine? — Angekl.: Das ist ausgeschlossen, sie war ein altes häßliches Weib von 40 Jahren. (In großer Entrüstung fortfahrend): Es ist unethisch, wie man auf diese Idee kommen konnte. (Heiterkeit.) Ebenso lächerlich ist, daß ich ihr einen Degen verliehen habe. Wie kann das ein denkender Mensch annehmen! — Zeuge Vater Kost: Der Koch des Herrn Schmidt habe ihm erzählt, daß Schmidt die Sifisage wiederholt des Nachts bei sich gehabt habe. — Der Verteidiger weist darauf hin, daß der Koch Wolo ungläubwürdig und schwer bestraft sei. — Zeuge Vater Müller: Ich habe wiederholt gehört, daß die Sifisage die Konfubine des Herrn Schmidt gewesen ist. Der Koch Wolo sagte, daß Schmidt sie öfter zu sich kommen ließ. Ich habe den Koch für glaubwürdig gehalten, in der Verhandlung 1906 in Rom versuchte die Partei des Herrn Schmidt aber mit allen Mitteln, den Koch als unglaubwürdig hinzustellen. Es wurde gesagt, daß er schwer bestraft sei. — Vors.: Der Angeklagte erklärt, daß die Sifisage nicht die Gerichtsbarkeit über die Männer gehabt habe. — Zeuge Müller: Gerade darüber herrschte unter den Männern Unwille. Ich weiß von 3 Fällen aus den Mitteilungen der betreffenden Männer, daß sie von der Sifisage bestraft wurden. Es handelt sich dabei um das sogenannte Fettschiffen, einen Kran, der bei Ehebruch eingegeben wird und beim ersten Male harmlos ist, im Rückfall aber gewöhnlich dazu dient, die betreffende Person zu vergiften. — Vors.: Meinen Sie, daß der Angeklagte sie zu den Männerpalavern ermächtigt hatte? — Zeuge: Ich muß das annehmen. Sie hat Männer vorgeladen und ließ sich eine Kostensumme von 5—10 M. geben und gewöhnlich noch eine Flasche Schnaps dazu. (Heiterkeit.) Dann ist sie ins Delirium verfallen, aber nicht, wie es in der Broschüre heißt, gestorben, sondern sie lebt noch. — Abg. Noeren: Würde die Sifisage nicht allgemein als Prostituierte bezeichnet? — Zeuge: Ja, die Leute sagten, sie habe viele Männer, aber keinen. — Vors.: Das heißt wohl, sie war nicht verheiratet? — Zeuge: Sie war mit einem Hauptling verheiratet und hatte nacheinander 7 Männer. Aber man meinte, daß sie sich mit allen Männern abgebe. — Abg. Noeren: Haben es die Eingeborenen nicht auch unangenehm empfunden, daß Schmidt durch die Sifisage Mädchen zum nächtlichen Tanz herbeiholen ließ? — Zeuge Müller: Jawohl. An den Tanz knüpften sich noch alle möglichen anderen — Belustigungen und es wurde klage geführt, daß die Mädchen vom Tanz immer erst spät nach Hause gekommen seien. Antonina klagte mir, daß Schmidt alle jungen Mädchen entjungfere. — Rechtsanwalt Breder: Sind Sie nicht selbst bei der Sifisage gewesen? — Zeuge: Gewiß, aber ich war nur dann in der Wohnung, wenn sie, was manchmal der Fall war, krank lag. — Angekl. Schmidt: Bei mir hat sich die Sifisage mehrfach beschwert, daß sie von den Patres belästigt wurde. — Vater Kost: Mir wurde von Herrn Arendt (nicht Arendt) erzählt, daß Herr Schmidt einige Mal gesagt habe: Heute wollen wir uns einen vergnügten Abend machen, da wollen wir an der alten Dure Sifisage schiden, damit sie uns junge Mädchen besorge. — Angekl.: Ich bestreite das. — Zeuge Arendt: Ich weiß auch nichts davon. Ich halte es für ausgeschlossen, daß die Sifisage die Konfubine des Herrn Schmidt gewesen sei, denn sie war eine alte häßliche Frau. Ich habe auch nie etwas davon gehört, daß sie als Prostituierte galt. — Kammerjunker und Amtmann Kottberg (Waden) war Bezirksrichter in Logo. Er hat die Sifisage öfter gesehen. Sie machte einen anständigen und würdigen Eindruck und war meist von einem Hofstaat von Weibern umgeben. Sie war 35—40 Jahre alt und besaß körperlich durchaus nichts Anziehendes. — Oberleutnant Smeid bezweifelt gleichfalls, daß ein intimer Verkehr zwischen Schmidt und der Sifisage stattgefunden habe. — Als letzter Zeuge zu diesem Falle wird heute Kammergerichtsrat Wille vernommen. Er bekundet, daß aus den Akten herbergehe, daß bei der Verhandlung über den Fall Sifisage verabredet wurde, daß die Mission noch weiteres Material beibringen werde. Das sei aber nicht geschehen. Dann seien Erhebungen angestellt worden, ob die Königin eine unwürdige Person sei und wie es überhaupt mit dem Institut der Frauenkönigin stünde. Die Hälfte der Bezirke antwortete, daß sie dieses Institut nicht haben, die andere Hälfte hatte es. Es wurde angegeben, daß die Frauenkönigin nur als Schiedsrichterin bei kleinen Weiberzänkereien diene. Daß Schmidt mit der Sifisage verkehrt habe, sei nicht aufklärt, aber auch nicht weiter verfolgt worden. Die Frau soll 40—45 Jahre alt gewesen sein und es spreche alle Wahrscheinlichkeit dagegen. Ueber die Glaubwürdigkeit des Kochs Wolo könne er als Robum mitteilen, daß derselbe entflohen sei und einem Soldaten die Sachen gestohlen habe.

Darauf tritt die Verlesung ein.

Gewerkschaftliches.

Der Zuchtbandst.

Wie der „Vorwärts“ seinerzeit mitgeteilt, haben die ober-schlesischen Grubenproben nach dem letzten wilden Streik an 40 Arbeiter aufs Pflaster geworfen und ihre Namen auf eine schwarze Liste gesetzt. Die große Mehrzahl von diesen Verurteilten ist dadurch gezwungen worden, nach dem Westen auszuwandern, Haus und Hof und Weib und Kind zu verlassen. Die Zurückgebliebenen befinden sich, da Berantio, Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranw.

sie meist nicht organisiert sind, im größten Elend, denn sie werden ja nirgends angestellt. Als dieser Terrorismus selbst den katholischen Facharbeitern zu bunt wurde, erklärten sie den Grubenbaronen schriftlich, daß ihre Maßnahme ungesetzlich sei, worauf sie die Antwort erhielten, daß sie das nichts angehe, fintelmalen das eigene Angelegenheiten der terrorisierten Arbeiter seien! — Nun hat aber dieser Terrorismus einen ziemlichlichen Arbeitermangel zur Folge gehabt und die Grubenherren senden seit Wochen Agenten überall hin aus, um — billige und willige Arbeitskräfte anzuwerben. Währenddem aber die einheimischen Arbeiter auf dem Pflaster liegen, hungern und doch Steuer zahlen müssen, benutzt z. B. die fiskalische „Königin Luise-Grube“ in Zabrze D.-S. Strafgefängnisse zur Außenarbeit!

Die Arbeiter, die höheren Lohn und bessere Behandlung fordern, wirft man aufs Pflaster, um Gefangene an ihre Stelle zu setzen, die zwar nicht besser, aber billiger arbeiten und die sichere Gewähr bieten, niemals zu streifen. Und das Ganze nennt sich dann eine staatliche Musteranstalt! Im preussischen Landtage aber sitzt niemand, der die Regierung für diese skandalöse Maßnahme gebührend zur Rechenschaft zieht!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Klempner, Gärtler, Schreier, Drücker usw.

Da in Mainz in der Selbstmetallindustrie Differenzen bestehen, ersuchen wir Jtzug nach dorthin fernzuhalten. Dagegen ist München wegen der dortigen Aussperrung in der Selbstmetallindustrie gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Senftenberg, 18. September.

Die Arbeitsniederlegungen am Montagabend und im Laufe des Dienstag sind unter Aufrechterhaltung größter Ordnung ohne jede Störung verlaufen. Bis Dienstagmittag waren bereits folgende Gruben stillgelegt: „Neurostollen“, „Hörliger Wert“, „Grube Anna“-Zschaplau, „Weidmannsglück“ (mussten die Beamten einspringen, um wenigstens die Wasser halten zu können), „Unser Fritz“-Cottbus, „Stadtgrube“-Senftenberg, „Friedrich Wilhelm“-Cottbus und „Rauhhammerwerke“.

Die weiteren Gruben bemühen sich kräftig, mit wenigen Leuten den Betrieb eingeschränkt mühsam aufrecht zu erhalten: „Hensfeld Wert“, „Grube Verta“-Saus, „Kelschens Wert“-Reppist, „Marie I“-Reppist, „Elisabethsglück“-Senftenberg II, „Treuherr“-Werke, „Elettwitz“ (gehen ein oder zwei Pressen), „Grube Ernst“-Senftenberg (Schöppenthau u. Wolff). Die Zahl der Streikenden war noch nicht genau festzustellen, wird überhaupt schwer genau festzustellen sein, da Polen und sonstige Ausländer, ohne sich irgendwo zu melden, abreisen. Die Ankommenden sind keine Arbeitswilligen, sondern Elemente, die billig und bequem Reisegeld zu erlangen hoffen. (Ob die Nähe der Hauptstadt Berlin wohl dazu beitragen mag?) Der Betriebsführer eines Wertes hat bereits den Arbeitswilligen empfohlen — Rebolter anzuschaffen! Es scheint also darauf abgesehen zu sein, Unruhen zu provozieren, um ein Eingreifen der bewaffneten Macht herbeizuführen. Auch auf die Frauen der in Werkwohnungen sich aufhaltenden Familien wird Terrorismus geübt, um die Männer zum Streikbruch zu veranlassen. (Wohlfahrtschwindel!)

Die Wertleistungen veröffentlichen in der bürgerlichen Presse eine sogenannte „Klärung“, in der natürlich die Verhältnisse der Braunkohlengräber in rosigsten Licht erscheinen. Da heißt es u. a.:

Auf Grund der vorhandenen Lohnstatistiken kann festgestellt werden, daß vom Austausch der ersten Forderungen bis heute die Löhne für Bergarbeiter sowohl wie für Fabrikarbeiter überall um wenigstens 10 Proz., auf vielen Werken bis zu 20 Proz. gestiegen sind, denn seit dem 1. April 1906 beträgt die Lohnsteigerung im Durchschnitt aller Werke und aller Arbeiter rund 18 Proz. Die Löhne sind im Laufe der letzten Jahre stetig gestiegen worden, so daß bei der Vergütung in den meisten Fällen Jahresverdienste von 1500 M. und darüber erscheinen. Monatsverdienste von 150 bis 180 M. sind häufig zu verzeichnen und beweisen, daß ein fleißiger Arbeiter sich ein Einkommen verschaffen kann, welches höher ist als das der großen Mehrzahl der staatlichen und kommunalen Beamten, welche obendrein infolge ihrer sozialen Stellung ganz andere Aufwendungen machen müssen als der Arbeiter.

Es seien zum Vergleich mit diesen Behauptungen die amtlichen Lohnangaben aus den Berichten der Bergbehörden hierhergeführt. Wir zitieren nur Höchstlöhne (jugendliche und weibliche Arbeiter nicht):

Bergrevier Frankfurt a. D.		1906	1905
1. Unter Tage beschäftigte eigentliche Bergarbeiter		3,00 M.	2,78 M.
2. Sonstige unter Tage beschäftigte Arbeiter		2,70	2,61
3. Erwaehene männliche Arbeiter über Tage		2,38	2,30

Bergrevier Ost-Kottbus.		1906	1905
1. wie oben		3,47	3,31
2. „		2,92	2,79
3. „		3,29	3,07

Bergrevier West-Kottbus.		1906	1905
1. wie oben		4,11	3,76
2. „		3,09	3,94
3. „		3,36	3,14

Und diese Lohnsteigerung wird weit aufgewogen durch gesteigerte Leistungen. Der Jahresbericht der Handelskammer Kottbus für 1906 verzeichnet folgende Entwicklung:

Förderungs-Jahr	Braunkohle Hektoliter	Zahl der an Brilletpressen	Produktion an Brilletpressen (Tonnen)	Arbeiterzahl
1901	180 086 114	204	2 612 439	11 619
1904	155 801 145	228	3 324 805	10 369
1905	162 928 652	241	3 533 425	10 675
1906	171 903 019	251	3 799 345	10 588

Diese Zahlen beweisen, daß im Kottbuser Braunkohlenrevier Raubbau mit den Arbeiterknochen getrieben worden ist. 1901 Arbeiter waren 1906 weniger vorhanden wie 1901. Diese geringere Arbeiterzahl hat aber 40 906 905 Hektoliter Kohle mehr gefördert!

Aus allem diesen dürfte wohl erhellen, welcher Wert den Angaben der Wertleistungen beizumessen ist. Es ist einfach eine Ungeheuerlichkeit, bei einzelnen Unternehmern Lohnlisten einzusehen und ins Blaue hinein Behauptungen aufzustellen, die einer wirklichen Prüfung nicht entzerrt standhalten können!

Brauerarbeiter-Streit.

Breslau, 18. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Sämtliche Brauerarbeiter in Plegnitz sind in einen Streit getreten. Die Polizei verhaftet die Streikposten.

Der Kampf in Antwerpen.

Antwerpen, 17. Sept. (Fig. Ver.)

Man muß es dem Führer der Unternehmer lassen: aufrichtig ist er. Man kann ihm nicht nachsehen, daß er versucht, seine Brutalität auch nur mit dem leichesten Schatten von Wohlwollen, seinen giftigen Arbeiterhaß mit einem noch so zarten Schminke von Einsicht oder Rechtschaffenheit zu drapieren — wie es sonst unter den bisfiglierten Ausbeutern heutzutage üblich ist. Herr Steinmann erklärte dem Korrespondenten des „Soir“:

„Alle Vorschläge sind Ihres Geschicks im Voraus sicher und wir brauchen nur zwei Minuten, um sie einzufügen. Ich bin milde, sagte er weiter, es zu erklären: wir wollen keine Vorschläge mehr! Wir wollen die Unterwerfung pur et simple.“

Und er sagte hinzu:

„Der Streik wird nur am dem Tage zu Ende sein, an dem die Arbeiter um Arbeit kommen werden.“

Außer dem prinzipiell ablehnenden Standpunkt läßt die Unternehmervereinigung noch einen Nebenstandpunkt verstanden: Das Schiedsgericht werde abgelehnt, weil an seiner Spitze der Bürgermeister steht, der durch seine Handlungen bewiesen habe, daß er nicht „unparteiisch“ sondern „für die Arbeiter“ sei. Nun weiß jeder, der den Kampf der Doder verfolgt hat, daß der Bürgermeister in all den Wochen nichts anderes getan hat, als Recht schaffen, ohne jede Stellungnahme, nach beiden Seiten zu vermitteln, gerade so wie Herr Corty, der Präsident der Handelskammer. Aber daß der Bürgermeister nicht gleich nach Ausbruch des Streiks Militär zur Hilfe rief, daß er die selbstverständliche Klugheit besaß, die ruhig Streikenden nicht unnütz durch die absolut überflüssige bewaffnete Macht aufzuregen, um dadurch erst recht Komplikationen zu schaffen, das können die Herren von der „Fédération“ nicht verzeihen, darin sehen sie „Parteilichkeit“. Natürlich hat sich's auch der Präsident der Handelskammer bei den Herren verschert, trotzdem gerade die Handelskammer von den Streikenden in ihrer Proklamation ebenfalls bedingungslos Unterwerfung verlangt hatte. Was erklärte dieser Mann nun heute? „Alle Welt ist der Meinung, daß die Fédération maritime hätte annehmen müssen. Alle Welt, mit Ausnahme der Herren von der Unternehmervereinigung, die nur die eine Nebenart im Munde führt: Bedingungslos übergeben, keine noch so geringe Konzession.“ — Das ist nun natürlich auch ein „parteilicher Herr geworden, wie jeder Mensch, der meint, daß man mit Arbeitern, die Rotabene keine so würdige, lokale Kampfführung bekunden, unterhandeln soll. Es kann nicht oft genug gesagt werden, was sich einem nach jedem gescheiterten Versuch voll Born auf die Lippen drängt: Unternehmer, die so niederträchtig an canaille rechtshafene Arbeiter behandeln wie diese Unternehmertypen, wird man doch nicht mehr allzu häufig antreffen. Denn schon aus sozialpolitischen Heuchelei ist dazu jeder halbwegs „modern“ mende Unternehmer zu stolz. Doch hat die freche Annahme der Gasenherren, die sich als den Nabel der Welt dünken, weil sie sich aus einer Million nichts machen, das eine Gute, daß die Sache der Arbeiter nun erst recht als eine gerechte dasteht und die ganze halbwegs reputierliche und intelligente Presse die Intransigenz der Unternehmer mit Hohn und Erbitterung behandelt. In Antwerpen selbst gibt es keinen Menschen, der nicht heute gegen die „Fédération“ auftreten würde — mag er sonst auch noch weit davon entfernt sein, ein Arbeiterfreund zu sein. In den beteiligten Kreisen gar herrscht helle Empörung. Und man erkennt allüberall in der Öffentlichkeit ebenso sehr das ruhige und entgegenkommende Vorgehen der Leiter des Streiks an.

Daß die Arbeiter sich nun mit allen Kräften zum äußersten Kampf bereiten, ist begreiflich. In dem heutigen Meeting, das von 2000 Doderen, die zum Teil nicht Mitglieder der sozialistischen Dodervereinigung waren, besucht war, hat Genosse Chapelle „Ausdauer bis zum letzten“ als Parole ausgerufen.

Es heißt, daß die Regierung doch jetzt eingreifen werde. Es würde da aber mehr als bloßer „Vorschlag“ bedürfen, denn die „Fédération“ hat es auch mit Bezug auf die Regierung ausgeprochen — Vorschläge werden von vornherein begraben. . .

Man hört übrigens auch immer mehr, daß ein Teil der Unternehmer nicht mit der Vereinigung mittun und zu einem neuen Tarif mit den Arbeitern unterhandeln will. — Die Zahl der Streikbrecher für die Unternehmervereinigung wird mit 3123 angegeben.

Der Ausbruch der Weber in Wetteren hat, wie aus Drüssel gemeldet wird, nach 16 Wochen mit einem Erfolg der Streikenden geendet. Die Ausständigen beschloßen mit 787 gegen 25 Stimmen die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie haben eine Lohnaufbesserung von 11 Proz. an Stelle der geforderten 25 Proz. erhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnen.

Neunkirchen (Bez. Trier), 18. September. (W. V.) Heute mittag gegen 1 Uhr stießen auf der erst vor einigen Tagen neu eröffneten Straßenbahnstrecke Wiebelskirchen-Neunkirchen auf dem Hüttenberge zwei Straßenbahnzüge zusammen. Eine Frau wurde getötet, ein dreizehnjähriger Knabe tödlich verletzt, während eine Frau schwere Verletzungen am Kopfe davontrug. Im katholischen Krankenhause liegen fünf leichter Verletzte und zwar ein Lehrer mit zwei Kindern aus Trelley, eine Frau und ein Knabe von zehn Jahren. Die Ursache des Unfalls ist darin zu suchen, daß die Abfahrtszeiten der Züge nicht eingehalten wurden, indem die Züge anstatt mit zehn Minuten mit drei Minuten Abstand verkehrten.

Die Priesterrevolte.

Rom, 18. September. (W. L. V.) „Giornale d'Italia“ meldet: Der Papst habe den Bischöfen Anweisung erteilt, die der modernistischen Richtung angehörenden Priester nachdrücklich auf die Bestimmungen der Encykla hinzuweisen. „Giornale d'Italia“ teilt weiter mit, die Modernisten in Rom hätten beschlossen, im nächsten Monat eine internationale Verlagsgesellschaft ins Leben zu rufen, welche den Mittelpunkt für die Verbreitung der internationalen modernistischen Literatur bilden solle. Die erste Veröffentlichung solle ein Buch sein, enthaltend Kommentare der Encykla, welches gleichzeitig in Italien, Frankreich, Großbritannien und Amerika erscheinen würde.

Unternehmerprofite.

New York, 18. September. (W. L. V.) In dem Prozeß der Regierung gegen die Standard Oil-Company von New Jersey erklärte der Zeuge Fay weiter unter seinem Eide, daß die Standard Oil-Company von Indiana bei einem Kapital von 1 Million Dollars im Jahre 1906 10,516,582 Dollars und 1903 8,753,410 Dollars verdient und 1906 eine Dividende von 4,495,500 Dollars gezahlt hat.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Parteitag in Essen.

(Telegraphischer Bericht.)

Dritter Verhandlungstag.

Essen, 18. September.

Vormittags-Sitzung.

Gemoll eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm vom Komitee des jüdischen Bundes Rußlands und Polens.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Raben:

Mit der Angelegenheit, die ich vorzubringen habe, hat sich bereits der Mannheimer Parteitag beschäftigt. Der Allgemeine Metallarbeiterverband Wiesenthaler Richtung in Berlin hatte sich darüber beschwert, daß der „Vorwärts“ die Aufnahme seiner Anzeigen abgelehnt hatte. Die Berliner Preßkommission und der Parteivorstand haben das gebilligt, und auch die Kontrollkommission und der Mannheimer Parteitag haben ihre Zustimmung. Nun hat sich während dieser Zeit die dem Kartell angeschlossene Freie Vereinigung mit dem Allgemeinen Metallarbeiterverband verschmolzen. Aus dem der Kontrollkommission vorgelegten Material ergibt sich aber, daß nicht etwa der Allgemeine Metallarbeiterverband in die Freie Vereinigung aufgegangen ist, sondern umgekehrt. Nämlich besteht der Mannheimer Beschluß noch zu recht, welcher besagt, daß jede Affiliierung von der modernen Arbeiterbewegung zu verurteilen ist.

Im Mißverständnis zu begegnen, verlese ich aus dem Protokollbuch den Beschluß, den die Kontrollkommission in dieser Angelegenheit gefaßt hat:

Die Beschwerde des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgegend vom 7. September d. J. gegen den Beschluß des Parteivorstandes von Groß-Berlin und des Parteivorstandes, dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, Wiesenthaler Richtung, die Spalten des „Vorwärts“ für Publikationen zu sperren, wird von der Kontrollkommission zurückgewiesen, nachdem sie das vorgelegte Material geprüft und die Beteiligten gehört hatte. Als Beteiligte waren anwesend: je ein Vertreter des Parteivorstandes und des Zentralvorstandes von Groß-Berlin einerseits und des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgegend und des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes sogenannter Wiesenthaler Richtung andererseits. Die Kontrollkommission tritt der Ansicht des Parteivorstandes und des Zentralvorstandes von Groß-Berlin einstimmig bei, daß die Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, alle lokalistische Richtung, der die Spalten des „Vorwärts“ nach einem bestehenden Beschluß offenstanden, in dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, Wiesenthaler Richtung, aufgegangen ist und daß damit für diese Organisation die vom Parteitag in Mannheim beschlossene Sperre des „Vorwärts“ nach wie vor gilt.

Die Kontrollkommission hofft, daß der Parteitag diesem Beschluß beiträgt.

Darauf wird die Debatte über den Bericht über den Internationalen Kongreß fortgesetzt.

Lebebour-Berlin:

Ich bin zu meinem Bedauern genötigt, als erster Redner heute das Wort zu nehmen, da der Genosse David, der vor mir auf der Rednerliste gestanden hat, sich wieder hat streichen lassen. (Hört! hört!) Es ist mir das um so unbegreiflicher, als David den dringlichsten Anlaß hatte, nachdem Bebel durch seine gefeierten Ausführungen die Behauptung Davids widerlegt hat, daß Bebel in seinem von David immer und immer wieder angeführten Zitat sich zu einer sozialistischen Kolonialpolitik bekannt habe, darauf zu erwidern. Sie wissen, daß die Ausführungen Davids es in der Hauptsache gewesen sind, die dazu beigetragen haben, die Mehrheit der deutschen Delegation auf dem Stuttgarter Kongreß irrezuführen. Nachdem nun Bebel in ganz unzweideutiger Weise diese Behauptung Davids genau in derselben Weise zurückgewiesen hat und genau in derselben Weise seine eigenen Ausführungen erklärt hat, wie ich das in Stuttgart getan habe (Hört! hört!), war David meiner Ansicht nach verpöndlicht, entweder hier aufzutreten und zu erklären, daß er sich geirrt hat, er mußte vor allen Dingen die schwersten Beschuldigungen zurücknehmen, die er im Laufe der Diskussion in Stuttgart gegen mich erhoben hat, oder er mußte versuchen, Bebel zu widerlegen. Da hat David wieder der Vorsicht Leihers Teil gewöhnt. (Seiterkeit.)

Ich muß mich aber leider auch mit den Ausführungen Bebel auseinandersetzen. Bebel hat in seinen sachlichen Ausführungen gestern vollständig sich auf den Standpunkt der auf dem Internationalen Kongreß angenommenen Resolution zur Kolonialfrage gestellt. Er hat außerdem genau dieselbe Auslegung seiner früheren Ausführungen über die Kolonialpolitik gegeben, die ich in Stuttgart wiederholt, allerdings vergeblich, gegenüber David zur Geltung zu bringen suchte. Trotzdem hat Bebel es für notwendig gehalten, gegen mich und die anderen Vertreter derselben Ansicht die Beschuldigung zu erheben, wir hätten einen unnützen Konflikt, unnütze theoretische Auseinandersetzungen in Stuttgart geführt. Die theoretischen Auseinandersetzungen, zu denen es gekommen ist, sind eben wie bei allen Parteiauseinandersetzungen das notwendige Ergebnis einer jeden Diskussion, welche überhaupt zu einer prinzipiellen Klärung einer Frage führen soll. Ich glaube gestern nachgewiesen zu haben, daß gerade der Mangel einer scharfen Präzision bei in dieser ganzen kolonialpolitischen Erörterung gebrauchten Begriffen eine der wesentlichsten Ursachen zu mannigfachen Mißverständnissen gewesen ist. Die erste notwendige Voraussetzung für die Klärung einer Frage ist, daß man eindeutige Begriffe schafft, mit denen man operiert. Sowie die Begriffe vieldeutig sind, versteht der Eine darunter dies und der Andere jenes, und man kommt nie zu einer Verständigung. Also die theoretischen Auseinandersetzungen, die da vorgekommen sind, waren absolut notwendig. Aber ich will, um die ganze Geschichte zu erklären, nur kurz erwähnen, wie überhaupt in der Kommission sich die ganze Sache abgepielt hat. Bebel hat uns auch den Vorwurf gemacht, wir hätten ja in der Kommission eine Einigung leicht herbeiführen können, wenn wir gesagt hätten, über die Zukunftspolitik, wenn der Sozialismus zur Herrschaft kommt, brauchen wir uns nicht zu beschäftigen, es genügt eine gemeinsame Kampfstatt mit dem Gegenwartsstaat gegenüber festzustellen. Ich habe ihm damals schon zugerufen: das ist ja der Standpunkt, den ich eingenommen habe. David aber stellt sich auf den Standpunkt: wir müssen notwendigerweise ein Zukunftsprogramm haben, wir müssen feststellen, wie wir uns zur Zeit des Sozialismus zu der Kolonialpolitik stellen. Van Kol hat eine Resolution ausgearbeitet, die nachher als Majoritätsresolution vorgelegt wurde, da habe ich van Kol überzeugt, daß es richtiger sei, wenn wir in dem von Bebel und gestern väterlich empfohlenen Sinne vorgehen, und er ließ sich überzeugen, daß es besser sei, den Eingangssatz seiner Resolution zu streichen. So wurde die Resolution vorgelegt ganz in demselben Sinne, wie Bebel es uns empfohlen hat, weil er offenbar von den Kommissionsverhandlungen gar keine Ahnung hatte. (Seiterkeit.) Nun, was geschah da im Einverständnis mit Bernerstorfer? Den Oesterreichern ist ja seit den letzten Wahlen die Staatsmännigkeit bis in die Antefehlen gefahren. (Seiterkeit.) Bernerstorfer trat für die Notwendigkeit einer Schwächung in der Kolonialpolitik ein und er sagte zu mir: Wenn es Ihnen auch gelingt, diesen Beschluß wieder umzustossen, so ist es schon ein großer Erfolg, daß hier eine Kommission für die Kolonialpolitik eintritt! (Hört! hört!)

Der belgische Genosse Terwagne, um die Annektion des Kongo-Staates durch Belgien zu rechtfertigen, sprach in demselben Sinne und verlangte eine Abstimmung über die Prinzipienfrage, ob Kolonien nützlich für uns seien in der Gegenwart oder nicht. Da erklärte van Kol: Ja, wenn so viele hervorragende Genossen aus allen Ländern verlangen, daß der Eingang meiner Resolution wieder hergestellt wird, so kann ich nicht widerstehen und muß den Eingang wieder herstellen. Da ließ er dann über die Prinzipienfrage abstimmen, die fand die Mehrheit der Kommission und so ist dieser Beschluß zustande gekommen. Da habe ich vergeblich versucht, in der Delegation und später im Plenum, diesem Beschlusse entgegenzutreten und unsere Ausführungen haben wenigstens den Erfolg gehabt, die anderen Genossen von der Prinzipienwidrigkeit des van Kolschen Vorschlages zu überzeugen. Ich habe gesagt, daß Bebel kein Papst sei und Bebel hat mir zugestimmt. Wie ist denn das gekommen? David hat ja fortwährend mit der Autorität Bebel operiert und hat der Mehrheit der Delegierten schließlich den Glauben beigebracht, daß Bebel sich wirklich auf diesen Standpunkt stellt. (Zuruf: Unlauterer Wettbewerb! Große Seiterkeit.) Da habe ich erklärt, daß wir uns auch nicht von einer Autorität wie der Bebel's bestimmen lassen, und wenn Bebel diese Ansicht habe, so würde ich genau so gegen Bebel vorgehen, wie gegen David. Also: Ihr sauler Biß mit dem unlauteren Wettbewerb paßt nicht. (Große Seiterkeit.) Nun erinnere ich Sie daran, wie ist denn diese Autoritätsbehauptung in die Welt gesetzt worden? Seit Jahren geht durch die ganze bürgerliche Presse die Behauptung, Bebel spiele die Rolle des Diktators, des Imperators, und Fürst Bülow läßt sich keine Gelegenheit entgehen, auf dieser Albernheit herumzureiten. Woher stammt sie? Die Neuschöpfung stammt vom Dresdener Parteitag von Vollmar. Jetzt sind es gerade die Revisionsisten, die Bebel auszuschlachten suchen als Diktator, und wenn Bülow im Reichstage oder sonstwo wieder mit dieser Albernheit auftritt, dann kann er sich darauf berufen, daß allerdings die Revisionsisten den Versuch machen, Bebel als Autorität aufzustellen, daß aber die Radikalen sich in keiner Weise dadurch beeinflussen lassen, unbedingt gegen die Autoritätsdogmen Front machen und gegen Bebel genau so polemisieren, wie gegen irgend einen anderen Genossen. (Lebhafte Beifall.)

Gaase-Ratlowitz (D.-Schl.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Frage der Aus- und Einwanderung lenken, die mit dem Bericht vom Internationalen Kongreß zusammenhängt und in der Diskussion noch nicht geklärt worden ist. Hunderttausende polnischer und ruthenischer Arbeiter werden über die Grenze gebracht, arbeiten in der Landwirtschaft, in Ziegeleien, als Bauarbeiter, als Erdarbeiter. Sie arbeiten unter den elendesten Bedingungen, haufen gewöhnlich in elenden Wohnungen, künstlich abgeschloffen von den einheimischen Arbeitern. Man hat in der Stuttgarter Kommission über das Anwesen des Systems der Kontraktarbeiter gesprochen, denen durch den Kontrakt die Möglichkeit der freien Verfügung über ihre Arbeitskraft genommen worden ist. Ebenso schlimm steht es aber mit den Arbeitern, die zu ihrer Arbeitsstätte durch einen Agenten oder Aufseher gebracht werden ohne Kontrakt, aber auch in voller Unwissenheit dessen, wohin sie gebracht werden sollen, wo und unter welchen Arbeitsbedingungen sie beschäftigt werden sollen. Diese Transporte machen den Eindruck von Gefangenentransporten, die von der Außenwelt streng abgeschlossen werden. Vor Jahren ist es mir an der Grenze in Ratlowitz öfter gelungen, mit den Einwanderern in Fühlung zu treten. Später hat man es verstanden, die Transporte so einzurichten, daß es fast unmöglich war, mit den Einwanderern auch nur zu sprechen. Die Agenten behandeln die Einwanderer als „ihre Leute“, an die kein „Unbefugter“ herantreten solle — und sie werden dabei von den Behörden unterstützt. Deshalb sind die Leute im fremden Lande gänzlich hilflos, ein williges Werkzeug in den Händen der Agenten. Hier muß nun eingestrichelt werden. In den Einwanderungsstellen müssen die Parteigenossen, die Gewerkschaftskartelle, die Arbeitersekretäre versuchen, mit den Leuten in Verbindung zu treten, ihnen hilfsreich zur Seite zu stehen, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu erforschen und zu veröffentlichen und für die Aufklärung dieser Arbeiter zu sorgen. Ich unterstreiche, daß in erster Linie eine eingehende Erforschung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Einwanderer Not tut, da in dieser Beziehung noch volles Dunkel herrscht. Und nun die Rechtsverhältnisse der Einwanderer. Nach den verschiedenen Handelsverträgen sollen die ausländischen Arbeiter in Deutschland dieselben Rechte genießen wie die deutschen Staatsangehörigen. Tatsächlich ist es ganz anders. Ueber den Köpfen der ausländischen Arbeiter schwebt ständig das drohende Schwert der preussischen Ausweisungsbefugnis, die von jedem Regierungspräsidenten beliebig und ohne jede Begründung gegen den „lästigen“ Ausländer verhängt werden kann. Die verschiedenen Regierungs- und Polizeiverordnungen, die das polizeiliche Vorgehen gegen ausländische Arbeiter regeln, kennen wir nicht. Es wäre notwendig, die Regierung zu provozieren, alle diese Verordnungen zu veröffentlichen. Diese Ausweisungsbefugnis ist eine schwerwiegende Machtbefugnis, die dazu dient, die ausländischen Arbeiter nicht nur politisch, sondern vor allem wirtschaftlich rechtlos zu machen und in voller slavischer Abhängigkeit zu erhalten. Der ausländische Arbeiter ist dem Unternehmertum und dem Junkertum genehm, solange er sich widerstandslos jede Rücksichtslosigkeit gefallen läßt, solange er für einen niedrigen Lohn arbeitet. In dem Augenblick aber, in dem der ausländische Arbeiter seine Rechte fordert — macht er sich nach den bestehenden Statuten „lästig“ und wird ausgewiesen. Die Unternehmer wissen das; in jedem solchen Falle sagen sie dem ausländischen Arbeiter: Wenn Sie nicht willig sind — rufe ich die Polizei. Und was die Polizei dann tut — darüber ist kein Zweifel. Erst in den letzten Tagen ist in einem Artikel des Organes des Bundes der Landwirte ausgesprochen worden, daß die Polizei die Ausweisungsbefugnis gegen „kontraktbrüchige“ ausländische Arbeiter viel energischer und viel systematischer anwenden müsse. Es kommt da den Junkern nicht darauf an, den einen oder anderen ausländischen Landarbeiter über die Grenze zu schieben, sondern darum, daß diese Landarbeiter wissen und empfinden sollen, daß sie in Preußen den Junkern auf Gnade und Ungnade überliefert sind — unter der Drohung der Ausweisung. Genau so mochten es die ober-schlesische Großindustrie. Bei dem Aufschwung der Berg- und Hüttenindustrie in den letzten Jahren haben die ober-schlesischen Unternehmer Tausende ausländischer Arbeiter in die Gruben und Hütten gezogen, speziell dort, wo die Arbeit so gesundheitsgefährlich ist, daß die Arbeiter in Massen weglassen. Nun hat dabei der Ober-schlesische Berg- und Hüttenmännliche Verein, der Schachtmacherverband der ober-schlesischen Nachthaber, der Regierung erklärt (dem Sinne nach), die Behörde brauche keine Sorge darum zu haben, daß die Einwanderer in politischer Beziehung „nachteilig“ auf den ober-schlesischen Bezirk wirken könnten. Und tatsächlich — sie sorgen dafür. Die ausländischen Arbeiter werden in Werkwohnungen untergebracht, zu denen kein „Fremder“ Zutritt hat. Täglich kommen diese Berg- und Hüttenarbeiter zu uns und klagen über die unwürdige Behandlung und die schlechten Arbeitsbedingungen. Sie erzählen uns, daß sie dagegen nichts tun können und zwar deshalb, weil bei dem geringsten Widerstand gegen unwürdige Arbeitsbedingungen die Unternehmer die Polizei herbeirufen, um die sofortige Ausweisung zu bewirken. So sind denn die ausländischen Arbeiter in Deutschland vollständig rechtlos. Die polizeiliche Ausweisung ist eine mächtige Waffe in den Händen der Junker und Unternehmer gegen die Arbeiter.

Ich bin der Ansicht, daß diese ganze Frage eine schwerwiegende ist. Wir müssen Material sammeln, um die Frage genügend zu beleuchten. Dann aber muß die Fraktion einen Vorstoß zur gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Ausländer in Deutschland machen! (Bravos)

Leutert-Apolda

(zur Geschäftsordnung): Ich will keine Ausstellung an der Geschäftsführung des Vorstehenden machen, aber ich protestiere dagegen, daß sich Genossen die Geschäftsordnung in einer Weise zunutze machen, wie es bisher nicht üblich war. Ich will keine Beschränkung der Redefreiheit, ich stelle auch keinen Antrag, aber man soll nicht immer das letzte Wort haben wollen, man soll sich nicht erst streichen lassen, und dann alle Augenblicke hinten wieder einschreiben lassen, wie David das tut. Ich bitte die anderen Genossen, diese neue revisionistische Methode nicht nachzuahmen. (Große Seiterkeit und lebhafter Widerspruch.)

Vorstehender Gemoll: Es ist richtig, daß das so geschehen ist, ich werde aber streng darauf achten, daß das nicht mehr geschieht. (Stürmischer Widerspruch, eine Reihe Delegierte melden sich zur Geschäftsordnung.)

Bebel: Gegen die Geschäftshandhabung, wie sie der Vorstehende ankündigt, protestiere ich. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann mich jeden Augenblick streichen lassen, wenn ich beabsichtige, überhaupt nicht mehr zu sprechen, es kann aber nachher ein Redner aufstehen, der mich zum Reden provoziert und da wäre es doch wunderbar, wenn ich mich nicht wieder einzeln stellen sollte. Der Parteitag könnte mir nur durch den Schluß der Debatte das Wort abschneiden, aber ich muß mich so häufig einzeln stellen können, wie ich will. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorstehender Gemoll: Wenn der Parteitag mit dieser Auffassung einverstanden ist, ist die Sache damit erledigt.

David-Rainz:

Es ist nicht wahr, daß ich mich fortgesetzt in der Rednerliste habe streichen lassen. Ich habe mich nur einmal eintragen lassen und mich dann allerdings streichen lassen, weil ich meinte, daß ich, nachdem sowohl Singer wie Bebel in unzweideutiger Weise mir befunden haben, daß es nicht in der Absicht liegt, die Delegation des Stuttgarter Kongresses etwa hier zu desavouieren, eine weitere Debatte allerdings für überflüssig hielt. Als mir dann aber Lebebour den Vorwurf machte, ich wolle knifeln, ließ ich mich wieder auf die Rednerliste setzen, denn gegen diese Unterstellung muß ich mich denn doch verwahren.

Ich will mich auch im übrigen nur gegen die anderen Unterstellungen Lebebour's noch verwahren, denn um auf die ganze Sache einzugehen, ist die Zeit viel zu kurz. Zunächst muß ich dagegen Verwahrung einlegen, daß ich, wie Lebebour sagte, unmittelbar nach der Rede Singers gestern hätte aufstehen müssen, um mich gegen Singer zu verwahren. Dazu hatte ich gar keinen Grund. Ja, wenn Singer das gesagt hätte, was Lebebour ihm unterstellt hat, dann würde ich mich allerdings sofort zum Worte gemeldet haben. Lebebour hat es so dargestellt, als ob Singer hier erklärt habe, die Rainzer Resolution stehe im Widerspruch und sei untragbar mit dem Antrag der deutschen Delegation in Stuttgart. Davon hat der Genosse Singer kein Wort gesagt (Sehr gut!) und er konnte es auch gar nicht sagen. Im Gegenteil, er bemerkte, nachdem der allerdings leicht zu Mißverständnissen Anlaß gebende erste Satz der ursprünglichen von Kol'schen Resolution beseitigt war, sich dann die Fassung des deutschen Antrages sehr wohl auch mit der Rainzer Resolution vertrage. Das ist auch ganz richtig, denn auch in der Rainzer Resolution wird Protest erhoben gegen die Raub- und Eroberungspolitik, wie sie heute getrieben wird, dann wird aber in ihr auch davon gesprochen, daß es wünschenswert und erforderlich sei, auf alle zurückgebliebenen Völker kulturell erzieherisch zu wirken. (Lebebour: Das ist keine Kolonialpolitik!) Es wird dort davon gesprochen, daß wir durch Lehren und Beispiel alle Völker für die Aufgaben der modernen Kultur und Zivilisation zu gewinnen haben. Freilich nicht mit den Mitteln, wie es heute geschieht — das wird ausdrücklich betont, das haben wir aber auch betont — sondern nur mit den Mitteln der Humanität, die Bestand haben vor unserer sonstigen Weltanschauung und unseren sonstigen Auffassungen. Nun sagt Lebebour, das ist keine Kolonialpolitik. Singer hat gestern gesagt, man könnte das vielleicht besser Zivilisationspolitik nennen, aber — hat er auch ganz richtig hinzugefügt — das ist doch mehr oder weniger nur ein Streit um Worte. (Sehr richtig!) Wenn nun doch das Wort Kolonialpolitik angewandt wurde, so geschah das eben aus dem Grunde, weil vor Stuttgart kein Mensch irgendwie darauf herumgeritten ist und weil auch in der Fraktionserklärung und in der Erklärung Bebel's auch von Kolonialpolitik gesprochen wird, von einer Kolonialpolitik, die eine Kulturpolitik sein kann, wenn sie eben jenes Ideal der Ausschließung der Naturkräfte und der Emporhebung aller Menschen zu den höchsten Stufen der Kultur verfolgt. Nun hat Lebebour erklärt, ich hätte Mißbrauch mit dieser Erklärung des Genossen Bebel getrieben. Und ich hätte damit die Mehrheit der Delegierten in Stuttgart irrezuführen gesucht. Nun, ich glaube, ich brauche wohl die Delegation in Stuttgart nicht gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß ich annähernd 300 doch immerhin auferlesene Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern so groblich irreführen ließen, wie es hier Lebebour unterstellt. Genosse Bebel ist ja hier, er kann sagen, ob und inwiefern irgendwo Mißbrauch mit seiner Erklärung stattgefunden hat und ob in dem Antrag der deutschen Delegation irgend etwas steht, was nicht auch in dieser seiner Erklärung wörtlich oder implizite ausgedrückt ist. Ich soll auf die Autorität Bebel's herumgeritten sein. Auch das ist nicht richtig. Ich habe ein einziges Mal prinzipiell in der Kommission gesprochen, und da habe ich mich allerdings auf die Ausführungen Bebel's gestützt, weil sie gar nicht mehr die Ausführungen Bebel's allein waren. Diese Ausführungen Bebel's sind dem Stuttgarter Kongreß vom Parteivorstand im Bericht unterbreitet worden mit der einleitenden Bemerkung, daß darin der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie zur Kolonialfrage gut umschrieben sei. Darum habe ich mich darauf berufen und habe vorgeschlagen, wir sollten diesen Gedanken als Einleitungsgedanken der Resolution voranstellen, die dann die scharfe Zurückweisung der heutigen Raubpolitik enthält. Das war der Vorgang in der Kommission. Ich will nicht auf all das weiter eingehen, was Lebebour uns noch erzählt hat. Ich glaube, der Parteitag weiß zur Genüge schon von sich aus, da die nötigen Abstriche zu machen. Ich könnte natürlich meine Zeit damit auch noch verbrauchen, um Position für Position, das, was er angeführt hat, als unrichtig zu widerlegen. Die Erklärung Bebel's ist weiter auch in dem Bericht über den Stuttgarter Kongreß aufgenommen, der hier vorliegt, und sie ist auch in dem Handbuch „Wahlpläne der bürgerlichen Parteien“, das soeben erschienen ist, wieder aufgenommen. Sie kehrt also in allen unseren Agitationsmitteln wieder, und da sollen wir uns nicht auf diese Erklärung berufen können! (Sehr richtig!) Ich siehe nicht im Verdacht nach früheren Ereignissen, daß ich nicht unter Umständen auch meine Meinung im scharfen Gegensatz zum Genossen Bebel vertreten. Aber daraus nun die Folgerung zu ziehen, daß ich immer, auch wenn gar kein Anlaß zu einem sachlichen Gegensaße vorliegt, mich einfach gegen eine Sache wenden sollte, weil sie von Bebel kommt, — das ist doch eine Zumutung, die nur der Genosse Lebebour stellen kann. (Ob!) Es ist dann weiter von Lebebour unterstellt worden, daß wir in Stuttgart eine Kolonialpolitik mit Zwangsmitteln befürwortet hätten. Daß wir eine Konfession in der Richtung an die heutige Raubpolitik hätten machen wollen, daß wir auch mit brutaler Gewalt auf die Eingeborenen einzuwirken suchen wollten. Keine Silbe davon ist richtig, ich protestiere ganz energisch gegen diese Unterstellung Lebebour's, die ihm nur dazu dient, um einen Angriffspunkt zu bekommen. Sie dient auch nur dazu, um uns nachher die Agitation im Lande zu erschweren. Ich stelle also fest, daß es nicht in der Absicht liegt, irgendwie die deutsche Delegation in Stuttgart zu desavouieren, und das hatte in der Tat

eine kleine Gruppe von Zeitungen verlangt, unter anderem die „Dortmunder Arbeiter-Ztg.“, die das Besondere möglichst scharf ausgedrückt haben wollte und auch die Erklärung Debeles desabonniert haben wollte. Meiner Ansicht nach liegt gar kein Widerspruch zwischen der Haltung der Stuttgarter Delegation und zwischen der von und im Reichstag und in der Agitation bisher eingenommenen Haltung. Wir befinden uns in dem völligen Einklang mit dem, was wir selber gesagt und getan haben. (Bravo!)

Lausenbergs-Düsseldorf:

Es ist nicht notwendig, daß wir uns gegenseitig in großen Eifer hineinreden. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß wir zu einer Klärung über diese Differenzpunkte kommen, die über die Kolonialpolitik doch unbestritten vorhanden sind. Ich habe den Eindruck sowohl von den Ausführungen Singers als auch Debeles, daß beide in der Sache der Minorität in Stuttgart recht gegeben haben, sich aber trotzdem gegen diese Minorität wenden. Diesen Widerspruch kann ich mir nicht recht erklären. Genau so wie Singer hat auch die Minorität in Stuttgart den Standpunkt vertreten, daß die sozialdemokratische Kolonialpolitik Zukunftsmiss ist, und daß es noch gar nicht an der Zeit sei, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was wir etwa zu tun hätten, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt. Diese Zukunftsmiss wurde nicht von uns angestimmt, sondern von den Genossen, die in Opposition zu uns standen. Auch darin stimmt die Stuttgarter Minorität mit Singer überein, daß die schließlich angenommene Resolution der Rainiger Resolution entspricht; aber nicht wie ich es gewesen, die dagegen Sturm liefen. Wenn die Worte von Singer einen Sinn haben, dann bedeuten sie, daß die Haltung der Majorität in Stuttgart mit der Rainiger Resolution nicht in Einklang zu bringen ist. (Sehr richtig!) David mag sagen was er will, er ist den positiven Beweis dafür schuldig geblieben, daß die Haltung der Stuttgarter Majorität dem Rainiger Beschluß entspricht. So lange dieser Beweis von David nicht vollständig gegeben ist, behaupte ich, daß zwischen der Stuttgarter Resolution der Majorität und der schließlich angenommenen Resolution ein laffender Widerspruch besteht. Daß es sich um einen Streit um Kaiser's Part, um einen Streit um Worte handelt, ist eine recht optimistische Auffassung. Wenn wir zu einer klaren Agitation im Lande kommen, wenn wir uns selbst verständigen wollen, dann müssen wir Beschlüsse fassen, die durchaus eindeutig sind, die jeder von uns in gleicher Weise auslegt. Debeles meinte, seine Auslassung im Reichstage sei gar nicht programmativ gewesen. Das freut mich; denn auch wir in Stuttgart haben uns mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß man der Debeleschen Auslassung einen programmativen Charakter gibt. Wie ist es denn gekommen, daß überhaupt das Wort von dem programmativen Charakter der Debeleschen Auslassung entstanden ist? David erklärte in Stuttgart, daß diese Auslassung vorher dem Sinne nach in der Fraktion vereinbart gewesen sei, daß es sich hier um eine grundsätzliche Neuherung des Reaktionsstandpunktes handelt, und daß infolgedessen dieser Debeleschen Auslassung ein programmativer Charakter zukommt. Wenn Debeles das jetzt bestritten hat, so freut mich das, weil darin unser Standpunkt, der der Minorität in Stuttgart, sich auch hier wieder als der richtige erwiesen hat. Dann soll man aber nicht sagen, daß ganze ist ein Streit um des Kaiser's Part. Der erste Satz des ersten Absatzes der von Kolschen Resolution lautet dem Sinne nach, daß der Wert der Kolonialpolitik, auch der Wert der kapitalistischen Kolonialpolitik im allgemeinen und für die Arbeiterklasse im besonderen beträchtlich übertrieben worden sei. Wenn man aber sagt, daß die jetzige kapitalistische Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse noch einen Wert hat — mag man diesen Wert auch noch so gering anschlagen —, dann ist in verletzter Weise ausgesprochen, daß die gegenwärtige kapitalistische Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse nützlich ist. (Sehr richtig!)

Wir haben aber den letzten Wahlkampf unter der grundsätzlichen Parole geführt, daß die jetzige Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse nicht nur keinen Nutzen hat, sondern ihr Schaden zufügt. (Sehr richtig!) Dieser Standpunkt wurde durch den ersten Satz des ersten Absatzes der Resolution von Kolsch grundsätzlich desabonniert. Ich frage: Wo nahm die Mehrheit der deutschen Delegation in Stuttgart das Recht und das Mandat her, die Haltung der deutschen Partei im letzten Wahlkampf in dieser Weise zu desabonniert, wie es durch die Resolution von Kolsch geschehen ist? (Weisfall.)

Klein - Dresden:

Ich bedaure, daß die Frauen, deren Mandate in Stuttgart für ungültig erklärt sind, sich nicht an das Internationale Bureau gemeldet haben. Vielleicht hätten sie eben solchen Erfolg gehabt, wie leider die Lokalfisten. Wir haben die Mandate aus rein formalen Gründen fassieren müssen. Ich gebe allerdings zu, daß unser Organisationsstatut den Verhältnissen der einzelnen Staaten nicht Rechnung trägt. Davon, daß wir in Dresden der Frauenbewegung nicht sympathisch gegenüberstehen, kann keine Rede sein.

Warm - Berlin:

Die Darstellung Ledebours über die Vorgänge in der Kommission in Stuttgart sind vom ersten bis zum letzten Wort richtig. (Hört! hört!) Die Diskussion in der Presse, die sich nachher angeschloffen hat, hat ja auch bewiesen, daß alle Befürchtungen, die Ledebour und ich gegen die Fassung der Davidischen Resolution hatten, vollaus begründet waren. In der Davidischen Resolution, die nun auf einmal so unschuldig sein soll, daß sie sich mit den früheren prinzipiellen Erklärungen der Partei deckt, heißt es, daß die Kolonialpolitik unter sozialistischem Regime nutzbringend sein kann, und in seiner Erklärung im „Vorwärts“ vom 8. September sagt David: Wir betreiben nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, sondern nur die und die. Ferner sagte Fischer in einer Versammlung vom 5. September in Berlin laut Bericht des „Vorwärts“ (Fischer: Laut Bericht des „Vorwärts“! Sehr richtig!) Laut Bericht des „Vorwärts“! Fischer erinnert sich wohl, daß ich selbst ausgegangen war und ihm bereits in jener Versammlung entgegengetreten. Der Bericht stimmt in diesem Punkte, wenn auch nicht buchstäblich, so doch dem Sinne nach überein, und da Fischer Veranlassung nahm, einiges richtig zu stellen, was sonst in dem Bericht stand, diesen Punkt aber nicht richtiggestellt hat, so nahm ich bis zu diesem Augenblick an, daß er sich mit dem Wortlaut einverstanden erklärt, und der lautet: „Der negative Standpunkt Ledebours führt zu dem Gedanken, die Kolonien aufzugeben.“ Ich habe in der Versammlung den Zwischenruf gemacht: Das ist auch ganz richtig, wir wollen unsere Kolonien aufgeben! Es ist darauf hingewiesen, daß sogar Caprioli gesagt hat, er wäre froh, wenn er die deutschen Kolonien los wäre. Ich fühle das nur an, um zu zeigen, wie berechtigt unser Kampf in Stuttgart gegen die sinnverwirrende Art war, wie hier Schaulpolitik getrieben ist. (Sehr richtig!) Man kann aus diesem Dinge alles herauslesen; wie der Wind weht, so wird das Segel gedreht. (Sehr gut!) Wir wollen doch nicht in das Meer der Vergessenheit versinken lassen, daß David mit der größten Hartnäckigkeit in der Kommission gekämpft hat gegen Ledebour und mich, auch für den ersten Satz dieses unsinnigen Amendements von Kolsch. (David: Ist ja nicht wahr!) Ich spreche von der Kommission, in der Sie sich mit der Resolution von Kolsch einverstanden erklärten und im Gegensatz zu uns beiden Sätzen zustimmten. (Erneuter Widerspruch von David.) Sie können doch nicht bestritten, daß Sie auf der einen Seite standen und wir auf der anderen. Diese Sätze sind doch nachher mit Zustimmung Davids der deutschen Delegation vorgelegt worden. Sind nicht diese beiden Sätze in der ersten Sitzung der deutschen Delegation aus Jurens Davids gegen Ledebours Protest angenommen worden? (Sehr richtig!) Ich kam nicht mehr zum Wort. Wenn nicht Lausenbergs im Namen der rheinischen Delegierten erklärt hätte, er mache einen öffentlichen Standal, er würde öffentlich beim Kongress Protest erheben, dann wäre doch überhaupt keine zweite Sitzung zustande gekommen. In dieser zweiten Sitzung bekam ich denn endlich das Wort zur Geschäftsordnung. Ich konnte nachweisen, wie tödlich dieser erste Satz war und daß auch David und seine Freunde das gar nicht gewollt haben und sich gar nicht überlegt haben können, was darin steht. Es wurde dann gnädigst von der deutschen Delegation gestattet, daß David und ich uns zusammensetzen und

möglichst in ein paar Minuten eine Änderung dieser Resolution herbeiführen sollten in bezug auf den ersten Satz.

Aber an dem zweiten Satze durfte ich nicht eine Silbe ändern. So ist diese Zwittrergeburt herausgekommen. Der zweite Satz trifft genau denselben Witz wie der erste. (Sehr richtig!) Alle Mitglieder der Fraktion haben hier dasselbe Interesse, und unser lieber Debeles bekommt immer von den Gegnern die ersten Schläge, da hätte er sich auf unsere Seite stellen müssen. (Debeles: Das habe ich getan!) Nein, das haben Sie nicht getan, Sie haben sich mehr auf die Seite Davids gestellt und haben gesagt, daß die Art und Weise, wie in der Kommission gekämpft worden ist, schuld daran ist, daß es so gekommen ist. Sie haben unser Vorgehen als eine reine Jankucht bezeichnet. Wenn ich mich dazu geäußert habe, den ersten Satz mit David zu ändern, so wollte ich nicht einen Kompromiß mit ihm machen, sondern ich wollte vermeiden sehen, daß wir im Sinne von Dernburg und Bülow sagen, die Kolonien haben doch einen Nutzen. Nein, dagegen protestieren wir, die Kolonialpolitik machen wir nicht mit. Wir mühten dagegen aufzutreten, daß eine Konzeption an die bürgerliche Kolonialpolitik herangebracht wurde. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky - Berlin:

Als ich hierher kam, glaubte ich, daß ich mich gegen heftige Angriffe auf den sozialen Standpunkt zu verteidigen haben würde, den ich in Stuttgart entwickelt habe. Ich bin sehr erkaunt, daß gegen unseren Standpunkt bisher kein Wort gesagt worden ist, und ich habe daher gar nicht die Aufgabe, meinen Standpunkt, den ich in Stuttgart eingenommen habe, zu verteidigen. Ich habe mich nur dagegen zu wenden, als hätten wir einen Wortstreit ausgeführt. Das ist nicht der Fall. Ich bin vollständig mit Singer darin einig, daß die Mehrheit der Partei über die Kolonialfrage vollkommen einig ist und daß die Stuttgarter Differenzen vielmehr nur dem zuzuschreiben sind, daß unter der sozialistischen Kolonialpolitik nichts anderes verstanden wird als Zivilisationspolitik. Damit ist doch aber nicht gesagt, daß es sich in Stuttgart nur um einen Wortstreit gehandelt hat. Schon Lausenbergs und Warm haben darauf hingewiesen, daß die Mehrheits-Resolution gleichzeitig den Satz von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der Kolonien für die Arbeiter enthalten hat. Das war ein Fingerzeig, daß die Mehrheits-Resolution ein Hintertürchen bilden sollte, alle möglichen Konzeptionen an die bürgerliche Kolonialpolitik einzuschmuggeln, und dagegen mühten wir aufzutreten. Aber nicht nur das. Dieser Satz von der sozialistischen Kolonialpolitik wurde in einer Weise begründet, die ganz unglücklich war. Nicht bloß Bernstein allein hat den Satz ausgesprochen, daß es notwendig sei, daß die höher kultivierten Völker eine Herrschaft über die niedriger kultivierten ausüben. David hat in dieselbe Kerbe gehauen und hat sich gegen das Aufgeben unserer Kolonien ausgesprochen, er sagte auch: Wenn Ihr nicht die Notwendigkeit der Kolonialpolitik anerkennt, dann seid Ihr außerstande, positiv zur Verbesserung der Kolonialpolitik beizutragen. In diesem Sinne hat sich auch von Kolsch geäußert, der das Wort geprägt hat von der bewaffneten Macht, mit der wir in die Kolonien zu gehen hätten. Wenn jetzt David sagt, er stehe auf dem Standpunkt der Rainiger Resolution, so verstehe ich das nicht. Da wird die Unabhängigkeit der Völker gefordert, und es steht klar darin, daß die Naturvölker nur durch die Förderung der Kultur gehoben werden sollen. Dagegen aber hat David in Stuttgart mit Heftigkeit gekämpft. Wenn David allein für sich gesprochen hätte, so hätte es keine Bedeutung gehabt, weil er aber als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie auftrat, war es seine Pflicht, zu zeigen, daß in der deutschen Sozialdemokratie sein Standpunkt nicht allein herrscht. Man hat mir noch Bruch der Disziplin vorgeworfen. Aber wenn Verteidigung der Grundzüge unseres Programms Disziplinbruch ist, dann bin ich stets bereit, die Disziplin zu brechen. (Lebhafter Beifall.) Nach dem Stuttgarter Kongress wurde gesagt, die Minoritäts-Resolution sei unhaltbar, sie müßte sofort von nächsten Internationalen Kongress umgeworfen werden. David hat dagegen heute von dem Standpunkt, den er in Stuttgart verteidigt hat, kein Wort gesprochen. Er forderte und auf, die deutsche Delegation nicht zu desabonniert. Das ist aber auch nicht notwendig, denn im Gegensatz zu David hat unsere Delegation die Minoritäts-Resolution angenommen, und ich hoffe, daß Sie diese Resolution mit erdrückender Mehrheit zu der Ihren machen. (Bravo!)

Dr. Liebknecht:

Die Frage scheint mir im wesentlichen geklärt zu sein, besonders nach den Ausführungen von Warm und Kautsky. Ich möchte nur auf eins hinweisen. Wenn man sagt, es komme auf die Worte nicht an, sondern auf den Sinn, der man den Worten unterlegt, so trifft das nicht ohne weiteres zu. Es können Worte einen ganz traditionellen Sinn bekommen, und sie sagen dann nicht mehr das, was sie vielleicht sonst bedeuten. Wenn wir das Wort Militarismus anwenden wollten auf die allgemeine Volkserziehung, so würden wir doch mit Fug und Recht auf Widerspruch stoßen. So ist es auch mit dem Worte Kolonialpolitik. Im Zukunftsstaate soll die Zivilisationspolitik betrieben werden, die das Wort Kolonialpolitik enthält, den Inbegriff der Bevormundung und Abhängigkeit, und diese Kolonialpolitik wollen wir ablehnen. Es hat sich da nicht nur um einen Streit um Worte gehandelt, denn das Wort Zivilisationspolitik steht im Widerspruch mit der Anwendung von Waffengewalt, und damit ist klar gestellt, daß es sich um einen recht ersten Kampf gehandelt hat, daß wir uns beglückwünschen können zu der Haltung der deutschen Delegation in Stuttgart.

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einige Ausführungen über die Frage der Ein- und Auswanderung zu machen, die in der Diskussion etwas kurz weggekommen ist, während die Kolonialfragen naturgemäß im Vordergrund gestanden hätten. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die eminente Wichtigkeit der Behandlung der Ein- und Auswandererfrage lenken. Ich habe viel Gelegenheit, die Risikore der Einwanderer und insbesondere ihre Abhängigkeit von der Polizei zu beobachten, und ich weiß, mit welchen Schwierigkeiten diese Leute zu kämpfen haben. Die Vogelfreiheit dieser Leute sollte uns besonders veranlassen, uns mit der Frage des Rechtes der Ausländer zu beschäftigen. Es ist ja bekannt, daß die gewerkschaftlich organisierten Ausländer mit Vorliebe ausgewiesen werden. In jüngster Zeit habe ich in meiner Praxis folgenden Fall erlebt: Ein russisch-polnischer Verkäufer nimmt in Kummelsburg Stellung und kurz darauf erhält er vom Amtsvorsteher eine Verfügung, er solle sich innerhalb 14 Tagen der Landwirtschaft widmen, sofern er dem nicht nachkomme, werde er sofort ausgewiesen werden. (Hört! hört!) Ich habe dagegen alle zulässigen Rechtsmittel ergriffen, ich habe gesagt: Ihr wendet das Gesetz falsch an. Man hat aber gar nicht darauf reagiert. Ramentlich die russischen Auswanderer befinden sich in einer sehr schwierigen Position. Die Resolution auf dem Internationalen Kongress entscheidet diese Frage mit, sie wird aber mißverstanden. Wir verlangen die Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmten Nationalitäten den Aufenthalt im Lande erschweren und sie von den sozialen und ökonomischen Rechten ausschließen, und wir verlangen ferner eine Erleichterung der Naturalisation. Hierzu war ein Antrag gestellt worden, wonach das Recht der Ausweisung nur unter bestimmten gerichtlichen Garantien gestattet sein sollte. Diesem von Ungarn gestellten Amendement gegenüber wurde aber die Befreiung des ganzen Ausweisungsbereiches verlangt. Wir verlangen, daß die Ausländer im Inlande genau dieselben Rechte genießen wie die Inländer selbst. Nur wenn das Damoklesschwert der Ausweisung über den Häuptern der Ausländer fortgenommen wird, werden diese daran gebindert werden. Streikbrecher zu sein. Ich bin der Ansicht, daß die Beschäftigung mit dieser Frage ein Ruhmesblatt für den Internationalen Kongress ist. Das Problem ist noch nicht entschieden, die Stuttgarter Resolution ist nur ein erster Schritt auf diesem Gebiet; ich bitte Sie aber alles Ihnen zugehende Material in der Presse zu veröffentlichen, damit wir eine der wichtigsten Fragen im wirtschaftspolitischen Kampfe des Proletariats in einer angemessenen Weise lösen können. Das Bürgertum hat bisher nicht daran gedacht, diese Frage ernstlich anzufassen, wohl aber das Proletariat in Stuttgart, und ich bitte Sie, den Ernst der Frage nicht zu verkennen. (Weisfall.)

Stadthagen - Berlin:

In der Ein- und Auswandererfrage stehen wir alle auf demselben Standpunkt. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß nach den bestehenden Staatsverträgen auch die Ausländer ein Recht auf Aufenthalt und auf Beschäftigung haben, und daß ein Ausweisungsrecht im flagrantesten Widerspruch mit den Staatsverträgen steht. Dem steht allerdings die Praxis gegenüber. Die Verordnung, die Liebknecht im Auge hat, ist eine alte preussische Verordnung, die dahin geht, daß ausländische Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben bis zum November beschäftigt werden dürfen. Diese Verordnung verleiht gegen die Staatsverträge, und dieser Verstoß kann gar nicht hart genug gekehrt werden. Meiner Befriedigung möchte ich darüber Ausdruck geben, daß der internationale Kongress die Resolution zur Kolonialfrage angenommen hat, die von uns in Mainz angenommen worden ist. Es ist eine Reihe von Mißverständnissen aufgetaucht, und es ist bedauerlich, daß es heute noch Genossen gibt, die meinen, eine entgegengesetzte Haltung zu jener Resolution wäre richtiger gewesen. Das letzte Mal auf dem internationalen Kongress in Amsterdam war in unserer Delegation kein Zweifel darüber, daß genau in der Resolution, der auch die Deutschen zustimmten, das Richtige liegt. Es war hoch erfreulich, daß diesmal die öffentliche Kritik eingeleitet hat. Die Behauptung, daß die Kolonialpolitik dem Arbeiter Vorteile bringt, ist eine Unwahrscheinlichkeit, wie sie größer nicht sein kann. Daß die sog. sozialistische Kolonialpolitik abgelehnt ist, darüber besteht kein Streit. An der großen Erregung ist eigentlich David selbst schuld. Nachdem die Mehrheit in Stuttgart der Resolution zugestimmt hatte, war es eigentlich, daß David mit nein stimmte. Es mußte Erregung hervorgerufen, wenn ein Delegierter sagt, die Rainiger Resolution, die von uns angenommen war, solle nicht angenommen werden — und die Stuttgarter Resolution sagt daselbe wie die Rainiger —, nachdem das Ausdruck beiseite war. David hat ja schließlich dafür gestimmt und wir wollen uns darüber freuen, da ja auch im Himmel mehr Freude über einen bekehrten Sünder als über 99 Gerechte ist. (Weiterkeit.) Die Ausführungen Burns darüber, daß es sich in dem von Fischer erwähnten Falle nicht um eine fortgierte Rede gehandelt hat, entsprechen der Wahrheit. Es ist eine eigentümliche Art von Fischer, sowie ihm einer etwas sagt, dazwischen zu rufen und von Fälschungen usw. zu reden. Ich drücke nochmals meine Freude darüber aus, daß die prinzipiell richtige Stellung, die die deutschen Arbeiter in der Gesamtheit einnehmen, in Stuttgart schließlich zum Durchbruch gekommen ist, und ich bewahre mich dagegen, daß man wieder versucht, der freien Kritik Fälschungen anzulegen und so tut, als ob wir Autoritäten hätten, die alle Weisheit geschluckt haben. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß nicht von der Parteipresse, sondern von der Gegenseite es so dargestellt worden ist, als ob nun eine neue Ära der kolonialpolitischen Taktik bei uns eintreten soll. Es ist festgestellt worden, daß unsere bisherige Taktik die richtige ist. (Weisfall.)

Worm - Berlin:

Das unglückliche Wort Debeles von dem Streit um Kaiser's Part wirkt in der Parteipresse weiter. Wir müssen dagegen protestieren, daß die Auseinandersetzungen eigentlich ein blinder Däm gewesen seien. Es ist zur Genüge klar gestellt worden, daß es sich bei der in Stuttgart von der Mehrheit der Kommission formulierten Resolution nicht um die Kolonialpolitik in der sozialistischen Gesellschaft handelt, sondern um die Stellung der Partei zur jetzigen Kolonialpolitik. Daß aber die abgelehnte Resolution einen großen Wert hervorgerufen hat, zeigt sich darin, daß die „Frankfurter Volksstimme“ in diesen Tagen eine Pariser Korrespondenz veröffentlicht, in der allen Erstes der Vorschlag gemacht wird, die Häfen von Marokko unter die Mächte zu verteilen. Zu diesem Pariser Ausdruck hat die Redaktion nicht den geringsten Einwand veröffentlicht. (Hört!) Der größte Teil der Parteipresse hat auch nichts gegen den Vorschlag Jaurès, eine Internationale Konferenz aller Signatarmächte einzuberufen, gesagt, nur der „Vorwärts“ hat dazu Stellung genommen, wie es seine Pflicht war. Also es ist wohl eine Verwirrung da, und da war es notwendig, daß die Parteipresse das Wort ergriff und daß wir den Parteigenossen zugerufen haben, es handelt sich nicht um Zukunftsprobleme, sondern um eine aktuelle Frage, und die Parteigenossen im Lande haben allen Anseh, auf der Hut zu sein. (Bravo!)

David - Berlin:

Ich muß meine Zeit wieder damit verbringen, Nichtigstellungen vorzubringen. Genosse Warm hat erklärt, die Angaben Ledebours seien richtig. Unrichtig ist zunächst, daß ich in der Kommission an dem ersten Satze der von Kolschen Resolution festgehalten habe. Unrichtig ist auch, was Ledebour gesagt hat über Terwagne. Terwagne hat einen Antrag eingebracht, der den ersten Satz der von Kolschen Resolution über die Nützlichkeit der Kolonialpolitik für die Arbeiter streichen wollte. Zweitens habe ich den Antrag eingebracht, von dem weder Ledebour noch Warm geredet haben, der den ganzen Einleitungssatz von Kolsch ausmerzen wollte, ein Antrag, der nachher zur Hälfte in den Antrag der deutschen Delegation aufgenommen worden ist, und der den zivilisatorischen Zukunftsgedanken ausdrückt. Erst nachdem mein Antrag abgelehnt war und erst nachdem der Antrag Terwagne, der den ersten Teil der von Kolschen Einleitung streichen wollte, abgelehnt war, erst dann habe ich schließlich auch der von Kolschen Fassung zugestimmt. Kennt man das etwa hartnäckig daran festhalten, wenn man zwei Versuche unternimmt, ihn zu beseitigen? Ich habe ihm zugestimmt, weil durch den ganzen Wortlaut der von Kolschen Resolution allen Mißverständnissen, allen Einstellungen dieses Satzes vorgebeugt wird, die ihm nachher gegeben worden sind. So ist es also mit meinem angeblichen Festhalten an dem ersten Satz der von Kolschen Resolution bestellt. (Zuruf; Weiterer Satz!) Sie haben vom ersten Satz gesprochen! (Sehr richtig!) In der Presse habe ich die Sache bereits richtig gestellt, und jetzt werde ich gestuzen, die Zeit des Parteitag und meine kurzweilige Diskussionszeit mit diesen Dingen zu verschwenden. Was nun den zweiten Satz betrifft, dem auch Warm nachher zugestimmt hat, so lautet der: In der Erwägung, daß wir auf dem ganzen Erdball Kultur verbreiten und die Kämpfer auf die höchste Stufe haben wollen, betreiben wir nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik, da sie unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können. An dem Satz beschloß allerdings die Delegation festzuhalten, und zwar weil er ganz mit dem übereinstimmt, was in der Erklärung Debeles steht, die dem Kongress als Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie in der Kolonialfrage vorlag. Wenn ich daran festhielt, so hielt ich eben, glaube ich, fest an unserer Auffassung in der Kolonialfrage überhaupt, wie sie auch sonst vertreten worden ist, und wie sie auch in der früheren Rainiger Resolution zum Ausdruck kommt. So ist der Sachverhalt und nun frage ich Sie: Ist denn nun wirklich diese große Gefahr vorhanden, wenn wir diesen Gedanken in der Weise festlegen als Spitze, als Einleitung zu einer Resolution, die sich dann ganz der derzeitigen Raubpolitik widmet. — Kautsky hat zunächst eine Unrichtigkeit ausgesprochen, indem er sagte, der erste Satz der von Kolschen Resolution, der ursprüngliche, rede von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der Kolonialpolitik. Es steht aber einfach da, die Nützlichkeit werde übertrieben, von Notwendigkeit ist da überhaupt nicht die Rede. Zweitens hat Kautsky gesagt, wir hätten die Notwendigkeit betont, in den Kolonien eine Herrschaftspolitik zu etablieren, eine Bevormundung im gewalttätigen Sinne. Das ist nicht wahr, ich habe das ausdrücklich zurückgewiesen. Wenn von Bevormundung die Rede gewesen ist, so kann das nur in dem Sinne verstanden werden, wie es Debeles gesagt hat, daß wir die noch nicht zivilisierten Völker erziehen sollen. Das Wort „Erziehen“ steht darin, und das habe ich als Grundlage für den Begriff der Bevormundung schon dort bezeichnet. Es ist zum dritten nicht wahr, daß ich erklärt hätte, wir müßten den Kapitalismus in die Kolonien tragen. Ich habe vielmehr gesagt, der Kapitalismus etabliert sich auch in den Kolonien, das ist die ganz allgemeine Entdeckung, das sind die Außenforts des Kapitalismus, und so wenig wie den Kapitalismus hier etablieren, so wenig ist es unsere Mission aus dort. Das ist also eine unsinnige Verdrückung dessen, was ich gesagt habe. Nun ist van Kolsch in der Presse nachgefragt

worben, er habe von Gewaltpolitik gesprochen. Heute ist mir eine Veröffentlichung von ihm gezeigt worden, wo er sich dagegen verweigert, daß er das getan habe, als er ironische Schlussfolgerungen aus der nationalistischen Kolonialpolitik zog. Sie sehen, ich komme kaum in meiner Niedrigkeit zu Ende mit all diesen Nichtigkeiten, die ich noch machen muß. Ich kann auch jetzt nicht das erfüllen, was Klautsky erwartet, daß ich noch über alles mögliche andere mich ausbreite. Das ist unmöglich, wenn man sich in dieser Weise mit persönlichen Dingen herumzuschlagen muß. Auch das, was gesagt worden ist vom Aufgeben der Kolonien, ist falsch. Ich habe gesagt, für uns Deutsche ließe sich ja darüber reden, aber international könnte es nicht geschehen, denn dann würden die Eingeborenen schloßlos den kolonialen Raubgesellschaften preisgegeben sein. Ich wiederhole, daß das, was die deutsche Delegation mit ihrem Antrag bezweckt, durchaus mit dem übereinstimmt, was wir bisher in dieser Frage in der Fraktion und sonst vertreten haben. (Bravo.)

Rebel:

Ich befrachte die Anregung, die der Genosse Liebknecht in bezug auf das Fremdenrecht und die Ausweisungen gegeben hat. Diese Frage ist ganz außerordentlich wichtig und wird immer wichtiger, weil die Ausweisungen sich häufen. Daß der bestehende Zustand unhaltbar ist, hat selbst der deutsche Juristentag im vorigen Jahre anerkannt, als er mit großer Mehrheit eine Resolution annahm, die besagt, daß das Ausweisungsrecht der Willkür der Polizei entzogen und richterlichen Entscheidungen übertragen werden müsse. Wir haben also nach dieser Richtung hin weiter zu arbeiten.

Nun hatte ich nicht die Absicht, in dieser Frage noch das Wort zu ergreifen. Ich hatte geglaubt, daß ich gestern sehr klar und deutlich meinen und unseren prinzipiellen Standpunkt in der Kolonialpolitik klargestellt habe, und ich habe nicht gefunden, daß die heutigen Auseinandersetzungen uns gerade klarer gemacht haben. Je mehr die persönlichen Auseinandersetzungen sich gemehrt haben, je unklarer wird die Situation. (Sehr richtig!) Wenn man mir vorgeworfen hat, daß ich gestern auf Grund ungenügender Informationen gesprochen hätte, so habe ich ja ausdrücklich betont, daß ich weder der Sitzung der deutschen Delegation noch der Kommission noch den Verhandlungen im Plenum beiwohnen konnte, und daß die Berichte über solche Verhandlungen immer sehr unzuverlässig sind, weiß jeder, der das parlamentarische Leben und die Berichterstattung darüber kennt. Wenn nun aber diejenigen, die all diesen Verhandlungen beiwohnen haben, sich in solchen Widersprüchen befinden, wie auf der einen Seite David und auf der anderen Ledebour und Burn, wie will man da einem Außenstehenden einen Vorwurf machen, daß er etwas gesagt hat, was nicht richtig sein soll. Nun bestreite ich, daß wir irgend etwas durch diese Diskussion gewonnen haben, denn der Hauptpunkt, auf den es ankommt, die Zustimmung zu den Beschlüssen des Internationalen Kongresses, ist von keiner Seite in Frage gestellt worden. (Sehr wahr!) Man hat mir persönlich vorgeworfen, ich hätte im Eifer meiner geistigen Rede die Genossen Ledebour und Burn scharfer angegriffen als David, ich hätte mich auf die Seite Davids gestellt. Ist mir gar nicht eingefallen. Ich habe gesagt, beide Teile sind schuld, daß es zu dieser auch für den Internationalen Kongress unangenehmen Debatte gekommen war, und ich habe nur gesagt, daß mit Ausnahme Bernsteins, der von vorne herein in der Kolonialfrage einen anderen Standpunkt eingenommen hat, die ungeheure Mehrheit der Partei — auch David nach meiner Meinung — von dem Standpunkt, den wir bisher in der Kolonialpolitik eingenommen haben, nicht abgehen wollen. Ich habe nichts gehört, was mich in dieser Beziehung eines anderen belehren könnte. Worum dreht sich denn die ganze Sache? Ich habe erklärt, daß der erste Satz der von Kolischen Resolution unhaltbar sei. Dieser Satz ist gestrichen worden, und ein anderer von der Mehrheit der deutschen Delegation und auch dem gesamten Internationalen Kongress beschlossen worden. Der Streit besteht nun weiter über den zweiten Satz, wo von sozialistischer Kolonialpolitik die Rede ist. Das nenne ich allerdings nach wie vor einen Satz des Kaisers Bart. Das Wort mag meiner Meinung nach nicht ganz korrekt sein. Man mag vielleicht mit großem Scharfsinn nachweisen können, daß der Ausdruck sozialistische Kolonialpolitik eigentlich nicht ganz richtig ist, aber die Richtigkeit kann doch erst probiert werden, wenn Sozialisten einmal in die Lage kommen, zu entscheiden, ob sie Kolonialpolitik treiben wollen oder nicht. Das ist bis zu diesem Augenblick weder bei uns in Deutschland der Fall, noch ist sonst irgendwo zu erwarten, daß der Sozialismus in absehbarer Zeit so erstarkt, daß er selbstständig Kolonialpolitik treiben könnte. Daß wir sie treiben können, behaupte ich ebenfalls. Doch das ist Zukunftsmusik, und wir haben wahrlich keinen Grund, uns darüber zu hingehen.

Genosse Bloch hat darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, hier eine klare Stellung einzunehmen, bewiesen die Ausführungen der „Frankfurter Volksstimme“. Bloch scheint aber die gestrige Nummer der „Frankfurter Volksstimme“ nicht gelesen zu haben. Darin wird mitgeteilt, daß es sich bei diesen Ausführungen um eine Korrespondenz handelte, und es wird dem „Vorwärts“ der Vorwurf gemacht, und dem stimme ich bei, daß er bei seinem Angriff auf die „Volksstimme“ nicht gesagt habe, daß es sich um eine Korrespondenz aus Paris handele. Weiter, daß bei Aufnahme dieser Korrespondenz, wie mir wenigstens gesagt wird, weder Genosse Quast noch der zweite Redakteur anwesend waren, sonst wäre diese Korrespondenz nicht ohne eine Note der Redaktion der „Volksstimme“ in die Welt gegangen, daß sie diesen Standpunkt nicht teile. In der Korrespondenz wird der Standpunkt Jaurès' verteidigt. Nun steht dieser Standpunkt mit unserem Standpunkt in der Kolonialfrage in Widerspruch, er ist ganz unhaltbar und muß von uns auf das entschiedenste bekämpft werden. Ich begreife ja die Stellung des Genossen Jaurès, ich begreife, wie er bei der gegenwärtigen Situation in Frankreich nicht dazu kommen kann, den einzig richtigen Standpunkt einzunehmen, das heißt die ganze Kolonialpolitik prinzipiell zu bekämpfen, und nicht allein die Einberufung der Kammer, sondern überhaupt die Zurückziehung der französischen Truppen aus Marokko zu verlangen. Damit ist aber auch bewiesen, wie recht unsere Haltung auf dem Internationalen Kongress in der Militärfrage und der Frage der internationalen Konflikte gewesen ist. (Sehr richtig!) Die gegenwärtige Haltung unserer französischen Genossen, in erster Linie Herbes, zeigt, daß der Herbesismus jetzt bei der ersten Frage, wo er praktisch werden könnte, platz zu Boden gefallen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe nicht geglaubt, daß wir drei Wochen nach dem Stuttgarter Kongress gleich in der Lage sein würden, an einem klassischen Beispiel die Richtigkeit unseres Standpunktes zu beweisen. Ich betone es zum Schluß nochmals, daß die ganzen Debatten, das Schauspiel, das wir jetzt hier der Welt bieten, daß wir Wortklaubereien treiben und uns gegenseitig dies und jenes anzunageln suchen, vernünftigerweise hätte unterlassen werden können. (Lebhafte Zustimmung.)

Richard Fischer - Berlin:

In den sachlichen Streit über die Kolonialpolitik will ich mich heute nicht einlassen, nachdem Genosse Bebel jetzt wiederholt erklärt hat, daß es sich dabei eigentlich nur um einen Streit um

*) Genosse Bebel irrte! Gerade der von dem „Vorwärts“ angegriffene Schlussatz stellt keine Darlegung des Standpunktes des Genossen Jaurès dar, sondern das Urteil des Korrespondenten der „Frankf. Volksstimme“. Dieser Darstellung mußte die Redaktion unseres Frankfurter Parteiorgans entgegenstehen. Daß die Redaktion der „Frankfurter Volksstimme“ wegen mangelhafter Vertretung diese Stellungnahme unterließ, kann wohl die Entgleisung der Redaktion entschuldigen, nicht aber unsere Kritik ins Unrecht setzen! Neben die mit besonderem Ungeschick geführte Verteidigung der unvollständigen Redaktion der „Frankf. Volksstimme“ haben wir schon gestern das Rätige gesagt. Uebrigens: wie steht es denn mit dem Solinger Parteitag? Die Red. des „Vorwärts“.

Worte, um des Kaisers Bart handle. Ich habe in einer Berliner Versammlung auch feinergeklärt, daß wir diesen neuesten Versuch, wieder einmal Prinzipienreiterei in einer Anzahl Parteiblätter vorzunehmen, auch nicht anders eingeschätzt haben. Ich habe mich zum Worte gemeldet, um gegen die Schlussfolgerungen Burn's Verwahrung einzulegen, der erklärt hat, daß ich gegen eine Darstellung in dem Bericht des „Vorwärts“ seinen Widerspruch erhoben hätte, so müsse er annehmen, daß diese Ausführungen des Versammlungsberichtes sich mit meinen Ausführungen deckten. Diese Schlussfolgerung Burn's ist um so wunderbarer, da Burn meine Rede gehört hat, die die Redaktion des „Vorwärts“ als Obstruktionsrede bezeichnet hat. Sie hat nämlich 43 Minuten gedauert und die Rede Ströbels 39 Minuten, die Burns 10 bis 12 Minuten, und über meine „Obstruktionsrede“ hat der „Vorwärts“ über 100 Zeilen gedruckt, über die 10 Minutenrede Burns 70 Zeilen. Angesichts dieser Tatsache sagt dann Burn, er habe mit Recht angenommen, daß dieser Wortlaut sich mit meinen Ausführungen decke. — Nun noch eins. Gerade dem Satz, den Burn aus dem Versammlungsbericht zitiert hat, geht folgender Satz voraus: „Rebner erklärt, er unterschreibe Wort für Wort, was Bernsteins in gesagt habe. Der negative Standpunkt Ledebours führe zu dem Gedanken, die Kolonien aufzugeben.“ Der Gedankengang wird also durch das bloße Zitieren des zweiten Satzes auseinandergerissen. Burn hätte dem Satz gar nicht zitierten können, wenn er nicht verschwiegen hätte, daß in der Nummer des „Vorwärts“, die auf den Versammlungsbericht folgte, folgendes steht: „Nachdem die „Vorwärts“-Redaktion erklärt hat, die Scharfe ihrer Ausführungen gegen mich ginge nicht ganz deutlich aus dem Versammlungsbericht hervor, erkläre ich, daß ich dann auch gegen die meine Ausführung wiedergebenden nicht „früheren“ Darlegungen des Berichtes ein paar Nichtigkeiten machen müsse. Ich beschränkte mich auf drei Punkte und der zweite Punkt wendet sich gegen den zitierten Gedankengang. Da heißt es: „Ich habe nicht gesagt, daß der Kongress über die Frage des angeblichen Ruhens und Schadens der Kolonien nicht lange zu debattieren gehabt hätte, sondern ich sagte, wenn nur die deutsche Kolonialpolitik zur Debatte gestanden hätte, so wäre der Kongress in 5 Minuten damit fertig gewesen.“ Ich glaube deutlicher kann man sich nicht ausdrücken, daß man auf dem Boden des Rainzer Beschlusses steht. Und nun kommt der Satz, den Burn nicht zitiert hat: „Ich habe auch nicht gesagt, daß ich Wort für Wort unterschreibe, was Bernstein gesagt hat, so unvorsichtig bin ich nicht, sondern ich erklärte nur, was Bernstein in bezug auf den Verlauf der Kolonien und dessen Konsequenzen gesagt habe, unterschreibe ich Wort für Wort.“ Was hat Bernstein gesagt: Man solle endlich einmal mit der Utopie aufhören von einem Verkauf der Kolonien zu reden und zwar deshalb, weil nicht wir Sozialdemokraten die Entscheidung über diese Frage haben, sondern die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die sie nicht verkaufen werden, weil sie andere Interessen damit verfolgen. Wenn man sagt: hört doch endlich einmal damit auf, immer wieder in unseren Reihen davon zu reden, die Kolonien zu verkaufen, da wir das nicht in der Hand haben, so hat das doch nichts mit irgend einem Aufgeben unserer programmatischen Stellung zu tun. Wenn ich sagte, in 5 Minuten wäre der internationale Kongress fertig geworden, wenn nur die deutsche Kolonialpolitik zur Debatte gestanden hätte, so habe ich doch damit deutlich genug ausgedrückt, daß ich auf dem Boden der Kolonialpolitik stehe, die die deutsche Partei bisher getrieben hat. Ich brauche doch vorläufig noch nicht anzunehmen, daß wir alle zusammen Trottel sind. (Weiterkeit.) Nachdem ich das nun erklärt habe, sagt die Redaktion, Fischer habe ja gleich Bernstein den Verkauf der Kolonien für nicht wünschenswert gehalten. Ich sage: hört auf davon zu sprechen, das können wir nicht entscheiden und dann erklärt der „Vorwärts“, ich hätte den Verkauf der Kolonien nicht für wünschenswert erklärt! Wenn ich hier erklären würde, es ist eine Utopie, von der „Vorwärts“-Redaktion anzunehmen, daß sie in ihren Polemiken unabhängig und parteigegenständig verfahren, würde ich damit ausprechen, daß sie eine solche anständige parteigegenständige Kritik nicht wünscht? (Weiterkeit.) Genau so ist es in diesem Fall. Ich gehöre nicht zu denen, denen die Worte ausgehen, wenn ein anderer etwas sagt, wenn ich aber in der Frage gegenüber den Unterstellungen der „Vorwärts“-Redaktion geschwiegen habe, so habe ich das getan, weil eine ganze Reihe von Parteigenossen mir gesagt hat: Sei Du der Geschiedene (Heiterkeit), gib Du nach! Um des lieben Friedens willen habe ich geschwiegen und sage ich auch hier nichts mehr. Vielleicht in Berlin werden wir uns ja näher sprechen. (Heiterkeit.)

Kantstä:

Ich möchte David gegenüber zunächst darauf hinweisen, daß in dem ersten Satz der ursprünglichen Resolution der Majorität die Notwendigkeit der Kolonien ausdrücklich anerkannt wird. Der Satz lautet: „Der Kongress stellt fest, daß der Ruhens oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — fast übertrieben wird.“ Weiter bestreitet David, daß einer Herrschaftspolitik das Wort geredet wurde. Bernstein hat aber in der Delegationsführung ausdrücklich von einem Herrschaftsverhältnis gegenüber den Wilden gesprochen. David bestreitet weiter, gesagt zu haben, wir müssen den Kapitalismus in den Kolonien entwickeln helfen. Tatsächlich hat er gesagt: „Wenn Sie nicht nur Fragen stellen, sondern konsequent sein wollen, müssen Sie den ersten Abzug der Resolution annehmen. Auch die Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch. Auch dort springt man nicht aus der Wildheit in den Sozialismus. Der Schmerzweg durch den Kapitalismus wird der Menschheit nirgend geschenkt und gerade nach der wissenschaftlichen Anschauung von Karl Marx ist dieser Weg eine Voraussetzung für ein sozialistisch geordnetes Wirtschaftswesen.“ Hier wird also der erste Absatz der Resolution ausdrücklich in Zusammenhang gebracht mit der Entwicklung des Kapitalismus in den Kolonien. Es wird ausdrücklich gesagt, der Kapitalismus ist für die Kolonien eine Notwendigkeit, ohne ihn können wir nicht zum Sozialismus kommen, deshalb müssen wir Kolonialpolitik treiben. Das hat doch keinen anderen Sinn, als daß wir in die Kolonien gehen müssen, um den Kapitalismus zu entwickeln. (Sehr richtig!)

Weiter! David bestreitet, daß er sich gegen das Aufgeben der Kolonien gewendet habe. Aber van Kol hatte gesagt: „Nur das sage ich Ledebour, ob er jetzt unter dem kapitalistischen Regime den Mut hätte, die Kolonien aufzugeben. Vielleicht sagt er uns auch, was er dann mit der Ueberbevölkerung Europas anfangen will, in welchen Ländern sich die Leute, die auswandern müssen, ihre Stätte suchen sollen, wenn nicht in den Kolonien. Was will Ledebour mit dem wachsenden Ertrag der europäischen Industrie anfangen, wenn er ihm nicht in den Kolonien neue Absatzgebiete schaffen will.“ (Hört! hört!) Das ist ganz genau dieselbe Argumentation, gegen die wir und bei der Wahl immer aufs lebhafteste gewandt haben. (Sehr richtig!) Das ist der reine Kern. (Weiterkeit.) David hat weiter gesagt: „Wenn die Minorität sagt, an der heutigen Kolonialpolitik ist absolut nichts zu verbessern, sie ist unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen und das Land, das sie treibt, so muß diese Minorität, wenn sie konsequent wäre, dafür eintreten, daß die Kolonien abgeschafft werden.“ (Hört! hört!) David wendet sich also direkt dagegen, daß die Kolonien abgeschafft werden, ohne jede Einschränkung, und er behauptet ebenfalls, daß die heutige Kolonialpolitik nicht unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen des Landes ist. Weiter hat David bestreitet, daß van Kol von dem Eingreifen der bewaffneten Macht geredet hat; er hat dies Wort ausdrücklich mit gegenüber gebraucht, weil ich von demselben Standpunkt aus wie die Rainzer Resolution gesagt hatte, man solle zu den Wilden gehen, ihnen bessere Werkzeuge geben usw. Das hatte van Kol als Widerwärtigkeit verpöchtelt und gesagt, wir würden von den Wilden gefressen werden, wenn wir ohne Waffen zu ihnen kämen. Aber wenn David die Sache anders aufstellt, wenn er jetzt der Ansicht ist, zwischen seinem und meinem Standpunkt bestehe nur ein Unterschied in Worten und nicht in der Auffassung — nun, ich stehe auf dem Standpunkt, den ich in Stuttgart vertreten habe, und wenn David sich heute auf denselben Standpunkt stellt, ich habe nichts dagegen einzuwenden. (Weiterkeit und Beifall.)

Bloch - Berlin:

Die Antwort der „Frankfurter Volksstimme“ war und nicht bekannt, aber ich kann in dem Verhalten des „Vorwärts“ keine schwere Unterlassungssünde erblicken. Gegenüber dem Ausführungen von Fischer über die Zeilenzahl in dem Bericht der Berliner Versammlung möchte ich nur kurz bemerken, daß man unter Umständen auch mit viel Worten wenig sagen kann. Im Bericht über den Parteitag z. B. ist die Rede von Wagner mit 18 Zeilen abgetan, während Bebel 110 Zeilen bekommen hat, obwohl beide 10 Minuten gesprochen haben. Aber deshalb darf man doch nicht die Lokalität einer Redaktion angezweifeln. Auf die Frage, ob wir Fischer im „Vorwärts“ Unterstellungen gemacht haben, will ich mich nicht einlassen, er hat ja eine Abrechnung in Berlin in Aussicht gestellt, und wenn er uns dort ein Längchen aufstellen will, wir sind bereit. (Weiterkeit.)

Hiermit ist die Debatte beendet.

Persönlich bemerkt

David: Klautsky hat nochmals die Unterstellung aufrecht erhalten, ich hätte behauptet, wir Sozialdemokraten müßten den Kapitalismus nach den Kolonien tragen. Er hat versucht, dies aus dem Bericht des „Vorwärts“ über meine Rede zu deduzieren. Wenn Sie den Bericht lesen und dem Sinne nach prüfen, so werden Sie finden, daß diese Unterstellung eine Unterstellung bleibt. Er hat zweitens keine Unterstellung aufrecht erhalten hinsichtlich der Motive, die ich gegenüber dem Gedanken des Abschaffens der Kolonien ausgesprochen habe. Auch da bleibt die Unterstellung eine Unterstellung. Ich habe gesagt, daß die Abschaffung der Kolonien als internationales Problem — nicht etwa bloß für Deutschland — unendlich ist, weil das einfach der Raub- und Nordpolitik gegenüber den Eingeborenen freie Hand ließe. Das Schlusswort erhält

Singer:

Sie werden nicht erwarten, daß ich mich im Schlusswort in die Ergänge der Diskussion vertiefe, die hier geführt ist. (Sehr gut!) Ich glaube, im Interesse des Parteitag's zu handeln, wenn ich mein Schlusswort nach Möglichkeit einschränke, schon um deshalb, weil gegen meinen Antrag, sich mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses einverstanden zu erklären, von keiner Seite auch nur der geringste Widerspruch erhoben ist. Sollte ich nicht einige kurze Bemerkungen zu machen, dann könnte ich auf das Schlusswort überhaupt verzichten.

Wir liegt zunächst daran, einen Irrtum von David richtig zu stellen; er hat gemeint, ich hätte erklärt, die Resolution der Majorität der Kommission stünde in keinem Widerspruch zu der Rainzer Resolution. (David: Ich sprach von der Delegation!) Das wäre ein Irrtum gewesen; denn ich habe, soweit ich mich erinnere, ausdrücklich gesagt, daß die von der deutschen Delegation schließlich angenommene Widerweisungsresolution dem Inhalt nach wesentlich der Rainzer Resolution entspreche. Wenn David meint, ich hätte von der Resolution der Delegation gesprochen, so beruht das auf einem Mißverständnis; ich bin mir dessen nicht bewußt. Den Genossen, welche die Kinderheit in der Kommission gebildet haben, kann ich aber die Anfrage nicht ersparen, warum sie denn ihrerseits nicht die Rainzer Resolution als Grundlage für ihre Auffassung genommen haben. Würde die anscheinend leider in Vergessenheit geratene Rainzer Resolution der deutschen Delegation ins Gedächtnis gerufen sein, so würde nach meiner Ueberzeugung der erste Beschluß der deutschen Delegation gar nicht gefaßt sein. (Sehr richtig!) Die große Mehrzahl der Genossen und auch die deutsche Delegation hat sich in keinen prinzipiellen Widerspruch mit der Rainzer Resolution setzen wollen, die doch das Vorgehen der Minorität in der Kommission durchaus gutheißt und bestätigt. Insofern erscheinen mir allerdings die ersten Beschlüsse der deutschen Delegation einer genügenden Unterlage entbehren zu haben. Vielleicht kommt das von der Schnelligkeit, mit der in Stuttgart gearbeitet werden mußte. Mir persönlich ist es ja so wie Bebel gegangen: durch die Geschäfte, die mir der Kongress übertrug, war ich überhaupt verhindert, mich an den Beratungen der deutschen Delegation zu beteiligen. Mir erscheint es für die Partei nicht gerade sehr nützlich, daß dieser, ich möchte sagen häusliche Streit (Zuruf: Scheußliche Streit!) zwischen einzelnen Genossen hier ausgetragen wird. (Sehr richtig!) Ich ziehe aus der Diskussion das Fazit, daß unsere deutschen Genossen in Stuttgart keine Änderung in der prinzipiellen Auffassung der Partei in bezug auf die Kolonialpolitik haben eintreten lassen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Solange wir gemeinsam Genossen einer Partei sind, haben wir die Verpflichtung, unsere Erklärungen zu respektieren und Deutungen, zu denen frühere Äußerungen vielleicht Anlaß geben, zu unterlassen, weil schließlich doch nichts dabei herauskommt. (Sehr richtig!) Alle unsere Genossen sind doch davon überzeugt, daß sie kraft unserer programmatischen Grundsätze und kraft unseres Massenstandpunktes sich gegen eine Eroberungs- und Raubpolitik der gegenwärtigen Gesellschaft erklären müssen und daß, wenn eine sozialistische Kolonialpolitik getrieben werden sollte, zunächst die Verhältnisse sich geändert haben müssen, und weiter, daß diese sozialistische Kolonialpolitik selbstverständlich nur im Sinne unseres Programms getrieben werden kann. Dies mit aller Klarheit und Deutlichkeit als das Fazit der Diskussion festzustellen, das war die einzige Aufgabe, die ich in meinem Schlusswort hatte. Nachdem ich diese Aufgabe erfüllt habe, wiederhole ich meinen Antrag. Ich gebe der Ueberzeugung Ausdruck, daß die deutsche Partei in ihrer übergroßen Majorität — nach dem Verlauf der Diskussion kann ich wohl sagen, einmütig — entschlossen ist, niemals den Boden der Rainzer Resolution zu verlassen, die in Stuttgart ihre Bestätigung erfahren hat. Ich bitte, meinen Antrag einmütig anzunehmen.

Der Antrag Singer, sich mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses einverstanden zu erklären, gelangt einstimmig zur Annahme.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Raiffeiser.

Von den hierzu vorliegenden Anträgen wird der Antrag 4 zurückgezogen, alle übrigen (45—49) werden ausreichend unterstützt.

Referent Richard Fischer - Berlin:

Die letzten Raiffeiserbeschlüsse standen unter dem Zeichen anscheinender Differenzen mit einem Teil der deutschen Gewerkschaften, Differenzen, die ja immer wieder harmonisch ausgeglichen worden sind. In den Gewerkschaftskreisen ist teilweise zweifellos noch die Auffassung von der propagandistischen Bedeutung der Raiffeiser verschiedenes von der in Parteikreisen, und es sind auch Zweifel darüber laut geworden, ob die Dpfer, die die Raiffeiserbewegung in Deutschland gelistet hat, im Verhältnis zu ihrer Bedeutung für die gewerkschaftliche Bewegung siehe. Die Gewerkschaften stehen teilweise auf dem Standpunkt, daß nicht der Propaganda der Arbeiterbewegung und mit den daraus entspringenden Kämpfen ihre eigene Machtposition gegenüber dem Unternehmertum geschwächt wird, weil ja den Unternehmern hierdurch gleichsam die Möglichkeit gegeben sei, ihrerseits den Zeitpunkt für einen Kampf zu wählen, der gerade nicht vorteilhaft für die Gewerkschaftsbewegung ist. Es werde also den Gewerkschaften die Wahl des Zeitpunktes genommen, an welchem sie einen solchen Kampf mit dem Unternehmertum unter günstigen Umständen führen können. So ist denn in Gewerkschaftskreisen der Gedanke ausgegangen, die ganze Raiffeiserfrage dem internationalen Kongress von neuem zur Regelung zu unterbreiten.

Wahrend für den ganz berechtigten Gedanken, daß man die Gewerkschaften in den Vordergrund stellen wollte, war die Tatsache, daß die Vertreter einzelner Länder wohl für die internationalen Beschlüsse lebhaft eintreten, daß sie aber nicht die moralische Verpflichtung fühlen, nun auch alle ihren Einfluß zur Durchführung dieser Beschlüsse einzusetzen. (Sehr gut!) Nun fand in Stuttgart, bevor die Frage dem internationalen Kongress unterbreitet wurde, eine Besprechung zwischen den Delegationen der Partei und der Gewerkschaften statt. Schon einen Tag vorher waren die Gewerkschaftsdelegierten zu einer besonderen Beratung zusammengetreten, und sie unterbreiteten der deutschen Delegation folgenden Antrag:

Die deutsche Delegation des internationalen Kongresses zu Stuttgart empfiehlt, die Feier des 1. Mai in der Form zu begehen, wie sie in der Resolution des Mannheimer Parteitag niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßnahmen zur Folge hat, muß den wegen der Waisfeier durch Maßnahmen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Die Unterstützung ist von der Partei und den Gewerkschaften zu gleichen Teilen zu tragen. Die Art, wie die Partei und die Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Instanzen der Partei und der Gewerkschaften vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt an und für welche Dauer die Unterstützung zu gewährt ist.

Wenn es über diese Frage zu einer Verständigung kommen sollte, so war die Voraussetzung, daß der Gedanke fallen gelassen wurde, die Angelegenheit überhaupt dem internationalen Kongress zu unterbreiten. Die deutsche Delegation verschloß sich nicht dem Gedanken, daß sowohl der Mannheimer als auch der Jeneser Beschluß die politische Partei verpflichtete, auch einen Teil der finanziellen Verantwortung aus der Waisfeier zu tragen. Aber sie erklärte: Wir können diese Frage in der Delegation nicht entscheiden; denn wir haben keinen Auftrag, bindende Beschlüsse nach der Richtung hin zu fassen; dazu ist der Parteitag in Essen da. Aber wie gesagt, war auf allen Seiten das lebhafteste Interesse vorhanden, sich zu verständigen und der Waisfeier die möglichst würdige Form zu wählen. Man hat sich deshalb gründlich dahin verständigt, die finanzielle Verantwortung zu teilen, aber die Frage des Wie und Wo dem Parteitag zu überlassen, nachdem vorher Parteivorstand und Generalkommission Beratungen gepflogen haben. Die deutsche Delegation einigte sich auf folgenden Beschluß:

Die deutsche Delegation zum internationalen Kongress in Stuttgart empfiehlt, die Feier am 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßnahmen zur Folge hat, muß den wegen der Waisfeier durch Maßnahmen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum internationalen Kongress nicht kompetent; sie erwartet jedoch vom nächsten Parteitag die Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von Partei und Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie Partei und Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt der Verständigung der Instanzen, Partei und Gewerkschaften, vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt an und für welche Dauer die Unterstützung zu gewährt ist.

Partei- und Generalkommission sind in Konsequenz dieses Beschlusses inzwischen in Berlin zwecks Regelung dieser Frage zusammengetreten, es stellte sich aber in einer mehrstündigen Debatte heraus, daß die Frage zu kompliziert ist, um sie in einer verhältnismäßig so kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, endgültig zu lösen. Ich bin zu der Erklärung beauftragt, daß beiderseits die loyalste Absicht vorhanden war, eine Verständigung herbeizuführen, und wenn die Vorschläge der Konferenz sich noch nicht zu einer bestimmten Absicht verdichtet haben, so lag das nicht etwa an dem Mangel an gutem Willen auf der einen oder anderen Seite, sondern an der Schwierigkeit, in so kurzer Zeit einen Ausweg zu finden, der für beide Teile denkbar und auch geeignet ist, allen Differenzen für die Zukunft möglichst vorzubeugen. Die Vertreter der Generalkommission schlagen daher vor, dem Parteitag in Essen zu unterbreiten, er solle den Parteivorstand beauftragen, im Sinne des Stuttgarter Beschlusses der deutschen Delegation die bereits eingeleiteten Verhandlungen weiter pflegen und den Vorschlag, zu dem sich diese Verhandlungen verdichten, eventuell dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Gelingt es, zwischen jetzt und dem nächsten Parteitag eine Verständigung zu erzielen, so wird ja schon die nächste Waisfeier unter dem Gesichtspunkte dieser Verständigung erfolgen. Sollte aber bis dahin eine bindende, beide Teile verpflichtende Abmachung nicht zustande kommen, so würde selbstverständlich die nächstjährige Waisfeier auf dem Boden des Mannheimer bzw. Jeneser Beschlusses stattfinden. Meiner Meinung nach tun wir gut, diesem Vorschlag beizutreten, den ich Ihnen namens des Parteivorstandes unterbreite. Persönlich stehe ich nicht an zu erklären, daß ich es bis zu einem gewissen Grade für bedenklich halte, wenn der Parteitag sich auf die Diskussion einzelner Vorschläge überhaupt einläßt. (Sehr richtig!) Es ist z. B. vorgeschlagen, daß Partei und Gewerkschaften alle ihre finanziellen und moralischen Nachmittel dazu zu verwenden haben, um am 1. Mai die Frage der Arbeitsruhe zur Durchführung zu bringen. Würden wir das beschließen, so würden wir einmal von der bisherigen Praxis abweichen, und zweitens würden wir etwas tun, wozu eigentlich nur die Unternehmer ein Interesse haben. Die Unternehmer würden dadurch in die Lage versetzt, einen Kampf herauszufordern, der die ganzen finanziellen Mittel erschöpft, so daß wir zu allen größeren politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unfähig gemacht würden. (Sehr richtig!) Ich schlage deshalb vor, einmal den Beschluß des Mannheimer und Jeneser Parteitages zu wiederholen, und zweitens unterbreite ich Ihnen folgende Resolution:

Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Waisfeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalkommission auf den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.

Ich bitte Sie, diesen meinen Vorschlägen zuzustimmen, dann werden wir das nächste Jahr wohl in der Lage sein, die Waisfeier so zu begehen, wie es der gemeinsame Wunsch aller bisherigen Parteitages gewesen ist. (Beifall.)

Stume-Hamburg:
Ich muß hier erklären, daß die Hamburger Genossen den „Dreierstreik“ des Vorstandes in Sachen der Waisfeier sehr beifällig gefunden haben. Die Hafenarbeiter wollten an der Waisfeier unter allen Umständen teilnehmen, und es kostete große Mühe, sie zurückzuhalten. Der Vorstand hatte gewiß die besten Absichten und ich will ihm keine Vorwürfe machen, aber sein Erlaß kam doch recht spät. Was den Antrag 48 anlangt, so glauben unsere Kolportiere, daß sie am 1. Mai das Parteiorgan nicht zu verbreiten brauchen. Ja, es ist soweit gekommen, daß die Parteioptionen schon beschliffen haben, im Falle eines solchen Streiks der Kolportiere das Blatt selbst zu verbreiten. Einen Antrag will ich unterlassen. Es würde genügen, wenn der Referent eine Richtlinie gibt, damit auch wir in Hamburg den Parteiangeboten folgen können: so und so hat der Parteitag entschieden. Dann haben wir wenigstens Ruhe.

Wesker-Vochum:
Ich war ursprünglich ein Anhänger der Waisfeier, aber die Erfahrung, die ich hier im Ruhrrevier gemacht habe, haben mich zu einer gegenteiligen Ueberzeugung gebracht. Die Vergarbeiter sind für die Waisfeier gar nicht zu haben. Im vorigen Jahre hatten wir eine sogenannte imposante Waisfeier: 1000 Mann nahmen an ihr teil und das in einem Streife, der 42 000 Stimmen für uns aufbringt. In diesem Jahre war die Waisfeier im Streife Vochum-Gelsenkirchen noch weniger imposant. Da kann man nicht sagen, daß wir eine besonders würdige Demonstration erreicht haben. Der Antrag, die Unterstützungsfrage zu regeln und eine Teilung der Unterstützung zwischen Partei und Gewerkschaft herbeizuführen, ist ja doch nichts anderes, als die heimliche Abwägung der Waisfeier. Der Referent sagte, daß überall der ernste Wille vorhanden sei, die Waisfeier auch unter diesen Umständen möglichst imposant zu gestalten. Ich habe keinen Zweifel an ihrer Loyalität. Aber in Stuttgart soll ja die eigentliche Absicht der Gewerkschaftsdelegierten gewesen sein, die Arbeitsruhe aufzuheben und die Waisfeier auf den Abend zu beschränken. Sie haben schließlich einen solchen Antrag nicht gestellt, weil sie den Parteidelegierten einen solchen Beschluß nicht zumuten wollten, und so habe man sich auf den Mittelweg geeinigt. Ich will zugeben,

daß die Forderung der Gewerkschaften, die Partei solle auch an ihrem Teil zur Unterstützung der Gemahregelten beitragen, jede Logik für sich hat, aber die richtige Konsequenz wäre doch, gleich zu sagen, wir heben die Arbeitsruhe auf und verlegen die Waisfeier auf den Abend, denn dahin kommt es doch allmählich. Wird den leitenden Stellen eine solche finanzielle Verpflichtung auferlegt, dann werden sie in Zukunft noch vorsichtiger sein. Die finanzielle Freiheit wird die Parteifinanzien noch mehr als bisher in der Frage der Durchführung der Waisfeier lähmen.

Köppe-Harburg:
Eine endgültige Regelung der Waisfeier ist unbedingt nötig, sonst kommen wir nicht zur Einheitsfeier. Die Genossen erwarteten diese Regelung vom Stuttgarter Kongress und haben gedacht, daß sie nun mindestens in Essen erfolgen würde. Umso mehr bedauere ich, daß es auch in Essen nicht geschehen soll. Es kann wieder so kommen, wie das letzte Mal mit dem kendenlahmen Erlaß des Parteivorstandes und die Waisfeier vollends zur Farce werden. Wir müssen hier in Essen die Entscheidung treffen oder wenn das nicht geht, dann der geplanten Kommission nicht etwa die Vollmacht geben, einen endgültigen Beschluß zu fassen, sondern diesen dem nächsten Parteitag zu überlassen und die nächste Waisfeier auf Grund des Mannheimer Beschlusses begehen. Die Waisfeier hat ein eigentümliches Schicksal bei uns. Schon die erste Erklärung der Fraktion im Jahre 1890 brachte Konfusion, aber noch tollere Konfusion entstand in diesen Jahren, als der Vorstand mit seiner Erklärung 14 Tage vor dem 1. Mai herauskam. Wir im nördlichen Belagerungsgebiet hatten eine imposante Waisfeier vorbereitet. Von Jahr zu Jahr ist der Gedanke der Waisfeier bei uns heimischer geworden. In Harburg hatten die Fabrikverfassungen die Arbeitsruhe beschlossen. Als aber der Aufruf des Vorstandes herauskam, hatten die Minoritäten in den Fabriken gewonnenes Spiel. Sie sagten, wir fügen uns nicht, und beriefen sich auf den Erlaß. Und auch die Unternehmer kamen und sagten: Euer Vorstand sagt, wo Maßnahmen zu beschließen sind, sollt ihr nicht feiern. Und wir werden maßregeln. Die Folge war, daß die Waisfeier in Harburg völlig ins Wasser fiel. (Sehr gut!) Wie soll die Unterstützungsfrage eigentlich geregelt werden? Wo sind denn die bloß politisch organisierten Parteigenossen? Wir sind doch auch alle gewerkschaftlich organisiert. Und wie denkt man sich den Deduktionsmodus? Sollen die Beiträge so erhöht werden, daß jedem Gemahregelten 6 bis 8 M. Unterstützung gezahlt werden können? Schaffen wir einen besonderen Sammelplatz, so schröpfen wir doch die gewerkschaftlich organisierten Genossen. Ich schlage vor, wir lassen die Waisfeier so wie sie ist und arbeiten konsequent weiter, dann werden wir auch Boden gewinnen. Herrschen aber in dieser Frage heillose Verfahrenheiten in leitenden Kreisen und bleibt es dabei, dann verlieren auch die Agitatoren die Lust, für die Waisfeier einzutreten. (Bravo!)

Fischer-Hamburg:
Zur Ergänzung der Ausführungen des Genossen Blume will ich mitteilen, daß unsere Hamburger Zeitungsausdräger durchaus die Möglichkeit haben, an der Waisfeier teilzunehmen. Denn die Aussträger der Zeitungen muß satzungsgemäß bis 9 Uhr vormittags erledigt sein. — Im Gegensatz zu Genossen Köppe meine ich, daß wir um die Unterstützungsfrage nicht herumkommen und die Regelung ist auch gar nicht so schwierig. Die Verfahrenheit in Sachen der Waisfeier wäre auch gar nicht so groß, wenn nicht gerade die leitenden Kreise in den Gewerkschaften und besonders gilt dies von der Leitung des Metallarbeiterverbandes von der Arbeitsruhe nichts wissen wollen. Genosse Ellenbogen hat uns gezeigt, wie die erfreulichen Erfolge in Oesterreich zustande gekommen sind. Die Partei ist vorsichtig, hält ihre Kraft zurück, aber im günstigen Augenblicke legt sie ihre ganze Kraft ein. Wenn wir es bei der Waisfeier ebenso machen würden, würden wir gleichfalls Erfolge erzielen. Wer aber immer zurückhält, seine Kraft nie vollständig einsetzt, kommt auch nie vorwärts. (Zustimmung.) So hatten wir 1890 diese vorläufigen Zurückhaltungen und jetzt den Bremerlaß des Parteivorstandes. Zweifellos hat er mit ihm die besten Absichten verfolgt, aber er verkennt doch ganz den Drang und die Stimmung in den parteigenösslichen Kreisen. Welter mag recht haben, wenn er sagt, daß bei den Vergararbeitern des Ruhrreviers keine große Reizung bestehe, die Waisfeier durch Arbeitsruhe zu begehen; aber es gibt doch weite Kreise in der Partei und in den Gewerkschaften, die den Wert der Waisfeier gerade in der Arbeitsruhe sehen. Ich kann sagen, daß das Gros der Hamburger Genossen einer Waisfeier ohne Arbeitsruhe gar keinen Wert beimeht. Es gibt ja einige Bestimmtheiten, die die ganze Waisfeier verwerten wollen, wenn die Arbeitsruhe nicht streng durchgeführt wird. Aber die Mehrheit wünscht, daß weitergearbeitet wird. Die Waisregelungsfrage wird ja auch von Jahr zu Jahr geringer. Ein großer Teil der Unternehmer hat schon längst ein Haar in den Waisereiaussparungen gefunden. Nur die eigentliche Scharfmacherclique sucht die übrigen Unternehmer zu Maßnahmen fortzureißen. Die Waisausparungen sind für das Unternehmertum auch ganz wertlos. Eine Waisausparung kann für den Unternehmer Erfolg versprechen, wenn es sich um die Abwehr einer Lohnherabsetzung oder der Verfürgung der Arbeitszeit handelt. Aus den Waisausparungen aber erwächst dem Unternehmer gar kein Vorteil. Dabei handelt es sich nur um den Herdendünkel, der nicht dulden will, daß die Arbeiter sich einen Tag im Betriebe frei machen. (Lebhafte Zustimmung.) Der vernünftige Teil der Unternehmer, besonders im Baugewerbe, hat sich mit der Waisfeier ja auch längst abgefunden. Wenn die Dinge so stehen, haben wir wirklich keinen Anlaß zum Weinen. Einem großen Teil der Unternehmer sind die Konflikte wegen des 1. Mai direkt unangenehm, so den Fabrikbetriebsunternehmern, denn der Hafenerwerb setzt am 1. Mai ein und eine Ausparung stört den Profit. Deshalb haben die Herren gewissermaßen präsumtando ausgehört, um einer Ausparung am 1. Mai entgehen zu sein. Die Unternehmer verfügen über eine bestimmte Summe von Widerstand, ob es sich nun um Lohnkämpfe oder um den 1. Mai handelt. Wenn nun die Unternehmer einen Teil ihrer Kraft am 1. Mai verschleudern, wenn sie sich gewissermaßen abgeblutet haben, dann sind sie wieder bei Lohnkämpfen nicht so stark. So war diesmal in Hamburg die Ausparung wegen des 1. Mai minimal. Die Sache ist also nicht so schlimm, wie sie aussieht. Wir brauchen nur etwas mehr Energie anzuwenden, dann werden wir auch vorwärts kommen. (Bravo!)

Wesker-Essen:
Wir sind mit der Waisfeier von Jahr zu Jahr vorwärts gegangen; trotz der lauwarmen Erklärung des Parteivorstandes war das auch in diesem Jahre der Fall. Wenn in Vochum keine Fortschritte erzielt sind, so liegt das an der Schreibweise der „Vergarbeiter-Zeitung“. (Widerspruch.) Wir dürfen in der Waisfeier nicht zurück, denn sonst würden unsere Gegner sagen: Da fehlt der Ausfall der Reichstagswahl ist eine Niederlage für die Sozialdemokratie gewesen, man will jetzt vernünftig werden. Wir müssen in der bisherigen Weise vorgehen, dann werden wir auch Erfolge erzielen. (Beifall.)

Spring-Schleswig:
Wenn jemals ein Erlaß unüberlegt war, so der des Parteivorstandes zur diesjährigen Waisfeier. Das, was in Jena und Mannheim gut gemacht war, ist dadurch wieder beseitigt. Ich lasse allerdings mildernde Umstände gelten, ich nehme an, daß der Parteivorstand in dieser Frage auch das Opfer fremder Einflüsse gewesen ist. (Choi!) Die Genossen, die Gegner der Waisfeier sind, sollten das doch mal offen erklären, anstatt immer solche Hinterleppenspolitik zu treiben. Der Parteivorstand müßte vorsichtiger sein.

Busse-Bielefeld:
Wenn jemals ein Erlaß des Parteivorstandes mich unangenehm berührt hat, so war es der zur Waisfeier in diesem Jahre. Mit elementarem Gewalt müßte es sich jedem aufdrängen, daß die Kämpfe aus Anlaß der Waisfeier von Jahr zu Jahr scharfer werden, das Unternehmertum sucht mit allen Mitteln, Inorganisierte in

die Betriebe zu bekommen und die Genossen als Schutztruppe heranzubilden. (Sehr richtig!) Das geht aus der „Arbeitsruhe-Zeitung“ sehr deutlich hervor. (Redner verliest einen entsprechenden Artikel der „Arbeitsruhe-Zeitung“.) Gerade die Genossen, die an der Spitze stehen, werden infolge der Waisfeier gemahregelt und völlig brotlos gemacht. Es ist deshalb richtiger, wie es in dem Erlaß heißt, die Waisfeier nur dort durch Arbeitsruhe zu begehen, wo es möglich ist. Wir wollen die Waisfeier doch nicht abwürgen, sondern nur in andere Bahnen lenken.

Wesker-Vochum:
Daß die „Vergarbeiter-Zeitung“ daran schuld ist, daß die Waisfeier in Vochum nicht fortgeschritten, ist eine Legende. In diesem Jahre war doch zur Waisfeier schon der große Redakteurwechsel vorgenommen, und es war ein sehr schneidiger Aufbruch von dem neuen Redakteur Boforn erschienen. (Sehr richtig!) Auch in Essen schreibt die Waisfeier nicht besonders vorwärts. Ich gebe zu, daß in Berlin und Hamburg die Arbeitsruhe stärker gemeint ist, aber hier in diesem Gebiete ist das nicht der Fall, und zur Zeit der Krise wird es noch schlechter werden, dann werden höchstens die Arbeitslosen am 1. Mai feiern.

Eißner-Offenbach:
Die Waisfeierfrage muß eine endgültige Regelung erfahren, es fragt sich nur wie. Auf allen Parteitagen haben wir uns damit beschäftigt und stets die Arbeitsruhe als die würdigste Form erklärt. Hätte man die nötige Agitation für die Arbeitsruhe entfaltet, dann wären wir schon weiter, aber von Anfang an war die Sache verfahren. Nicht nur Gewerkschafts-, sondern auch Parteiblätter haben gebremst und gegen die Arbeitsruhe geschrieben. Wenn wir trotz des Bremsens so weit sind, wie wäre es dann erst, wenn wir alles für die Propagierung der Arbeitsruhe getan hätten. Dann könnte uns das Unternehmertum heute keine Schwierigkeiten mehr bereiten. (Sehr richtig!) Daß jetzt, wie es in Stuttgart geschehen ist, die Unterstützungsfrage in den Vordergrund gestellt wird, ist der verkehrteste Weg, man sollte den Idealismus mehr betonen.

Denke-Bremen:
Fischer hat mitgeteilt, daß zwischen Parteivorstand und Generalkommission Verhandlungen in bezug auf die Unterstützungsfrage gelegentlich der Waisfeier schwaben, er hat aber erkennen lassen, daß möglicherweise die Verhandlungen bis zum 1. Mai nächsten Jahres nicht zum Abschluß kommen. Ich kann mich der Versicherung nicht verschließen, daß in diesem Falle Partei- und Gewerkschaftsführer sagen würden: Wir treten erst dann für die Arbeitsruhe ein, wenn diese Verhandlungen zum Abschluß gebracht sind. Ich stelle daher folgenden Antrag:
„Der Parteitag erkennt als die moralische Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsführer, für die größtmögliche Durchführung der Arbeitsruhe am nächsten 1. Mai auch dann einzutreten, wenn die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wegen der Unterstützungsfrage noch nicht abgeschlossen sein sollten.“

Der Beschluß in Stuttgart hat eine große Anzahl von Namen solcher Genossen erhalten, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai beseitigt werden müsse. Wir wünschen eine möglichst imposante Arbeitsruhe am 1. Mai. Eine Anzahl Gewerkschaftsführer werden nach wie vor dahin streben, der Arbeitsruhe am 1. Mai das Licht auszublenden, und da soll nun unser Antrag den Mannheimer Beschluß verdrängen. Die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai würde eine Abwägung der Waisfeier bedeuten. Wir müssen das Opfer der Arbeitsruhe bringen, um zu demonstrieren gegen den Zwang der herrschenden Klassen, wir wollen klipp und klar die Scheidung zwischen uns und ihnen zum Ausdruck bringen. Die Bedeutung der Waisfeier liegt, wie Rosa Luxemburg in ihrer Broschüre über den Massenstreik sagt, besonders darin, daß wir unsere Genossen durch die Demonstration mit der Arbeitsruhe dazu erziehen, eventuell einen Massenstreik mit der nötigen Wucht durchzuführen zu können. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Darauf wird die weitere Debatte bis nachmittags vertagt. Vorsitzender Gemoll teilt mit, daß ein Begrüßungstelegramm von den Genossen in Reunsterchen bei Trice eingegangen ist. Singer macht die Mitteilung, daß das Lokalkomitee die Genossen für morgen nachmittag 3 Uhr zu einem Ausfluge nach dem Hufeisen einlade und im Anschluß daran ein festlicher Abend in dem dazu errichteten Zelt stattfinden solle. Er empfiehlt daher, den Donnerstagnachmittag sühigungsfrei zu halten und der Einladung des Komitees Folge zu leisten.
Schluß 1 Uhr.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Gerichts-Zeitung.

Ein sehr gutes Geschäft
machen die Unternehmer in Düsseldorf, welche gewissenlos genug sind, die Beiträge für die Krankenkaissen, welche sie ihren Arbeitern vom Lohn abziehen, in die eigene Tasche zu stecken. In der letzten Sitzung der Strafkammer in Düsseldorf mußte wieder gegen vier Unternehmer wegen Unterschlagung von Rassenbeiträgen verhandelt werden. Der erste, ein Baumunternehmer Ludwig André, hatte 1888,79 M. an Beiträgen unterschlagen, er entschuldigte sich damit, daß er durch einen Konturs 30000 M. verloren habe. In Anbetracht dieses Umstandes beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 100 M., der Angeklagte sei ohne eigene Schuld in Zahlungsschwierigkeiten gekommen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil dem Angeklagten nicht nachgewiesen sei, daß er die Absicht hatte, sich das Geld widerrechtlich anzueignen. Die Versicherungsbeiträge würden erst nach Monaten einfließen; um nun den Nachweis der Unterschlagung zu führen, müßte dem Angeklagten nachgewiesen werden, daß er gewußt habe, er wäre nach Monaten nicht in der Lage, solche hohe Summen zahlen zu können. Dieser Nachweis sei nicht erbracht.

Ein Maurermeister hatte 743 M. an Beiträgen unterschlagen, die Strafe lautete auf 90 M. 20 M. muß ein dritter Unternehmer zahlen, der 61 M. 25 Pf. an Krankenkaissenbeiträgen unterschlug. Der vierte kam mit 10 M. davon, ihn waren 65 M. 77 Pf. an den Fingern stehen geblieben. Ob Arbeiter, welche sich aus Not gegen das Strafgesetzbuch vergehen, auch mit einer so milden Strafe davonkommen?

Wie „Rebenablat“ entsteht.
Ueber die Geheimnisse des „Rebenablat“ erfährt man wieder einiges in einer Verhandlung des Landgerichts Schweinfurt, das über den Geschäftsführer Heinrich Straßburger von dem Weingut Schloß Saales in Unterfranken wegen Weinschädelung aburteilte. Das Gut verleiht eine renommierte Marke (Saaleser) und ist Eigentum des Fabrikbesizers Gustav Müller in Wiesbaden. Str. hat seit 1902 den auf dem Gute gebauten Wein durch Verkauf von Jaderlösung, Tresterwein und italienischer Traubenmoische derart zu „streden“ verstanden, daß während dieser Zeit über 9000 Hektoliter „Saaleser“ zum Verkauf kamen, während der Eigenbau höchstens 156 und der Zulauf nur 50 Hektoliter betrug. Zur Verbesserung des Weines wurde Wasser aus einem Brunnen verwendet, in dem man die Kadaver eines Hundes und eines Schweines fand. Str. wurde zu 14 Tagen Gefängnis und 1500 M. Geldbuße verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

„Mars“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: A. Thoma, H. Giese, H. Langen, R. Kram. Jeweiliges Septembertest. Preis 1,20 M. Verlag von H. Langen in München.
Dieckrich Reimers Mitteilungen für Anseher, Farmer, Tropenpflanzer, Kolonisten, Forschungsreisende. Heft 3. Verlag von D. Reimer (Ernst Volkmann), Berlin SW. 48. Preis 30 Pf.
„Volkswirtschaftliche Blätter“, 1. September-Heft. Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von D. C. Krueger. C. Denmanns Verlag, Berlin W. 6.

Der Parteitag in Essen.

(Telegraphischer Bericht.)
(Schluß aus der 1. Beilage.)

Essen, 18. September.

Nachmittags-Sitzung.

Gemoll eröffnet um 3 Uhr die Sitzung. Die Debatte über die Raiffeiser wird fortgesetzt.

Stulmeier-Dortmund:

Auch ich kann mich mit der Anschauung des Genossen Wehler, der die Abschaffung der Arbeitsruhe fordert, nicht einverstanden erklären. Wenn in Bochum die Beteiligung an der Raiffeiser klein ist, so darf Wehler daraus nicht schließen, daß dies überall der Fall ist. Bei uns in Dortmund-Süd vornehmlich 1904 10 000 Personen an der Raiffeiser teil, 1906 über 12 000 und in diesem Jahre über 15 000. Genosse Wehler hat bestritten, daß die Führer der Bergarbeiter von der Raiffeiser abtrieten und hat sich auf Pokorny berufen. Aber eine Schwärze macht noch keinen Sommer. Die „Bergarbeiterzeitung“ hat wiederholt die Arbeiter auf die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitsruhe hingewiesen; das kann freilich keine besondere Begeisterung hervorbringen. Auch im Hamm-Südlicher Bezirk, sogar im schwarzen Neulingshausen hat die Teilnahme an der Raiffeiser stark zugenommen. Ohne die Arbeitsruhe ist die Raiffeiser für uns wertlos. Dann wäre sie nichts als eine Komödie. In den Abendversammlungen demonstrieren können wir das ganze Jahr. Würdig kann der 1. Mai nur begangen werden, wenn so viel wie möglich die Arbeitsruhe eingehalten wird. (Bravo!)

Beber-Essen:

Hier in Essen kann man erst seit 1900 von einer gewerkschaftlichen und politischen Organisation sprechen. Seitdem ist die Beteiligung an der Raiffeiser auf das Doppelte gestiegen. In Bochum liegt die mangelnde Beteiligung daran, daß man früher nicht genügend dafür Propaganda getrieben hat. Gerade jetzt, wo ja die Bahn frei sein soll für die Sozialpolitik, müssen wir erst recht für die Verkürzung der Arbeitszeit demonstrieren.

Luettkenhoelter-Düsseldorf:

Die Ausführungen des Genossen Blume stehen im strikten Gegensatz zu den Ansichten der Solinger Genossen. Wenn wir die Gemahregelungen unterstützen, so werden wir den Feinden den Rücken stärken.

Lueth-Hamburg:

Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die Raiffeiser durch Arbeitsruhe ganz zu beseitigen. Der sogenannte Bremserlaß des Parteivorstandes wäre gerechtfertigt gewesen, wenn auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet besondere Gefahren vorgelegen hätten. Die Kämpfe bei den Hafenarbeitern in Hamburg und der Kampf der Holzarbeiter aber rechtfertigen den Bremserlaß nicht. Undurchführbar ist, daß die Partei und die Gewerkschaften zu gleichen Teilen die Kosten der Maßregelungen infolge der Raiffeiser tragen. Ich weiß wirklich nicht, was sich die Gewerkschaftler dabei gedacht haben. Beiträgen soll die Partei ja auch zu den Unterstützungen. Aber Parteivorstand und Generalkommission müssen die Art der Kostenverteilung festlegen. Christliche, Sächsische, Dänische und gelbe Gewerkschaften würde es auch ohne die Raiffeiser geben! Man darf die Raiffeiser nicht bloß aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Rücksichten betrachten. Die Gewerkschaften haben sich trotz der Raiffeiser in den letzten Jahrzehnten enorm entwickelt, und sicher hat auch die Agitation für den Achtstundentag viel dazu beigetragen, daß unter den Arbeitern das Bewußtsein der Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit immer breiteren Boden gewonnen hat. Weiter kommt in Betracht, daß das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter durch die Raiffeiser gestärkt wird. Ich bitte Sie daher, dem Antrage von Bremen zuzustimmen. (Bravo!)

Hischer-Hamburg:

Es ist ein Irrtum Luettkenhoelters, wenn er meint, daß Blume aus Hamburg gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai gesprochen hätte. Wir haben in Hamburg die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer die Arbeiter nach der Aussperrung recht gern wieder eingestellt haben, da sie nur durch den Terrorismus der Scharfmacher zur Aussperrung der Arbeiter gezwungen werden. Jetzt sind die Hamburger Unternehmer am Ende ihres Latens angelangt, denn sie haben von der Polizei ein Verbot des Demonstrationzuges verlangt. Wenn wir über die Arbeitsruhe so urteilen wollten wie Wehler, so müßten wir uns an den Reichstagswahlen auch nicht beteiligen. Die Gewährung von Unterstützungen wird für die Unternehmer den Anreiz zur Aussperrung möglichst vieler Genossen geben. Ich bitte, den Antrag Henke anzunehmen. (Beifall.)

Riem-Dresden:

Die Lösung der Frage, wie sie die deutsche Delegation in Stuttgart gefunden hat, ist die einzig mögliche. Die Gewerkschaften erklären: Wenn fortwährend verlangt wird, daß wir energisch für die Arbeitsruhe eintreten, dann muß die Partei mit der Forderung der Arbeitsruhe tragen. Ich halte es nicht für richtig, den Antrag des Parteivorstandes noch zu verschärfen. Ich will auf die Meinung der Genossen Luxemburg über die Gewerkschaftsfrage hier nicht eingehen. Die Frage der Raiffeiser sollte nicht den Grund zu neuen Streitigkeiten bieten. Ich bitte, den Vorstandsantrag anzunehmen und alle anderen Anträge abzulehnen. (Beifall.)

Richter-Köln:

Der Gedanke der Raiffeiser ist nicht mehr aus dem Herzen der revolutionären Parteien auszuwurzeln. (Sehr richtig!) Was Wehler gesagt hat, ist nicht maßgebend; was bedeutet es denn, wenn wirklich ein Kreis nicht in der Lage ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen! Wir dürfen keinen Schritt nach rückwärts machen, sondern wir müssen vorwärts schreiten. Die Raiffeiser hat sich ständig entwickelt, es ist nirgends ein Rückgang zu verzeichnen, außer in Bochum, wie Wehler meint. Der Antrag von Wehler dürfen wir auf keinen Fall folgen. Auch den Gewerkschaftsführern muß einmal gesagt werden, daß sie nicht mehr bremsen dürfen. Der Idealismus muß mehr gepflegt werden. Die Gewerkschaftsführer müssen aus ihrer Reserve heraus.

Bieser-Spandau:

Die Verlegung der Raiffeiser auf den Sonntag oder den Abend ist unmöglich. Nur durch Arbeitsruhe am Tage kommt der Gedanke der Raiffeiser zum Ausdruck. Der Erfolg des Parteivorstandes trotz uns Spandauer wie eine Ohrfeige. Er hat uns mehr geschadet als genützt. Ich kann Ihnen nur raten, den Antrag Henke möglichst einstimmig anzunehmen, damit die Verdüsterungsversuche einmal aufhören. Ueber die Regelung der Kostenfrage lassen sich bestimmte Beschlüsse nicht fassen.

Silberschmidt-Berlin:

Ueber das Wesen und die Bedeutung der Raiffeiser heute noch zu reden, halte ich für überflüssig. Nachdem Partei und Gewerkschaften grundlegende Richtungen festgelegt haben, hätte ich eine so ausgiebige Diskussion gar nicht erwartet. Parteivorstand und Generalkommission sind sich einig, daß die Frage der Kostenbedeckung geregelt werden muß. Von einem Versuch, die Raiffeiser abzuwürgen zu wollen, kann keine Rede sein. Wenn aber mit dem Einflusse auf den Parteivorstand die Generalkommission gemeint sein sollte, so muß ich erklären, daß von solcher Beeinflussung keine Rede ist. Es wird immer so dargestellt, als sei die Raiffeiser mit der Beseitigung der Arbeitsruhe aus der Welt geschafft. Man stellt die Feier am Abend immer als wertlos hin. Darin liegt die große

Gefahr, daß man den Genossen, die heute sich nicht anders helfen können, als am Abend zu demonstrieren, den Mut und die Energie nimmt. (Unruhe.)

Man sagt, mit der Unterstützung der Gemahregelungen drehe man der Raiffeiser das Genick ab. Die Erfahrungen aber haben gezeigt, daß man nicht Jahr für Jahr von den Genossen verlangen kann, sie sollen immer nur Opfer bringen. Das haben wir im Maurerverbande 10 Jahre lang ununterbrochen getan, aber schließlich sagen sich die Genossen doch, warum sollen wir denn gerade immer die Opfer bringen, während große Kreise der Arbeiterschaft sich noch gar nicht an der Arbeitsruhe beteiligen. Es ist merkwürdig, daß gerade von den Kreisen aus am radikalsten gegen die Unterstützung gesprochen wird, wo die Arbeitsruhe noch nicht besteht. Um die Regelung der Unterstützungsfälle kommen wir nicht mehr herum. Ich warne Sie davor, den Antrag Henke anzunehmen. Sollen denn auch g. B. die Buchbinder, die die schlimmsten Erfahrungen mit der Raiffeiser gemacht haben, nun gezwungen sein, gleich wieder für die Raiffeiser Propaganda zu machen, und soll dem Parteivorstand die Möglichkeit genommen sein, seine warnende Stimme, wenn es nötig ist, zu erheben? Ich bitte Sie dringend, dem Antrage des Referenten zuzustimmen. Dann werden wir in der Raiffeiser zu ruhigen und gesunden Bahnen kommen und das wird sicher zur weiteren Verbreitung der Raiffeiser führen. (Bravo!)

Böller-Welsenkirchen:

Ich weise die Behauptung zurück, daß die „Bergarbeiterzeitung“ vor der Beteiligung an der Raiffeiser gewarnt habe. Die Zeitung trägt den Verhältnissen Rechnung und ihre Haltung entspricht den Beschlüssen der Generalversammlungen. Den Ausführungen Stulmeiers gegenüber bemerke ich, daß im Zeitungsreferat infolge von Maßregelungen ein Streik enthalten ist. Der Verkauf von Raiffeiserkarten beweist nichts. (Sehr richtig!) Wenn ich 16 000 Karten verkaufe, so beteiligen sich vielleicht 10 000 Personen an der Feier. (Zurufe: abends!) Ja, aber nicht an der Arbeitsruhe. Wenn nicht einmal die Beteiligung an der Raiffeiser in den Zeiten der Hochkonjunktur steigen soll, wann soll sie denn steigen? Vielleicht werden wir schon im nächsten Jahre ein Zurückgehen der Beteiligung zu verzeichnen haben. Mehrere Parteinstanzen sollten diese Frage entscheiden, damit wir uns nicht auf allen Parteitagen und Kongressen damit beschäftigen müssen. (Beifall.)

Köple-Garburg:

Der Parteitag sollte den Wunsch ausdrücken, daß Parteivorstand und Generalkommission sich auf den Boden des Mannheimer Beschlusses stellen, d. h. an der bisherigen Form der Raiffeiser festgehalten werden. Die Unterstützungsfälle kommen nebenbei geregelt, aber sie darf nicht in den Vordergrund gestellt werden, denn das würde eine Aussperrungsprämie für die Unternehmer bedeuten. Es muß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden. Glauben Sie, daß die Desterreicher das allgemeine Wahlrecht erlangen hätten, wenn der österreichische Parteivorstand eine ebenso schwankende Haltung in dieser Frage eingenommen hätte, wie unser Parteivorstand in der Raiffeiserfrage? Nein! Sie haben den Sieg nur ihrer Energie zu danken, weil sie gewohnt sind, Opfer zu bringen. Es muß endlich einmal ein klarer Beschluß in bezug auf die Raiffeiser gefaßt werden. Feste können wir immer feiern, darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß der Gedanke der Raiffeiser zum Siege gelangt, d. h. der revolutionäre Gedanke der Arbeitsverringerung. (Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin:

Ich habe heute früh nicht für meine Aufgabe gehalten, Ihnen abermals Darlegungen zu geben über die Bedeutung der Raiffeiser und die Notwendigkeit, den Gedanken der Raiffeiser immer weiter zu propagieren und ich glaube, es ist nach den eingeleiteten Debatten der letztjährigen Parteitage auch jetzt nicht meine Aufgabe, aber diese Seite der Frage, die in der Diskussion hier und dort gestreift worden ist, mich auszulassen. Ich glaube, wir müssen uns auf die Punkte beschränken, die uns heute zur Beschlussfassung vorliegen. Das ist erstens einmal, daß der Beschluß von Jena und Mannheim wiederholt werden soll, zweitens, daß dem Parteivorstand vom Parteitag der Auftrag gegeben werden soll, mit der Generalkommission über die Ausführung des in Stuttgart von der deutschen Delegation aufgestellten Grundgesetzes zu verhandeln und einen Beschluß herbeizuführen, der endlich den Gegenstand zwischen Partei und Gewerkschaften, die in dieser Frage in den letzten Jahren da und dort ausgetauscht sind, ein Ende macht. In der Debatte ist zunächst der Aufruf des Parteivorstandes kritisiert worden. Es war klar, daß er unter den Genossen und in der Presse nicht widerspruchlos angenommen werden konnte. Aber die betreffenden Genossen haben bei ihrer Kritik übersehen, daß es sich bei diesem Aufruf um nichts Neues handelt, sondern daß auch die früheren Aufrufe des Parteivorstandes zum 1. Mai je nach der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland abgefaßt waren. Der letzte Redner hat gesagt, als der Pariser Kongress die Raiffeiser beschloß, habe er damit beschließen wollen, der 1. Mai sei ein Tag der revolutionären Arbeitsverringerung. Das ist nicht wahr. Gar kein Wort war in Paris 1889 von der Arbeitsverringerung die Rede. Man sprach immer nur von einer Demonstration für die Arbeiterschuttschulung. (Sehr richtig!) Der Gedanke ist übernommen aus Amerika. Man dachte daran, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen am 1. Mai vor die Behörden gehen und dort die Forderung auf Arbeitsruhe präsentieren sollten. Erst im Laufe der Jahre ist wesentlich beeinflusst von der ganzen Art, wie die Frage der Raiffeiser in Deutschland behandelt wurde und sich gestaltet hat, immer mehr und mehr der Gedanke in den Vordergrund getreten, die würdigste und erstrebenswerteste Form der Raiffeiser sei die Arbeitsruhe. Aber von allem Anfang an war niemals dabei der Gedanke ausschlaggebend, daß ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, ohne Rücksicht auf die Stärke der Arbeiterorganisation die Arbeitsruhe durchgeführt werden soll, sondern es war stets die Voraussetzung, daß nur dann die Arbeitsruhe eintreten solle, wenn die politische und wirtschaftliche Möglichkeit vorliege. Und von diesem Gedanken aus ist auch der Aufruf des Parteivorstandes entfallen. Wie war die Situation? Unmittelbar nach den Reichstagswahlen kam die Frage der Raiffeiser aufs Tapet. Kein Wunder, daß die Unternehmerrasse glaubte, nun nach dem politischen Siege hier auf wirtschaftlichem Gebiete durch ihren Terrorismus der Arbeiterklasse eine weitere Niederlage beizubringen. Es war selbstverständliche Pflicht der Parteileitung, daß sie diesen Zustand in Betracht zog und die Parole ausgab, die mit den tatsächlichen Verhältnissen im Einklang stand. So lange wir eine Raiffeiser gehabt haben, haben die Aufrufe des Parteivorstandes stets diese Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse genommen. Zum erstenmal kam die Frage der Raiffeiser im Jahre 1891 für den Parteivorstand in Betracht. Da steht es in seinem Aufruf: „Sodann hält auch die Erwägung von Konflikten mit der Unternehmerrasse diese Arbeiter von der Beteiligung ab. Hierzu kommen noch besondere Hinderungsgründe für das laufende Jahr. Die außerordentlich lang andauernde Arbeitslosigkeit während der verflochtenen harten Wintermonate und die zunehmende wirtschaftliche Krise, welche an sich schon Zehntausende von Arbeitern auf das Elend wirft, und die gesamte Arbeiterschaft in noch höherem Grade als sonst der Willkür der Unternehmer preisgibt.“ Deshalb hat der Parteivorstand damals beantragt, die Raiffeiser am ersten Sonntag nach dem 1. Mai abzuhalten. Als der Bräseler Kongress auf der Tagesordnung stand, habe ich in der Beiratsversammlung mit dem Parteivorstande in einer Berliner Versammlung den Standpunkt des Parteivorstandes dahin ausgesprochen, daß ich sagte, die ganze Frage der Raiffeiser sei keine Willens-, sondern eine

Frage. Heute können die Arbeiter den Kampf auf ökonomischem Boden nicht aufnehmen. Auf diesem Felde stehen die Arbeiter in der heutigen Krise waffenlos einem mit allen Waffen sozialer Uebermacht ausgestatteten rücksichtslosen Feinde gegenüber. Das politische Gebiet sei der Boden, wo die Arbeiterklasse zu Kraftproben bereit sei. Die Schlachten für die soziale Befreiung schlage die Sozialdemokratie auf dem politischen Kampffelde. Im nächsten Jahre hat Rebel in einem Artikel der „Neuen Zeit“ wiederum den Standpunkt des Parteivorstandes vertreten, indem er ausführte: „Mit dem Wachstum der Partei — und das ist der Standpunkt, den wir heute erst recht ins Auge fassen müssen — steigt ungewisselhaft die Möglichkeit von Erfolgen. Aber es wächst auch die Schwere der Verantwortung im Falle von Niederlagen. Die Partei muß also nicht nur jeden Schritt doppelt und dreifach erwägen, sie darf sich auch auf kein Kampffeld drängen lassen, auf dem eine Niederlage wahrscheinlich ist. Andererseits sinkt die Bedeutung von Demonstrationen für eine Partei in demselben Maße, wie ihre wirkliche Macht wächst. Kam also eine Demonstration keinen unmittelbaren Erfolg haben, legt sie aber der Partei Opfer auf, die ganz außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Vorteil stehen, dann muß sie beides in Einklang zu bringen suchen, umso mehr, da einer großen Partei die Opfer eines Kampfes Verpflichtungen zur Hilfe auferlegen, die an eine schwache Partei nicht entfernt im gleichen Verhältnis gestellt werden. Als wir dann nach Köln zum Parteitag gingen, hat ebenfalls der Vorschlag des Parteivorstandes gelautet: „Da aber eine Durchführung der Raiffeiser bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zurzeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu in der Lage sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.“ Wir haben also jedesmal diese Einschränkungen, und daher ist es nicht berechtigt, den Aufruf des Parteivorstandes von diesem Jahre als pflaumenweich und als Bremserlaß usw. hinzustellen. Die Hamburger Genossen und andere haben in ihren Reden, soweit sie zum Wort gekommen sind, Stellung gegen diesen Aufruf genommen. Ich glaube die Frage dahin entscheiden zu können, daß die Hamburger Parteigenossen im großen und ganzen innerlich sehr froh waren, daß der Aufruf des Parteivorstandes sie vor schweren Konflikten bewahrt hat. Genosse Köple und der Spandauer Vertreter haben mit großer Empfindung die glänzenden Fortschritte hervorgehoben, die sie mit der Raiffeiser gemacht haben und noch mehr gemacht hätten, wenn nicht der Bremserlaß gekommen wäre. Wenn die Begeisterung wirklich so groß war für die Demonstration mit der Arbeitsruhe, so hat der Aufruf des Parteivorstandes nicht daran gehindert, die Feier so zu begehen. Der Aufruf sagt nur, daß da, wo schwere Konflikte drohen, die Arbeiter sich überlegen sollen, ob sie den Kampf aufnehmen können. Und wenn sie zu der Ueberzeugung kommen, daß sie dazu nicht in der Lage sind, dann sollte von der Arbeitsruhe abgesehen werden. Hätten sie die Möglichkeit sie durchzuführen, so hätten sie dazu die verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (Beifall.) Es wird gesagt, es sei der Weg der Hintertreppchenpolitik von uns bestritten worden, es hätten sich fremde Einflüsse geltend gemacht. Das sind Redensarten. Welche fremden Einflüsse sollen sich denn geltend machen? Der Parteivorstand hat getan, was er seit 17 Jahren immer getan hat und die Raiffeiser konnten und müßten so gut stattfinden wie früher. Wehler hat nun gesagt, er sei nicht mehr in der Lage, die Arbeitsruhe als ein erstrebenswertes Ziel hinzustellen. Wenn mich jemals eine Aeußerung peinlich berührt hat, so ist es diese Aeußerung aus dem Munde eines Redakteurs aus dem Industriebezirk Bochum, in dem außerordentlich umfassende Betriebe vorhanden sind, in denen Arbeiter tätig sind, die nur ausnahmsweise mal einen Sonntag für sich haben, wo das geschworene Kartell der Scharfmacher herrscht. Wenn gefragt worden wäre, das verhindern, die Arbeitsruhe zu erzwingen, so hätte ich das unterschreiben können. Aber zu sagen: Weil es bisher nicht möglich war, die Arbeitsruhe zu erreichen, deshalb sei sie nicht anzustreben, das verstehe ich nicht. Vor zehn Jahren hatten wir hier in Essen 4400 Stimmen bei den Reichstagswahlen. Jetzt haben wir 82 000, in Bochum 40 000. Das sind Fortschritte durch die Agitation, Fortschritte im Massenkampf, und da kommt ein Parteiredakteur und sagt, er halte die Erreichung der Arbeitsruhe nicht für erstrebenswert. Er weist auf Desterreich hin. Ich denke, darauf brauchen wir nicht zu exemplifizieren. Wenn dort die Raiffeiser so erfolgreich gewirkt hat, so ist das darauf zurückzuführen, daß seit Jahren dafür gearbeitet worden ist. Ellenbogen hat uns die Schwäche der österreichischen Regierung vorgeführt und da sollten die Genossen dort so dumm sein, die Kunst des Augenbittens nicht zu benutzen? Hier aber, wo die Junker und die herrschenden Klassen den Ministern vorschreiben, was sie tun sollen, die die Minister ernennen — ich erinnere nur an den Vuetz-Rief an den früheren Minister Müller — müssen wir diese Dinge uns vor Augen führen, und wenn wir das tun, so soll man uns nicht Desterreich als Muster vorgeben. Silberschmidt hat dabei gewarnt, die Abendfeiern als minderwertig zu betrachten. Der Standpunkt der Partei ist doch der: Tagesfeiern und Arbeitsruhe da, wo es möglich ist; Abendfeiern da, wo die Arbeitsruhe nicht möglich ist. Es ist Pflicht der Genossen, je nach der Situation die Arbeitsruhe zu erstreben. Gegen den Vorschlag des Parteivorstandes, ihn zu ermächtigen, mit der Generalkommission weiter zu verhandeln über einen einheitlichen Beschluß, hat sich Köple ausgesprochen. Wehler hat gemeint, die Beschlüsse der Gewerkschaften, Abendfeiern zu veranstalten, würden zu einer Abwägung der Raiffeiser führen. Ich habe erklärt, daß bei den Verhandlungen mit der Generalkommission auf beiden Seiten die lokale Ansicht vorhanden war, eine Verständigung herbeizuführen und bei dieser Erklärung möchte ich stehen bleiben. Es geht nicht an, einer Korporation Motive unterzuschleichen, wenn man nicht weiß, daß diese Motive vorhanden sind. Die Verhandlungen mit der Generalkommission waren erst möglich und notwendig geworden, weil die Generalkommission sich an die Beschlüsse des Parteitages in Mannheim gebunden hält. Es ist darauf hingewiesen worden, daß eine Gefahr für die Partei aus der Unterstützungsfälle sich ergebe. Ich habe heute früh schon erklärt, daß sowohl in Mannheim als in Jena und vor Jena der Parteivorstand die Verpflichtung anerkannt hat, die aus der Raiffeiser entstehenden Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften zu tragen. Ich gebe zu, daß verschiedene Versuche noch nicht mit der Arbeitsruhe vorgehen können. Es ist aber selbstverständlich, daß man nicht davon reden kann, daß mit einer Unterschätzung der Bedenke und die Bedeutung der Raiffeiser abgesehen werden würde. Wenn Sie im schweren Kampfe stehen gegen die brutale Unterdrückung, glauben Sie, daß die Höhe der Sache und der Aufgabe geschädigt wird, wenn wir eine Unterstützung gewähren? Nein! Es kann nicht demütigend sein, wenn wir für die Opfer, die im Kampfe um die Raiffeiser gebracht werden, Unterstützung gewähren. Ich möchte Sie bitten, entsprechend unseren Debatten Ihre Beschlüsse zu fassen. Es ist selbstverständlich, daß wir den Antrag Henke nicht annehmen können. (Sehr richtig.) Wenn Henke seinen Antrag hätte deutlich machen wollen, so hätte er sagen müssen, daß er bezwecke die Aufhebung der Beschlüsse von Mannheim und Jena. (Zuruf: Er will das!) Wenn die Verfasser des Antrages meinen, er enthalte das, so ist er überflüssig. Ebenso überflüssig sind die Anträge 44*, 45. Der Antrag Bril-

*) 44. Rürnberg. Der Parteitag wolle klar aussprechen, in welcher Weise die Opfer der Raiffeiser zu unterstützen sind, eventuell soll dies in höherem Maße wie bisher durch die Partei geschehen.
45. Frankfurt a. M., Magdeburg, Gunglauer, Berlin V: Die Raiffeiser ist in der bisherigen Form auch künftig abzuhalten.

mann (Nr. 48) ist wohl durch den Antrag Henke erledigt. Sonst bitte ich, ihn ebenso abzusehen, wie die genannten Anträge. Die Durchführung des Antrages 48 ist unmöglich. Es ist Sache der einzelnen Wahlkreise, zu bestimmen, welche Art Schriften verteilt werden sollen. Ich beantrage erstens, den Beschluß von Mannheim und von Jena zu wiederholen und zweitens, dem Antrag zuzustimmen, den Vorstand zu ermächtigen, die Verhandlungen mit der Generalkommission fortzuführen. Wenn Sie dem zustimmen, so werden Sie die Empfindung des Gros der Partei entsprechen. Wenn darauf hingewiesen ist, daß in Hamburg Schwierigkeiten dadurch entstanden seien, daß die Kasporeure des „Hamburger Echo“ die Arbeitstruhe am 1. Mai verlangt hätten, so sind wir wohl in dieser Beziehung einig. Das „Echo“ wird am 30. April hergestellt und muß am 1. Mai den Lesern zugestellt werden. Am 1. Mai wird selbstverständlich keine Zeitung hergestellt. Was würden sie sagen, wenn die Schriftsetzer sagen würden: Jetzt ist es 12 Uhr und nun arbeiten wir nicht weiter? Genau so ist es bei den Redaktoren, bei den Verlagsarbeitern und bei den Festrednern am 1. Mai. (Beifall und Heiterkeit.)

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Anträge Fischer (Bestätigung der Mannheimer und Jener Beschlüsse und Annahme der in dem Berichte über die Kolonialsituation mitgeteilten Resolution des Parteivorstandes).

Durch diese Beschlüsse werden alle zur Maifeier gestellten Anträge für erledigt erklärt.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist

Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage.

Hierzu liegen die Anträge 49 bis 55** und 80 vor, die sämtlich die geschäftsmäßig vorgezeichnete Unterstützung finden.

Referent Wesel (mit Beifall begrüßt):

Der vorjährige Beschluß, in diesem Jahre den Parteitag in Essen stattfinden zu lassen, wurde gefast in der Voraussetzung, daß hier die Taktik für die Wahlen besprochen werden sollte. Wider Erwarten ist der Reichstag aufgelöst worden. Das konnte niemand voraussehen. Ja, selbst am 12. Dezember war niemand im Reichstage, der ahnen konnte, daß am 13. Dezember der Reichstag aufgelöst würde. Der scheinbare Grund der Auflösung lag in der Haltung der Reichstagsmehrheit, die die Kolonialkredite nicht im vollen Umfange bewilligte. Weder die Forderung der Regierung, noch die ermäßigte Forderung des Zentrums fand eine Mehrheit, und zwar deshalb, weil wir beschloffen hatten, auch gegen den Vermittlungsantrag des Zentrums zu stimmen. Auch der freisinnige Antrag fand keine Mehrheit. Ich habe die tiefste Heberzeugung, die sich auf bestimmte Tatsachen stützt, daß die Auflösung auch dem Zentrum sehr unangenehm war, und daß das Zentrum, wenn es zur dritten Beratung gekommen wäre, nachgegeben hätte. Das Verhalten des Zentrums war um so wunderbarer, als jahrzehntlang die Regierung mit dem Zentrum zusammengegangen war. Keine Flottenvorlage, keine Militärvorlage, keine handelspolitische Vorlage, keine Vorlage auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung oder Justizgesetzgebung ohne Zustimmung des Zentrums, bald durch Unterstützung der Linken, bald mit Unterstützung der Rechten! Das Zentrum war die maßgebende Partei. Da auf einmal schlug die Stimmung um. Das trat allerdings schon äußerlich in Erscheinung in dem Konflikt zwischen Dernburg und Klotz, der äußerst scharfe Formen annahm. Als der Reichstagskanzler in diesem Konflikt auf die entscheidende Weise auf die Seite von Dernburg trat, da konnte man ahnen, daß es mit der Herrschaft des Zentrums zu Ende war. Die Stellung des Zentrums im Reichstage war vielen Leuten recht unangenehm. Es ist insbesondere den Nationalliberalen blutig fauer geworden, jedesmal für die Zentrumsanträge stimmen zu müssen, weil die Regierungsvorlagen nicht die Unterstützung des Zentrums fanden, aber man sagte sich: ohne die Unterstützung des Zentrums ist nichts zu machen, wir müssen wohl oder übel zustimmen! Dasselbe Gefühl war häufig in konservativen Kreisen vorhanden. Dazu kam, daß das Zentrum aus seiner Stellung ganz bedeutende Vorteile zog, in bezug auf die Anstellung eines großen Teils seiner Mitglieder in Staatsstellungen, in bezug auf Abkennentverhältnisse, in bezug auf die Stärkung der sozialen Position seiner Anhänger, in bezug auf die Begünstigung der katholischen Kirche insbesondere in Preußen. Das waren alles Dinge, die in liberalen und auch in orthodox-protestantischen Kreisen viel Anstoß erregten und die Stimmung gegen den Reichstagskanzler sehr so weit, daß man bereit war, wenn es so weiter ging, ihn zu stürzen. Und das waren die eigentlichen Motive, die ihn in jenem Moment dazu trieben, einen Konflikt herbeizuführen, der sich sonst durch ein kleines Entgegenkommen aus dem Zentrum hätte vermeiden lassen. Man hat man von liberaler Seite wiederholt von einem rotschwärzen Kartell gesprochen. Ich brauche es Ihnen nicht auseinanderzusetzen, aber ich sage es hier der Deutlichkeit gegenüber:

*) 46. Bremen: Die Bremer Genossen stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die moralische Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsführer ist, für die größtmögliche Durchführung der Arbeitstruhe am 1. Mai einzutreten. Der diesjährige Maiaufmarsch des Parteivorstandes wird in der Form verfehlt und in der Sache ungeschicklich. Die Bremer Delegierten werden beauftragt, auf dem Parteitage für die Beibehaltung der Arbeitstruhe am 1. Mai einzutreten.

48. Genosse Präger in Regensburg bei Würzburg: Es soll mit der Maifeier eine Verteilung aufläuternder Schriften verbunden werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß a) der Inhalt der grundlegenden Schriften mehr verbreitet und b) die Stellung der Kirche zur sozialen Frage eingehender behandelt wird.

*) 49. Weimar: Da der Freisinn bei der letzten Reichstagswahl sich offen als einen Teil der gemeinsamen reaktionären Masse entpuppte, indem derselbe eine Anzahl Wahlkreise den reaktionären Volkseindern ausliefern, beschließt die Jahresversammlung des ersten weimarer Reichstagswahlkreises:

Der Parteitag in Essen wolle beschließen: Bei Stichwahlen zwischen Freisinn und einer anderen bürgerlichen Partei enthält sich die sozialdemokratische Partei der Stimmenabgabe.

50. Arnberg, Kiel: Bei Reichstags-Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten ist strengste Stimmeneinhaltung zu üben.

51. Rendsburg: Bei vorkommenden Reichstags- und Landtags-Stichwahlen, in welchen keine Sozialdemokraten in Frage kommen, ist von der Parteileitung strikte Stimmeneinhaltung zu proklamieren.

52. Düsseldorf: Bei kommenden Wahlen ist eine Unterstützung bürgerlicher Parteien zu vermeiden.

53. Berlin III, Guben, Kottbus, Spremberg und Randow-Greisenhagen: In Anbetracht des Verhaltens der freisinnigen Parteien bei den Nachwahlen der Legislaturperiode 1903 zu 1906, bei welchen sie die Protowiderparteien gegen die sozialdemokratische Partei unterstützten, sowie der Stellungnahme der freisinnigen Parteien bei der Reichstagswahl 1907, bei welcher sie offen für die reaktionären Parteien eingetreten sind und in einer Anzahl von Kreisen selbst die Hilfe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch nahmen, halten es die Genossen für Pflicht der Sozialdemokratischen Deutschlands, bei Stichwahlen zwischen freisinnigen und reaktionären Parteien sich unter allen Umständen der Stimme zu enthalten.

54. Bremerhaven: Bei sämtlichen Wahlen, in denen der Freisinn mit anderen reaktionären Parteien in Stichwahl steht und die Sozialdemokratie ausschlaggebend ist, haben sich unsere Parteigenossen der Stimmabgabe zu enthalten.

55. Flensburg: In Zukunft ist bei den Reichstags-Stichwahlen gegenüber bürgerlichen Kandidaten Stimmeneinhaltung zu üben.

80. Aachen: Der Parteitag spricht sich dahin aus, daß bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien lediglich Wahlvereinigungen bezüglich der wichtigsten Volkrechte, Wahlrecht, Koalitionsrecht, Ausnahmegefetze, indirekte Steuern usw. zu stellen sind, ein unbedingter Ausschluß einzelner bürgerlicher Parteien jedoch nicht erfolgen soll.

Das ist einfach eine Unwahrheit, eine grobe Entstellung der Tatsachen. (Sehr richtig!) Wir haben niemals im Kartellverhältnis zum Zentrum und das Zentrum nicht zu uns gestanden. Wir waren stets völlig frei und unabhängig von den anderen. Freilich ist es nach der Natur der Verhältnisse im Reichstage selbstverständlich häufig vorgekommen, daß, wenn es sich um halbwegs liberale Anträge handelte, gegen die die Rechte stimmte, für die aber das Zentrum, das immerhin mit Rücksicht auf seine Wähler wenigstens etwas demokratisch erscheinen muß, zu haben war, wie mit dem Zentrum und den Freisinnigen die Majorität bildeten. Die Freisinnigen sprechen ja jetzt nicht gerne davon, daß sie auch häufig genug mit dem Zentrum zusammen gestimmt haben, ja, bei dem immer fortgesetzten Rückgang des Freisinn war es dahin gekommen, daß der Freisinn sich in einer Art Kasernenverhältnis zum Zentrum befand, weil er auf die Unterstützung desselben vielfach angewiesen war, um überhaupt noch Mandate zu bekommen. Ein ganz bedeutender Prozentsatz freisinniger Abgeordneter ist mit Hilfe des Zentrums gewählt worden und daher haben es die Freisinnigen in vielen Fällen, wo es ihre Pflicht gewesen wäre, nicht gewagt, energisch gegen das Zentrum Stellung zu nehmen. (Sehr richtig!) Wir aber haben immer nach unserer Heberzeugung gestimmt, wo wir das Ganze nicht bekommen konnten, haben wir das Nächste genommen, aber in allen entscheidenden Fragen waren es nicht wir, sondern die Konservativen und Nationalliberalen, die mit Unterstützung des Zentrums die Gesetzgebung seit dem Anfang der 90er Jahre geschaffen haben. — Als nun die Auflösung kam, handelte es sich um die Frage, gegen wen wir nun hauptsächlich in den Wahlkampf zu treten hätten. Die Regierung mußte sich von vornherein sagen, daß es vielleicht möglich sein könnte, dem Zentrum einige Wahlkreise abzunehmen, daß aber in den Kreisen, wo die Massen des katholischen Volkes zusammenwohnen, also in Rheinland-Westfalen, in Süddeutschland, speziell Bayern, in Obersteifen und auch in ostpreussischen Bezirken der Zentrumsturm unerschütterlich sei. So richtete sie also auch aus diesen Gründen in erster Linie den Kampf gegen uns, und zumal ja die äußerste Oppositionspartei sind, die Feinde der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung (Verbaste Zustimmung.) Dazu kommt, daß der Kaiser am wenigsten unser Freund ist und daß also eine Parole gegen die Sozialdemokratie vor allem den Beifall des höchsten Herrn finden mußte, worauf es dem Fürsten Bülow in seiner Situation am meisten ankam. Weiter kam hinzu, daß sich aus der eigentümlichen Situation, in der alle bürgerlichen Parteien im Reichstage gegen Zentrum und Sozialdemokratie zusammengegangen waren, auch ein gemeinsamer Wahlkampf dieser Parteien als Möglichkeit ergab, und daß die Aussicht vorhanden war, daß, wenn dies gemeinsame Vorgehen von der Regierung unterstützt würde, diese Parteien mit umso größerem Erfolge in den Wahlkampf zu ziehen hoffen dürften. So ist denn der Wahlkampf eingeleitet worden durch den bekannten Brief des Reichstagskanzlers an den Präsidenten des Reichstagesverbandes, und der Reichstagskanzler selbst ist fortgesetzt in den Wahlkampf eingetreten. Von der höchsten Person in der Regierung, vom Reichstagskanzler bis herunter zum letzten Nachtwächter, ist in diesem Wahlkampf alles geschlossen aufgeboten worden, um den Kampf gegen uns zu führen. Diesen Umständen ist von den Genossen viel zu wenig Rechnung getragen worden und doch war gerade dies das Allergeringste. (Verbaste Zustimmung.) Es war der Reichstagskanzler, es war das Reichstagskanzleramt, das Marineamt, der Flottenverein, die sämtlich nach bestimmten Plänen gemeinsam vorgegangen sind und das angeordnete Resultat erzielt haben. Es wurde nach ganz bestimmten Richtlinien gearbeitet, die vom Reichstagskanzler ausgingen.

Ganz besonders — und das möchte ich unseren Mittemberger Genossen gegenüber mit Rücksicht auf ein Ereignis der letzten Zeit bemerken — ganz besonders auch in Barmen hat die Regierung alles aufgeboten, um die Sozialdemokratie aus dem Reide zu schlagen. (Sehr richtig!) In welcher Weise gearbeitet worden ist und mit welcher Wirkung, ohne daß man äußerlich viel davon merkte, durch Zirkulare, durch Reden, durch Drohungen usw., das mag Ihnen ein Beispiel zeigen. Aus begründlichen Gründen kann ich die betreffende Stadt und die betreffende Beamtenkategorie nicht nennen. Ich weiß aber aus allerbesten Quelle, daß in einer deutschen Großstadt, in der mehr als 500 Untenbeamte einer bestimmten Kategorie vorhanden sind, von denen 1903 nahezu zwei Drittel für uns gestimmt haben, diesmal nur 13 ihre Stimme für uns abgaben. (Hört! hört!) Wenn Sie bedenken, daß in der gleichen Weise der Druck überall ausgeübt wurde, so werden Sie zugeben, daß uns das eine erhebliche Zahl von Stimmen unter den Untenbeamten gekostet hat, die notorisch große Sympathien für uns besitzen. Auch die Organisation der Gegner ist mit Hilfe der Behörden betrieben worden. In dieser Beziehung hat besonders der Reichstagsverband nützlich gewirkt. Er hat den bürgerlichen Parteien die Organisation geleistet, die sie bisher nicht gehabt haben. Er hat einen Schlepperdienst in ausgezeichneter Weise organisiert. Und da unseren Gegnern die gesamten Wahllisten zur Verfügung standen, da sich die Lehrer und andere Personen zu Schlepperdiensten hergaben, so ist ihnen eine große Zahl Indifferenter ausgeführt worden, die bis in die Hunderttausende gehen. Das müssen wir ganz besonders für die nächsten Wahlen beachten. (Verbaste Zustimmung.) Eine Hauptschuld an dem unglücklichen Wahlausfall hat man in unseren Kreisen dem Reichstagsverband und seiner niederträchtigen Kampfmethode beigemessen. Ich bin der letzte, der bestreitet, daß eine derartige Kampfmethode auf viele Leute Einfluß ausübt. Ich bestreite aber auf das allerentschiedenste, daß die Wirkung eine so große ist, wie viele glauben. Der Reichstagsverband hat die Kampfmethode, die die München-Gladbacher schon seit Jahren gegen unsere Genossen inangewandt haben, über das ganze Reich organisiert. (Sehr richtig!) Lesen Sie nur einmal das Handbuch der Zentrumspartei! In dem Handbuch seiner politischen Partei werden Sie ein solches Maß von Verunglimpfungen gegen die Führer der Sozialdemokratie finden wie in diesem Buche. (Sehr richtig!) Und nun kam der Reichstagsverband unter der Führung seines Generalissimus Liebert und hat diese Verleumdungen verallgemeinert, wobei er von der Bourgeoisie unterstützt wurde in einer Art wie nie zuvor. Ich bin ein altes Mitglied der Partei. Ich habe alle Wahlkämpfe seit 1867 mit durchgemacht und wenn ich zeitweise durch Gefängnisstrafe verhindert war, aktiv eingzugreifen, so habe ich es auch in meiner Weise getan. Nur nicht agitatorisch. Aber ich habe beobachtet. Ich kenne die Vorgänge und kann nur sagen: Wenn ich manchmal in einem Wahlkreise die Methode beobachtete, mit der die Gegner arbeiteten, und namentlich wenn ich die Klut von Verleumdungen zu lesen bekam, dann sagte ich mir: Postum, das muß furchtbar wirken. Da werden wir eine große Niederlage erleiden. Aber ich bin nicht einmal, sondern Duzende von Malen durch das Resultat überfallen worden, ich habe gesehen, daß die Verleumdungen nicht gewirkt haben. Es wäre ja auch schlimm, wenn es anders wäre. Ein Volk müßte doch schon auf der tiefsten Stufe moralischer Erniedrigung angelangt sein, wenn eine solche Kampfmethode auf die Dauer wirken sollte. (Zustimmung.) Wenn es und erst gelangt, der Wählerschaft nachzuweisen: in den und den Fällen erlauben sich unsere Gegner die niederträchtigsten Lügen, dann werden die Gegner auch eine solche Kampfmethode ablehnen. Auch die Parole vom „Schwarzrotten Kartell“ hat uns in gewissen Landesteilen geschadet. Man hat sich dadurch bestechen lassen und in viel höherem Maße sonst indifferente Leute zur Wahlurne geführt. Es kann weiter nicht bestritten werden, daß die Agrarpolitik bei einem großen Teil der Bauern, sogar der Kleinbauern, einen Erfolg erzielt hat. Dadurch, daß die Preise für das Vieh in die Höhe gegangen sind, wurde der Ansehen erweckt, als ob diese Bauern, die mit Viehhaltung zu tun haben, einen ganz besonderen Vorteil hätten. Die anderen Wirkungen des Zolltarifes sind noch nicht zur Geltung gekommen, sie werden den Leuten zeigen, daß ihnen das, was ihnen auf der einen Seite zugeführt ist, auf der anderen Seite doppelt und dreifach abgezogen wird. Ich könnte Kreise anführen, wo bei früheren Wahlen das Kleinbauerntum für uns entscheidend war, während

diesmal unsere Stimmen ganz bedeutend heruntergegangen sind. Auch die gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfe haben einen großen Teil namentlich der kleinen Gewerbetreibenden losgehoben gemacht. Sogar Leute aus diesen Kreisen, die früher Sozialdemokraten waren, sind durch den Gang der Dinge jetzt unsere Gegner geworden. (Sehr wahr!) Das erklärt sich daraus, daß in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen es sind, die das Bündnis, das Hoffen und Fühlen des Volkes beeinflussen. Es erklärt sich also ganz naturgemäß, daß in diesen Kreisen eine Erbitterung gegen uns Platz greift und in noch höherem Maße Platz greifen muß, weil die wirtschaftlichen Kämpfe noch zunehmen müssen. (Sehr richtig!) Bismarck hat bereits treffend darauf hingewiesen, daß in demselben Maße, wie die Unternehmerrorganisationen stärker werden, das Verlangen wächst, den Kampf mit den Arbeitern anzunehmen. Wir werden in nächster Zeit nicht auf eine Abmilderung dieser Kämpfe rechnen können, im Gegenteil, sie werden sogar dann noch stärker werden, wenn die Krisis eintritt. Nach gut verbürgten Nachrichten lag übrigens auch in der Krisis ein Moment, das zur Auflösung des Reichstages führte. Es soll niemand anders als Dernburg gewesen sein — das würde ja auch seiner frühesten Stellung als Bankdirektor entsprechen, — der gesagt hat: Wenn wir erst 1908 in die Wahlkampagne eintreten, dann besteht die große Gefahr, daß eine ökonomische Krisis eintritt, die das Maß der Unzufriedenheit auf die Spitze treibt, und dann können wir darauf rechnen, daß wir noch einen viel oppositionelleren Reichstag bekommen. (Hört, hört!) Man darf auch nicht vergessen, daß die immer erheblicher werdende Arbeiterkonkurrenz macht und tausende in das Lager unserer Gegner getrieben hat, die früher auf unserer Seite waren. Das wird nicht weniger, sondern mehr werden: die Arbeiterkonkurrenz werden sich mehr und mehr ausdehnen.

Man hat auch gesagt, der Balkanfall sei die Folge des Dresdener Parteitages. Daß die Verhandlungen und Beschlüsse von Dresden gewissen Leuten unangenehm waren, ist Tatsache. Ich erinnere daran, daß von der Stunde des Dresdener Parteitages an die Haltung Bülows gegen die Sozialdemokratie eine total andere geworden ist. Daß das auch auf die Intellektuellen, die bisher mit uns sympathisiert haben, abgefärbt hat, will ich nicht bestreiten, aber man überschätzt die Folgen sehr gewaltig. Wenn ein bestimmter Kreis von Intellektuellen mit der Sozialdemokratie sympathisiert und, wie ich fest glaube, 1908 noch bis auf den letzten Mann für uns gestimmt hat, dann sind es die sogenannten „Stupizismus-Leute“ in München. (Sehr richtig!) Als aber die Wahlparole kam, als es hieß: Gegen das Zentrum! als es hieß, daß jetzt eine liberale Politik beginnen solle, da ist man in Scharen Dernburg und den anderen nachgelassen. Freilich, die Ernüchterung ist heute schon in diesen Kreisen vorhanden, und sie wird in den nächsten Jahren in noch höherem Maße eintreten. Ich komme zu dem Resultat, daß uns von unseren alten Wählern beziehungsweise Wählern 250- bis 300 000 weggeblieben sind und daß dem ein Zuwachs von 500- bis 600 000 neuen Wählern gegenüber steht. Dazu kommt noch etwa 1/4 Million, die vorläufig bei unseren Gegnern festgehalten werden durch die Methode, die im Wahlkampf angewandt wurde. Im günstigsten Falle wären wir bei der letzten Wahl auf 3 300 000 statt 2 250 000 Wähler gekommen. Nehmen wir nun alle diese Umstände zusammen und bedenken wir, daß wir trotz der gewaltigen Anstrengungen unserer Gegner einen festen Wählerbestand von 3 250 000 haben, dann ist das in der Tat ein moralischer Erfolg, der nicht weggeleugnet werden kann, und den wir uns nicht verkleinern lassen können. Ueberhaupt, Parteigenossen, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß wir klugst in den Wahlkämpfen nicht mehr so leichte Arbeit haben werden wie bisher. Mit dieser Situation müssen wir arbeiten, rechnen. Unsere Gegner haben von uns in den letzten Jahrzehnten gewaltig gelernt. Die Unternehmerrklasse, die vor Jahrzehnten noch gar nicht organisiert waren, sind aufs beste organisiert. Wir haben sie gezwungen dazu. Die Unternehmerrklasse hat ein viel schärferes Klassenbewußtsein als früher und die Arbeiterklasse, sonst wäre es nicht möglich, daß wir neben den freien Gewerkschaften auch noch christliche und kirchlich-dumme Gewerkschaften hätten. Wen fällt es denn unter den Unternehmern ein, sich nach seiner politischen oder religiösen Heberzeugung zu organisieren, ob liberal, ob konservativ, ob Heide, ob Jude, ob Christ, alles tritt in dieselbe Organisation ein, weil alle ganz genau wissen, daß nur bei völliger Geschlossenheit aller Klassen Genossen etwas durchzusetzen ist. (Sehr richtig!) Gerade auf diesen Punkt werden wir Gewicht zu legen haben. Das wird den Arbeitern viel zu wenig gesagt, namentlich den christlichen und liberalen Arbeitern. Ich bin überzeugt, daß dabei vielfach unsere Taktik eine verfehlte gewesen ist. (Sehr wahr!) Man sollte die Gegenstände zwischen der Arbeiterschaft nach Möglichkeit auszugleichen suchen, man sollte die Leute belehren, sie unterrichten, ihnen ihren falschen Standpunkt nachweisen, ihnen zeigen, daß die Unternehmerr nur deshalb besondere Arbeiterorganisationen unterstützen, weil das die Arbeiterbewegung ist. Statt darauf den Schwerpunkt der Agitation zu legen, greift man Parteien an, die hinter diesen Arbeitern stehen, und stößt durch die Art, wie man das tut, ein gut Teil der Leute vor den Kopf. Ich bin ja selbst aus jenem Lager gekommen; was war ich denn vor 40 Jahren? Doch auch kein Sozialdemokrat; und so gibt es noch so manche Genossen. Wir haben uns durchgerungen zu unserer jetzigen Heberzeugung, und diesen Denkvorgang, diesen Umwandlungsprozess, der zugleich den Masseninteressen der Arbeiter entspricht, durch Aufklärung nach allen Richtungen hin zu befördern, ist eine unserer Hauptaufgaben. Wir dürfen nicht immer, statt aufläuternd zu wirken, die Gegenstände unter den Arbeitern noch verhärsen. (Sehr richtig!) Das schadet uns ganz gewaltig. Fangt erst einmal an, diese Taktik auszuüben, und Ihr werdet die Gesichter der Gegner sehen. Je mehr wir die Verbissenheit zwischen den verchiedenen Organisationen durch unsere Agitation unterstügen, umso mehr wird man sich auf jener Seite freuen.

Unsere Gegner haben weiter von uns das Geldfammeln schägen gelernt, wofür sie früher sehr wenig zu haben waren. Angesichts der Macht und Bedeutung, die die Sozialdemokratie gewonnen hat, und weil sie genau wissen, daß die Sozialdemokratie das naturnotwendige Produkt der ganzen kapitalistischen Entwicklung und der damit in Verbindung stehenden Proletarisierung der Massen ist, sind die Gegner gezwungen, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß die Sozialdemokratie die Massen in die Hand bekommt. Der Kiesenauflösung der Arbeiterbewegung in Österreich ist wesentlich dem Umstände zu danken gewesen, daß es bis dahin keine bürgerliche Partei gab, die sich um das österreichische Proletariat bekümmert hat. Dieses war gewissermaßen politisch jungfräulich. Da kam die Sozialdemokratie, und bei dem lebhaften Temperament unserer österreichischen Brüder, bei ihrer solchen Auffassungsgabe gelang es, die Bewegung in kurzer Zeit zu Fortschritten zu bringen, auf die wir noch vergeblich warten. Bei uns war es von vornherein anders: keiner von uns Alten ist etwa ohne weiteres als Sozialist in die sozialistische Bewegung getreten, wir waren alles Leute, die bereits eine bestimmte politische Heberzeugung hatten, welche erst überwandeln werden mußte. Das war verdammt schwer und hat uns manchen Kampf gekostet. Heute wächst die Jugend in den Fabriken, in den sozialistischen Kreisen ganz von selbst in die Partei hinein. Der Familienvater und die Mutter müssen verflucht ungeschickte Eltern sein, die es nicht verstanden, ihre Kinder für die Sozialdemokratie zu erziehen. (Sehr richtig!) Also nach der Richtung hin sind wir heute weit besser daran. Aber auch die Gegner wissen ganz genau den Wert dieser Erziehung zu schätzen; sie haben die Schule auf ihrer Seite, und sie benützen vor allem den Einfluß der Schule und Kirche, um auf das heranwachsende Geschlecht, Jünglinge und Mädchen, einzuwirken und sie gegen die Sozialdemokratie einzunehmen. Von oben herunter wird das bekanntlich unterstützt; es hat ja der deutsche Kaiser, der die eine Tugend hat, sehr offenberzig zu sein, erst vor kurzem angeknüpft, wie wichtig es sei, das Volk im Geiste des Hohenzollernreiches zu erziehen. Früher gab es keine Politik in der Schule, heute aber wird Politik in der Schule getrieben und in der Kirche! Man sucht die

Du bist für sich zu gewinnen, man sagt sich, sie fallen sonst rettungslos der Sozialdemokratie zu, sobald sie erst einmal in die Werkstatt, in die Fabrik kommen und dort nicht nur in ihren Fachvereinen, sondern auch politisch aufgeföhrt werden.

Weiter ist in Betracht zu ziehen die Wirksamkeit der bürgerlichen Presse. Diese Presse arbeitet heute im Dienste aller Parteien in einer so systematischen Weise gegen die Sozialdemokratie, wie man das früher in gleichem Maße nicht gekannt hat. Bei der ungeheuren Verbreitung, die die bürgerliche Presse heute noch im Vergleich zu der sozialdemokratischen unter Hunderttausenden, ja Millionen von Arbeitern hat, ist ihr großer Einfluss erklärlich. Also auch auf diesem Gebiete steht uns noch eine große Arbeit bevor.

Weiter kommt noch als ganz wesentliches Moment dazu der Zusammenstoß der bürgerlichen Parteien. Das Zentrum drängt darauf, wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Wenn die Auflösung nicht gekommen wäre, sondern die Legislaturperiode ihr natürliches Ende erreicht hätte, so seze ich 100 gegen 1, daß wir bei den Juniwahlen nicht nur Liberale, Konservern und Antisemiten, sondern auch das Zentrum, das gesamte Bürgertum geschlossen gegen uns gehabt hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Woju es damals nicht gekommen ist, das wird aber künftig der Fall sein. Der Wod ist eine vorübergehende Erscheinung, er bricht in sich zusammen, und wenn das erstrebte politische Ziel damit nicht erreicht werden kann, dann werden das Klassenbewußtsein und die Klasseninteressen die bürgerlichen Parteien in noch weit höherem Grade als je zusammenschmelzen.

Dann noch etwas anderes: Neuerdings bemächtigen sich auch die bürgerlichen Parteien, speziell das Zentrum, der Frauenbewegung. Wenn das neue Vereinsgesetz nun endlich 40 Jahre, nachdem seine Gewährung durch die Verfassung versprochen ist, verwirklicht werden sollte, dann steht es fest, daß mit ihm die Ausnahmestellung, die bisher die Frauen in diesem Punkte in vielen Staaten gehabt haben, beseitigt wird. Das neue Gesetz, soweit es durch die Zeitungen veröffentlicht ist, macht die Frauen in dieser Beziehung gleichberechtigt. Je mehr aber diese politische Gleichberechtigung der Frauen wächst, umso mehr wächst auch das Interesse aller Parteien an der Stellungnahme der Frauen. Alle Parteien sind daran interessiert, um den Einfluß der Frauen für sich einzufangen, und so wird dies Gesetz die Wirkung haben, daß alle Parteien ohne Ausnahme sich in weit höherem Maße als bisher um die Frauen kümmern. Das ist für uns in erster Linie eine Warnung, mit einer gewissen Ängstlichkeit, vielleicht sogar einer gewissen Animosität und Abneigung, die bisher bei uns in jener Beziehung bestanden hat, ein für allemal zu brechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Koch eins: Das allgemeine Stimmrecht anzutasten, ist heute ziemlich unüblich, es dem Volke zu nehmen, das geht nicht mehr, das wäre ein Versuch, bei dem die Existenz des Reiches auf dem Spiele stehen könnte, das wäre ein Versuch, demgegenüber es für uns notwendig wäre, losse es was es wolle, das bestehende Recht zu verteidigen. (Stürmischer Beifall.) Es laun wohl vorkommen, daß wir nicht bekommen, was wir haben wollen, aber was wir haben, uns nehmen zu lassen, das wären wir allemal Hundstötter und erbärmliche Kerle, das darf es nicht geben. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wenn aber das allgemeine Stimmrecht uns nicht mehr genommen werden kann, und wenn die sozialdemokratische Forderung wächst — und sie wächst aus Gründen, die ich gleich anführen werde, ganz selbstverständlich — dann ist auch damit ein Verlust, daß die Gegner einen Schritt weiter gehen und sich sagen: Haben wir heute nicht die männlichen Arbeiter, so versuchen wir es mit den Frauen, geben wir den Frauen das Stimmrecht, das ist ein Boden, der für uns noch zu haben ist. Da sind noch ungezählte Scharen, die im Namen des Staates, der Kirche und der Bourgeoisie sind; wir bekommen also in Deutschland — ich will nicht prophezeien, aber ich halte es für möglich — viel eher das Frauenstimmrecht, als daß das Männerstimmrecht uns genommen wird. Sie sehen das an der Haltung des Zentrums. Das Zentrum kennt keine Prinzipien, wenn man nicht die Grundzüge der katholischen Kirche als solche ansehen will, es kennt nur seinen Parteivorteil, der zugleich der Vorteil der katholischen Kirche ist, und das Zentrum hat bereits vor einem Jahre im bayerischen Landtage durch einen seiner weitstehenden Redner erklären lassen, es werde für das Frauenstimmrecht eintreten, und Herr Dr. Heim ist noch neuerdings auf dem Statistiktage sogar darüber hinausgegangen und hat — jedenfalls zum Schrecken seiner Zuhörer aus bauerlichen Kreisen — erklärt: wir müssen die Dienstboten organisieren, damit sie nicht in das sozialdemokratische Lager kommen! Man bedenke, was das bedeutet. Vor etwa 15 Jahren, als im Reichstag das Frauenstimmrecht angeknüpft wurde, war das Zentrum einmütig dagegen, und es hat diese Forderung mit allen Gründen der Sophistik und namentlich der Kirche bekämpft. Jetzt hat man diese Opposition aufgegeben. Schon auf dem Statistiktage in Stragburg hat einer der vorzüglichsten Redner des Zentrums mit allem Nachdruck betont, daß die Frauen zum wissenschaftlichen Studium zugelassen werden müßten, daß man die Unterstützung der Frauen nicht mehr entbehren könne. Bei der Umstrukturierung erklärte Herr Dr. Wacker noch: Wir sind bereit, den Frauen zu gestatten, daß sie in gewerkschaftlichen Organisationen eintreten, weil wir das nicht mehr verhindern können. Da heute Millionen von Frauen in Industrie und Gewerbe tätig sind, müssen wir ihnen auch gleiche Rechte mit den Männern einräumen, aber ihnen das politische Vereinsrecht zu geben, das fällt uns nicht ein. In diesem Sinne hat man auch noch vor wenigen Jahren in Bayern gestimmt. Jetzt aber ist das Zentrum bereit, den Frauen die politischen Rechte auch auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens zu geben, und Herr Dr. Heim ist auch für das politische Stimmrecht der Frauen eingetreten. Da haben wir allen Grund, uns nicht überreichen zu lassen. Wir müssen beizeiten fordern und dafür sorgen, daß wir die Frauen für unsere Organisationen gewinnen, und da wir die guten Freunde für uns haben, so wirksame Freunde, wie keine andere Partei, können wir mit größtem Erfolg diese Agitation betreiben und müssen sie betreiben. (Sehr gut!) Es wird vielleicht mancher sagen, was Du da sagst, klingt recht klar. Danach hätten wir ja womöglich recht wenig Aussicht, uns weiter zu entwickeln und allmählich die Oberhand zu bekommen. O nein, jetzt will ich Ihnen die Rehefte der Rede zeigen. Ich habe schon gesagt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist der Boden, auf dem das moderne Proletariat geboren ist, der mit Notwendigkeit den Sozialismus und die Sozialdemokratie erzeugt hat. Je mehr Proletariat heranwächst, je größer wird das Feld für unsere Agitation. Denn von Neatwegen, von Verstandes- und Naturwegen sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Sozialdemokrat sein. (Sehr richtig!) Das sind also die natürlichen Kandidaten für unsere Parteizuwachs. Es hängt nur von uns ab, von unserer Tätigkeit, unserem Geschick, unserem Fleiß, unserer Opferwilligkeit, unserer Vereinerung, wie weit wir unter ihnen neue Anhänger werden können. Von 1882 bis 1895 ist die Zahl der gewerkschaftlichen Arbeiter von acht Millionen auf zehn Millionen Köpfe gestiegen, also um 25 Proz. Die gesamte Bevölkerungszunahme hat nur 14 1/2 Proz. betragen. Die weiblichen Arbeiter haben sich sogar um 40 Proz. vermehrt. Es gehört keine Prophetengabe dazu, um vorauszufragen, daß als Ergebnis der neuen Gewerbezählung sich eine weit stärkere Verneinerung des Proletariats herausstellen wird, namentlich auch der Arbeiterinnen. Das ist eine natürliche Quelle, aus der wir neue Kraft zu schöpfen haben. Zugleich mit dieser Entwicklung geht naturgemäß der weitere Rückgang — über das Maß streite ich nicht — der kleinen Gewerbetreibenden, der Mittelschichten. Die selbstständigen Gewerbetreibenden sind schon bei der letzten Zählung um 10 Proz. zurückgegangen, während die Zahl der Arbeiter um 20 Proz. gewachsen ist. Das beweist wieder, wie die moderne Entwicklung revolutioniert. Dazu kommt, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter notwendig dadurch gestärkt wird, daß ihre Kämpfe immer heftiger werden. Dadurch werden sie ganz selbstverständlich in unsere Reihen geführt. Auch der sogenannte neue Mittelstand kommt immer mehr in entschiedene Opposition zu seinem Unternehmertum. Dieser neue Mittelstand, der besteht aus den kaufmännischen und technischen Angestellten in

Fabriken, Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, auf ihn stützen sich heute vornehmlich die herrschenden Klassen. Sie berufen sich darauf, daß, wenn auch der alte Mittelstand zurückgeht, doch ein neuer Mittelstand eintrifft in den Technikern, Ingenieuren, Architekten, Mechanikern, Werkführern, kaufmännischen Angestellten. Die Zahl dieser Personen ist von 200 000 auf über 600 000 Köpfe gestiegen. Worauf ich schon vor 20 Jahren hinwies, daß die geistigen Kräfte in diese Opposition gedrängt werden, das bewahrheitet sich heute immer mehr. Die Konkurrenz unter diesen Leuten wächst immer mehr. Man redet mit Recht heute von einem Strohregen-Proletariat. Von diesen Leuten, die nach der neuesten Mode gekleidet sein müssen, um nach außen zu repräsentieren, während sie doch häufig einen leeren Magen haben, oft viel leerer, als mancher Proletariat. (Sehr richtig!) Auch daher kommen uns die Rekruten. Nach dieser Richtung die Agitation zu lenken, ist ein Gebot der Notwendigkeit für uns und wir können es auch, wenn wir in der entsprechenden Weise vorgehen. Weiter kommt uns zugute die wachsende Unzufriedenheit über die Verteuerung aller Lebensmittel. Diese hängt zusammen 1. mit der Steigerung der Bevölkerung, dann damit, daß die Löhne, die bisher uns die Lebensmittel lieferten, mehr oder weniger ihre Erzeugnisse selbst brauchen und endlich, weil auch bei uns, durch die Schwerkölle begünstigt, die Bauernschaft die Lebensmittel verteuert. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die man vielfach auch in unseren Reihen mit günstigen Augen ansieht, haben keinen anderen Zweck und können ihn nicht haben, als in erster Linie die gemeinsame Organisation zur Verteuerung der Lebensmittel auszuführen. Wenn sie erst einmal den ganzen Viehbestand in der Hand haben werden, dann werden die Fleischpreise noch ganz andere werden. Ebenso gehen die Wohnungsmieten rapide in die Höhe. Weiter wird die Unzufriedenheit gesteigert durch die fortgesetzte Erhöhung der Steuern und die Einführung neuer Steuern auf die notwendigen Massengebrauchsgüter. Wir haben im Augenblick — das ist kein Geheimnis mehr — trotz des neuen Zolltarifs, trotz der 180 Millionen aus den neuen Steuern das Bedürfnis nach neuen 250 Millionen Steuern, d. h. wir nicht, die Herren da oben haben das Bedürfnis. Die können ohne neue Steuern ihr Militär, ihre Flotte, ihre Kolonialpolitik nicht fortsetzen. Das Volk aber muß wieder bluten, das kommt der Masse zum Bewußtsein. Das haben wir agitatorisch auszunutzen. Weiter kommt hinzu, daß durch die neuen Zölle die Grundpreise bedeutend gestiegen sind, so daß es jetzt wieder rentabel ist, Grund und Boden zu besitzen. Unsere besitzenden Kreise haben in den letzten 20 Jahren ungeheure Reichtümer erworben. Herr Debnburg hat mit Recht davon gesprochen, daß Deutschland um 30 000 Millionen reicher geworden ist. Die Schwimmer, in Ueberfluth, sie lassen sich in die gewagtesten Spekulationen ein, daher auch die Kolonialpolitik. Sie wollen für ihr Kapital neue Anlagen haben und so suchen sie auch ihr Vermögen nach Möglichkeit in Landbesitz anzulegen. Man fängt an, die Bauern auszulösen. Ich erinnere an den konservativen Antrag im preussischen Landtag, in dem darauf hingewiesen wird, wie gefährlich für den Bauerntum die Zunahme des Großgrundbesitzes ist. Diese großen Kapitalisten sind schon zufrieden, wenn sie auch nur eine Rente von 1/2 Proz. haben. Ihren Sigmern liegt vor allem daran, einen Herrenstolz und große Jagdgebiete zur Verfügung zu haben. So ist nach allen Richtungen hin der soziale Umbildungs- und Entwicklungsprozess auch ein sozialer Revolutionierungsprozess. Da finden wir neue Wurzeln unserer Kraft, da können wir mit unserer Aufklärungsarbeit einlegen. Wir müssen nur viel energischer agitieren und organisieren als bisher. Vor allem ist auch die Aufklärungsarbeit an und selbst notwendig. Die ist bisher verhältnismäßig vernachlässigt worden. Ich freue mich über den Bildungs- und Aufklärungsdrang, der überall in den Massen hervortritt, aber den Hunger nach Wissen, nach Erkenntnis, nach höherer Bildung. Der muß von uns nach Kräften unterstützt werden. Alle Mittel müssen angewandt werden, um ihn zu fördern. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben demnach das 20jährige Jubiläum des Erscheinens des kommunistischen Manifestes, jener wunderbaren Schrift, die ein Evangelium für den Sozialismus bedeutet und die nicht einmal, nein sechsmal zum gründlichen Verständnis gelesen werden muß. Notwendig ist es weiter, gewisse Teile der Lassalleschen Agitationschriften herborzuholen und zu lesen. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind im Hinblick auf nahe bevorstehende Kämpfe seine Schriften zur Verfassungfrage, das Arbeiterprogramm und die Antwort an das Leipziger Arbeiterkomitee. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder von Euch müßte diese Schriften betriebe auswendig kennen, sie bilden eine unerlässliche Grundlage unseres Wissens. Weit mehr als bisher müssen die Frauen und die Jugend in den Kreis unserer Agitation gezogen werden. Die intensivste Tätigkeit in den Parlamenten, im Reichstag, im Landtag und in den Gemeinden muß entfaltet werden. Man spricht immer von unserer rein negierenden Tätigkeit, nun ich sage Euch Parteigenossen, eine gute scharfe Kritik in einer Rede, das ist eine vortreffliche positive Tätigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will damit nicht unsere andere positive Tätigkeit herabgesetzt wissen, aber die Behauptung, wir negieren zu viel, trifft man auch in Parteikreisen. Ein Beweis, wie sich die Parteigenossen Verunsicherungen der Gegner suggerieren lassen. Wenn auch aus Desinteresse solche Stimmen laut werden, nun so sage ich: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! Wenn eine Anlage unwahr ist bis ins Mark, dann die, wir liegen es an vortrefflicher Tätigkeit fehlen. In nächster Zeit kommt der parlamentarische Leitfaden des Genossen David heraus. Ich habe mir sagen lassen, daß er sehr gut ausgefallen sei. Da findet Ihr eine Heberstift über die positive Tätigkeit unserer Fraktion von 1867 bis jetzt, da ist alles schön zusammengestellt und wenn Ihr die lest, da werden 1/10 von Euch stimmen, was wir in den 40 Jahren nicht alles bestragt haben und wie viel davon noch nicht erledigt ist. Und eine ganze Reihe von Anträgen sind darunter, die schließlich die Gegner übernommen und als ihre Anträge angenommen haben. (Hört! hört!) Das alles müßt Ihr beachten, das müßt Ihr lesen, damit könnt Ihr den Gegnern dienen. Dieser Leitfaden, es ist ein starker Band, nehmt ihn in Eure Hand und benutzt ihn in der Agitation. Auch unseren auswärtigen Genossen werden wir die Schrift schicken, damit sie sehen, was wir positiv getan haben. Ich denke, sie könnten sich manches daraus selbst zur Lehre nehmen, die sie jetzt anderen geben möchten. (Heiterkeit.) Nach allen Richtungen hin haben sich die Dinge verhärtet, sie haben sich scheinbar verdichtet. Aber auch neue Quellen unserer Kraft sind aufgedrungen und im Grunde hat sich die Situation verbessert und verbessert sich von Jahr zu Jahr. Wäre es anders, dann wäre ja, Parteigenossen, unsere ganze Arbeit, unser ganzes Streben, unser ganzes Dasein nutzlos. Wenn wir Alten, die wir ins fünfte Jahrzehnt hinein arbeiten, den Mut nicht finden lassen, dann wäre es ja eine wahre Schande für Euch Jungen, wenn Ihr hange werden solltet. (Stürmischer Beifall, vielfache Rufe: Wir sind ja nicht hange!) Ihr müßt nicht bange sein, aber von andern ist solche Kritik laut geworden. Ich verweise auf die Zusammenstellung, die der Parteivorstand jüngst über unsere Tätigkeit auf dem Gebiete der Verleserungsetzgebung herausgegeben hat. Da findet Ihr eine Masse Material. Laßt Euch nicht ins Bockshorn jagen, das wäre eine rechte Eitel. Seht Euch die Situation an, unter der wir gehandelt haben, und beurteilt unsere Taten nach den Umständen, wie jede Tätigkeit beurteilt werden muß. Das wäre ja eine elende Partei, die nicht eine Niederlage oder eine Schein Niederlage betragen könnte. Es gab schlimmere Situationen für uns. 1877 fanden wir auf einem Höhepunkte, wir hatten 493 000 Stimmen bekommen, auf 100 Wähler fielen 9,1 sozialdemokratische Stimmen, auf 100 Wahlberechtigten 5,1 Sozialdemokraten, 13 Mandate gehörten uns. Dann kam die Auflösung, das Sozialistengesetz und eine Hege, ganz ähnlich, wie sie jetzt gegen uns inagiert worden ist. Wir gingen in unserer Stimmenzahl zurück, auf 100 Wähler hatten wir nur noch 7,6 sozialdemokratische Stimmen, auf 100 Wahlberechtigten nur noch 4,8 und wir sanken auf 9 Mandate. Es kam 1881 die erste Wahl unter dem Sozialistengesetz. Wir konnten keine Flugblätter verteilen, in den meisten Wahlkreisen keine Agitation treiben, Hunderte unserer Agitatoren und Stimmzettelerreiter wurden ins Gefängnis geworfen, es war ihnen durch Dekret das Recht abgesprochen, Flugblätter zu verteilen. Selbst-

verständlich sanken wir weiter auf 812 000 Stimmen. Von 100 Wählern, die eingeschrieben waren, stimmten 3,4 für uns. Wir eroberten trotzdem 13 Mandate. Damit war der Tiefstand erreicht und damit war auch das Sozialistengesetz beseitigt, es ist nicht erst 1891 gefallen, sondern bereits am 21. Oktober 1881. Als wir unter den denkbar ungünstigsten Umständen auf 312 000 Stimmen und 13 Abgeordnete kamen, da sind die Gegner auf den Rücken gefallen, da sagten sie: Mit der Partei können wir nicht fertig werden. Wir sind von Wahlperiode zu Wahlperiode gestiegen. 1884 hatten wir 550 000 Stimmen und 24 Mandate; dann kam die Karnevalswahl, wir stiegen auf 763 000 Stimmen, aber es sank die Zahl der Mandate auf 11 zurück. Das hat uns aber nicht geschadet. Es kam die Wahl von 1890, wir bekamen 1 427 000 Stimmen. Von 100 Wählern, die sich an der Wahl beteiligten 17,9, von den Wahlberechtigten 14,1, die Zahl der Abgeordneten stieg auf 85. 1893 erhielten wir 1 787 000 Stimmen und die Zahl der Abgeordneten stieg auf 44. 1898 erhielten wir 2 107 000 Stimmen. Von 100 eingeschriebenen Wählern stimmten 18,4 für uns, die Zahl der Abgeordneten stieg auf 94. 1903 erhielten wir 3 010 000 Stimmen, von 100 beteiligten Wählern stimmten 31,7 für uns, von 100 eingeschriebenen Wählern rund 24; die Zahl der Abgeordneten stieg auf 81. Damals war es Herr Trimborn, der in einer Zentrumsversammlung in Köln ausrief: „Meine Herren! Denken Sie, 3 Millionen Stimmen haben die Sozialdemokraten, wo soll das hinaus? Ja habe das bisher nicht erwähnt. Ein guter Teil der bürgerlichen Wähler bei der letzten Wahl stimmte aus Angst vor einer Niederlage. (Sehr gut!) Das zeigt das Wort des Grafen Ballestrem: „Ja, das nächste Mal wird ein anderer an meiner Stelle Platz nehmen“. Das war ein guter Witz. Herr Frickhof hat am Sonntag im Jirkus Witz gesagt: „Das Bürgertum hat gezeigt, daß es mit der Sozialdemokratie fertig werden kann“. (Große Heiterkeit.) Sie werden nicht mit uns, aber wir werden mit ihnen fertig, da mögen sie machen, was sie wollen, und es mag dauern, so lange es dauert, das ist das eiserne Maß der geschichtlichen Entwicklung. (Zustimmung.) Bei der letzten Wahl sank unsere Wählerzahl, da eine bedeutend stärkere Beteiligung war, von 100 abgegebenen Stimmen auf 28,9, dagegen stieg unser Anteil an dem Prozentsatz der Zahl der eingeschriebenen Wähler auf 27,5 Proz. Trotz des Wahnsinns hat sich da ein so günstiges Verhältnis gezeigt wie nie zuvor. Freilich, würde es mit rechten Dingen zugehen, so müßten wir eine ganz andere Zahl von Mandaten haben, dann müßten wir heute 116 statt 43 haben. Die hauptsächlichste Zunahme der proletarischen Bevölkerung sehen wir in den großen Städten, aber da wo man die Wahlkreisgeometrie nicht anzustafen. Was würden wir aus Berlin herausholen, wenn die Wahlkreise gerecht verteilt werden; dann würde die Zahl der ostelbischen Junker im Reichstage auf die Hälfte zusammenschmelzen. Wir haben im Ruhrrevier, wir haben in Berlin und Umgegend Wahlkreise mit 400 000, 500 000, 700 000 Einwohnern, das heißt Wahlkreise, die sechs bis achtmal so groß sind, wie die sämtlichen Wahlkreise in Ostelbien. Nun ist ja aber in der Partei von jeder der Standpunkte vorherrschend gewesen, daß die Zunahme der Stimmen wichtiger ist, als die Zahl der Mandate. (Sehr richtig!) Man zählt die Zahl der Anhänger, man sieht, wie es weiter und weiter glimmt, bis dann eines Tages die helle Flamme hervorragt. (Sehr gut!) In der Stichwahl haben sich denn alle Parteien einschließlich der Freisinnigen gegen uns verbündet. Und in einer Anzahl von Kreisen ist auch das Zentrum gegen uns vorgegangen, obwohl es nach Lage der Dinge ein Interesse daran hat, unsere Fraktion zu stärken, um seine eigene Macht zu vergrößern. In nicht weniger als elf Kreisen verzichteten die Freisinnigen auf eigene Kandidaten und unterstützten reaktionäre Kandidaten gegen uns, und bei 32 Stichwahlen haben sie einmütig gegen uns gestimmt und auf diese Weise der Linken 43 Mandate entziffen. Daher kommt es, daß die Zahl der linksstehenden Abgeordneten erheblich geringer ist als im Jahre 1903. Die Herren Freisinnigen haben ihren reaktionären Pferdeschuh gezeigt, ihnen in erster Linie ist diese Schwächung der Linken zuzuschreiben. (Sehr richtig!) Nun ist ja aus dieser Wahl das schöne Bildgebilde zustande gekommen, das die Liberalen der verschiedenen Richtungen einschließlich der Sächsischen Volkspartei, die gesamte Rechte einschließlich der extremsten Agitatoren und der wütendsten Antisemiten umfaßt, eine politische Mißgeburt allerersten Ranges. (Heiterkeit und sehr gut!), eine politische Mißgeburt, wie niemals in irgend einem Lande etwas Ähnliches zustande gekommen ist, eine künstliche Zusammenhäufung von Elementen, die sich innerlich tödfeindlich gesinnt sind, die auseinandergehen wie Feuer und Wasser, und die nur in dem einen Punkt zusammenstimmen, auf keinen Fall wieder das Zentrum zur ausschlaggebenden Partei werden zu lassen. Das ist das ganze Programm des Wods, darauf richtet sich seine ganze Tätigkeit. Was ist die notwendige Folge einer derartigen Politik? Herr Dr. Wiemer, eine der Leuchten der freisinnigen Parteien, hat Sonntag im Jirkus geäußert, der Wod bedeute nur ein Zusammengehen von Fall zu Fall. Ja, damit wäre Wölff sehr wenig gebiet. (Sehr wahr!) Wölff kennt ja die heterogenen Elemente, aus denen der Wod zusammengekehrt ist; um ihn etwas zusammenzuführen, hat er ja die Führer der Wodparteien, von dem Vertreter der äußersten Linken Herrn von Vager bis zum Vertreter der äußersten Rechten Herrn von Oldenburg, seine Freunde und zugleich die reaktionärsten preussischen Junker nach Nordsee zur Wallfahrt antreten lassen. (Heiterkeit.) Die neue Mythia hat sich in seiner Person dort auf den Dreifuß gesetzt, was dabei herausgekommen ist, wissen wir vorläufig noch nicht. Die Herren beobachteten sorgfältig Schweigen, und ich glaube, sie tun ganz schlecht dabei. (Heiterkeit.) Wenn das gesagt würde, was dort verhandelt ist, dann läme wahrscheinlich recht Wunderbares zutage. (Sehr gut!) Herr v. Vager hatte ja schon einmal in diesem Frühjahr die Ehre, von dem Fürsten Wölff gewünscht zu werden, da sagte er zum Reichstagsler, man wolle auch praktische Maßnahmen sehen. Ach so, meinte Fürst Wölff, sie wollen nicht bloß die Speisekarte sehen, es soll auch bald die Suppe aufgetragen werden! (Heiterkeit.) Ganz recht! sagte Vager, die Suppe und dann auch bald das Fleisch! Nun, auf Fleisch wird man lange warten können. (Heiterkeit.) Woher es kommen sollte, möchte ich wissen; in Wirklichkeit geht doch der Wod nach allen Richtungen hin auseinander. (Sehr richtig!) Alle Opposition müssen die Freisinnigen unterdrücken, wenn der Wod halten soll. Daher hat man auch in der famosen Jirkusversammlung einen Antrag auf Abschaffung der Lebensmittelzölle rasch unter den Tisch fallen lassen, damit kein Janosch zwischen die Wodparteien geworfen wird. (Sehr gut!) Es ist ganz so, wie selbst die „Kreuzzeitung“ das Treiben charakterisiert, daß der politische Kuhhandel nur selten mit solcher Ungeuertheit betrieben worden ist wie im Lager der Wodherrlichkeit, und Herr Trager, einer der alten braven Leute, die noch auf liberalem Standpunkte stehen, hat ja die Wodebe als eine Paarung zwischen einem Karpfen und einem Kaminchen bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Die Rechte ist Anhänger der Volksherrschaft, der Beamtenherrschaft, Feind eines geordneten Gerichtswesens, Feind aller Kulturförderung, wie sie bisher der Liberalismus wenigstens scheinbar zu vertreten gesucht hat. Will man da zusammenarbeiten? Das einzige, wo sie zusammengehen können — und darauf ist es ja abgesehen — ist, daß die Herren Liberalen nach Möglichkeit Militär-, Marine- und Kolonialforderungen bewilligen sollen, und dann müßten sie natürlich auch die neuen Steuern bewilligen. Darauf geht es hinaus. Und sie werden immer weiter gehen, weil das Zentrum als Schwärzes Geipenst im Hintergrund steht. Wenn Sie nicht bewilligen, dann wird das Zentrum kommen und sagen: Wir sind da. Ist es den Herrn gefällig? (Große Heiterkeit.) Wenn es im Reichstage und im Landtage Parteien gibt, die in allen Hauptpunkten zusammengehören, dann sind es Zentrum und Konservern. (Sehr richtig.) In der Schulpolitik, in der Kirchenpolitik, in allen Fragen der Kunst, in der Post- und Handelspolitik, in der Gewerkepolitik, in der Agrarpolitik, überall sind Zentrum und Konservern ein Herz und eine Seele. (Sehr richtig.) Das ist das natürliche Bündnis, seitdem das Zentrum aufgehört hat, Oppositionspartei zu sein, obwohl es sich unanmal nach den Anschein gibt. Tatsächlich gibt es eine ganze Reihe Konservern, die sehr miträumlich dastehen und sich nach ihren

Schwarzen Brüdern sehen. Man hat sich gewundert über die Rede von Spahn, der auf einmal, wie vom Himmel kommend, predigt, wir müssen die Lebensdauer unserer Panzer verkürzen, wir müssen unsere Anorüstung zur See vergrößern, wir müssen alles mögliche für die Marine tun, was uns jährlich 40 Millionen Mark mehr kostet. Da lassen die Herren Blodbrüder von der Linken schwermütig, wie gewisse Tiere, die Köpfe hängen (Heiterkeit) und fragen: Was macht Spahn? Was hat er vor? Woher hat er seine Weisheit? Ja, hat man denn in den letzten Jahren geschlafen? Alles, was Spahn jetzt fordert, ist doch schon seit Jahren vom Flottenverein gefordert worden. Nun, da haben die Spahn und Genossen das entscheidende Beschlüsse. Und noch bei der letzten Flottenvorlage hätten sie alle weitergehenden Anträge niedergelegt. Jetzt ist auf einmal über Spahn die Erläuterung gekommen, nachdem man seine Partei von der Regierungspolitik ausgeschaltet hat. Die Partei steckt die Tritte, die sie bekommen hat, ganz ruhig ein nach der Manier gewisser Leute, und bittet: Herr! Nimm uns in Gnaden an. Wir werden alles wieder gut machen, was wir gesündigt haben! (Große Heiterkeit.) Spahn war ja auch einer der vom Glück Begünstigten, nachdem das Zentrum zur Herrschaft gelangt war. Ueberhaupt handelt es sich doch in dem Kampf um die Deute, wie die Franzosen sagen: „Oto-toi quo jo my motto.“ (Stehe auf, daß ich mich hinsetzen kann.) (Heiterkeit.)

(Den Schluß der Rebellen Rede übermittelte uns der Telegraph nur lüdenhaft. Wir werden denselben deshalb morgen im Zusammenhang geben.)

Zur Alkoholfrage

schlägt der Referent folgende Resolution vor:

Die Gefahren des Alkoholgenusses sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuss und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Ueberanforderung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber nur zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuss geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann.

Die lügerlichen Alkoholgegner stellen den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt türen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Lasten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteile erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des übermäßigen Alkoholgenusses können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuergesetze eingedämmt oder gar beseitigt werden.

Trunkstüchtereien zur Bestrafung der Trunkenen sind nicht als Ausnahmevorsorge gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunkstüchtige ist wie jeder andere Kranke dem Arzte, nicht dem Strafrichter zu überantworten und aus öffentlichen Mitteln ist für ausreichende Heilstätten für Trunkstüchtige unter ärztlicher Leitung zu sorgen.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Oeffentlichkeit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichtesten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholgefahr fordert der Parteitag: Herabsetzung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden, Verbot der Nacharbeit, genügende Ruhepausen während der Arbeit, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuern den indirekten Steuern sowie des Boden- und Wohnungswuchers.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Beschülften des Mannheimer Parteitagens über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Besehallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen.

Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten. Kinder müssen vom Alkoholgenuss unbedingt ferngehalten werden.

Den allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Massenbewussten Arbeiterschaft, indem sie die deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Rausche Vergessenheit und Genuß zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung, Venuftung, Erholung und Freude zu finden. Emanuel Wurm.

Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!

An dieses freche Wort eines Grimmitschauer Streikbrechers erinnert wieder einmal die Gerichtsverhandlung gegen einen arbeitswilligen Revolverhelden, die gestern vor dem Schöffengericht in Rixdorf stattfand.

Im September vorigen Jahres wurde auf dem Kohlenplatze der Firma Sternsee, Treptow, Lohmühlenstr. 11/14, gestreift. Wie leider immer, so fanden sich auch hier Arbeitswillige, die den organisierten Kollegen in den Rücken fielen und trotz des Streiks bei Sternsee Arbeit nahmen. Unter diesen befand sich auch der 26 Jahre alte Arbeiter Heinrich Jung, ein wegen aller möglichen Delikte, Unterschlagung, Diebstahl, Fehleret, Körperverletzung, Bedrohung, wissentlich falscher Anschuldigung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung — im ganzen 20 mal vorbestraftes Individuum.

Am 8. September 1906 hatten sich eine Anzahl Streikbrecher, u. a. auch der Arbeiter Friedrich Krudt, vor dem Kohlenplatze versammelt, als plötzlich eine Scheibe der auf dem Kohlenplatze befindlichen Bude von unbekannter Hand zertrübt wurde. Der Herr Jung nahm nun sofort gegen die Streikenden vor mit geladenem Revolver und schoß mit einem Schrotschuß dem streikenden Arbeiter Friedrich Krudt 12 Kugeln in den Kopf, von denen 10 auf operativem Wege entfernt wurden, während die übrigen 2 Kugeln sich noch heute im Kopfe des Krudt befinden und oft Kopfschmerzen verursachen. Der Angeklagte, der nicht Herr seiner Sinne gewesen sein will, als er den verhängnisvollen Schuß abgab, wurde seinerzeit auf Veranlassung des Amts-Wachmeisters Diege in ein Krankenhaus zur Beobachtung gebracht und hat dort so geschiefte Krämpfe und Geistesgestörtheit simuliert, daß es den dortigen Ärzten nicht auffiel und sie ihn am 1. Oktober 1906 nach

der Landesirrenanstalt Eberswalde überweisen. Der als Sachverständiger vernommene dortige Anstaltsarzt Dr. Zinn-Eberswalde gibt jetzt folgendes Zeugnis über den Zustand und das Verhalten des Angeklagten: Jung ist, wie festgestellt worden ist, ein total heruntergekommenes, unzählige von Malen vorbestraftes Individuum, der ebenso wie im Rixdorfer Krankenhaus auch in der Landesirrenanstalt in Eberswalde fortgesetzt nicht ungeschickt simuliert hat, und zwar markierte er den Tobsüchtigen, indem er fortwährend ohne erkennbare Ursache laut schimpfte, auch heuchelte er äußerst geschickt — und in Rixdorf mit gutem Erfolg — epileptische Anfälle, indem er sich zur Erde warf und in „Zudungen“ versank und zwar so täuschend, daß sogar der bei Epileptikern charakteristische Schaum vor dem Munde nicht fehlte. Als Dr. Zinn dem Angeklagten nach längerer Beobachtung auf den Kopf zusagte, daß er simuliere, gestand er auch ein, daß er nie an epileptischen Anfällen gelitten und ebenso wie in Rixdorf so auch in Eberswalde diesen Zustand nur vorgespielt habe. Im übrigen äußert sich Dr. Zinn über den Angeklagten, daß er infolge übermäßigen Alkoholgenusses ein geistig minderwertiger Mensch sei, der aber nie geistesgestört war und auch für seine Tat voll verantwortlich zu machen sei.

Der Angeklagte will nur in Notwehr gehandelt und von den Streikenden sich bedroht gefühlt haben. Der Schuß sollte nur ein Schreckschuß sein!

Von den 20 auf dem Kohlenplatze befindlichen Arbeitern werden nur der Antweiler Sternberg und die Arbeiter Heinrich Rahn und Ernst Dieke als Zeugen vernommen, die übereinstimmend bekunden, daß sie nicht wissen, aus welchem Grunde der Angeklagte geschossen hat. Der Amtsanwalt beantragt gegen Jung wegen gefährlicher Körperverletzung mittels einer Waffe unter Zuhilfenahme mildernder Umstände (1) einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof billigt dem Arbeitswilligen, der sich wohl aus Angst vor den Streikenden in einer Verführung, Angst und Sorge befand, im weitesten Maße mildernde Umstände zu und erkennt auf nur — 2 Wochen Gefängnis.

Welche Strafe würde ein mit denselben Vorstrafen belasteter Streikender bekommen, der einen Arbeitswilligen in den Kopf schießt???

Aus Industrie und Handel.

Der Del-Trust.

Das Bundesgericht in New York beschäftigte sich am Dienstag mit der Klage der Regierung gegen die Standard Oil-Company von New Jersey auf Entziehung der Konzession, wobei Auffsehen erregende Enthüllungen zutage kamen. Bei Vernehmung des Kontrolleurs sah von der verklagten Gesellschaft wurde festgestellt, daß von 10 000 Aktien der Standard Oil-Company von Indiana, die ursprünglich zu einer Geldsumme von 29 Millionen Dollars verurteilt wurde, sich 9000 im Besitz der New Jersey-Gesellschaft befinden. Der Zeuge erklärte ferner unter seinem Eid, daß das Gesamtvermögen der Gesellschaft von rund 200 Millionen im Jahre 1899 auf 371 Millionen im Jahre 1906 gestiegen und in diesem Zeitraum ein Gesamtgewinn von 490 Millionen erzielt sei, von welcher Summe Dividenden in Höhe von 308 Millionen Dollars gezahlt seien.

Ernte in Rußland. Der „Handels- und Industrie-Zeitung“ zufolge ist das Ergebnis des Erntertrages in europäischen Rußland am 25. August folgendes: Für Winterweizen im allgemeinen unbefriedigend, teilweise in den südwestlichen und nordwestlichen Gouvernements sehr schlecht; in Jekaterinoslaw teilweise, in Orel, Woroneß und Kursk gut. Für Sommerweizen im allgemeinen mittel, teilweise in den Gouvernements Kostroma, Kasan, Wjatka, Nka, Samara, Rogien und Witebsk unbefriedigend; in den Gouvernements der mittleren Uferbaugebiete und im Nordkaukasus stellenweise gut. Für Winterroggen allgemein mittel. In den Gouvernements Bistow und Petersburg und teilweise in Samara, den südlichen Gouvernements des Weichselgebietes und allen Gouvernements mit Weizenanbau unbefriedigend; in den Gouvernements der zentralen Schwarzsee-Gebiete teilweise in Simbirsk, Kasan, Jaroslavl und Nischni Nowgorod gut. Für Gerste im allgemeinen gut mittel; unbefriedigend dort, wo Winterweizen unbefriedigend ist; gut im Dnjepr-Rahon und in den baltischen Provinzen, sowie teilweise im Dongebiet und Nordkaukasus. Für Hafer allgemein gut mittel; unbefriedigend dort, wo Gerste und Weizen unbefriedigende Erträge bringen, gut im ganzen Südwesten Rußlands, in Kollawa, Tschernigow, Tula, Njasan, Tambow, Kaluga, Orel, Dongebiet, im Nordkaukasus, baltischen Provinzen und im Westen Polens.

Soziales.

Die Verkäuferin mit dem unstriften Kopf.

Wegen einer unordentlichen Frisur ist zwischen der Verkäuferin Hermine O. und der Bekleidungsfirma Jacob Golbe ein Rechtsstreit entstanden, der gestern vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts zum Austrag kam. Die Klägerin O. hatte ihre Stellung zum 31. Mai gekündigt und hat am 10. Mai früh morgens den im Geschäft tätigen Sohn der Geschäftsinhaberin, sich wegen einer Bilanz vorstellen zu dürfen. Dieser antwortete ihr darauf, sie solle sich lieber erst die Haare machen, sie sehe ja aus, als wenn sie die Nacht über nicht zu Hause gewesen sei. Die Klägerin erwiderte in dieser Äußerung den Vorwurf scheinbaren Lebenswandels und begab sich weinend zur Geschäftsinhaberin, einer 70jährigen Dame, die gegenüber dem Benehmen ihres Sohnes um Schutz bittend, Frau O. preiße indessen die Verkäuferin mit nichtsagenden Redensarten ab. Der Vertreter der Firma griff die Darstellung der Klägerin sofort an, als die Worte des Sohnes als ein im Interesse der Klägerin liegende Ermahnung aufzufassen wären. Herr O. habe Fel. O., als sie um Urlaub zur Vorstellung bat, nur gesagt: Wenn Sie sich vorstellen wollen, dann ist es besser, Sie bringen sich erst Ihre Frisur in Ordnung, so sehen Sie ja aus, als lämen Sie eben erst aus dem Bett.“ Gegenüber dieser Darstellung bestätigt jedoch das Lehrmädchen Fel. O. die Behauptung der Klägerin. Die Beklagte hat deutlich die Worte gehört: „Als wenn Sie nicht zu Hause wären.“ Daß die Klägerin öfter mit unordentlicher Frisur ins Geschäft gekommen sei, bestätigt das Lehrmädchen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung des Restgebalts. Die Auslegung, welche seitens der Beklagten der Äußerung des Sohnes gegeben wird, könne das Gericht nicht als die richtige anerkennen, sie müsse vernunftgemäß nur so gedeutet werden, daß die Klägerin nicht zu Hause in ihrem Bett geschlafen habe. Letztere konnte sich daher mit Recht in ihrer Ehre gekränkt fühlen und auf Grund des § 70 Absatz 4 die Stellung sofort verlassen, wenn ihr nicht seitens der Hofin Gemüthung verschafft wurde. Diese Gemüthung hätte Frau O. ausgedrückt, wenn sie ihren Sohn in Gegenwart der Klägerin ernstlich verwahrt hätte. Da sie das nicht getan, so war Klägerin zur sofortigen Arbeitseinstellung berechtigt.

Sie frecher Lämmel, Unverschämtheit!

Die kaufmännischen Angestellten der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Kaufmänner u. b. S., Filiale Berlin, erhalten in jedem Jahre einen Urlaub von einer Woche und müssen in einer Liste einzeichnen, wann sie den Urlaub antreten wollen. Ein Angestellter zeichnete in dieser Liste zwei Tage Urlaub mehr ein und begründete dies auf Befragen des Geschäftsführers Hoppe damit, daß er die Absicht habe zu verreisen

und glaube, daß ihm nach üblicher Tätigkeit zwei Tage Urlaub mehr gewährt werden. Der Geschäftsführer lehnte jedoch diesen Antrag mit den Worten ab: „Sie frecher Lämmel, keinen Tag Urlaub erhalten Sie länger, Unverschämtheit.“ Nachdem der Angestellte sich über seine Rechte erkundigt hatte, ersuchte er den Geschäftsführer O., die beleidigenden Äußerungen zurückzunehmen. Dieser nahm die Verleumdung nicht zurück, sondern bekräftigte sie noch durch folgende Worte: „Ich nehme kein Wort zurück, im Gegenteil, ich bestätige hiermit nochmals.“ Hierauf verließ der Angestellte seine Stellung und teilte dem Vorstand der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg den Sachverhalt mit und bemerkte dabei, daß er gezwungen sei, bis auf weiteres seine Tätigkeit einzustellen.

Das Kaufmannsgericht Berlin hatte sich am 17. cr. mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, weil die Großeinkaufsgesellschaft den beleidigten Angestellten als sofort entlassen betrachtete und sich weigerte, Gehalt bis zur Beendigung der Kündigungsfrist zu zahlen. Der Kläger verlangte Zahlung des Gehaltes vom 17. Juni bis 31. Juli 1907 von 152,45 M. Der Geschäftsführer Hoppe gab zu, die Verleumdung ausgesprochen zu haben, er sei aber durch das Benehmen des Klägers dazu berechtigt gewesen. Durch drei Zeugen wurde jedoch festgestellt, daß das Benehmen des Klägers als vollständig einwandfrei zu bezeichnen war. Nachdem ein Einigungsversuch scheiterte, kam das Kaufmannsgericht zu folgendem Urteil:

Durch die Zeugenaussagen ist festgestellt, daß der Geschäftsführer ohne Grund die Worte: „Sie frecher Lämmel, Unverschämtheit“ gebraucht hat und diese beleidigenden Äußerungen durch Wiederholung bekräftigt hat. Ohne Zweifel sind diese Worte als erhebliche Körperverletzung anzusehen, durch die der Kläger auf Grund § 71 Abs. 4 des O. G. B. berechtigt wäre, den Dienst ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu verlassen. Da der Geschäftsführer aber auch nur Angestellter der Firma ist, so war der Kläger verpflichtet, seine Vorgesetzten, auch wenn sie außerhalb Berlins wohnen, um Schutz anzurufen. Wenn der Kläger auch die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt hat und dabei bemerkte, daß er bis auf weiteres gezwungen sei, seine Tätigkeit einzustellen, so ist dies als ein Anrufen um Instruktion nicht anzusehen. Der Kläger ist deshalb mit seiner Klage kostenpflichtig abzuweisen.

Vermischtes.

Der Eisenbahnunfall. Wie die „Heitstädter Zeitung“ meldet, ist der gestern früh 10 Uhr 5 Minuten von Heitstede abgegangene Personenzug der Halle-Heitsteder Eisenbahn zwischen Volkstahl und Helmstedt aus bisher unbekannter Ursache entgleist. Die Lokomotive und zwei Wagen stürzten die einen Meter hohe Böschung hinab. Zehn oder zwölf Personen sollen Verletzungen davongetragen haben. Von Gerbstädt ist ein Halbzug mit zwei Waggons abgegangen.

Die Direktion der Halle-Heitsteder Eisenbahn gibt über den Unfall folgende Darstellung: Heute morgen, circa 10,45 Uhr, entgleiste auf der Halle-Heitsteder Eisenbahn zwischen den Stationen Helmstedt und Volkstahl der fahrplanmäßige gemischte Zug Nr. 8. Die Entgleisung ist nach den bisherigen Feststellungen anscheinend durch einen Schienenbruch herbeigeführt worden. Hierdurch ist zuerst die Maschine entgleist und die Böschung hinuntergefallen, die nachfolgenden beiden Personenzüge haben sich quer zum Gleis gestellt und sind durch die darauffolgenden Wagen ineinandergeschoben. Der 3., 4. und 5. Wagen sind ebenfalls ineinandergedrückt worden. Zwei Reisende sowie ein Angestellter der Halle-Heitsteder Eisenbahn haben geringe Verletzungen, die nach Angabe des Arztes von weiteren Folgen nicht begleitet sein dürften, davon getragen. Circa 30 Minuten nach stattgehabtem Unfall sind zwei Ärzte zur Stelle gewesen. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend, vorläufig wird der Verkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Die Beerdigung der drei bei Forbach ums Leben gekommenen Bergleute erfolgte am Dienstag in Forbach unter Beteiligung von Gemeindevertretern, Grundbesitzern und Bergleuten. Die Unternehmung über die Entschuldigungsursache ist noch nicht abgeschlossen. Von den drei Verletzten hat einer das Krankenhaus verlassen, während die beiden andern noch sehr schwer darnieder liegen.

Ein Eendtsbid. Nach einer Meldung aus Peine wurde in dem benachbarten Etedorf gestern früh die Ehefrau des Werkstättenarbeiters Schulze und ihr sechsjähriger Knabe mit durchschnittener Kehle im Bett aufgefunden, nachdem man die Wohnung, die schon längere Zeit geschlossen war, gewaltsam geöffnet hatte. Der Chemann Schulze, der später erhängt aufgefunden wurde, hat die Tat vermutlich aus Nahrungssorgen verübt.

Der Typhus. Nach dem „Mönchshütter Tageblatt“ sind in Antonienhütte Dienstag zwei Neuerkrankungen an Typhus, gestern eine vorgekommen. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt jetzt 83.

Raubmord auf der Bank. Hierüber wird aus Montreux berichtet: Zwei Männer, die gestern vormittag gegen 9 1/2 Uhr in der Filiale der Bank Montreux, Avenue du Kursaal, erschienen und sich Banknoten wechseln ließen, töteten den damit beschäftigten Kassierer durch Revolverschläge in den Kopf und raubten abdam den Kasseninhalt aus. Auf der Flucht verletzten sie durch Schüsse noch vier Personen, die ihre Verfolgung aufgenommen hatten. Die Verbrecher wurden nach wilder Jagd festgenommen und die entwendeten Wertpapiere und Barbestände sofort vollständig zurückerlangt. Die Täter sind vermutlich Russen; einer der Verletzten befindet sich in hoffnungslosem Zustande.

Ein Schiffbrand

bei welchem 100 Personen den Tod gefunden haben sollen, hat sich bei Tchingkang ereignet. Das „Reuterische Bureau“ meldet hierüber aus Shanghai: Der Dampfer „Tasumaru“, der der Nischni-Nischni-Kaisha-Linie gehört, ist drei Meilen von Tchingkang in Flammen aufgegangen; 100 Personen sollen den Tod dabei gefunden haben.

Ueber einen weiteren Brand wird aus Bremen wie folgt berichtet: Der Reichspostdampfer „Seydlitz“ des Norddeutschen Lloyd begegnete am 11. August auf 5 Grad 28 Minuten nördlicher Breite und 90 Grad 35 Minuten östlicher Länge dem in Flammen stehenden Dampfer „Fortunatus“ aus Weiboutne. Da das brennende Schiff, das von der Mannschaft verlassen war, im Dampferweg Ceylon-Premanthe trieb, ist das Brod laut Bericht des Kapitäns des „Seydlitz“ der Schiffsahrt gefährlich.

Opfer des Meeres. Nach einer Meldung aus West ist ein Taucher, welcher an einem gesunkenen Boot beschäftigt war, infolge Defektes an der Signalleine umgekommen, da er seinem Kollegen kein Zeichen über seine gefährliche Lage geben konnte.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht der Arbeiter-Bildungsschule Berlin vom 1. April 1906 bis 31. März 1907. 16 Seiten. Selbstverlag, Berlin O. 54, Grenadierstraße 37.

Die moralische Waise im Liberalismus und deren Uebewindung. Von Prof. Dr. E. Staudinger. Brosch. 60 Pf. Verlag: G. Necher, Darmstadt.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 9. Von Dr. E. Doll. Monatlich ein Heft. Einzelheft 2 M. O. Deutscher Verlagshandlung Nachh. in Leipzig.

Nachdruck für Goldarbeiter. Heft 9 des zweiten Jahrganges, September 1907. Herausgegeben vom Deutschen Goldarbeiter-Verband, Stuttgart.

G. Pars: „Die Religion der Menschlichkeit.“ 10 Pf. — „Der Menschheit Fluch und Erlösung.“ 20 Pf. — „Wohnungsfrage und soziale Progn.“ 50 Pf. Verlag des Verfassers in Altona, Holtenauerstraße 42.

Zur Abwehr gegen ungerechte Anfälle.

Genosse van Kol sendet uns diese Zuschrift: Die Stuttgarter Resolution über die Kolonialfrage hat hauptsächlich bei unseren deutschen Genossen vielen Staub aufgewirbelt, viel mehr als nötig und gut war.

Einestweilen aber muß ich, um einer weiteren Verbreitung von Unwahrheiten zuvor zu kommen, ein paar Mißverständnisse aus dem Wege räumen, einige der vielen Unrichtigkeiten in der Parteipresse aufzählen und mich gegen die Angriffe verwahren, die Genosse Ledebour in seiner Berliner Rede gegen mich gerichtet hat.

Dem Ausdruck „Sozialistische Kolonialpolitik“ hat man verschiedene Bedeutungen beigelegt:

1. versteht man darunter die Politik, welche erst nach dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der sozialistische Teil der Menschheit vielleicht noch treiben muß;

2. andere verstehen darunter die reformatorische Tätigkeit der Sozialdemokratie auf kolonialem Gebiete im heutigen Staate; und

3. geht es Leute, die von dem Adjektiv „kolonial“ gar nichts wissen wollen, weil sie alle „Kolonialpolitik“ von vornherein für den Inbegriff des Bösen erklären.

Jedoch, dies alles war bis jetzt nur ein Streit um Worte; denn damit sind die meisten doch wohl einverstanden: eine vom Geiste des Sozialismus getragene politische Aktion, in allen Ländern welche Kolonien besitzen, macht unseren Genossen zur Pflicht, die Rechte der Eingeborenen zu schützen, ihre Ausbeutung zu verhindern usw. In dieser Hinsicht wird sich wohl bald mehr Uebereinstimmung in den Meinungen ergeben.

Einestweilen folgende Richtigstellungen:

1. van Kol sollte erklären haben, daß „die sozialistische Kolonialpolitik die brutale Gewalt der Waffen nicht entbehren kann.“ („Vorwärts“, 29. August 1907.) Kaustky ging in einer großen Versammlung zu Leipzig noch weiter, indem er sagte: „van Kol erklärt, man müsse mit bewaffneter Hand in die Kolonien gehen.“ („Vorwärts“, 4. September 1907.)

Also: Gewalttaten, welche ich mein Leben lang, inner- und außerhalb unseres Parlaments ohne Aufhören gerügt habe, scharfer als irgendwo einer, sollte ich meinem Verfall schenken! Wie hat man das glauben können?

2. Nicht weniger falsch ist die Behauptung, ich wünsche eine Annäherung an die bürgerlichen Auffassungen der Kolonialpolitik. Man lese doch die von mir formulierten Sätze (S. 5-10), welche den Hauptbestandteil der angenommenen Resolution bilden, und man wird anerkennen müssen, daß genau das Umgekehrte wahr ist. In der praktischen Politik, welche wir Holländer in unserem Kampfe im Parlament auf kolonialem Gebiet schon seit 10 Jahren getrieben haben, braucht denn auch durch die jetzige Resolution nichts geändert zu werden.

Am schlimmsten aber macht es Genosse Ledebour. Meine Äußerungen sollten weniger zuverlässig sein, weil ich viele Jahre ein Beamter der holländischen Regierung in Indien war, mir Reichthümer erwarb durch Ausbeutung der Eingeborenen, welche Reichthümer mich in Stand setzten, eine „Spruytour“ durch die niederländischen ost- und westindischen Kolonien zu machen. . . . Diese Angriffswaffen sind mir jedoch nicht unbekannt. Sie stammen aus der Kammernummer Domela Nieuwenhuis und anderer Anarchisten, und werden seit Jahren noch gerne benutzt von unsern wenig gewissenhaften katholischen Gegnern. Dank der Liebenswürdigkeit Ledebours können sie diese kostigen Waffen jetzt wieder einmal neu ohrfeigen.

1. Was für eine Schande wäre es für einen Sozialisten als Staatsingenieur auf Java nützliche Irrigationsarbeiten auszuführen und somit das Leben und Treiben der Eingeborenen lernen zu lernen? Zudem betonte ich dabei so öffentlich meine sozialistische Bestimmung, daß ich durch eine List aus dem Gouvernementdienst entfernt wurde.

2. Geniert sich Genosse Ledebour nicht, daß er gegen mich dieselben Verdächtigungen anwendet, deren unsere Feinde sich seit Jahren bedienen gegen die „Sabritanten“ Engels und Singer, gegen den „Erben“ Bebel, den „Schloßbewohner“ Vanderaelde, den „Bankier“ Hundman usw. usw. Weil ich einige Aktien besitze von einer Kaffeeplantage auf Java, wo die Eingeborenen es besser haben als sonst irgendwo?

Ueber die Sage von meinen Reichthümern will ich mich jetzt nicht auslassen; ich bedauere nur, daß sie so ganz falsch ist; wie viel mehr könnte ich sonst finanziell tun für die Partei, der ich jetzt schon mehr als 36 Jahre diene!

3. Von einer „Spruytour“ zu sprechen, wenn einer viele Monate lang zu Fuß und zu Pferde Gegenden durchkreuzte, welche bis dahin nur von wenigen Europäern besucht wurden; wenn er manchmal in Gefahren allerlei Art geriet und sich Strapazen unterzog, wie nur Wenige — nun, das ist mehr lächerlich als ärgerlich.

Roch einen Wunsch zum Schluß: Möge die deutsche sozialdemokratische Partei sich systematischer und eingehender wie bis jetzt mit dem Kolonialproblem beschäftigen; untersuchen, welche Reformen in den verschiedenen Kolonien nötig sind, und nach der kritischen auch einmal ihre schöpferische Tätigkeit und Fähigkeit zeigen. Roch ist in der kolonialen Frage der Weisheit letzter Schluß nicht gefunden; und unsere große Bruderpartei, welche über so gute Kräfte verfügt, wird keine heilige Kräfte scheuen. Alle zusammen müssen wir Steine herantragen zum Bau eines Programms für sozialdemokratische Kulturpolitik auf kolonialem Gebiete. Oder will man alles nur gehen lassen, wie es den Kapitalisten gefällt?

D. van Kol.

Wir möchten dazu nur bemerken:

1. Wenn Genosse van Kol sich beschwert, daß ihm fälschlich Äußerungen untergeschrieben worden seien, die er nicht getan habe, so mag er sich an die Richterhalter halten, die seine Ausführungen so aufgefaßt und wiedergegeben haben, wie sie vom „Vorwärts“ und verschiedenen Genossen zitiert worden sind.

2. Genosse van Kol hat die Äußerungen Ledebours völlig irrig aufgefaßt. Ledebour hat weder von „Spruyturen“ van Kols gesprochen, noch ihm seine Beamten-tätigkeit und seine Beteiligung an einem Kolonialunternehmen zum Vorwurf gemacht. Er hat, durch die Ausführungen eines Diskussionsredners dazu veranlaßt, lediglich Tatsachen konstatiert. Nach Ledebours gestrigen Ausführungen in Essen erübrigt sich jedes weitere Wort hierüber.

3. Alles, was Genosse van Kol über „sozialistische“ Kolonialpolitik und die Aufgaben der Sozialdemokratie auf kolonialem Gebiete „schöpferisch“ tätig zu sein sagt, ist so widerspruchsvoll und unbestimmt, daß eine Antwort darauf weder möglich noch nötig ist.

Wenn Genosse van Kol später Bestimmteres zu sagen hat, soll er uns zur Diskussion jederzeit bereit finden.

Die russische Revolution.

Die Moskauer Junkerparade.

Der soeben beendete „Kongreß“ (wenn man diesen lauten Namen gebrauchen will) der junkerlichen Landschaftsvertreter in Moskau, der eine Demonstration der konservativen Politik

sein sollte und auf dessen Verlauf die Regierung große Hoffnungen setzte, war in Wirklichkeit ein Symptom für die moralische und politische Schwäche der Reaktion. Im Sommer während der Hochfluten der Konterrevolution hatte der Landschaftskongreß noch vermocht, in gewissen Teilen der Bevölkerung Anklang zu finden. Ganz anders jetzt, wo der Kongreß zu Ende gegangen ist, ohne jemand zu befriedigen. Schon die Zahl der Kongreßmitglieder war eine lächerlich geringe; es waren im ganzen nur etwa 70 Vertreter der Landschaftsinstitutionen erschienen! Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Landschaftsreform, wie sie von der Regierung projektiert worden ist, der Kongreß brachte es aber zustande, den Regierungsentwurf überhaupt beiseite zu lassen. — Daran knüpfen sich jetzt in der konservativen Presse Betrachtungen, welche zeigen, wie isoliert die Regierung dasteht und daß sie selbst in jenen Schichten keine rechte Stütze findet, die nach dem neuen Wahlgesetz in der dritten Duma mit der Regierung zusammen arbeiten sollen.

Am 12. d. M. ist in den „Petersburger Nachrichten“, einem stoffkonservativen Blatte, das Ergebnis der Kongreßberatungen folgendermaßen zusammengefaßt: Der Kongreß habe bewiesen, daß die russische Regierung von allen Schichten der Bevölkerung förmlich ignoriert werde! Das Projekt der Regierung sei mit einer beispiellosen Geringschätzung behandelt worden. Die ganze russische Gesellschaft, so führt das Blatt weiter aus, behandelt die Regierung als eine Erscheinung niedrigerer Ordnung! Der Kongreß habe klar bewiesen, daß die Regierung weder in der russischen Gesellschaft noch im Volke einen Verbündeten habe.

Der konservative „Graschdanin“, bekanntlich gleichfalls ein sehr konservatives Blatt, faßt sein Urteil dahin zusammen, daß jene Kreise, an denen die Regierung bei der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes eine Stütze zu finden hoffte, nicht fähig seien, an dem Reformwert Russlands mitzuarbeiten! Auf dem Kongreß sei die landschaftliche und die adlige Geistesaristokratie vertreten gewesen und doch habe die Beratung ein trauriges Schauspiel geboten. Wie soll es werden, fragt der „Graschdanin“, wenn die dritte Duma ähnlich aussieht, wie der abgelassene Kongreß? Selbst das Bureaurenblatt „Kowoje Wremja“ ist mit dem Kongreß unzufrieden; es erklärt offen, daß er niemand befriedigt habe.

Dieser Verlauf des Kongresses ist, wie bereits gesagt, für die Lage sehr kennzeichnend; man kann ihn als die Niederlage der künftigen Adelsduma betrachten und als ein Anzeichen dafür, daß, wenn es der Regierung nicht gelang, selbst in den Kreisen der jetzigen reaktionären Landschaftler Hilfe zu finden, es ihr auch fortan unmöglich sein wird, ihre Kräfte zu erneuern, oder auf die Dauer sich über Wasser zu halten. Die Junkertum hat sich als vollständig unfähig erwiesen, politisch und parlamentarisch zu arbeiten. Bei den Wahlen wird diese Manifestation der geistigen Inferiorität des russischen Junkertums eine nicht geringe Rolle spielen.

Von der Agrarpolitik der Regierung.

In letzter Zeit veröffentlicht der offizielle „Regierungsbote“ eine ganze Reihe in Tönen höchsten Triumphes gehaltene Berichte über die Tätigkeit der bürokratischen Agrarkommissionen, denen nach den Absichten der Regierung die Pflicht obliegt, Hand in Hand mit der Bauernbank die Agrarfrage auf dem Lande zu lösen — einerseits durch Vermehrung des bäuerlichen Grundbesitzes, was durch Vermittelung und Verwirklichung von Bodenverläufen seitens der Grundbesitzer an die landarmen Bauern zu erfolgen hat, andererseits durch Förderung der persönlichen Bodenbesitzreform, d. h. durch Verkauf des Bodens nur an einzelne Personen zur individuellen Wirtschaftsführung, nicht aber an ganze Gemeinden oder Genossenschaften. Dies die Absichten der Regierung, so wie sie in dem die Einsetzung der Kommissionen begleitenden Erlaß niedergelegt sind. Die nunmehr vom „Regierungsbote“ veröffentlichten Berichte bieten einiges Material zur Beurteilung dessen, inwiefern die Kommissionen den ihnen gestellten Aufgaben gerecht werden.

Von Anfang Juli an — dem Zeitpunkte, zu dem die Berichte zu erscheinen begannen — haben die Kommissionen insgesamt 275 000 Dessjätinen Boden „liquidiert“, wobei durchaus im unklaren bleibt, was unter dieser „Liquidation“ zu verstehen ist: ob die tatsächlich bewerkstelligten Verkäufe oder nur die eingelaufenen Anträge. Verkaufes gesuche. Aber selbst wenn man den günstigeren ersten Fall annimmt, so sind doch die 295 000 Dessjätinen nur ein Tropfen auf den heißen Stein des vorhandenen Bodenmangels, der nach den allerbestehenden Berechnungen für das europäische Russland allein zirka 20 Mill. Dessj. beträgt! Es bedürfte somit bei diesem Schneedentempo eines Zeitraumes von 20 Jahren, um den Mangel zu beseitigen; dabei wäre aber nicht einmal der natürliche Bevölkerungszuwachs berücksichtigt.

Vietet also der auf Beseitigung des Bodenmangels gerichtete Teil der Kommissions-tätigkeit recht wenig Anlaß zum Triumphgeschrei, so sieht es mit der Förderung der persönlichen Bodenbesitzform recht kläglich aus; denn es geht aus den Berichten mit dankenswerter Klarheit hervor, daß der Bodenverkauf an Einzelpersonen nur dort in ausgiebigem Maße stattgefunden hat, wo diese Eigentumsform ohnehin eingebürgert ist, vor allem in Süd- und Südwestrussland. So waren z. B. im Gouvernement Wolhynien 94 Proz. aller „Liquidationen“ Einzelverkäufe, im Gouvernement Podolien 92 Proz., in Kleinsibirien bereits weniger, nämlich 50 bis 75 Proz. In denjenigen Gouvernements aber, wo der Gemeindebesitz noch vorherrscht, in Zentralrussland, in den Gouvernements Saratow, Tambow, Woronesch u. a. ist die Zahl der Einzelverkäufe so gering, daß die Berichte sich darüber einfach aussprechen. Zu bemerken ist ferner, daß die persönliche Eigentumsform den kausenden Bauern oft direkt aufzungen wurde durch Erhöhung der Bodenpreise um 30 bis 40 bis 50 Rubel für die Gemeinden und durch Erschwerung der Beihilfe der Bauernbank. . . .

Ein besonderes Licht auf die Tätigkeit der Kommissionen wirft aber der Umstand, daß selbst die geringe von ihnen bewirkte Vermehrung des bäuerlichen Grundbesitzes in einer großen Anzahl von Fällen keine dauernde ist! In den Berichten der Kommissionen findet man zwar natürlich keine Hinweise darauf, wohl aber in den Berichten der Bauernbank, mit deren Hilfe — durch Vorkasse, Darlehen usw. — die meisten Verkäufe stattfinden. In einer nicht unbedeutenden Anzahl von Fällen wird den Bauern der unlängst erst gekaufte Boden von der Bank wieder abgenommen und versteigert, da die Bauern den im Kaufvertrag übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen! So versteigerte z. B. die Filiale der Bank in Smolensk 327 Parzellen mit 54 1/2 Tausend Dessjätinen Bodensfläche, im Gouvernement Penza 70 000 Dessjätinen, in dem einen Kreise Jelez (Gouvernement Orel) 10 000 Dessjätinen usw.

Die Ursache dieser abnormen Erscheinung zu ergründen, kann nicht schwer fallen, wenn man die von der Bank betriebenen Bodenpreissteigerungen in Betracht zieht. Die durchschnittlichen Bodenpreise der Bauernbank betragen (nach den hauptsächlichsten Perioden ihrer Tätigkeit):

Table with 2 columns: Period (Von 1883 bis 1895, 1896, 3./Xl. 1905, 1./L. 1907, 1./L. 1907) and Price (44.7 Rubel pro Dessjätin, 91.0, 127.0, 189.7).

Somit entfällt auf die letzten 20 Monate — die Periode der energischen Tätigkeit der Bank und der Kommissionen — eine Preissteigerung von zirka 50 Proz. Diese künstlich gesteigerten Bodenpreise stehen aber in keinem Verhältnis zur Rentabilität des Bodens und die Differenz müßte daher der Bauer aus eigener Tasche an die Bank auszahlen; das zu tun, ist jedoch gerade der bodenarme, wirtschaftlich schwache Bauer nicht imstande und er sieht sich schließlich gezwungen, den gekauften Boden trotz der geleisteten Anzahlung aufzugeben. Es sind auf diese Weise nur die kapitalstärkere Bauernschaft, die ausstrebende bürgerliche Bourgeoisie imstande, an dem gekauften Boden zäh festzuhalten.

Die Ursache der Unwirksamkeit der Kommissions- und Bauernbank-tätigkeit liegt aber nicht nur in dem Mißverhältnis zwischen dem wirklich vorhandenen Hebel und den zu seiner Befähigung vorgeschlagenen Palliativmitteln, sondern auch in der Absicht, in der diese Tätigkeit von der Regierung geleitet wird: der Verkauf von Boden an die Bauern ist für sie nur ein Vorwand, um ihrem guten Freunde, dem zarentreuen Adel, die verschuldeten Güter zu hohen Preisen abzukaufen und die Last dieser Preise nachher auf den Bauern abzuwälzen. Die rege Ankaufstätigkeit der Bauernbank in der letzten Zeit sieht daher in unmittelbarem Zusammenhange mit der ökonomischen Krise, in der sich jetzt der feudale adlige Grundbesitz befindet.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Salzburg, 17. September. (Privattelegramm.)

In der heutigen Vormittags-sitzung des Bergarbeiterkongresses waren die Beratungen vorwiegend der Frage der Einführung des Achtstundentages im Bergbau betriebe gewidmet. Diesbezüglich lagen mehrere Resolutionsanträge vor. Der englische Delegierte Fred Gal erstattete Bericht über die Achtstundentagsbewegung in England und führte hierzu aus, daß das englische Parlament sich erst vor kurzem zugunsten dieser Bestrebungen ausgesprochen habe. Die Regierung wolle jedoch dieser Vorlage mangelnde Klaukeln anhängen, mit denen die Arbeiter nicht einverstanden sind. Die Bergarbeiter Englands haben 20 Jahre für dieses Prinzip gekämpft und werden gegen jedes Zugeständnis an die Bergwerksbesitzer, welche eine schrankenlose Vermehrung der Ueberstunden fordern, auftreten.

Der englische Parlamentarier Whitefil sprach sich gleichfalls gegen die Vermehrung der Ueberstunden aus und sagte dann: Die Bergarbeiter aller Länder haben die Macht, ihre Forderungen durchzusetzen, denn sie sind im Falle eines Krieges in der Lage, durch Arbeitseinstellung die Kriegsführung zu vereiteln. Die Arbeiter werden es sich wohl in Zukunft auch überlegen, ob sie es den regierenden Klassen er-möglichen sollen, einen Krieg im eigenen Interesse zu führen. In diesem Falle wäre es am besten, wenn die Bergarbeiter der ganzen Welt anstünden und einfach sagten: Wir werden keine Kohlen liefern und es Euch derart unmöglich machen, einen Krieg zu führen!

Cabrot, Belgien teilte mit, daß in Belgien noch eine elf- bis dreizehnhündige Arbeitszeit bestehe. Seit einem Jahre jedoch habe sich die öffentliche Meinung zugunsten einer Verkürzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter ausgesprochen. Es wäre hoch an der Zeit, daß die internationalen Organisationen einheitlich für die Einführung des Achtstundentages eintreten.

Goniaux, Frankreich versicherte, daß die französischen Bergarbeiter bemüht sein werden, die Kommission, welche zur Prüfung dieser Frage eingesetzt wurde, zu zwingen, die Gesetzesvorlage endlich der Kammer zu unterbreiten.

Wendt, Deutschland beschuldigte die Zentrums-partei, daß sie die den Bergarbeitern gegebenen Versprechungen nicht gehalten habe. Die deutschen Bergarbeitergesetze seien vollkommen unzulänglich und die Schaffung eines Reichsgesetzes unbedingt notwendig.

Der Vertreter der österreichischen Union, Ebert, berichtete über den Stand der Frage in Oesterreich, und sagte, daß die Bergarbeiter auch hier gegen das Bestreben der Unternehmer, die Ueberstunden zu vermehren, harte Kämpfe führen müssen. In Oesterreich bedürfe auch die Frage der Frauenarbeit einer gründlichen Regelung, da hier 6000 Frauen in Kohlen-gewerken beschäftigt sind.

Der Kongreß nahm sodann mehrere Resolutionen an, und zwar zunächst eine von der Föderation Großbritanniens beantragte folgenden Inhaltes:

Dieser Kongreß ist der Ansicht, daß die Zeit nun gekommen sei, um größere Fortschritte zu machen in der Erringung des Achtstundentages in Bergwerken (einschließlich Ein- und Ausfahrt). Wir verpflichten und deshalb, alle unsere Kräfte anzu-strengen, um diese Frage mit größerer Wucht den Parlamenten der auf diesem Kongreß vertretenen Nationen aufzudrängen, bis daß der Achtstundentag Gesetz wird.

Auf Antrag von Belgien und Frankreich wurde weiter beschlossen:

Die Arbeitsstunden in den Bergwerken dürfen nicht 8 pro Tag überschreiten und diese Stundenzahl muß noch weiter reduziert werden in Bergwerken, in welchen schlagende Wetter, hohe Temperatur oder feuchte Atmosphäre herrschen.

Endlich gelangte auf Antrag von Deutschland und Oesterreich folgende Resolution zur Annahme:

Durch die Landesgesetze ist die Schichtzeit für alle Arbeiter in der Bergwerksindustrie auf höchstens 8 Stunden zu beschränken. In den unterirdischen Betrieben ist bei hoher Temperatur nur eine höchstens sechshündige Arbeitszeit zu gestatten.

In der Nachmittags-sitzung kam es aus Anlaß der Bericht-erstattung über die Prüfung der Delegiertenmandate zu einer interessanten Debatte über die Zulassung der außerhalb der sozialdemokratischen Verbände stehenden Organisationen zu dem Kongreß.

Den Berichten ist zu entnehmen, daß die englische Gruppe durch 60 Delegierte für 918 048 Arbeiter vertreten ist, während in England überhaupt 1 203 000 Bergarbeiter beschäftigt seien. Am härtesten sind die Distrikte Northshire mit 75 000, Lancashire mit 60 000, Südnorfolk mit 117 000, Schottland mit 60 000 und Durham mit 95 000 Arbeitern vertreten. 375 525 Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten sind durch zwei Delegierte vertreten; ferner Belgien, 139 000 Arbeiter, hiervon organisiert 65 000, durch zehn Delegierte; Frankreich, 182 000 Bergarbeiter, hiervon organisiert 30 000, durch 6 Delegierte; Oesterreich (135 000 Bergarbeiter, organisiert 83 000) durch 18 Delegierte; Deutschland hat vier Gruppen zum Kongreß entsendet: der Verband der Bergarbeiter (102 000 organisiert), der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter (77 000), die polnische Berufsvereinigung (28 000), der Gewerksverein deutscher Arbeiter (2000). Die Gesamtzahl der deutschen Bergarbeiter beträgt 689 000.

An die Bekanntgabe der Doffern knüpfte sich eine Debatte über die Zulassung der letztgenannten drei Gruppen.

Die Geschäftsordnungskommission beantragte: Mit Rücksicht darauf, daß die drei Gruppen nicht der großen, internationalen Vereinigung angehören, sondern abgeordnet von den sozialdemokratischen Organisationen der betreffenden Länder stehen, möge der Kongress diese Gruppen auffordern, sich der großen Reichsorganisation anzuschließen, da sonst im nächsten Jahre ihre gesonderte Einladung zum Kongress Schwierigkeiten hervorrufen würde.

Der Sekretär der österreichischen „Union“, Wrdla-Mährisch-Czura, wies auf die freisozialistischen Arbeiter starkere Richtung sowie auf die christlichen Organisationen hin, die durch eine direkte Konkurrenzfähigkeit die Interessensvertretung der österreichischen Bergarbeiter außerordentlich erschweren. In Oesterreich, sagte Wrdla weiter, sei ein Zusammengehen mit den Freisozialisten, Anarchisten und Christlichsozialen ausgeschlossen, da diese der Sozialdemokratie den Vernichtungskampf anknüpften. Es ist ausgeschlossen, daß diese jemals sich einem Reichsverband anschließen. Sie können es niemals verlangen, daß die Sozialdemokratie sie anerkennt.

Der Vertreter der christlichen Bergarbeiterorganisation in Deutschland, Effer, führte aus, daß mit der Annahme der Resolution die drei genannten Gewerkschaftsgruppen gezwungen würden, abseits zu stehen. Die christliche Gewerkschaftsorganisation gehe in wirtschaftlichen Fragen mit der sozialdemokratischen. Sie habe auch 1906 über 150 000 M. an Streitzeldern aufgebracht. Jetzt sollten 100 000 Vergleute aus der Gewerkschaftsvertretung ausgeschlossen werden. Damit wird ein neuer Kampf heraufbeschworen. Im Momente, da die Resolution angenommen werde, wäre er auch heute schon gezwungen, den weiteren Beratungen des Kongresses fernzubleiben.

Namens der polnischen Berufsvereinigung sprach Sosinski. Die Polen wären gezwungen worden, eine eigene Organisation zu gründen, da seit Jahren die deutsche Regierung das Potential ausrotten und aus ihrem Stammlande vertreiben wollte. So lange die preussische Regierung diese Politik und die Grausamkeiten gegen das polnische Volk unterstütze, wird man es begreiflich finden, daß alle polnischen Arbeiter zur Bekämpfung dieser Politik eigene Organisationen bilden. Im übrigen seien ja auch die Deutschen selbst untereinander nicht einheitlich organisiert.

Der deutsche Abgeordnete Sachs führte daraufhin aus: Die Oesterreicher seien es gewesen, auf deren Wunsch die Engländer den Resolutionsantrag eingebracht haben, der aber besonders die Christlichen nicht wundern könne, da sie ja in der letzten Zeit gegen die sozialdemokratischen Verbände Angriffe richteten, die von Unwahrheiten trösten. Sie haben eine feindselige Konkurrenz eröffnet. Die Zersplitterung in Sonderorganisationen schädige die Gewerkschaften ganz außerordentlich, so daß es sehr begreiflich ist, wenn Anträge kommen, die die Einheitlichkeit gewahrt wissen wollen.

Norwegischer Gewerkschaftskongress.

Im Anschluß an den Skandinavischen Arbeiterkongress, der politischen und gewerkschaftlichen Vertretung von ganz Skandinavien, fand in Kristiania in der Zeit vom 10. bis 13. September der norwegische Gewerkschaftskongress statt. Auch an diesem Kongress nahmen als Vertreter der deutschen Gewerkschaften die Genossen Legien und Sassenbach teil.

Wie aus dem Berichte des Sekretariats, der unserer deutschen General-Kommission entsprechenden gewerkschaftlichen Zentralstelle, zu ersehen war, ist die Gewerkschaftsbewegung in Norwegen in einer erfreulichen Entwicklung begriffen. Es waren in den angeschlossenen Organisationen vorhanden:

Ende 1904	9080 Mitglieder in 241 Abteilungen
1905	15689 „ 327 „
1. April 1907	23339 „ 444 „
1. Juli 1907	33965 Mitglieder

Diese schnelle Entwicklung, die aber im Zusammenhang mit der zunehmenden wirtschaftlichen Erschließung Norwegens steht, führt dazu, daß die bisherigen, für kleine Verhältnisse geschaffenen Formen und Einrichtungen nicht mehr ausreichen. Infolgedessen hatte der vor 2 Jahren abgehaltene vierte Kongress eine Kommission eingesetzt, die ein neues Statut für die gewerkschaftliche Landeszentrale auszuarbeiten sollte. Die Beratung dieser Statutenvorlage war nun die Hauptaufgabe des fünften Kongresses.

Zunächst handelte es sich darum, die Mindestsumme festzusetzen, die die angeschlossenen Organisationen als regelmäßigen Streitzbeitrag von ihren Mitgliedern erheben müssen. Bisher wurde 10 Oere pro Woche gezahlt, in Zukunft müssen mindestens 7,20 Kronen (1 Krone = 100 Oere = 1,12 M.) erhoben werden.

Frauen und Lehrlinge, sowie solche Halbarbeiter und ungelerneten Arbeiter, die weniger als 2 Kronen pro Tag verdienen und infolgedessen in ihrer Organisation einen geringeren als den allgemeinen üblichen Beitrag zahlen, brauchen nur zur Zahlung der Hälfte der vorgenannten Summe verpflichtet zu werden.

Der Beitrag, den die angeschlossenen Organisationen an die Landeszentrale zu zahlen haben, wurde auf 30 Oere pro Mitglied und Monat festgesetzt. In Deutschland beträgt der an die General-Kommission zu zahlende Beitrag 1 1/2 Pf. pro Monat. Dieser Unterschied erklärt sich daraus, daß im Gegensatz zu Deutschland die norwegische Landeszentrale die Aufgabe hat, die Streiks der einzelnen Organisationen zu unterstützen. Die zu zahlenden Beiträge dienen also zum größten Teil zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen, nur zu einem geringen Teil für andere Ausgaben.

Bisher wurde ein fester Beitrag für Streikwede nicht erhoben. Bei Streiks und Aussperrungen hatte das Sekretariat das Recht, einen Extrabeitrag bis zu 50 Oere pro Woche für ganz bezahlende und 25 Oere für halbzahlende Mitglieder auszusprechen. Dieser Beitrag mußte von jeder Gewerkschaft für ihre Mitglieder gezahlt werden. In den letzten Jahren mußte für Streikwede pro Mitglied und Woche gezahlt werden: 1903 9 Oere, 1904 8 Oere, 1905 11,3 Oere, 1906 in den ersten drei Monaten 13,5 Oere. Die durchschnittliche Ausgabe in den letzten vier Jahren betrug 10,8 Oere pro Mitglied und Woche.

Sollte der nunmehr festgesetzte Beitrag von 35 Oere pro Monat, der unter dem bisher gezahlten Durchschnitt steht, zur Deckung der Ausgaben für Streiks und Aussperrungen nicht ausreichen, so kann eine Extrasteuer von 50 resp. 25 Pf. pro Woche festgesetzt werden.

Unter besonderen Umständen kann der Hauptvorstand, eine den deutschen Vorstandskongressen entsprechende Körperschaft, mit Zweidrittelmajorität eine Verdoppelung des Extrabeitrages beschließen.

Da bei Streiks und Aussperrungen die Hauptaufgabe durch das Sekretariat zu leisten ist, so ist diesem auch in Bezug auf die Bewilligung, die Durchführung und die Beendigung der Bewegung ein weitgehender Einfluß eingeräumt. Zu allen geplanten Bewegungen, bei denen man auf Unterstützung rechnen, ist die Zustimmung des Sekretariats einzuholen. Auch hat das Sekretariat das Recht, die ihm nötig erscheinenden Schritte zu unternehmen, um eine Bewegung zu Ende zu bringen. Ergibt sich hierbei ein Gegensatz zwischen dem Sekretariat und der in Betracht kommenden Organisation, so hat der Hauptvorstand die endgültige Entscheidung zu treffen.

Als Unterstützung an Streikende und Aussperrte wurde bisher seitens des Sekretariats pro Woche 8 Kronen an vollbezahlende und 4 Kronen an halbzahlende Mitglieder geleistet. Im neuen Statutenentwurf wurden nun seitens der Statutenkommission dieselben Unterstützungssätze vorgeschlagen, wogegen die Minderheit vorschlug, den Satz zu erniedrigen, um einerseits das Sekretariat zu entlasten und dann auch der betreffenden Organisation eine größere eigene finanzielle Verantwortung aufzulegen. Gerade über diese Frage wurde am eingehendsten beraten und hierüber fand auch die einzige namentliche Abstimmung des Kongresses statt. Bei der Abstimmung beschloß die hauptsächlich aus Vertretern der

beiden größten Verbände, der ungelerneten Arbeiter und der Metallarbeiter bestehende Mehrheit, den Satz auf 7 Kronen zu erniedrigen. Doch wurde auch weiter beschlossen, daß dann, wenn mehr als 40 Proz. der Verbandsmitglieder am Streik oder der Aussperrung beteiligt sind, der bisherige Satz von 8 Kronen gezahlt werden soll.

Was über den vom Sekretariat geleisteten Betrag hinaus an Streifunterstützung gezahlt wird, haben die Organisationen nach ihrem eigenen Statut zu zahlen und selbst aufzubringen.

Für die erste Woche wird seitens des Sekretariats keine Unterstützung gezahlt. Die Statutenkommission hatte in ihrem Entwurf die Bestimmung vorgesehen, daß eine Unterstützung über drei Monate hinaus nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes erfolgen könne. Dieses wurde vom Kongress abgelehnt.

In Bezug auf die Zusammenfassung der Gewerkschaftskongresse bestand bisher die Bestimmung, daß jede Abteilung eines Verbandes das Recht hatte, für je 100 Mitglieder oder einen Teil derselben einen Vertreter zu entsenden, im Höchstfalle in diesem 5 Vertreter. Außerdem hatte jeder Verbandsvorstand das Recht, zwei Vertreter zu ernennen. Diese Bestimmung führte dazu, daß der Umfang des Kongresses ein allzu großer wurde. Waren doch auf dem jetzigen Kongress fast 250 Vertreter anwesend, darunter einige, die unter 50 Mitglieder vertraten. Ein Vertreter hatte sogar nur 14 Mitglieder hinter sich. Der Verband der ungelerneten Arbeiter war allein durch 88 Delegierte vertreten.

Diese Bestimmung, die sich mit der zunehmenden Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisation immer unhaltbarer erwies, wurde dahin geändert, daß zunächst prinzipiell an Stelle der Vertretung der einzelnen Abteilungen eine Vertretung der Verbände gesetzt wurde und zwar sollen die Verbände das Recht haben, für die ersten 1800 Mitglieder einen Vertreter für je 300 Mitglieder, darüber hinaus einen Vertreter für je 500 Mitglieder zu entsenden. Der Hauptvorstand des Verbandes hat außerdem das Recht, für das erste und zweite Tausend je einen Vertreter, darüber hinaus einen für je 2000 Mitglieder, im Höchstfalle aber 5 Vertreter zu entsenden. Der Kongress soll in Zukunft nicht mehr alle zwei, sondern nur noch alle drei Jahre abgehalten werden.

Bei der Frage der Zusammenfassung des Sekretariats wurde der Vorschlag, außer dem schon bisher angestellten Vorsitzenden auch noch einen Kassierer anzustellen, abgelehnt. Dafür wurde dem Sekretariat das Recht gegeben, dem Vorsitzenden eine Schreibhilfe zur Verfügung zu stellen. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf 2400 Kronen festgesetzt.

Das Sekretariat soll aus 10 Mitgliedern bestehen, die vom Kongress zu wählen sind. Außerdem gehört dem Sekretariat ein vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei aus seiner Mitte ernanntes Mitglied an. Wähler bestand die Bestimmung, daß dieses Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse; diese Bestimmung wurde auf Vorschlag der Statutenkommission fallen gelassen, um die Möglichkeit zu geben, einen ausgeprochenen Vertreter der politischen Bewegung in das Sekretariat zu entsenden.

Das Sekretariat ernannt aus seiner Mitte einen Vertreter für den Vorstand der sozialdemokratischen Partei, so daß durch diese gegenseitige Vertretung ein enger Zusammenschluß zwischen den leitenden Körperschaften der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung gegeben ist.

Die Mehrheit der Statutenberatungskommission hatte den Vorschlag gemacht, daß von jeder Organisation nur ein Mitglied dem Sekretariat angehören dürfe; die Minderheit der Kommission schlug dagegen vor, daß vom selben Verbande zwei Mitglieder genommen werden können. Auch hierüber wurde eine teilweise recht heftige Debatte geführt. Die kleineren Verbände befürchteten eine Benachteiligung, wenn die größeren Verbände durch mehrere Mitglieder im Sekretariat vertreten sind, von anderer Seite wurde indessen ausgeführt, daß man sehen müsse, ohne Rücksicht auf die Verbandszugehörigkeit die tüchtigsten Leute in diese wichtige Körperschaft zu bekommen. Es wurde denn auch beschlossen, daß zwei Mitglieder von einem Verbande zur selben Zeit dem Sekretariat angehören dürfen.

Die von den einzelnen Verbandsvorständen zum Gewerkschaftskongress entsandenen Vertreter (je einer für das erste und zweite Tausend, je einer für je weitere 2000 Mitglieder, im Höchstfalle 5 Vertreter) gelten bis zum nächsten Kongress als Hauptvorstand. Der Hauptvorstand tritt so oft zusammen, als es vom Sekretariat für nötig gehalten wird oder er selbst es beschließt. Außerdem muß er zusammenberufen werden, wenn es der dritte Teil der Hauptvorstandsmitglieder verlangt. In den Jahren, in denen kein Gewerkschaftskongress stattfindet, tritt der Hauptvorstand auf jeden Fall zusammen.

Im übrigen wurde das neue Statut nach den Vorschlägen der Kommission angenommen; es soll mit dem 1. Januar 1908 in Kraft treten.

Die Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Sekretariats fand hinter verschlossenen Türen statt. Besondere Gründe hierfür lagen nicht vor; es ist so landesüblich und wurden in früheren Jahren die Kongresse überhaupt unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten.

Ein besonderer Punkt der Tagesordnung bildete ein Antrag des Metallarbeiterverbandes auf Beseitigung von statistischen Erhebungen. Hierzu wurde beschlossen, daß die einzelnen Organisationen verpflichtet seien, möglichst umfangreiche periodische Aufnahmen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Branchen zu machen und das Ergebnis dem Sekretariat mitzuteilen. Das Sekretariat soll seinerseits Untersuchungen über die Preise der wichtigsten Lebensmittel an den einzelnen Orten anstellen. Das so gewonnene Material sowie die verschiedenen Bestimmungen in den wichtigsten Tarifverträgen sollen zu einem bequemen Handbuch zusammengestellt und den Vertrauensleuten der Gewerkschaften zugänglich gemacht werden.

Eine eingehende Diskussion fand über die Festsetzung allgemeiner Bestimmungen für Tarifabschlüsse statt. Der Referent Ormestad, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, wies auf die Notwendigkeit hin, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Mit dem Erfordern der Gewerkschaften mehrten sich die Tarifabschlüsse, aber infolge Mangel an Erfahrung seien diese teilweise recht ungenügend abgefaßt. Es wurden für kommende Tarifabschlüsse folgende Regeln aufgestellt:

1. Die Tarifverträge müssen so klar und unzweideutig abgefaßt werden, daß sie nicht selbst den Anlaß zu neuen Streitigkeiten geben.

2. Es sind bestimmte Regeln für Verhandlungen und Schiedsgerichte festzusetzen, damit bei verschiedenartiger Auslegung oder bei Bruch des Vertrages eine rechtsgültige Entscheidung getroffen werden kann.

3. Die Verträge sind auf mindestens zwei Jahre abzuschließen; ein Zurücktreten vom Vertrage unter dem einen oder anderen Vorwande darf nicht gestattet werden.

Falls eine Organisation einen Vertrag schließt, der in Bezug auf die vorsehenden Regeln mangelhaft erscheint und für die Landesorganisation Streitigkeiten und Ausgaben mit sich bringen kann, so hat das Sekretariat das Recht, die Anerkennung des Vertrages zu verweigern. Tritt der Vertrag trotzdem in Kraft, ohne daß die vom Schiedsgericht gerügten Mängel beseitigt sind, so hat die Organisation für alle daraus entstehenden Ausgaben selbst aufzukommen. Auch kann die Organisation die Hilfe des Sekretariats zur Durchführung eines besseren Vertrages erst nach Ablauf von zwei Jahren seit dem Abschluß des ersten Vertrages erhalten. Nur bei besonderen Umständen kann von dieser Regel abgesehen werden.

Was das Uebereinkommen anbelangt, daß organisierte Arbeiter nur bei organisierten Arbeitern arbeiten und die Meister nur Organisationsmitglieder beschäftigen dürfen, so wird hierbei Vorsicht angeraten. In verschiedenen Beziehungen sei es berechtigt, das Gewerbe und die Ausübung desselben gegen unzulässigen Wettbewerb zu beschützen und ungeeignete Elemente fernzuhalten, um dadurch den Arbeitslohn hoch zu halten. Andererseits beweise aber die Erfahrung, daß verschiedene Gefahren mit solchen Verträgen verbunden sind. Man müsse daher mit Vorsicht vorgehen und die Verhältnisse des einzelnen Falles berücksichtigen.

Der Referent hatte noch vorgeschlagen, daß die Landesorganisation nicht verpflichtet sei, solche Konflikte zu unterstützen,

die wegen Einführung oder Aufrechterhaltung einer solchen Bestimmung entstehen. Dieses wurde indessen vom Kongress abgelehnt.

Das Sekretariat wurde bevollmächtigt, die nötigen Mittel als Beitrag für ein Archiv der Arbeiterbewegung herzugeben.

Der Kongress hatte sich im Laufe seiner Verhandlungen mehrfach mit jahrelangen Streitigkeiten innerhalb der norwegischen Arbeiterorganisation zu beschäftigen. Hierzu wurden Resolutionen angenommen, die den jetzigen Streitfall aus der Welt schaffen und auch Mittel an die Hand geben, ähnliche unliebsame Streitigkeiten in Zukunft zu verhüten.

Zum Vorliegenden des Sekretariats wurde der Buchdrucker Ole O. Lian gewählt, zu seinem Stellvertreter der Maurer Eberre Jverjen.

Während des ziemlich langwierigen Wahlaftes, es wurden auch die übrigen Mitglieder des Sekretariats gewählt, wurden eine Anzahl nicht auf der Tagesordnung stehender Punkte erledigt. Bei dieser Gelegenheit zeigten sich bereits die ersten Anfänge von Grenzstreitigkeiten. Die Mitglieder der Gewerkschaften wurden in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Abonnement auf die sozialdemokratische Presse aufgefordert.

Die Reden, mit denen der Kongress geschlossen wurde, betonten wiederum in scharfer Weise die Einigkeit der organisierten Arbeiterschaft von ganz Skandinavien und darüber hinaus das Gefühl der Zugehörigkeit zur internationalen Arbeiterbewegung.

Fünfte internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Kristiania.

In der Sitzung vom 16. September wird zunächst beschlossen, die bisher bezüglich der internationalen Zentrale gefassten Beschlüsse zu sammeln und in den drei Sprachen zu veröffentlichen. Auf Antrag von Schweden wird beschlossen, diese Zusammenstellung auch in einer skandinavischen Sprache zu veröffentlichen.

Betreffend Uebertritt von der Organisation des einen Landes zur Organisation des anderen Landes liegt folgender Antrag Deutschlands vor:

„Mitglieder solcher Verbände, die der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes angeschlossen sind, müssen, wenn sie in einem anderen Lande zureisen und eine Abmeldebeseitigung ihrer bisherigen Organisation vorlegen, von ihrer dortigen Berufsorganisation als Mitglieder aufgenommen werden.“

Soweit keine anderweitigen Abmachungen zwischen den einzelnen Berufsorganisationen bestehen, gelten folgende Uebertrittsbedingungen:

a) Das in der bisherigen Organisation gezahlte Eintrittsgeld wird angerechnet. Sollte das von Inländern erholene Eintrittsgeld in der neuen Organisation höher sein als in der alten Organisation, so kann die Differenz erhoben werden.

b) Bezüglich des Anspruches auf Unterstützungen und andere Vorteile wird die Summe der in der bisherigen Organisation gezahlten Beiträge angerechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß auf keinen Fall eine längere Mitgliedschaft angerechnet wird, als tatsächlich vorhanden ist.

Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, diese Uebertrittsbedingungen der nächsten Sitzung der zuständigen Körperschaft ihres Landes vorzulegen und deren Annahme zu befürworten.“

Sassenbach-Deutschland führt an, daß sich dieser Antrag in erster Linie an die Adresse der englischen Delegierten richtet. Während im allgemeinen auf dem Festlande zureisende Gewerkschaftsmitglieder ohne weiteres aufgenommen würden, sei dieses in England vielfach nicht der Fall. Es sei daher nötig, daß die internationale Konferenz die englischen Gewerkschaften nochmals auffordere, in Bezug auf die Aufnahme fremder Gewerkschaftler eine andere Stellung einzunehmen.

Curran-England sieht das Berechtigte dieses Wunsches ein. Bei verschiedenen englischen Gewerkschaften liegen aber Schwierigkeiten vor, die nicht sofort beseitigt werden könnten. Er ersucht der Resolution eine andere Fassung zu geben, um die Möglichkeit zu haben, ihre zuzustimmen. Es wird demgemäß beschlossen, dem ersten Absatz der Resolution folgende Fassung zu geben:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß Mitglieder solcher Verbände . . . als Mitglieder aufgenommen werden müssen.“

In dieser Fassung wird die Resolution einstimmig angenommen. Folgende von Danemark gefasste Resolution wird nach kurzer Beratung angenommen:

„Die fünfte internationale Gewerkschaftskonferenz ist der Auffassung, daß die einzelnen Gewerkschaften, sowohl auf allgemeinen Solidaritätsgründen, wie auch mit Rücksicht auf die stark zunehmende Koalition der Unternehmer die Pflicht haben, den betreffenden Berufsverbänden im eigenen Lande anzugehören, und daß diese Verbände aus den genannten Gründen verpflichtet sind, sich der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes anzuschließen.“

Wenn dieser Hauptpflicht nachgekommen ist, aber auch nur dann, fällt die Konferenz es für richtig, daß die einzelnen Berufsverbände sich international mit den entsprechenden Verbänden anderer Länder verbinden, teils um sich, wenn nötig, bei größeren Lohnkämpfen eine weitere Unterstützung als die, welche die Landeszentrale aufzubringen vermag, zu sichern und weiter, um durch die engstmöglichen tätigen Beziehungen nach jeder Richtung hin die internationale Verbrüderung der Arbeiter aller Länder zur Durchführung zu bringen.“

Zu Punkt II der Tagesordnung:

Die internationale Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit führt Legien aus, daß er entsprechend dem in Amsterdam gefassten Beschlusse die Vorarbeiten für die geplante Aufnahme gemacht habe. Die Arbeit würde eine sehr schwierige werden, deshalb lege er diese Frage nochmals der Konferenz vor. Die in Aussicht genommenen Fragebogen liegen aus.

Die meisten Delegierten sind der Meinung, daß es unmöglich sei, die Erhebung in der geplanten Weise zu machen; man habe sich in Amsterdam die Arbeit zu leicht vorgestellt. Der Vertreter von Ungarn schlägt vor, auf die internationale Zusammenstellung zu verzichten und dafür den Landeszentralen zu empfehlen, nach Möglichkeit über die Arbeitszeit ihrer Länder Erhebungen anzustellen. Einen ähnlichen Antrag stellt Ossen-Dänemark, der noch verlangt, daß die Ergebnisse in dem zuerst erscheinenden internationalen Bericht veröffentlicht werden. Der Antrag Ossen wird angenommen.

Punkt III der Tagesordnung ist ein Antrag Italiens: Die Regelung der Auswanderung durch die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften.

Die von Cabrini-Italien vorgelegte Resolution wird nach längerer Diskussion einer aus Cabrini, Queber und Quysmann bestehenden Redaktionskommission überliefert. Da die Redaktionskommission eine gemeinsame Resolution nicht vorlegen kann, wird bei Stimmenthaltung von Queber und Jassai eine Resolution angenommen, die ausdrückt, daß die Organisationen ersucht werden, den Arbeitsnachweisbüros der angeschlossenen Gewerkschaften des Auslandes die etwa verlangten Auskünfte über die Lage des Arbeitsmarktes zu geben. Ferner wird der internationale Sekretär ersucht, um die Beschlüsse von Stuttgart in die Praxis umzusetzen, mit dem am meisten interessierten Ländern in Verbindung zu treten. Es sei augenblicklich, ohne die Position der Arbeiter in den einzelnen Ländern zu schädigen, nicht möglich, den Arbeitsnachweis für fremde Arbeiter zu organisieren.

Der Punkt IV. der Tagesordnung:

Die Organisation der Seeleute ist auf Wunsch der Norweger auf die Tagesordnung gesetzt. Norwegen ist mit seiner zahlreichen Küstenbevölkerung an dieser Frage sehr interessiert. Es sind, der den norwegischen Antrag be-

gründete, wie auf die eigenartigen Verhältnisse der Schiffahrt hin, die eine internationale Regelung verlangen. Das wurde von der Konferenz anerkannt, zugleich aber darauf hingewiesen, daß bereits eine internationale Verbindung der Seemannsorganisationen bestände. Es sei unmöglich, von Seiten der Konferenz in die Arbeiten dieser Zentralstelle einzugreifen. Die Organisationen der einzelnen Länder müßten selbst versuchen, ihre Seelen zu organisieren. Die Norweger ziehen danach den von ihnen gestellten Antrag zurück.

Punkt V.

Welche Maßnahmen kann die Konferenz empfehlen, um dem Auswurf von Streikbrechern aus einem Lande in das andere entgegenzuwirken?

Ist von Schweden aufgestellt und wird von Lindquist begründet. Man habe in der letzten Zeit mit internationalen Streikbrechern schlechte Erfahrungen gemacht. Es habe sich eine richtige Streikbrecher-Vermittlungsindustrie gebildet.

Curran - England erläutert in längeren Ausführungen, daß es den englischen Gewerkschaften nicht möglich gewesen sei, den Export von Streikbrechern zu verhindern. Die von England gekommenen Streikbrecher gehörten zu der niedrigsten Sorte von Leuten, die sich teilweise obdachlos, sehr zahlreich in den englischen Hafenstädten umhertreiben und auf die die Gewerkschaften keinen Einfluß haben. Er weist darauf hin, daß die Arbeitervertreter im englischen Parlament den Versuch unternommen haben, die Ausfuhr von Streikbrechern durch Gesetz zu verhindern.

Die Delegierten der verschiedenen Länder geben Erklärungen, wie man bei ihnen versucht hat, der Streikbrechervermittlung entgegenzuwirken. Es wird danach folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Konferenz beurteilt diejenigen Arbeiter und Arbeitergruppen, die in Konfliktsfällen Arbeit als Streikbrecher in anderen Ländern annehmen. Da die Unternehmer und Kapitalisten in mehreren Ländern sich jetzt der Arbeitskräfte aus anderen Ländern bedienen, fordert die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen die Organisationen der verschiedenen Länder auf, ihre Aufmerksamkeit dieser Frage im besonderen zu widmen und wenn möglich, soll die Landeszentrale in dem Lande, aus welchem die Streikbrecher kommen, deren Namen in ihrem Heimatlande veröffentlicht. Im übrigen soll solchen Arbeitern die gleiche Behandlung zuteil werden, wie den Streikbrechern im eigenen Lande.“

Die Konferenz empfiehlt weiter, in allen Ländern dahin zu wirken, daß die sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten beantragen, daß der Export von Streikbrechern und Kontraktarbeitern gesetzlich verboten wird.“

Zu Punkt VI:

Die internationalen Uebereinkommen über die Verbot der Verwendung gesundheitsgefährlicher Stoffe in der Industrie

führt Sassenbach aus, daß im September 1906 ein internationales Uebereinkommen betreffend das Verbot der Verwendung weissen (gelben) Phosphors in der Streichholzindustrie abgeschlossen wurde. Diesem Uebereinkommen sind bisher Deutschland, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz beigetreten. In den auf der Konferenz vertretenen Ländern haben sich Belgien, England, Oesterreich, Schweden und Norwegen dem Abkommen ferngehalten. Es sei vielleicht zu veranlassen, daß die organisierte Arbeiterschaft dieser Länder in geeigneter Weise auf ihre Regierungen einwirken, sich diesem Uebereinkommen anzuschließen.

Die Vertreter der obgenannten Länder verpflichten sich, die Aufmerksamkeit ihrer Regierungen auf diese Frage zu lenken. Legien möchte die Frage dahin erweitert haben, daß man überhaupt darauf sehe, daß sich die einzelnen Staaten allen internationalen Arbeiterschutz-Uebereinkommen anschließen.

Auf Antrag Legiens wird beschlossen, daß in Zukunft die zu den einzelnen Verhandlungspunkten zu stellenden Resolutionen vorher dem internationalen Sekretär einzusenden sind.

Als internationaler Sekretär wird Legien einstimmig wiedergewählt.

Die nächste internationale Konferenz soll im Jahre 1910 im Anschluß an den ökonomischen Kongress in Wien stattfinden. Sollte sich vorher die Notwendigkeit einer Konferenz herausstellen, so hat der internationale Sekretär das Recht, die Einberufung einer solchen bei den Landeszentralen zu beantragen. Hueber - Oesterreich spricht im Namen der ausländischen Delegierten den herzlichsten Dank für die gefundene Gastfreundschaft aus.

Mit einigen freundlichen Abschiedsworten des Vorsitzenden lian wird die Konferenz um 8 Uhr abends geschlossen.

Aus der Partei.

Eine schwere Prüfung.

Aus Mannheim wird uns geschrieben:

Nach zehnmonatiger Gefangenschaft ist am heutigen Dienstag unser Parteigenosse Emil Gauth, zuletzt Redakteur an unserer „Volksstimme“, der deutschen „Freiheit“ zurückgegeben worden. Gauth hatte, wie erinnerlich, nach kurzer Amtszeit im Dienste der badischen Volkshochschule im Jahre 1893, etwa 22 Jahre alt, das deutsche Reichsgebiet verlassen und sich zur Ergänzung seiner Studien nach Paris begeben, nachdem ihm wegen seiner sozialistischen Gesinnung und ihrer offenen Bekundung beim Unterricht mit Disziplinaruntersuchung und Entlassung aus dem Schuldienst gedroht worden war. Mit seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Amte ging Gauth der militärischen Sonderrechte des Volkshochschullehrers verlustig und alsbald erhielt er auch in Zürich eine Dedre zum Antritt des Restes der zweijährigen Infanteriedienstzeit, von der er als Lehrer erst die damals üblichen bekannten 10 Wochen abgeleistet hatte. In einem Brief an das zuständige Bezirkskommando teilte Gauth von Zürich aus der Militärbehörde mit, daß die Befolgung der Gestaltungsordere ihm auszu große Nachteile bringen würde, weshalb er es vorgehe, vorläufig im Auslande zu bleiben und seine Studien zu vollenden. Die Folge war ein militärisches Abwesenheitsverfahren gegen Gauth, das mit der Verurteilung einer Geldstrafe von tausend Mark in sein Vermögensvermögen — Gauth ist der Sohn eines Landwirts auf einem Dorfe der Hardt bei Karlsruhe — endigte.

In seiner neuen Heimat Zürich schloß sich Gauth der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an, in der er rasch das Vertrauen und die Sympathien seiner neuen Landsleute gewann. Ende der 90er Jahre wurde er mit dem Redakteurposten am Züricher „Volksrecht“ betraut, auf dem er zur Führung des Blattes wesentlich beitragen half. Kein Wunder deshalb, daß er mehr und mehr das Mißfallen und den Haß der Zürcherischen Bourgeoisie und ihrer Sachwalter in der Regierung auf sich zog, die sich zu einer systematischen Verfolgungspolitik gegen Gauth vereinigten, als Mitte des laufenden Jahrzehntes Zürich zum Schauplatz erbitterter wirtschaftlicher Kämpfe (Maurerstreik usw.) wurde. Man erinnere sich plötzlich, daß der Mann, der schon seit 18 Jahren ungestört das Gastrecht der Eidgenossenschaft genossen und sich dort ehlich und redlich durchgeschlagen hatte, ein „Schriftenloser Ausländer“ sei — die Ausländerpapiere waren ihm von den deutschen Behörden wegen der verweigerten Militärpflicht vorenthalten worden —, auf den die Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages keine Anwendung fanden, der vielmehr in „Land der Freiheit“ nur geduldet sei und daher jederzeit ausgewiesen werden könne. Die Unternehmer- und Scharfmacherische brachte es im Züricher Kantonsrat im Sommer vorigen Jahres denn auch fertig, daß dem Genossen Gauth die Niederlassung im Kanton

Zürich verweigert und ihm befohlen wurde, binnen 14 Tagen das „Zürcher“ zu verlassen. —

Obwohl dem Vertriebenen noch die ganze übrige Schweiz offen stand, und obwohl er von den Berner wie von den Basler Parteigenossen Anträge auf Uebernahme der dortigen Redaktionsstellen erhielt, zog's ihn doch nach seiner alten Heimat zurück und er beschloß, nach dreizehnjährigem Exil in sein Geburtsland zurückzukehren, um dort für seine Ideen weiter zu wirken. Gauth glaubte annehmen zu dürfen, daß die Militärbehörde nach so langer Zeit und nachdem er ja bereits mit einer erheblichen Vermögensvermehrung bestraft war, ihn nach seiner Rückkehr nicht weiter belästigen würde, und so entschloß er sich, einen Posten in der politischen Redaktion der „Mannheimer „Volksstimme“ anzunehmen, die damals gerade einen dritten Redakteur suchte. Das war zu Anfang Oktober 1906. Gauths Freude an der schönen badischen Heimat sollte rasch ein jähes Ende nehmen. Am 19. November 1906 wurde er auf Requisition der Militärbehörde verhaftet und in den Arrest des Grenadierregiments Nr. 110 in Mannheim eingeliefert. Am 7. Dezember vom Kriegsgericht der 29. Division wegen Fahnenflucht zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten verurteilt, wurde er nach der Festung Maffatt und von da kurze Zeit später nach dem Festungsgefängnis zu R. O. N. übergeführt, wo er bis zum Schluß der Strafkast festgehalten ward.

Der nicht gerade feste, wenn auch keineswegs direkt leidende Körperzustand Gauths war den Härten und Demütigungen des „Arbeitsoldaten“ während des langen und strengen Winters 1906/07 nicht gewachsen. Nach viermonatlicher Gefangenschaft, während welcher dem Angländer keine der vielen Vitternisse des Militärsträflings erspart blieben, war seine Gesundheit derart erschüttert, daß er sich — so sehr er sich auch ursprünglich gegen diesen Schritt gestraubt hatte — krank melden und ins Lazarett überführen lassen mußte. Ein schwerer Magenkatarrh hatte ihn aufs Lager geworfen, die Konstitution des Gefangenen war der Ernährungs- und Lebensweise in der Strafanstalt nicht gewachsen. Das Leiden war noch nicht gehoben — wenn es überhaupt wieder zu heben ist —, als der 20. Juni 1907, der Tag der Entlassung aus der Strafkast, heranlief, und jetzt begann für Gauth eine neue Leidenszeit: Die Militärbehörde traf Anstalten, den nun 35jährigen zur Ableistung der zweijährigen Dienstzeit einzubehalten, der er sich vor 13 Jahren entzogen hatte. Dem Genossen Gauth wäre in der Tat auch diese Vitternis nicht erspart geblieben, wenn er nicht auf Festung seine Gesundheit total eingekippt, wenn nicht die sieben Monate Militärgefängnis aus dem gesunden, lebensheiteren Mann einen kranken, an Leib und Seele schwer gebrochenen Menschen gemacht hätten. So kamen für ihn Wochen und Monate qualender Ungewißheit und schwerer körperlicher und seelischer Leiden, bis die Ärzte sich endlich und endgültig davon überzeugt hatten, daß sie es mit einem gänzlich dienstuntauglichen zu tun hätten, der auch nicht darauf hoffen könne, jemals wieder seine völlige Gesundheit zurückzuerlangen! So kam endlich jetzt, Mitte September, das Dienstuntauglichkeitsverfahren zum Abschluß, und Gauth wurde nach nunmehr zehnmonatiger Gefangenschaft wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Gerechtigkeit verlangt die ausdrückliche Feststellung der Tatsache, daß Gauth über die Behandlung, die ihm während seiner Krankheit im Kölner Lazarett, insbesondere aber über die, die ihm hier in Mannheim in der militärischen Krankenanstalt zuteil wurde, nicht die mindeste Klage zu führen hat, daß er im Gegenteil seinen Freunden gegenüber, die ihn hier während seiner Leidenszeit besuchten, wiederholt und lebhaft anerkannte, wie rücksichtsvoll und freundlich er gerade im Mannheimer Lazarett behandelt wurde. Dagegen wird er über das Leben in den Festungsgefängnissen von Maffatt und R. O. N., in denen er seine Gefangenschaft, wohl noch in der Öffentlichkeit ein Wort zu sagen haben.

Gauth hatte das normale Körpergewicht von 79 Kilo, als er am 20. November 1906 dem Militärlazarett zugeführt wurde; ganze — 58 Kilo zeigte die Waage, als er am heutigen Dienstag zur Entlassung kam. Er hat also nahezu ein Drittel seines ganzen Körpergewichts eingebüßt! Sein Minimalgewicht während der Krankheit im Lazarett betrug gar nur 52 Kilo!

Die Leidensgeschichte des Genossen Gauth wird in der Erinnerung der deutschen Arbeiterschaft noch lange fortleben als ein neues Exemplar dafür, wie hart die Militärjustiz ihre Widersacher zu treffen weiß, dieselbe Militärjustiz, die den Verfehlungen Vorgesetzter meist gar so viele mildernde Umstände abzugewinnen weiß.

Zum Arbeitersekretär für Kottbus gewählt wurde der bisherige Halleische Parteisekretär Genosse Hermann Tabert, der sein neues Amt zum 1. Oktober antritt.

In die preussische „Freiheit“ zurück

lehrt am Dienstag Genosse Johannes Sonow - Halle, der drei Monate im Provinzialgefängnis verweilen mußte, weil er die sämtlichen deutschen Unteroffiziere — nicht mehr und nicht weniger — durch Veröffentlichung einer Novelle im „Volksblatt“ beleidigt haben soll. —

Gerichts-Zeitung.

Die Jagd nach der „Seele der anarchistischen Bewegung“.

Zu den Taten, durch welche die politische Polizei ihre Existenzberechtigung zu beweisen sucht, gehört auch ihr Vorgehen gegen die meist recht harmlosen Leute, welche sich in der anarchistischen Bewegung irgendwie bemerkbar machen. Ein besonderes Augenmerk richten die Organe der politischen Polizei auf die Personen, welche sich an der Herstellung und Verbreitung der anarchistischen Blätter beteiligen. Zahllose Anklagen sind aus solchen Anlässen in letzter Zeit gegen die oft wechselnden Redakteure der in der Öffentlichkeit so gut wie unbekanntem Anarchistenblätter gerichtet worden, aber die Beurteilungen der Redakteure genügt der Polizei und dem Staatsanwalt nicht, ihnen war es vielmehr darum zu tun, die „Seele der anarchistischen Bewegung“ zu fassen. Die Polizei glaubt auch, die „Seele der anarchistischen Bewegung“ entdeckt zu haben. Kein Wunder, daß Polizei und Staatsanwaltschaft eifrig bemüht sind, diese „Seele“ in Fesseln zu schlagen. Ein Einzelfall aus dieser Jagd nach der „Seele der anarchistischen Bewegung“ ist folgender:

Im Januar 1906 erschienen in den Nummern 2 und 3 des anarchistischen Wochenblattes „Revolutionär“ zwei Artikel, die in der Hauptsache eine scharfe abfällige Kritik an den sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen enthielten. Wegen dieser Artikel wurden im März 1906 die Anarchisten Frauböse, der nach polizeilicher Ansicht die „Seele der anarchistischen Bewegung“ ist, zu 9 Monaten, Müller zu 6 Monaten und Müller zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer fand in den Artikeln Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesehe und Aufreizung zum Mafshab, also Vergehen gegen die §§ 110, 111 und 130 des Strafgesetzbuches. Die Revision, welche der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, einlegte, hatte den Erfolg, daß das Reichsgericht das Urteil aufhob und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückwies. Diese sprach darauf im März 1907 Müller frei und verurteilte Frauböse und Müller zu je 4 Monaten Gefängnis wegen Verbreitung der betreffenden Artikel. Das Reichsgericht wies nun die Revision Müllers zurück, gab aber der Revision Frauböses statt und hob das Urteil gegen ihn auf. In der Begründung des Revisionsurteils sagt das Reichsgericht, die Feststellungen der Strafkammer hätten nicht aufgereicht zu einer Beurteilung, jedoch wurde darauf hin-

gewiesen, daß der Eventualdolus gegen Frauböse angewandt werden könne, wenn in erneuter Verhandlung Feststellungen nach dieser Richtung gemacht werden könnten.

So hatte sich nun die erste Strafkammer am Landgericht I am Mittwoch zum dritten Male mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Es handelte sich um die Frage, ob und wie weit Frauböse an der Herstellung und Verbreitung der als strafbar angesehenen Artikel beteiligt ist. Die Staatsanwaltschaft stützt sich ausschließlich auf die Angaben der politischen Polizei, welche überzeugt ist, Frauböse sei die „Seele der anarchistischen Bewegung“ und deshalb der Hauptschuldige an den Artikeln. Wie sich aus der Gerichtsverhandlung ergab, schöpft die Polizei ihre Ueberzeugung nicht aus Tatsachen, sondern aus allerlei Mutmaßungen und Kombinationen, welche aufgebaut sind auf die von Kriminalinspektoren gemachten Beobachtungen. Kriminalkommissar Kunze ist es, der aus den Berichten seiner Schulleute die Ueberzeugung schöpft hat, daß Frauböse die „Seele der anarchistischen Bewegung“ sei. Ein besonders kräftiger Beweis für diese Annahme sollte ein Schriftstück sein, welches einem verhafteten ehemaligen Redakteur des „Revolutionär“, namens Reugebauer, abgenommen wurde. Kommissar Kunze legte dies Schriftstück dem Gericht vor. Es ist der Entwurf einer Rechtfertigungsschrift, die Reugebauer abfassen wollte, um sich seinen Genossen gegenüber von einem gewissen Verdacht zu reinigen. In dem Schriftstück wird gesagt, Frauböse habe den Wunsch geäußert, daß Reugebauer die Redaktion übernehme. Also, meint der Polizeikommissar, muß doch Frauböse die leitende Person, die „Seele der Bewegung“ sein, was übrigens auch dadurch bewiesen werde, daß die Tendenz des „Revolutionär“ immer dieselbe blieb, obgleich die Redakteure häufig wechselten. — Daß Frauböse an der Verbreitung der als strafbar geltenden Artikel beteiligt ist, wird daraus gefolgert, daß er nach den Beobachtungen von Kriminalinspektoren, welche regelmäßig das Redaktionslokal des „Revolutionär“ beobachteten, die betreffenden Nummern nach der Post schafften half.

Der Verteidiger, Dr. Halpert, führte in längerer Rede aus, daß alle diese Befundungen nicht im entferntesten ausreichen, um den Angeklagten zu verurteilen. Das Reichsgericht habe ja — nicht unter dem Vorbehalt der Wissenschaft und der Offenlichkeit — von dem Eventualdolus Gebrauch gemacht und auf die Möglichkeit der Anwendung desselben auch in diesem Falle hingewiesen. Aber selbst der Eventualdolus könne, wie der Verteidiger in eingehenden juristischen Ausführungen nachwies, hier nicht angewandt werden. — Der Verteidiger beantragte Freisprechung, während der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis beantragt hatte.

Das Gericht kam zu dem Urteil: Es sei festgestellt, daß der Angeklagte bei der Verbreitung der Artikel strafbaren Inhalts mitgewirkt. Es sei aber nicht festgestellt, daß er vor der Verbreitung Kenntnis vom Inhalt der Artikel hatte. Der Eventualdolus sche voraus das Bewußtsein, daß eine bestimmte strafbare Handlung begangen werden sollte. Ein solches Bewußtsein des Angeklagten sei nicht festgestellt. Die bloße Kenntnis der Tendenz des Blattes und die allgemeine Annahme des Angeklagten, das Blatt könnte vielleicht etwas Strafbares enthalten, reiche nicht aus, um den Eventualdolus anzuwenden. Der Angeklagte ist deshalb freigesprochen.

So ist also die anderthalb Jahre währende Jagd nach der „Seele der anarchistischen Bewegung“ erfolglos geblieben.

Strafloses Abreißen eines unzulässigen Wahlschlüssels.

Am Reichstagswahltag waren zu Etiville an den öffentlichen Anschlagtafeln Plakate angebracht worden, die von allen katholischen Männern verlangt, nur für den Nationalen zu stimmen, der mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl stand. Diese Anschlagzettel wurden nun bald von den Arbeitern Kallenegger und Schramm abgerissen. K. und S. erhielten Anklagen wegen Uebertretung der Ortspolizeiverordnung vom 28. August 1903, wonach zur Befestigung und Wiederabnahme der Anzeigen an den öffentlichen Anschlagtafeln allein die von der Gemeinde ermächtigten Personen befugt seien. — Das Landgericht sprach die Angeklagten frei, und das Kammergericht, vor dem Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld sie vertrat, verwarf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit folgender Begründung: Die Plakatverordnung ist allerdings rechtswirksam. Inzwischen mußte mit Rücksicht auf § 9 des alten preussischen Preßgesetzes doch Freisprechung erfolgen. Dieser bestimme: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Anknüpfungen über gesetzlich nicht verbotene Verammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gesundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“ Zu diesen gesetzlich zulässigen Anschlagzetteln oder Plakaten gehörten nun solche nicht, die sich mit einer Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten beschäftigten und alle katholischen Männer aufforderten, nur dem nationalliberalen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Sie hätten also nach dem noch gültigen § 9 des alten preussischen Gesetzbuchs überhaupt nicht angehängt werden dürfen. Wäre das aber der Fall, dann würde es widersinnig sein, die Angeklagten für strafbar zu erachten, weil diese gesetzlich unzulässigen Plakate von ihnen entfernt worden seien.

Schließt eine mit Todesgefahr verbundene Hülfleistung ein Selbstverschulden in sich?

Mit dieser bedeutungsvollen Frage, ob der § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches (eigenes Verschulden) ohne weiteres anzuwenden ist, wenn der Hülfleistende sich sagen muß, daß er durch die drohende Gefahr ebenfalls zugrunde gehen könnte, hatte sich das Reichsgericht kürzlich zu beschäftigen. Es handelt sich hierbei um Ansprüche der Witwe des Obergemeinrenten H. in Schwerte, der bei der Firma Th. H. u. Co. in Mülheim a. d. Ruhr beschäftigt war. Als ein Monteur der genannten Firma eine neu erfundene Gasmaschine eines Defektes wegen wieder einmontiert hatte, setzte er dieselbe unvorsichtsmäßig in Betrieb. Hierbei war Gas in die Grube unter der Maschine geströmt und hatte zwei dort mit dem Schmirren der Maschine beschäftigte Arbeiter betäubt gemacht. Der Monteur zog den einen heraus, wurde aber bei der Rettung des zweiten selbst ohnmächtig und blieb liegen. Der herbeigerufene Obergemeinrenter H. befaß nun „Leiter und Rauchhelm“, stieg dann jedoch mit einem Arbeiter in die Grube, noch ehe der Rauchhelm gebracht worden war. Beide kamen mit den in der Grube befindlichen Gas und Leben. Die Hinterbliebenen des H. verlangten auf Grund des § 2 des Reichshauspflichtgesetzes von der Firma Th. H. u. Co. Schadenersatzleistungen in Höhe einer Rente von 8000 M., indem sie das Vorliegen eines Betriebsunfalles behaupteten. Die beklagte Firma wandte einmal ein, daß der § 2 des Reichshauspflichtgesetzes keine Anwendung zu finden habe, und daß außerdem ein Verschulden des H. vorliege, da er sich sagen mußte, daß er in der mit Gas gefüllten Grube erstickt würde, wie auch schon zwei Arbeiter das Dramatischeren in die Grube auf seinen Befehl dieser Gefahr halber verweigert hatten.

Das Landgericht Duisburg und das Oberlandesgericht Hamm erkannten den Schadenersatzanspruch des Klägers dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Das Oberlandesgericht führt hierzu aus, daß den H. bei dem Hinabsteigen in die Grube eine so große Fahrlässigkeit nicht treffe, daß für ihn daraus ein Verschulden hergeleitet werden könnte. Er hätte sich davon überzeugt gehabt, daß der Gasbehälter geschlossen war, und habe er annehmen können, daß das Zutreten der frischen Luft in die freilegende Grube die Gefahr ständig verminderte.

Wegen das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm hatte die beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt und um Nachprüfung gebeten, ob es sich nicht um eine die Ersatzpflicht ausschließende Fahrlässigkeit des H. handle, da der Vermunglichte H. unbedingt den am Schuß vorhandenen gewesenen Rauchhelm hätte benutzen müssen. Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts konnte jedoch nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß bei der auf schnellstem Wege erforderlich gewordenen Hülfleistung des H. ein Verschulden vorliege, und erkannte deshalb auf Zurückweisung der Revision der Beklagten.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 22. September, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon (S. Raabe),
Kolbergerstraße 23:

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen C. Wermuth über: „Die Pariser Kommune“.
2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Die Abteilungsleiter.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 22. September, mittags Punkt 1/2 1 Uhr:

8. ordentliche General-Versammlung

in den „Germania-Pracht Sälen“ (Weißer Saal), Chausseest. 110.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. 2. Bericht des Verbandsreferenten.
3. Beschaffung der Mittel für den Vorstand. 4. Genehmigung des Gemein-
schaftsplanes. 5. Ergänzungswahl für den Vorstand. 6. Ergänzungswahl
für den Aufsichtsrat. 7. Wahl von fünf Ersatzpersonen für den
Aufsichtsrat. 8. Genehmigung zur Errichtung von Verkaufsstellen. 9. An-
träge nach § 7a des Statuts.

I. Antrag der Agitationskommissionen: Die Generalversammlung be-
schließt zu § 25 des Statuts: Als Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder
können nur solche Personen gewählt werden und fungieren, die kein Geschäft
betreiben, welches Waren führt, die in der Genossenschaft geführt werden.
II. Antrag der 4. und 10. Verkaufsstelle: Die Verkaufsstellen in den
Verkaufsstellen sind den Agitationskommissionen zu überlassen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Versammlung in
den Germania-Sälen, nicht wie irrtümlich im „Frauen-Genossenschaftsblatt“
steht, Sophienstraße, stattfindet. 145/13

Alle Legitimation gilt das Mitgliedsbuch.

Der Aufsichtsrat.

Der Vorstand.

C. Mücke.

Max Menzel, F. Tutzauer.

Achtung! Maurer. Achtung!

Zahlstelle Charlottenburg.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Freitag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Köpenickerstraße 3 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom 9. Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Disstatut und
Anträge zu demselben. 4. Vorschläge zum ersten Vorsitzenden (Berlin).
5. Abrechnung vom Stiftungsfest. 6. Verschiedenes.
Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!

143/7

Der Vorstand. H. v. Neubauer.

Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45,
am Holkenmarkt.
Filialen:
Ecke Kaiser- u. Schillingstr.
und
Brandenburg a. H.

Ein Triumph der Wissenschaft ist Ding an sich

welches mit Windesschnelle eine Revolution
in der Hauswäsche hervorgerufen hat und tag-
täglich neue Freunde gewinnt! Müßelose
Wäsche! Wäschfrau entbehrlich! Keine Seife!
Kein Chlor! Keine Waschmaschine! Kein
Waschbrett! Die ganze, früher so mühevoll
Arbeit des Waschens ist jetzt auf folgendes
zusammengeschumpft: Man löst „Ding an
sich“ in kaltem Wasser auf und kocht in
dieser Lösung die Wäsche. Hiedurch ist die
Wäsche sofort tadellos sauber und gebleicht.
So wirkt das phänomenale Waschmittel

Ding an sich

in der Tat überraschend und dabei ist es
garantiert chlorfrei und vollkommen unschäd-
lich. — Jeder Versuch überzeugt unbedingt.

General-Depositäre: Werrmann & Co.
Charlottenburg, Siegfriedstr. 17.

Achtung! Vereine!

Saal (300 Personen fassend) ist
noch am 29.07.25
Sonnabend, den 19. Oktober cr.,
Sonntag, den 20. Oktober cr.,
Sonntag, den 27. Oktober cr.,
zu vergeben.

Sonnabende und Sonntage im
November, Dezember, Januar,
Februar, März noch frei.
Max Schumacher, Gastwirt,
Stallgerstr. 126.

Altes Schützenhaus

Linienstr. 5.

Totenfeier und 1. Weih-
nachtsfeier ist frei geworden.

Betten Wäsche

50%

billiger als im Laden
kaufen Sie verfallene
Pfänder in der Pfandleihe

Beussel-
Strasse 23.

1 Treppe.

Uhren Kotten

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Von der Reise zurück
Dr. William Kramm
Häckerstr. 79.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Empfehl. v. Prof. A. v. Prof. gr. u. d. r.
H. Unger, Gummwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstr. 91/92

Möbelfabrik

Julius Apelt
6 Adalbert-Strasse 6
Hochbahnhof Kottbuser Tor
(früher: Stalder-Strasse 6).

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158

Unter- nirgends Filialen!
halte

Gelegenheitskauf!

Bunt Cretonne Ersatz für 300
Deckbett 300

Similiseide in den 525 750
Farben

Wollatlas rot, 675 950
blau,
oliv

Bunte Normal- 150 250 350
Schlafdecken

Wolldecken ganz dick 300 400

Reisendecken (einkl.) 6, 8, 10 M.

Pracht-Katalog mit ca. 600
Illustrat.

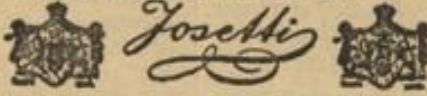
gratis und franko.



Drei Dinge sind nötig zur Her-
stellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache.
Eins nur ist nötig zum Einkauf
besten Cigaretten: darauf zu achten,
dass die Cigaretten die Marke



tragen.
Dafür zu sorgen ist Ihre Sache.
Diese vier Faktoren gewähr-
leisten Ihnen den Einkauf denk-
bar besten Cigaretten.

Die Marke Josetti ist die
Garantie.

Dass wir die besten Ciga-
retten fabrizieren, können Sie
selbst feststellen bei einem Ver-
such mit irgend einer Sorte
deren Vorzüglichkeit durch die
Marke Josetti garantiert ist.

Josetti Juno 10 St. 20 Pf.
Josetti Vera 10 St. 30 Pf.



Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsert!
Nachdruck
verboten.

Knaben-Anzüge.

Herbst-Paletots * Herbst-Anzüge.

Einsegnungs-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung
feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit ent-
sprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.

Wir ersuchen höflich, uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in
der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.

Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!

Der immerwährende Prachtkalender
ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlin und der Provinz Brandenburg! Die neue Lokalliste erscheint Anfang Oktober. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 22. September cr., an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Hofstraße 12.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagenbergerstraße 27.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, Straßmannstraße 29.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, Auguststr. 51.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Genschel, Wollmerstraße 51.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried, Kummelsburg, Kantstr. 22.
Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kohn, Kizdorf, Selbomerstr. 23.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Linz, Spandau, Mittelstr. 13.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten. Am das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokallistenangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem betreffenden Vorsitzenden des Kreises unverzüglich zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokallisten der Landkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgenommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 22. September einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokallistenangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Verzügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Genschel, Berlin N. 23, Wollmerstraße 51 II.

Zur Lokalliste! Im dritten Kreis steht uns das Lokal Duggen-hagen wieder zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Kranke (Kreis Nuppin) verweigert der Inhaber des Lokals „Schützenhaus“ der Arbeiterkassette seine Räume zu Verfügung und hat derselbe dies durch entsprechende Mitteilung in der dortigen Kreiszeitung selbst bestätigt. Es steht uns nunmehr in Kranke kein einziges Lokal mehr zur Verfügung. Wir ersuchen daher alle Vereine, welche größere Partien unternehmen und speziell die Arbeiterradsfahrer, vorstehendes genau zu beachten. Die Lokalkommission.

Trebbin, Sonnabend, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wolf die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung ist wichtig und deshalb das Erscheinen aller Genossen Pflicht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Erhaltung des Grunewaldes.

Auf die Eingabe der Stadt Berlin und einer Anzahl Vorortgemeinden an den Kaiser um Erhaltung des Grunewaldes ist, wie wir dieser Tage mitteilen aus dem Landwirtschaftsministerium im Auftrage des Kaisers eine Antwort eingegangen, nach der nicht die Absicht bestehe, die „Hauptbestandteile“ des Grunewaldes zu veräußern. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß mit dieser Antwort wenig anzufangen ist, soviel geht aber aus ihr hervor, daß das Verwüstungswerk des Forstfiskus fortgesetzt wird, nur die „Hauptbestandteile“ sollen erhalten bleiben. Dieser Begriff ist ein sehr dehnbarer und es fragt sich, was werden die interessierten Gemeinden in Zukunft im Interesse der Erhaltung des Grunewaldes für Schritte unternehmen. Nach dem, was der Oberbürgermeister einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ gegenüber erklärt haben soll, will man gar nichts mehr tun und sich mit dem Bescheid zufrieden geben. Der Berliner Magistratschef soll sich dahin ausgelassen haben:

„Ich glaube, wir Berliner können mit diesem Bescheid ganz zufrieden sein. Der Landwirtschaftsminister u. Armin wird der kaiserlichen Direktive, die in diesem Bescheid ausgesprochen ist, um so leichter folgen können, als er in der Grunewaldfrage von Anfang an einen entgegenkommenden Standpunkt eingenommen hat. Ich bin nicht der Meinung, daß jetzt für den Grunewald noch viel zu befürchten ist. Gewiß mag zugegeben werden, daß der Bescheid aus dem Landwirtschaftsministerium ein wenig bestimmter hätte lauten können. Wir hatten insgeheim erwartet, daß nicht nur von dem „Hauptbestandteil“ des Grunewaldes, sondern von dem Grunewald selbst im ganzen Umfang die Rede sein würde. Zum „Hauptbestandteil“ des Grunewaldes gehören aber doch ohne Frage die schönen Grunewaldseen und die an der Abgelassenen Partien. Gewisse Teile des Grunewaldes dienen doch heute schon nicht mehr der Erholung des Publikums. Meines Erachtens muß berücksichtigt werden, daß hinter den Worten dieses Bescheides die Person des Kaisers steht. Ich bin fest überzeugt, daß der Kaiser eine Verschonung und Verkleinerung des Grunewaldes, dessen Erhaltung ihm in der Tat sehr am Herzen liegt, unter keinen Umständen zulassen wird. Nicht der Wortlaut des Bescheides sollte also, wie ich meine, allzu sehr in die Waagschale gelegt werden, sondern es müßte der ernste Wille geschätzt werden, der diesen Bescheid diktiert hat. Da wir jetzt die Gewähr dafür haben, daß der Grunewald das bleibt, was er ist: eine wahre Erholungsstätte für die Millionenbevölkerung von Berlin und seiner Vororte, so glaube ich, dürften sich weitere Maßnahmen in der Grunewaldangelegenheit wenigstens von Seiten der Kommune erübrigen.“

Die Meinung des Herrn Oberbürgermeisters atmet eine sehr große Bescheidenheit. So sehr wir der Meinung sind, daß es Sache des Staates ist, durch Erhaltung des Wald-

geländes auch seinen Teil für die Volkshygiene und Volksgesundheit beizutragen, so sollten die Gemeinden sich nicht ohne weiteres mit dem Bescheid abfinden, sondern noch weitere Schritte tun. Dieser Anschauung trägt ein Antrag Rechnung, den die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung zu der heutigen Sitzung eingebracht hat und der lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, gemeinsam mit den benachbarten Gemeinden zur Erhaltung des Grunewaldes als Volkserholungsstätte mit dem königlichen Forstfiskus schleunigst in weitere Verhandlungen einzutreten.“

Ein Straßenbild.

Ein prächtiger Septembertag. Die Sonne hat ihre mürrische Miene abgelegt und läßt mit vollen Backen auf den staubigen Asphalt. Die Straßengänger überkommt noch einmal eine sommerliche Anwandlung und viele nehmen den Gut in die Hand, um den Kopf zu lüften.

Die Straße entlang rollt schwerfällig ein hochbeladener Lastwagen. Vom Sitz herab lenkt der Kutscher, schläfrig mit den Augen zwinkernd, mit lässigen Bewegungen das Gefährt, ab und zu die Pferde durch einen kurzen Zuruf oder einen Peitschenhieb zur schnelleren Gangart antreibend. Müde und abgepannt, raffen sich die mageren, abgetriebenen Tiere jedesmal auf und fallen auf eine kurze Strecke in leichten Trab. Oft wenden sie sich zitternd, mit kläglichem Blicken um. An vielen Stellen des Körpers ist die Haut bis aufs Fleisch aufgerieben. Die warmen Sonnenstrahlen drücken auf die Stirn, der Körper ist schweißbedeckt und von der leuchtenden Zunge trieft weißer Schaum.

Dicht vor einer Brücke machen sie plötzlich Halt. Die Anhöhe hinaus bewältigen sie die Last nicht mehr. Die Duse gleiten aus, die Beine zittern und durch den ganzen Körper geht ein heftiges Zucken. Der Kutscher richtet sich ermuntert auf. Er zieht die Bügel straffer und läßt die Peitsche um die Beine der Tiere sausen, indem er laut und ärgerlich ruft: „Hü, o hü!“ Die Pferde machen einen krampfhaften Versuch, weiter zu kommen. Vergebliche Mühe! Das Handpferd gleitet auf dem glatten Asphalt aus, fällt auf die Knie und reißt das Sattelpferd auch noch mit. Ein paar Peitschenhiebe und die Pferde richten sich wieder auf. Zwei Burtschen kommen hülfsbereit hinzu. Jeder nimmt ein Pferd beim Bügel. So versuchen sie, die Tiere vorwärts zu ziehen. Diese hufen, vor Schmerz zuckend, rückwärts. Jetzt fallen die Peitschenhiebe hagelnd, auf den Rücken, an den Bauch, um die Beine. Umsonst! Geduldig lassen die Tiere alles Ungemach über sich ergehen. Sie sind am Ende ihrer Kraft.

Eine Obstfrau läuft von ihrem Wagen hinweg, in der Hand hält sie eine halb fertige Lütte. Mit hochrotem Gesicht beginnt sie auf den Kutscher und die beiden Burtschen zu schimpfen. Die Antwort bleibt nicht aus: „Halten Sie Ihre Klappe, verfoosen Sie lieber Ihre faulen Keppel.“ Solche und ähnliche Schmeicheleien fliegen ihr um den Kopf. Im Nu sammelt sich eine Menschenmenge an. Ein Schuhmann kommt. „Lassen Sie die Pferde ein wenig ausruhen, dann kehren Sie um und mit einem Anlauf werden Sie über die Höhe hinwegkommen“ rät er dem Kutscher. Dieser befolgt die Anregung und es geht wirklich.

Das ist ein Momentbild aus dem Straßenleben und leider steht es nicht vereinzelt da. Wir sagen mit Bedacht: Leider. Gewiß treten wir in erster Linie für Menschenschick ein; allein dieses Eintreten für Menschen schließt die Teilnahme für die Tiere nicht aus, sondern vielmehr ein. Wir wissen wohl, daß die Kutscher nicht auf Rosen gebettet sind. Daß überlange Arbeitszeit, meist auch geringer Lohn und obendrein die schwere, ermüdende Tätigkeit auch sie zum Teil stumpf und gefühllos gegen die Leiden der Tiere macht. Wir wissen auch, daß es weniger an ihnen liegt, wenn der Wagen über das zulässige Maß beladen wird, sondern daß der Fuhrherr außer seinen Leuten auch seine Tiere bis aufs äußerste auszunutzen sucht.

Der Arbeiter, mag er noch so rückständig und abhängig sein, kann seinen Leiden und Klagen durch Worte Ausdruck verleihen, kann alle Einwände logisch begründen. Ein Tier aber ist mehr- und hilflos allen Drangsalierungen ausgesetzt. Das größte Glück, das ihm unter solchen Umständen widerfahren kann, ist, daß es sich niederlegt und verendet. Und da die meisten Pferdebesitzer versichert sind, so erleiden sie nicht einmal erheblichen Schaden. Einem Tier fehlt aber auch die Waffe, die in der Hand des arbeitenden Menschen allbezwingend werden kann: die Solidarität.

Um für seine Menschenrechte zu kämpfen, schließt sich der Kutscher der gewerkschaftlichen und politischen Organisation an, das Tier muß alles ruhig über sich ergehen lassen und ist angewiesen auf das Mitgefühl der Menschen.

Die Fleischbeschaugebühren für Schweine auf dem Schlachthof decken nicht die Ausgaben; der Etat der Fleischbeschau arbeitet ständig mit Unterbilanz, die seit Jahren durch die Ueberlässe des Schlachthofes gedeckt werden. In der letzten Sitzung des Kuratoriums wurde der Vorschlag gemacht, die Fleischbeschaugebühren um 5 Pf. pro Schwein zu erhöhen. Dieser Vorschlag führte zu einer längeren Auseinandersetzung. Es wurde dargelegt, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Gebühren eine Verteuerung des Fleisches nach sich ziehen würde, die Fleischer würden pro Woche um 10 M. mehr belastet; andererseits wurde darauf hingewiesen, daß der Etat doch ins Gleichgewicht gebracht werden müßte. Mit 5 gegen 4 Stimmen wurde der Vorschlag abgelehnt.

Der verschwundene Sarg.

Im Reichsrechnungshofe werden u. a. auch die Rechnungen und Bestände der kaiserlichen Werkstätten geprüft. Zu deren eisernen Beständen zählt auch eine Anzahl Särge, die für die an den Werkstätten beschäftigten Arbeiter Verwendung finden. Einer der Oberrechnungsräte hatte nun glücklich herausgefunden, daß bei der Werkstätte in D. ein Sarg fehlte. — Nachfrage, wo der fehlende Sarg verblieben sei. In D. darüber große Aufregung, nochmalige Aufnahme des Bestandes und abermaliger Bericht an den Rechnungshof; hier wiederholte Feststellung, daß ein Sarg fehlt. Die Tatsache stand also fest: ein Sarg war verschwunden. Durch Hin- und Rückfragen wuchs das Ältenbündel über den abhanden gekommenen Sarg rapid an. Da, eines Tages, das Ältenbündel war gerade wieder einmal aus D. in Berlin angelangt, fand der Herr Oberrechnungsrat, der die Sache bearbeitete, eine ganz niederträchtige Randbemerkung in den Akten vor! Neben der Frage: „Ist über den fehlenden Sarg noch immer nichts ermittelt?“ stand mit Bleistift die Notiz: „Vermutlich war es der Sarg, in dem sich der Rechnungshof begraben lassen kann.“ — Eine strenge Untersuchung brachte den Urheber der Randbemerkung an den Tag; er kam in anbetraucht seiner langen tadellosen Dienstzeit mit einer Geldstrafe davon. Das Ältenbündel ging aber nicht

mehr nach D. und des verschwundenen Sarges ward nicht mehr Erwähnung getan.

Der anstößige Paris.

Der holbe Schächer Paris, der seinerzeit mit so großer Graubezuga den Schönheitsapfel an Frau Juno überreicht hat, hat im letzten Sommer die Berliner Zensur in eine gewisse Aufregung versetzt und den Direktor des „Figaro-Theaters“, Herrn Wendland in die Lage gebracht, gestern vor einer Abteilung des Schöffengerichts als Angeklagter erscheinen zu müssen. Er soll sich der Uebertretung der Zensurverordnung vom 10. Juli 1861 in drei Fällen schuldig gemacht haben. Herr Wendland führte mit seiner Gesellschaft die Operettenburleske „Paris“ in vielfachen Wiederholungen auf, nachdem der Text dem prüfenden Auge des Herrn Regierungsrats Kossart und den Beauftragten des Zensors unterlegen hatte. Nachdem das Stück schon über fünfzigmal aufgeführt worden war, besam Herr Wendland Schwierigkeiten mit der Zensur. Es war zur Kenntnis der Zensur gekommen, daß in dem Stück von den Darstellern eine Anzahl von Textstellen extemporiert würden und daß diese Extempores teils harmlos, teils anstößiger Art seien. Schließlich erging an Herrn Wendland die polizeiliche Verfügung, daß sich seine Schauspieler eng an den genehmigten Text zu halten haben. Schulkleute wurden zur dienstlichen Obervierung in das Theater geschickt und mußten mit dem Textbuch in der Hand den Dialog verfolgen. Das Ergebnis war, daß auf drei Strafanzeigen Herr Wendland jedesmal ein Strafmandat über 30 M. event. 3 Tage Haft erhielt. Hiergegen trug er auf gerichtliche Entscheidung an. In einem Falle hatte der überwachende Schulkmann festgestellt, daß von der Bühne gesagt worden war: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß mein Gerechtigkeitsgefühl zu wachen anfängt“, während im genehmigten Text nicht „Gerechtigkeitsgefühl“, sondern nur „Gerechtigkeit“ stand. Der Angeklagte machte darauf aufmerksam, daß es sich hier offenbar um einen Schreibfehler in dem genehmigten Textbuch handele, da „Gerechtigkeitsgefühl“ das einzig sinngemäße sei. Der Polizeisekretär Knorr gab dies zu. Ferner hatten Schulkleute Anstoß daran genommen, daß am Schlusse der 8. Szene Paris mit einer Beste hinter einer Mauer hervortrat, die nach Ansicht der Schulkleute darauf habe schließen lassen, daß zwischen ihm und der Göttin hinter der Mauer unästhetische Dinge passiert seien. Der Angeklagte verwies darauf, daß diese ganze Szene so, wie sie aufgeführt worden, polizeilich genehmigt worden sei. Polizeisekretär Knorr meinte, daß bei der Lektüre die anstößige Wirkung nicht habe vorausgesehen werden können. — Die dritte Uebertretung wurde darin gefunden, daß am 3. Juli noch die Göttin die sehnächtigen Worte ausgestoßen habe: „Einen Mann! Einen Mann! Ein Königreich für einen Mann, meine Schönheit für einen Mann! Meine Weibheit für einen Mann!“, obwohl dem Angeklagten durch Verfügung vom 15. Juli mitgeteilt worden war, daß diese Stelle nachträglich gestrichen worden sei. — Der Gerichtshof unter Vorsitz des Assessors Strube erkannte den Angeklagten nur im letzten Falle für schuldig und verurteilte ihn zu 5 M. Geldstrafe event. 1 Tag Haft. In den beiden anderen Fällen wurde auf Freisprechung erkannt. Daß der Ausdruck „Gerechtigkeitsgefühl“ der einzig sinngemäße gewesen, sei zweifellos und in der Anwendung dieses Ausdrucks liege nichts Strafbares. Auch der von den Schulkleuten als anstößig erachtete Schluß der achten Szene sei nicht genügend, den Angeklagten strafbar zu machen, nachdem dieser Szenenschluß der Zensur vorgelegen hatte.

Die Familientragödie in der Michaelskirchstraße hat jetzt das dritte Opfer gefordert. Die sechsjährige Margarete Lorber, die im Krankenhause Bethanien Aufnahme gefunden hatte, ist dort in der Nacht zu Mittwoch ihren Verletzungen erlegen. Der Schuß hatte die Lunge verletzt.

Ueber die Schließung der Peytonfabrik wird berichtet, daß das Verbot erst erfolgt sei, nachdem eine Beschwerde der Inhaber an den Oberpräsidenten von diesem als unbegründet zurückgewiesen war. Ob indes die Anwohnerhaft dauernd von der Plage befreit ist, steht dahin. Die Verwaltung der Peytonwerke will durch den Einbau von Verbrennungsapparaten in die Schornsteine die schlechten Gase auffangen und unschädlich d. h. geruchlos machen. Nach den Erfahrungen, die seit Jahren mit diesem Unternehmen gemacht wurden, kann man diesem Plan nur skeptisch gegenübersehen.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern auf dem Fernbahnhof des Schlesienschen Bahnhofes ab. Als der um 6 Uhr nachmittags fällige, nach Frankfurt bestimmte Personenzug bereits das Abfahrtsignal erhalten hatte und sich in Bewegung setzte, verlor ein vierzigjähriger Kaufmann B. aus Frankfurt a. O. noch ein Coupé zu bestehlen. Er glitt vom Trittbrett ab und stürzte zwischen dieses und dem Perron auf den Bahnkörper. Ein Fahrgast, der den Unfall beobachtet hatte, zog sofort die Notbremse, wodurch der Zug fast augenblicklich zum Stehen kam und ein ernstes Unglück vermieden wurde. B. lag jedoch derartig unter dem Trittbrett eingeklemmt, daß er nur unter größter Schwierigkeiten aus seiner gefährlichen Lage befreit werden konnte. Dies gelang nach etwa zehn Minuten. Nach Feststellung der Personalien des leichtsinnigen Mannes konnte der Train mit 12 Minuten Verspätung vom Schlesienschen Bahnhof abgelassen werden.

Sich des Mordes bezichtigt.

In Frankfurt a. M. stellte sich gestern früh der 44jährige Arbeiter Friedrich August Gebauer der dortigen Kriminalpolizei und bezichtigte sich, im Jahre 1894 in Berlin die uneheliche Anna Winkler ermordet zu haben. Gebauer, der Sohn eines Gutbesizers, war früher sehr vermögend. Er war bereits unter dem Verdachte der Täterschaft in Frankfurt verhaftet worden, mußte jedoch aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden. Gestern hat er gestanden, er habe die Winkler in ihrer Wohnung ermordet.

Tod durch Absturz in den Fahrstuhlschacht. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr auf dem Grundstück Loustherplatz 14. Der in der Möbelabrik von Weimann angestellte 25jährige Hausdiener Wilhelm Lorgan wollte in der Höhe des vierten Stockes eine Reparatur am Fahrstuhlschacht ausführen, trat jedoch dabei fehl und stürzte den Schacht bis zum Parterregeschloß hinunter. Dort wurde der junge Mann mit geschmetterten Gliedern aufgefunden. Hausbewohner brachten ihn nach der Unfallstation III am Mariannen-Ufer, doch konnte nur der bereits eingetretene Tod des L. festgestellt werden.

Beim Training tödlich verunglückt. Auf der Kadrennbahn Treptow hat sich vorgestern abend ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Einige Reiter hatten tüchtig trainiert. Beim Nehmen einer Kurve kam eine der Fährmaschinen ins Rutschen und stürzte um. Der Schrittmacher, der 25jährige Emil Dorn, der bei seinen Eltern in der Röhlfenstr. 1 wohnt, wurde auf die Bahn geschleudert, wo er bewußtlos liegen blieb. Kameraden trugen den Verunglückten von der Bahn herunter und schafften ihn in einem Automobil nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof. Der dienftunfähige Arzt stellte schwere innere Verletzungen fest, eine komplizierte Oberschenkelverletzung bei D. fest. Mittels Krankenwagens wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Der Zustand gibt zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß.

Die Kindesleiden auf dem Treppenflur. In dem Hause Denebwohler 26 ist vorgestern die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden worden. In einem Karton eingewickelt, war sie auf dem Treppenflur des ersten Stockwerkes niedergelegt worden.

Auf dem Karton stand die Adresse: Gebr. Budkisch, Elbing, darunter die Worte: Berlin, Greifswalderstr. 18. — Eine zweite Kindesleiche wurde auf dem Grundstück Alte Jakobstr. 148 entdeckt. Sie lag gleichfalls auf dem Treppenaufgang. Die Umhüllung bestand aus einem dunstigen Unterrock und aus grauem Packpapier. Ob die Kinder eines natürlichen oder eines gewaltsamen Todes gestorben sind, wird erst durch die Obduktion im Schauhause festgestellt werden.

Menschenleben in Gefahr!

Hier es gestern abend auf den Berliner Feuerwachen und in größter Eile stürmten die Löschzüge nach der Fürstenstraße. Im Quergebäude des Hauses Nr. 6 brannte die Lugslederfabrik von Gebers, die im zweiten Stock untergebracht ist. Als die Feuerwehr aus der Wilmsstraße am Brandort eintraf, war die Situation äußerst gefährlich. Ein förmliches Flammenmeer wälzte sich aus den Fenstern und bedrohte die zahlreichen Mieter des rechten Seitenflügels. Brandmeister v. Vorch ließ deshalb sofort ein Sprungtuch ausbreiten und entzündete gleichzeitig Sappeure nach den einzelnen Wohnungen, um den bedrängten Bewohnern beizustehen. Ein gelähmter Mann wurde schleunigst in Sicherheit gebracht, die übrigen Personen aber beruhigt. Nach einem energischen Angriff mit mehreren Dampfpistolenrohren wurde das Feuer innerhalb einer Stunde gedämpft. Die Lederfabrik brannte total aus.

Unter falschem Namen beerdigt.

Das königliche Postgepräsidium teilt mit: Am 17. Juni 1907 ist im Tegelersee die Leiche einer unbekannteren Frauenderson gefunden worden, welche bald darauf rekonstruiert und beerdigt wurde. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß die Leiche mit der Person, als welche sie rekonstruiert wurde, nicht identisch ist. Die Leiche war circa 1,58 Meter groß, hatte dunkelblondes Haar, niedrige Stirn, blonde Augenbrauen, blaue Augen, vollständige Zähne, runde Gesichtsbildung und kräftige Gestalt. Sie war bekleidet mit weißem Strohhut mit grünem Band, blauem Kattunkleid mit weißen Blumen und weißem Einsatz, grünem Kippunterrock, grauem wollenen Unterrock, grauem Korsett, weißen Hemd und Beinleibern, schwarzen Schnürschuhen, schwarzen Strümpfen und eben solchen Strumpfhaltern, grauen Zwihschuhstücken und hatte anscheinend goldene Ohrringe in den Ohren. Neben der Verstorbenen hat sich bisher noch nichts ermittelt lassen. Rekonstruieren werden daher ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 331, oder bei dem Amtsvorsteher in Tegel zu melden.

Ueber einen Schwindler wird und berichtet: Als ich gestern auf meiner Arbeitsstelle war, erschien bei meiner Wirtin ein junger Mensch und legte ihr einen Brief mit meiner angeblichen Unterschrift vor, in welchem die Wirtin gebeten wird, für mich 23,39 M. bis zu meiner Heimkehr auszuliegen. 60 M. seien schon gezahlt, so daß die Wirtin für 83,39 M. eine Quittung ausstellen lassen solle; dem Kassierer solle sie 30 M. Trinkgeld geben. Zum Glück war die Wirtin selbst nicht zu Hause und die Tochter konnte dem Gauner das Geld nicht geben. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Fursche auch anderweitig diesen Schwindel versuchen wird, wolle man auf der Hut sein.

Freie Bahn für Spitzbuben. Uns wird nachträglich geschrieben: Einbrecher statten in der Nacht zum 14. dem bekannten Uhrengehäcker von Karl Doll, Bredowstr. 7, einen Besuch ab. Sie erbrachen gewaltsam den großen eisernen Schrank der Firma, wobei natürlich auch die kostbare Spiegelscheibe in Trümmer ging, und stahlen etwa 20 Uhren. Mehr konnten die Spitzbuben nicht erbeuten, weil sie von hinzukommenden Passanten verschüchtert wurden. Sehr zu klagen kam den Herren Einbrechern der Umstand, daß die Bredowstr. von der Lurmsstr. bis zur Fuggenhagenstr. nachts von den diensthabenden Schulheuten nicht begangen werden darf. Die Beamten sollen vielmehr von einer der Querstraßen die etwa 100 Meter lange Strecke übersehen können. Da nun zurzeit vor dem Hause Bredowstr. 7 ein Leitungsgerüst aufgestellt ist, so hatten die Diebe die schönste Dedung und konnten in Ruhe ihr verbrecherisches Werk vollbringen.

Verschwunden ist ein Fischer Friedrich aus Schwerin bei Teupitz, der in der Nacht vom Freitag zu Sonnabend mit seinem Kahn auf dem Heimwege begriffen war. Er hatte nach Berlin fische gebracht und fuhr in der betreffenden Nacht wieder heim. Man nimmt an, daß er zwischen der Oberbaumbrücke und Köpenick infolge eines Fehltrittes vom Kahne gestürzt und ins Wasser gefallen ist. Seine Leiche ist noch nicht gefunden.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 1/8 Uhr kam ein gefährlicher Brand in einer Ziselieranstalt in der Alten Jakobstr. 5 zum Ausbruch. Dort brannten im dritten Stock des Quergebäudes das Kontor sowie Schmelzöfen, Lüren usw. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, das Feuer an weiterer Ausdehnung zu verhindern. In der Kaiserstr. 18 entzündete in einem Maschinenhause Feuer, das Kohlen erfasste. Auch am Markneide-Platz 9 mußte ein Brand gelöscht werden, der an Kohlen rohrung gefunden hatte. Ferner brannten Keer in der Gubenstr. 3, Möbel in der Dittmannstr. 4 und an anderen Stellen.

Vorort-Nachrichten.

Die schlechten Verkehrsverhältnisse in Nizdorf.

Am Dienstag tagte in der Neuen Welt eine von mehreren Tausend Personen besuchte Volksversammlung, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Es galt einer öffentlichen Verprechung der mangelhaften Nizdorfer Verkehrsverhältnisse. Auch die Mitglieder der städtischen Verwaltung waren zu der Versammlung geladen. Eine Anzahl von Stadtverordneten, darunter auch einige bürgerliche, waren erschienen.

Zunächst hielt Ingenieur Grempe einen durch Lichtbilder illustrierten Vortrag über die Entwicklung der Verkehrstechnik. — Hierauf sprach Stadtverordneter Dr. Silberstein über die Nizdorfer Verkehrsverhältnisse. Er sagte unter anderem: Alljährlich kann man aus dem Geschäftsbericht des Magistrats entnehmen, daß die Bürgererschaft sich über die durch die Große Berliner Straßenbahn verschuldeten mangelhaften Verkehrsverhältnisse beschwert, daß aber die Große Berliner nichts tut, um diese berechtigten Beschwerden zu berücksichtigen. Nizdorf ist hinsichtlich der Verkehrsverbindung mit Berlin viel schlechter bestellt, als andere Vororte, beispielsweise Charlottenburg und Schöneberg. Nizdorf mit seiner äußerst zahlreichen Arbeiterbevölkerung hat gerade ein dringendes Bedürfnis nach ausreichenden Verkehrsgelegenheiten mit den Nachbarorten, dem aber durchaus nicht Rechnung getragen wird. Die Große Berliner hat jetzt ein Monopol im Verkehrsverwesen. Sie nicht ihr Monopol nur im Interesse ihrer Dividenden aus und kümmert sich nicht um die berechtigten Wünsche der Einwohner. Durch Verträge hat sich die Große Berliner ein Anrecht auf alle Verkehrsstraßen Nizdorfs gesichert, jedoch tut sie nichts, um den Verkehrsbedürfnissen gerecht zu werden. Immer, wenn von der Großen Berliner verlangt wird, daß sie die Linien baut, deren Betrieb sie sich vertragsmäßig gesichert hat, stellen sich Schwierigkeiten ein, und wenn dieselben endlich überwunden sind, dann beansprucht die Große Berliner als Entschädigung dafür, daß sie endlich an die Erfüllung des Vertrages denkt, neue vertragliche Konzessionen. Seit dem Jahre 1899 ist die Einwohnerzahl Nizdorfs von 90 000 auf fast 200 000 gewachsen, für den Verkehr ist aber in dieser Zeit so viel wie nichts geschehen. Außer zwei neuen

Stroßenbahnlinien, die in letzter Zeit eingerichtet wurden, sind seit 1899 keine Linien gebaut worden, die für den Verkehr Nizdorfs in Betracht kommen. Die Linien, die von Berlin her am Hermannsplatz enden, können nicht dem Nizdorfer Verkehr dienen. Notwendig ist die Führung von Straßenbahnlinien in das Innere der Stadt. Mit einem großen Teil Berlins hat Nizdorf keine Verbindung. Es fehlt eine Verbindung über den Potsdamerplatz nach Schöneberg, es fehlt eine gerade durchgehende Linie nach dem Alexanderplatz, es fehlt eine Verbindung mit dem äußersten Osten und Nordosten Berlins. Von der Großen Berliner ist nach den bisherigen Erfahrungen keine Besserung der Verhältnisse zu erwarten. Es gilt deshalb, daß Berlin und die Vororte sich von der Großen Berliner losmachen. Von Nizdorf ist ja die Anregung ausgegangen, daß die in Frage kommenden Gemeinden einen Zweckverband gründen, um den Straßenbahnbetrieb in die eigenen Hände zu bekommen, sobald dies nach Ablauf der bestehenden Verträge möglich ist. In der Zwischenzeit, ehe der Zweckverband in Kraft tritt, muß dahin gewirkt werden, daß die Straßenbahnlinien, welche die Stadt Berlin zu bauen beabsichtigt, so geführt werden, daß sie auch den Verkehrsinteressen der Vororte dienen. Ferner ist zu fordern, daß die Gemeinden durch Einrichtung von Omnibuslinien den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragen. In dieser Hinsicht hat ja die Stadt Nizdorf einen allerdings noch bescheidenen Anfang gemacht, der aber mit Freuden zu begrüßen ist, weil er der Ausgangspunkt eines größeren Omnibusbetriebes durch die Gemeinde sein muß. Es ist zu wünschen, daß sich auch andere Gemeinden dem Vorgehen Nizdorfs anschließen und eigene Omnibuslinien schaffen, um so das Verkehrsverwesen in Bahnen zu leiten, die dem Bedürfnis der Einwohner Rechnung tragen.

Die Versammlung nahm den Vortrag mit lebhaftem Beifall auf und beschloß einstimmig folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt: Die Verkehrsverhältnisse Nizdorfs sind nach jeder Richtung hin unzureichend. Besser sind genügend Straßenbahnlinien nach Berlin und den anderen Nachbarorten vorhanden, noch reicht in den verkehrreichen Stunden der Verkehr auf den bisherigen Linien aus. Ursache dieses mangelhaften Verkehrs ist der Umstand, daß in Nizdorf sowohl als auch in den übrigen Orten Groß-Berlins der Verkehr von einer kapitalistischen Privatgesellschaft geführt wird, die ein viel größeres Interesse daran hat, ihre Dividenden zu vergrößern, als den Verkehrsbedürfnissen der Gemeinden zu folgen. Die Versammlung ersucht die Gemeindevertretung Nizdorfs, alles zu tun, um die Monopolherrschaft der Großen Berliner Straßenbahn zu brechen. Ein nennenswerter Erfolg ist in dieser Hinsicht zu erreichen, wenn die Gemeinden von Groß-Berlin sich zu einem Zweckverbande vereinigen, der als Ziel sich vorseht, den gesamten Verkehr Groß-Berlins aus den Händen der Privatgesellschaften in die Hände der Gemeinden zu bekommen. Sie beauftragt ihre Gemeindevertreter, mit aller Energie gegen jede Verleugung oder Konzessionsverlängerung der Großen Berliner Straßenbahn zu wirken und unter Hintansetzung von Einzelinteressen und Einzelvergünstigungen nur das eine Ziel der Kommunalisierung des Verkehrs wachsend von Groß-Berlin im Auge zu behalten. — Die Versammlung begrüßt die Einrichtung des ersten städtischen Omnibus in Nizdorf und ersucht die Verwaltung, auf diesem Wege energisch immer weiter zu schreiten, um die Verkehrsmissere Nizdorfs vorläufig durch Einrichtung städtischer Omnibuslinien zu beseitigen.“

Lichtenberg.

Achtung! Delegiertewahlen zur Ortskrankenkasse. Wir machen auf die Delegiertewahlen zur hiesigen Ortskrankenkasse aufmerksam.

Die 1. Wahlabteilung umfassend die Betriebe östlich der Gärtelstraße, der Dorfstraße und des Weihenfeer Weges, ausschließlich der drei genannten Straßen, sowie die Kassenmitglieder, die in Wilhelmshagen beschäftigt sind, wählt am Donnerstag, den 19. September 1907, abends 5—8 Uhr, im Lokal von Gebrüder Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, die 2. Wahlabteilung, umfassend die Betriebe in der Gärtelstraße, der Dorfstraße und des Weihenfeer Weges, sowie den Ortsteil westlich dieses Straßenzuges wählt am Freitag, den 20. September 1907, abends 5—8 Uhr, in demselben Lokal.

Die Kassenmitglieder, die ihre Beiträge selbst zahlen (freiwillige Mitglieder) wählen in der Abteilung, in der ihre Wohnung belegen ist.

Losse sich jeder sein Mitgliedsbuch oder seine Karte ausshändigen. Die Gewerkschaftskommission.

Mit-Osternie.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung machte der Gemeindevorstand bekannt, daß die Erlaubnis in der dritten Abteilung an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Pries am 23. d. Mts., im Wohnlokal, nachmittags von 6 bis 8 Uhr stattfindet. Die Regierung hat die neue Lehrstelle, die Wirtenschaftslehre für den Rektor Golze und die Gehaltssteigerungen für die Lehrkräfte genehmigt. Weiter teilte er mit, daß die stehende Klasse der Knabenkassen zum Oktober aufgehoben wird; zu diesem Zwecke ist, da im alten Schulhause kein Platz mehr vorhanden, ein dazu passender Raum von Herrn Dr. Gerbrandt für jährlich 450 M. gemietet worden. Hierbei wurde besonders betont, daß das neue Schulhaus mindestens in zwei Jahren fertiggestellt wird. Zur Beschaffung der neuen Schulstühle der drei neuen Klassen (zwei Mädchen- und eine Knabenklasse) wurden Genosse Vorkel und der Vertreter Möbius als Sachverständige gewählt. Alsdann wurde das Benutzungsrecht an den Sechsmeterstreifen längs des Pfarrgrundstückes festgestellt; der Platz des alten Kirchhofes soll später Volkspark werden; hätte die Verwallung diese sechs Meter Streifen nicht sicher gestellt, so wäre später kein Zugang zu diesem Park von der Köpenickerstraße aus vorhanden gewesen. Die Jahresrechnung für 1906 wurde zur nächsten Sitzung vertagt, weil von unseren Genossen der Antrag gestellt wurde, die einzelnen Posten der Rechnung zu verlesen. Festgestellt wurde nur, daß die Einnahme 431 213,56 M., die Ausgabe 414 995,35 M. und der Bestand 16 228,21 M. betrug. Außerdem war noch eine Resteinnahme von 8209,10 M. und eine Restausgabe von 7483,64 M. zu verzeichnen. Die Neuwahl eines Schöffen ergab die Wiederwahl des bisherigen Schöffen Herrn Deuster.

Kalbsberg-Niederndorf.

Im Streit erschlagen. Eine blutige Schlägerei, wobei einer der Beteiligten sein Leben eingebüßt hat, fand Dienstag nachmittags in der Hauptstraße statt. Eine Anzahl von Arbeitern der dortigen Zementfabrik waren vor dem Fabrikgebäude aneinander geraten. Es kam zu Tätlichkeiten, die einen traurigen Ausgang nehmen sollten. Einer der Streitenden schlug dem Arbeiter Friedrich Ramegal mit einem schweren Stein so heftig gegen den Kopf, daß die Schädeldecke vollständig eingeschlagen wurde. Leblos brach der Betroffene zusammen. Man wollte ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen überführen, doch bereits auf dem Transport erlag er der schweren Verletzung. Auch von den anderen Leuten waren einige erheblich verletzt worden. Die Haupttäter wurden verhaftet.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Ueber den internationalen Kongress in Stuttgart referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Ostwald Schumann. Redner legte in seinem beifälligen ausgenommenen Referat die Notwendigkeit derartiger Veranstaltungen und deren segensreiche Wirkung für die Ausdehnung der sozialistischen Bewegung auf der ganzen Welt eingehend dar. In der Diskussion hielt Genosse

Rämking den Beschluß des Kongresses, die Vertreter der Lokalorganisationen an den Sitzungen teilnehmen zu lassen, für verfehlt, da diese zur Genüge bewiesen hätten, daß sie nicht auf dem Boden des Programms unserer Partei stehen. Die Genossen Dertel und Schumann dagegen verteidigten diesen Beschluß aus praktischen Gründen, denn man dürfe die Hoffnung auf eine Einigung nicht aufgeben, und da sich der Parteitag gleichfalls mit der Sache befassen wird, ist zu erwarten, daß dort ein Ausweg gefunden wird. — Den Bericht aus der Gemeindevertretung gab der Genosse Traupe. Aus diesem ist hervorzuheben, daß im letzten Etat die Ausgaben mit 49 000 M. festgesetzt sind und zu deren Ausführung an Gemeindesteuern 175—200 Proz., an Gehaltssteuern bis zu 300 Proz. hätten erhoben werden müssen. Erst diese Kamalität zwang die Mehrheit in der Gemeindevertretung, den des öfteren gemachten Vorschlägen unserer Genossen auf Einführung der Grundwertsteuer zuzustimmen, wodurch die Eigentümer der zu Spekulationszwecken erworbenen Terrains, welche teilweise nicht in Orte wohnen, zu den Steuerlasten herangezogen werden und eine Erhöhung des bisherigen Steuerbetrags nicht nötig wurde. Ein weiterer Beschluß der Gemeindevertretung ging dahin, das alte Schul- und Küsterhaus, welches zur einen Hälfte der politischen, zur anderen der Kirchengemeinde gehört, der letzteren, welche ein Pfarrhaus darauf erbauen will, zu überlassen, wenn diese hierfür ein anderes gleichwertiges Grundstück abtreten will. — Gegen diesen Beschluß wurde von der Versammlung protestiert, da das als Äquivalent gebotene Terrain am äußeren Ende des Ortes liege und die Gemeinde über kurz oder lang gezwungen wäre, im Innern für teures Geld ein anderes Grundstück zu kaufen, um ein Gemeindehaus zu bauen, wozu der Platz des alten Schulhauses äußerst günstig wäre. — Das Verhalten des von der Arbeiterchaft gewählten Gemeindevertreters Beschloß, der sich Pflichtenwidrigkeiten hat zuschulden kommen lassen, wurde einstimmig verurteilt. Der Vorstand wurde beauftragt, die Fälle zu untersuchen und der nächsten Versammlung darüber zu berichten. — Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Vieneke in üblicher Weise.

Heute Donnerstag, den 19. September, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Brand, Bahnhofsstraße, eine Versammlung der Hausväter unserer Gemeinde statt. Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden, so ist es notwendig, daß die Parteigenossen zahlreich erscheinen. Das Lokal steht der Arbeiterchaft sonst nicht zur Verfügung. Es ist daselbst jedoch für diese Versammlung vom Ortsämteninspektor gemietet worden und haben demnach die Versammlungsteilnehmer nicht nötig, etwas zu verzehren.

Französisch-Buchholz.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Genosse Robert Hengel über die politische Arbeit der Regierungsparteien. In andernhalbstündiger Rede zeigte der Referent, daß einzig und allein die Sozialdemokratie es sei, die sowohl bei der Arbeiterversicherungsgegebung als auch bei sonstigen für die Arbeiterchaft wichtigen Fragen deren Interessen im Parlament vertrete. Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Genosse Wiesberg unterzog hierauf noch die „positive Arbeit“ der hiesigen Gemeindevertreter am Orte einer herben Kritik. So hielten es dieselben nicht einmal für notwendig, ihren Wählern Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten, trotzdem bereits 1 1/2 Jahre seit der letzten Wahl verstrichen seien. Die miserablen Schulverhältnisse, Verelendung der Straßen usw. forderten geradezu zu einer scharfen Kritik heraus. Die Genossen Pohl und Neumann unterstützten die Ausführungen des Redners. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Versammlung auf, recht rege für die sozialistische Presse, den Wahlverein sowie für die im März nächsten Jahres stattfindende Gemeindevahl zu agitieren.

Hermendorf i. M.

Gemeindevertreterversammlung. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Als erster Punkt wurde die Vergütung der Möbel zum neuen Sitzungssaal glatt erledigt. Beim zweiten Punkt betr. die Pflasterung der Auffahrt zum Gemeindehause und vor der neuen Schule machte unser Genosse die Gemeindevertreter darauf aufmerksam, daß sie den Grundbesitzern mit bestem Beispiele vorzugehen und für eine mustergültige Pflasterung Sorge tragen müßten. Er rügte ferner das mangelhafte Pflaster, welches vor dem alten Schulhause liegt und forderte dessen Beseitigung. Der Gemeindevorstand versprach künftighin darauf besondere Sorgfalt legen zu wollen, nur bei den augenblicklichen Verhältnissen sei dies nicht gut möglich, da die bald zur Ausführung gelangende Kanalisation dies nicht zulasse. Der nächste Punkt betraf die Bewilligung eines Beitrages zur Hebung der Baukunst. Unser Gemeindevertreter sprach sich für die Bewilligung aus mit der Begründung, daß die Fassaden der Mietshäuser dadurch ein geschmackvolles Aussehen bekommen werden. Der Vortrag wurde bewilligt. Es folgte dann die Festlegung der Fluglinien und der abgeänderte Bauungsplan der Hermendorfer Boden-Aktiengesellschaft, gegen drei Stimmen wurde derselbe angenommen. Unser Gemeindevertreter stimmte dagegen, weil noch einige Mängel in den Plänen vorhanden sind. Der Gemeindevorstand legte dann die ausgearbeiteten Pläne der Kanalisation und der Wasserleitung zur Einsichtnahme der Gemeindevertretung vor, gleichzeitig empfahl er derselben, diese Pläne zur Nachprüfung der staatlichen Untersuchungsanstalt zur Begutachtung vorzulegen, welches einstimmig angenommen wurde.

Bernau.

Unter der Anschuldigung sich an seiner Tochter vergangen zu haben, ist gestern nachmittag der Weber Adolf Verbaum hierselbst, Berlinerstraße wohnhaft, auf die Anzeige seiner eigenen Ehefrau hin verhaftet worden. Wie verlautet, soll B. geistig nicht normal sein. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird erst ergeben, inwieweit das zutreffend ist.

Witterungsübersicht vom 18. September 1907.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. n. u. v. n.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. n. u. v. n.
Emmende	768 B	3 heiter	10	10	Naparranda	758 B	4 wolkenl.	4	4
Damburg	771 B	3 bedeckt	11	11	Wettersburg	753 B	1 bedeckt	9	9
Berlin	770 B	2 bedeckt	10	10	Selby	772 B	1 heiter	14	14
Franz. a. M.	772 B	3 halb bb.	11	11	Abderden	771 B	1 heiter	13	13
München	771 B	2 bedeckt	11	11	Paris	772 B	2 wolkenl.	10	10
Wien	770 B	3 bedeckt	13	13					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. September 1907. Vorherrschend mäßig bei mäßigen westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 9.	am 18. 9.	Wasserstand	am 17. 9.	am 18. 9.
	cm	cm		cm	cm
Regel, Müst	178	-11	Havel, Spandau	114	0
Regel, Jüterburg	234	-28	Havel, Rathenow	149	+1
Beltsch, Thorn	186	+4	Spreewald, Spremberg	88	0
Oder, Rathbr.	142	+20	Oder, Besten	178	0
• Krossen	123	-8	• Wörlitz, Wittenberg	-62	+19
• GutsMuths	137	-5	• Elbe, Wittenberg	-10	+4
• Elbe, Schramm	70	-4	• Elbe, Wittenberg	-10	+4
• Elbe, Landsberg	62	-2	• Elbe, Wittenberg	160	-2
• Elbe, Verdam	22	+1	• Elbe, Wittenberg	142	-1
• Elbe, Leimnitz	-46	-2	• Elbe, Wittenberg	29	-16
• Elbe, Sarby	101	+8	• Elbe, Wittenberg	-	-
• Elbe, Magdeburg	106	+4	• Elbe, Wittenberg	-	-
• Elbe, Gochow	95	+3	• Elbe, Wittenberg	-	-

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - ?) Unt. Spiegel.

Briefkasten der Redaktion.

H. 23. 29. Leider ist wenig Rücksicht vorhanden, daß eine Klage, die auf Zahlung gegen Sie gerichtet würde, abgelehnt wird. Es läßt sich wegen der Unvollständigkeit der Anlagen der gerichtlichen Sachverständigen nur zur Zahlung rufen. — H. 2. 3g. Bedenken Sie sich an einen Arzt. — H. 2. 100. Der Wintersemester besteht aus dem Geplänitz kleiner Spinnen. — H. 2. 5. Fragen Sie in einer Farbenhandlung nach. Ein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 19. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rönlgl. Cyrenhaus. Lucia von Sommermoor.
Rgl. Schauspielhaus. Hamlet.
Deutsches. Prinz Friedrich von Domburg.
Kammerspiele: Liebesletzt.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Die tanzenden Männehen.
Leistung. Kollege Crampton.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Monna Vanna.
Schiller Charlottenburg. Der Herr Senator.
Friedrich Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Neues Schauspielhaus. Das Glas Wasser.
Neues. Abonatrache. Liebe. Komische Oper. Tosca.
Wehen. Die lustige Witwe.
Zentral. Die Nibelungen.
Kleinod. Die Stimme der Unmündigen.
Reichens. Haben Sie nichts zu verzollen?
Tranon. Fräulein Josefte — meine Frau.
Thalia. Der Herr Doktor.
Luisen. Die beiden Reichenmüller.
Verhard Rose. Der Geld des Tages.
Theater an der Spree. Der Affenbinder.
Metropol. Das muß man schön.
Vivats. Schiller Schaffer. Spezialitäten.
Wohlfahrt. Spezialitäten.
Casino. Die tolle Jagd.
Gebr. Herrfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Vasag. Lona Kansen. Spezialitäten.
Wintergarten. Anne Danerey.
Nante Dufens. Spezialitäten.
Prater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Sperland. Spezialitäten.
Urania. Tanzschule Richard Heinrich.
Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/59.
Ferdinand Bonns

Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die tanzenden Männehen.
Freitag: Die Jungfrau von Orleans.
Sonnab.: Die tanzenden Männehen.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Zum ersten Male:
Abonatrache.
Darauf zum ersten Male:
Liebe.
Freitag: Abonatrache. Darauf: Liebe.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Stimme der Unmündigen.
Freitag: Vater und Sohn.
Sonnabend: Vater und Sohn.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Vater und Sohn.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonnabend nachm. 3/4 Uhr halbe Preise:
Frühlingsluft.

Friedrich-Schauspielhaus

Abends 8 Uhr:
Die Nibelungen.
Freitag: Winterschlaf.
Sonnabend: Winterschlaf.
Sonnabend 3 Uhr: Jugend. 8 Uhr: Die Nibelungen.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr: Die Geisha.
Operette in 3 Akten.

Residenz-Theater.

8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten von Maurice Demoulin und Pierre Weber.
Robert de Trivelpin: Mich. Alexander.
Sonnabend, den 22. September, nachm. 8 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Theater an der Spree

Adenauerstraße 68.
Heute 8 Uhr:
Der Goldonkel.
Gesangsprobe von Emil Wohl.
(Partei-Heute! 2 R.)

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Invalidenstr. 57-59; Sternwarte.
Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

BOLOGNISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 4 Uhr:
Grobes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Die beiden Reichenmüller.
Freitag zum 1. Male: Amerisoseppel.
Sonnabend: Gebildete Menschen.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Don Carlos.
Abends: Carmen.
Freitag: Die beiden Reichenmüller.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Direktion: Julius Färz.
Sonnabend, den 22. September 1907:
Maria Stuart.
Ein Trauerspiel in 5 Akten v. Schiller.
Anfang 7 1/2 Uhr.

DERNHARD ROSE THEATER

Str. Anstatterstr. 132.
Im Theater, Anf. 8 Uhr:
Der Geld des Tages.
Von Kurt Natul.
Am Garten nur bei gütlicher Mitternacht.
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Zum 6. Male:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (14 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Guido Thielscher a. D.

B. Darmand a. D. E. Widney a. D.
Henry Bender. J. Giampietro
Jos. Josephi. Fritz Massary
Fritz Schenke, L. Haskel etc.
Dirigent: Kapellmeister M. Roth.
Anfang präzise 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: Täglich: 9 1/2 Uhr:
Berlin's größte Sensation:
Sylvester Schaffer jr.
Der berühmte Universal-Künstler.
Vorher ab 8 Uhr:
Das kolossale Programm.
Sonnabend, 22. Sept., 9 1/2 Uhr: Erste Nachm.-Vorstellung mit Solo, Schaffer.

WINTER GARTEN

Anne Danerey
Olga Preobrajensky
und das
glänzende Programm.

Kasino-Theater.

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Ludwig Fulda.
Lustspiel in 4 Akten v. Borcher d. glänz. Eröffnung. Progr.
Sonnabend 4 Uhr: Melod. auf Probe.

Elektro dürfte gute Dienste tun. — H. 2. 65. Die Anleitung ist durch bessere Buchhandlungen zu beziehen, event. vom Reichsgesundheitsamt. — H. 41. 1. Teilen Sie die Sachlage vorher dem Gericht mit. 2. Zeilen ja. — H. 6. 43. 1. Na. 2. Einige Mark. 3. Sie können einen Antrag auf Verweigerung der Klage verbinden. — 96. Sez. 1. und 2. Na. — H. 100. Die sämtlichen Kinder der Verstorbenen erben gleichmäßig. — H. 2. 121. Der Streuerheber war im Recht. Sie können aber gegen die Pfändung reklamieren und Freigabe bei der Steuerdeputation beantragen. — H. 1818. Bis zum 30. September 3 Mark wert. Ob ein

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Maurice Maeterlinck.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Schmutzler.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Gustav Kadelburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 22. September, nachm. 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
8./7. Abteilung.
Fuhrmann Henschel
Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann.
Berliner Theater.
13./14. Abteilung.
Freiwild
Schauspiel in 3 Akten von Artur Schnitzler.

Voraussichtlich: III. Serie. Friedrich Hebbels

Judith.
Tragödie in fünf Aufzügen.
24. Kunst-Abend
im Rathaus am Freitag, 25. Oktober
Ludwig Thoma.
229/18 Der Vorstand. In Vortr.: G. Winkler.

XIII. Saison.

Zirkus Busch
Bahnhof Börse.
Donnerstag, den 19. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Eröffnungsabend
Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr an geöffnet. Billetts sind ferner zu haben beim **Invalidentank**, Unter den Linden 24, und in der Billettabteilung des Warenhauses **A. Werthelm**, Leipzigerstraße 132-133.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer U
Sternwarte 1.
Trianon-Theater.
Fräulein Josefte — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Tanzschule Richard Heinrich.

Allen Freunden und Bekannten, ehem. Schülerinnen und Schülern zur Nachricht, daß ich nach meiner Genesung am
Sonntag, den 22. September, nachm. 5 Uhr,
die diesjährige Saison mit einem
Gesellschaftsabend
im „Jugendsaal“ der „Andreas-Festhalle“, Andreasstr. 21, eröffne.
Sonnabend von 3-6 Uhr
Sonntag von 8 1/2-11 Uhr.
Richard Heinrich.
Hochachtungsvoll Branzenstr. 107. Amt IV, 10 381.

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 63532*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.
Hochwertigster Unterricht, auch in moderner Rundnäherie.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Knorr's Suppenwürstchen

enthalten alle Nähr- und Geschmacksstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Würstchen gibt 3 Teller gehaltreiche Suppe.
Koche mit „Knorr“.

Getreide-, Kaffee-, Zucker-,

alle Lebensmittelpreise steigen rapid. Warum greift der Handel nicht ein? Warum läßt er sich von den Börsenspekulanten, von den Handels- und Börsenzeitschriften am Narrenschiff herumführen?
Das Wirtschaftsabild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verleger Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Wangenhändler etwa auch später etwas zahlen würde, erfahren Sie bei diesem. — H. 50. Ja. — H. 2. Die Leistung des Offenbarungselbes hat lebhaft zur Folge, daß Sie Ihre Vermögen eidlid angeben müssen. Folgen Sie der gerichtlichen Ladung zur Eidesleistung nicht, so kann das zweite Ermahnung des Eides angewendet werden. — H. 30. Ein Recht auf Ausnahme im Sanatorium steht Ihrer Frau leider nicht zu. Beantragen Sie unter Überreichung der ärztlichen Bescheinigung nochmalige Aufnahme bei der Versicherungsanstalt oder beantragen Sie Aufnahme in einer der städtischen Sanatorien im Bureau Neue Friedenstr. 10.

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 19. September, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Erster Elite-Abend.
Gala-Programm, u. a.:
Bierschneide hohe Schule, geritten von den Damen
Mathilde Renz, Dora Schumann
und den **Ernst Renz, G. Hess.**
Herr Ernst Schumann
auf dem **Hollblatter „Adreo“.**
Konferenz-Quadrille
von 16 Pferden, dreifert und durchgeführt von Dir. W. Schumann.
The Monbars
die phänomenalen **Luft-Voltigeure.**
Die weltberühmte
George Bonhair-Truppe
kariatisch-akrobatische Vorführungen. Außerdem die hochartigen neuen Spezialitäten.

Passage-Theater.

Lona Nansen.
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Grommenstr. 16.
Die Jüdin von Toledo.
Schauspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag: Premiere: Die Rastelbinder.

Gebr. Herrfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Das höchste Interesse der gegenwärtigen Theaterfession erregt
Madame Wig-Wag
Operett. Musik von H. und D. Herrfeld, Musik von E. Hal, und
Es lebe das Nachtleben!
Sopran- u. u. u. D. Herrfeld.
Seide Stücke mit den Autoren in den Hauptrollen.
Sonnabend, 21. September:
Doppel-Zubisium.
Zum 50. Male: **Madame Wig-Wag.**
3. 75. Nr.: **Es lebe das Nachtleben!**
Sonnabend 3 Uhr:
Ein vorzügliches Hotel u. Hayfish geht zur Jagd mit u. u. D. Herrfeld.

Theater Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Premiere
Sonnabend, den 21. September.
Geteilte Liebe.
Die Antiduellanten.
Unter Tell.
Hauptdarsteller:
Mertens, Fleischmann, Grünacker.
Vorverkauf an der Theaterkasse 10-3 und bei Wertheim.

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
Heute 1/8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende Programm.
Unter anderem:
Das schwimmende Theater
das Tolle vom Tollen.
The 5 Marnos
erstaunliche Akrobaten.
The Newport
Erstklassige Nummern.
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Prater-Theater

Rastauer-Allee 7-9.
Täglich:
Bühne und Welt.
Schauspiel von Paul Hantel.
Anfang 8 Uhr.

Buogenhagen, Plak.

Inhaber: Albert Böhme.
Täglich: **Die 7 Schwaben**
moderne Volkssänger.
Martin Bendix als Eberhard
Gedines von Treuenbrichen.
Vorverkauf: Saal tägl.: Militärkonzert.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. (272*)

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin II.
Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglieds-, der Kostenarbeiter
Wilhelm Heyer
am 15. d. M. plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Leichenschauhaus, Hannoverstraße, aus nach dem Gethemane-Kirchhofe in Nordend statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
75/10 Die Ortsverwaltung II.

Kegelklub „Freundschaft“ Steglitz.

Am 16. d. M. verstarb nach langem Leiden unser treues Mitglied
Julius Walter.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 19. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lützow-Kirchhofes, Rottelstraße, aus statt.
485 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer
Adolf Seide
am 16. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 19. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Grommen-Kirchhofes in Rigow aus statt.
Hohe Beteiligung erwartet
148/18 Die Ortsverwaltung.

Spandan.

Am 17. d. Mts. verstarb nach kurzem schwerem Krankenlager unser lieber Sohn
Alfred
im 13. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am 20. d. Mts., nachmittags 6 1/2 Uhr, vom Friedhofe in den Kliffen aus statt.
Reinhold Schmidt.

Walhalla-Variete-Theater

Leinbergerweg 19/20, Rotentw. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das originale Sept-Programm.
Auto Atlas, der Wädel hebt ein Automobil mit den Zähnen.
Tunnel: Konzert f. Theaterbel. frei.

Sanssouci, Kattbusar

Direktion Wilhelm Reimer.
Heute sowie jeden Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nord. Sänger
u. **Tanzkränchen.**
Eine Verlobung beim Frischschoppen.
Sonn. Beg. 8, wochent. 8 1/2.
Morgen: Gastspiel der Berliner Volksbühne.
Vollständliche Preise.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als Kute im Familienbad Wannsee.
Anf. wochent. 8, Sonntags 7 Uhr.

